

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

29. Sitzung vom 19. und 20. November 2012 1. Sitzungstag (19. November 2012)

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	GR Mag Rüdiger Maresch	S. 54
		GR Ing Udo Guggenbichler	S. 56
		GRin Waltraud Karner-Kremser, MAS	S. 58
2. Mitteilung des Einlaufs	S. 3	GR Martin Flicker	S. 59
		GR Christian Unger	S. 60
3. Mandatsverzicht von GRin Karin Schrödl; Angelobung von Mag Muna Duzdar	S. 3	GRin Ingrid Schubert	S. 62
		GR Norbert Walter, MAS	S. 63
		GR Manfred Hofbauer, MAS	S. 64
4. 03657-2012/0001-GFW, P 1: Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien 2013		GR Mag Rüdiger Maresch	S. 65
03617-2012/0001-GFW, P 2: Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten		GR Ing Udo Guggenbichler	S. 67
		GRin Mag Karin Holdhaus	S. 68
		GR Erich Valentin	S. 68
		Amtsf StRin Mag Ulli Sima	S. 69
Berichterstatterin VBgmin Mag Renate Brauner	S. 4	Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung	
Allgemeine Beratung des Voranschla- ges 2013		Rednerinnen bzw Redner:	
Rednerin bzw Redner:		GR Norbert Walter, MAS	S. 70
StR Mag Manfred Juraczka	S. 11	GR Mag Christoph Chorherr	S. 72
GR David Ellensohn	S. 13	GRin Henriette Frank	S. 73
GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 15	GR Mag Christoph Chorherr	S. 76
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 18	(tatsächliche Berichtigung)	
GR Dipl-Ing Rudi Schicker	S. 19	GRin Henriette Frank	S. 76
StR Mag Manfred Juraczka		(tatsächliche Berichtigung)	
(tatsächliche Berichtigung)	S. 22	GR Heinz Vettermann	S. 76
GR Dkfm Dr Fritz Aichinger	S. 22	GR Martin Flicker	S. 79
GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 24	GRin Birgit Hebein	S. 79
StR DDR Eduard Schock	S. 26	GR Mag Günter Kasal	S. 80
GR Friedrich Strobl	S. 27	GRin Ilse Graf	S. 81
GR Johann Herzog	S. 29	GR Mag Alexander Neuhuber	S. 82
GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 31	GR Manfred Hofbauer, MAS	S. 83
GR Senol Akkilic	S. 32	GRin Henriette Frank	S. 84
GR Mag Wolfgang Jung	S. 32	Amtsf StR Dr Michael Ludwig	S. 85
GRin Mag (FH) Tanja Wehsely	S. 33	Beratung der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal	
GR David Ellensohn	S. 33	Rednerinnen bzw Redner:	
Beratung der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke		GRin Mag Barbara Feldmann	S. 87
Rednerinnen bzw Redner:		GRin Dr Monika Vana	S. 89
GR Mag Alexander Neuhuber	S. 34	GRin Mag Barbara Feldmann	
GRin Dr Monika Vana	S. 36	(tatsächliche Berichtigung)	S. 91
GRin Mag Dr Barbara Kappel	S. 38	GR Mag Wolfgang Jung	S. 91
GRin Mag Nicole Berger-Krotsch	S. 40	GRin Nurten Yilmaz	S. 94
GR Dr Wolfgang Ulm	S. 42	GRin Mag Ines Anger-Koch	S. 96
GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 44	GR Senol Akkilic	S. 97
GR Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein	S. 45	GRin Angela Schütz	S. 98
GRin Prof Dr Elisabeth Vitouch	S. 47	GR Franz Ekkamp	S. 99
GRin Mag Barbara Feldmann	S. 48	GR Armin Blind	S. 101
GR Mag Wolfgang Jung	S. 49	GR Senol Akkilic	S. 103
VBgmin Mag Renate Brauner	S. 50	GR Peter Florianschütz	S. 103
		GR Dr Wolfgang Aigner	S. 105
		GR Dr Kurt Stürzenbecher	S. 106
Beratung der Geschäftsgruppe Umwelt		GR Mag Johann Gudenus, MAIS (tatsäch- liche Berichtigung)	S. 106
Rednerinnen bzw Redner:		Amtsf StRin Sandra Frauenberger	S. 106
GRin Mag Karin Holdhaus	S. 53		

(Sitzungsbeginn um 9.01 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Wiener Gemeinderats!

Ich würde bitten, den Lärmpegel etwas zurückzunehmen und Gespräche anderswo zu führen, eventuell hinter den Bankreihen!

Ich eröffne die Sitzung.

Entschuldigt für den heutigen Tag sind GR Mag Dr Wansch, GRin Mag Wurzer und der Amtsf StR Dr Mailath-Pokorny, der sich heute noch auf Dienstreise befindet. Einzelne Kolleginnen und Kollegen haben sich für einige Stunden entschuldigt.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen fünf vom Klub der Wiener Freiheitlichen eingelangt sind.

Frau Karin Schrödl hat am 17. November 2012 auf ihr Mandat im Gemeinderat der Stadt Wien verzichtet. Der Herr Bürgermeister hat gemäß § 92 Abs 2 der Wiener Gemeindevahlordnung auf das dadurch frei gewordene Mandat das in Betracht kommende Ersatzmitglied im Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, Frau Mag Muna Duzdar, in den Gemeinderat berufen. Gemäß § 19 der Wiener Stadtverfassung ist das Gemeinderatsmitglied anzugeloben. Ich bitte den Herrn Schriftführer, die Gelöbnisformel zu verlesen, und das Gemeinderatsmitglied, auf meinen Aufruf hin das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe.“ zu leisten. Ich bitte um Verlesung der Gelöbnisformel.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: „Ich gelobe der Republik Österreich und der Stadt Wien unverbrüchliche Treue, stete und volle Beachtung der Gesetze sowie gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.“

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Frau GRin Mag Muna Duzdar.

GRin Mag Muna **Duzdar** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Ich gelobe.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Damit ist die Angelobung vollzogen. (*Allgemeiner Beifall.*) Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Ich wünsche dir alles Gute und viel Erfolg in deiner neuen Tätigkeit hier im Wiener Gemeinderat.

Frau – nunmehr – Gemeinderätin außer Dienst Karin Schrödl ist heute nicht hier im Gemeinderatssitzungssaal. Sie hat mir aber versichert, dass sie uns im Internet – was ja leicht möglich ist – zusehen wird, und deshalb schicke ich ihr ganz herzliche Grüße aus dem Wiener Gemeinderatssitzungssaal!

Frau GRin Schrödl war von 2001 bis 2005 Bezirksrätin in der Bezirksvertretung Donaustadt und von 2003 bis 2005 auch stellvertretende Vorsitzende in diesem Gremium. Am 18. November 2005 ist sie als Abgeordnete zum Wiener Landtag und Wiener Gemeinderat angelobt worden. In dieser Zeit war sie – und ich möchte nur auf jene Bereiche eingehen, bei denen sie in dieser Legislaturperiode mitgewirkt hat – Mitglied im Gemeinderatsausschuss Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung, sie war

Mitglied im Unvereinbarkeitsausschuss und Beiratsmitglied im Fonds für Wohnbau und Stadterneuerung. Zusätzlich hatte sie noch eine Vielzahl von Ersatzmitgliedschaften in den verschiedenen Ausschüssen oder Unterausschüssen inne.

Ein schwerer familiärer Schicksalsschlag bewog Karin Schrödl, sich aus allen Funktionen zurückzuziehen. Dies haben wir zu respektieren.

Der Wiener Gemeinderat verliert durch ihr Ausscheiden ein sehr kompetentes, engagiertes und verlässliches Mitglied. Ich denke, dass wir Karin Schrödl nur wünschen können, dass sie durch diese sicherlich nicht leichte Entscheidung jene innere Ruhe findet, die es ihr wieder ermöglicht, mit Hoffnung und Zuversicht in die Zukunft zu blicken. Ich wünsche ihr – und ich glaube, hier im Namen des gesamten Wiener Gemeinderats sprechen zu können – alles erdenklich Gute und bedanke mich für die nunmehr ganz genau sieben Jahre Wirken in unserem Hohen Hause. (*Allgemeiner Beifall.*)

Die Postnummern 1 und 2 der Tagesordnung betreffen den Entwurf des Voranschlags der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2013 und die Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten durch den Gemeinderat.

Ich schlage vor, die Beratungen dieser zwei Geschäftsstücke zusammenzuziehen und die Verhandlungen nicht nach den zehn Gruppen des Voranschlagsentwurfes, sondern nach Geschäftsgruppen zu gliedern. Nach einem einleitenden Referat der Berichterstatterin zu diesen Geschäftsstücken, Frau VBgmin Mag Brauner, folgt die allgemeine Beratung und die Spezialdebatte über die Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke. Voraussichtlich am Dienstag dieser Woche wird nach dem Schlusswort der Frau amtsführenden Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke über die Anträge zu den genannten zwei Geschäftsstücken abgestimmt werden.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? – Dies ist nicht der Fall. Daher kommen wir zu den Beratungen, wobei ich, bevor die Frau Vizebürgermeister das Wort ergreift, folgenden Hinweis machen möchte und machen muss: Wir haben in der Präsidialkonferenz eine Fraktionsvereinbarung beschlossen, die erstmals für die Budgetdebatte eine Redezeitbegrenzung für jede Fraktion vorsieht. Diese sieht so aus, dass die Frau Finanzstadträtin und Vizebürgermeisterin für ihren Bericht maximal 60 Minuten zur Verfügung hat. Für die Generaldebatte werden als Gesamtredezeit maximal 3 Stunden vorgesehen, wobei die SPÖ maximal 45 Minuten, die FPÖ maximal 42 Minuten und die ÖVP maximal 39 Minuten, die GRÜNEN maximal 36 Minuten und der Klubunabhängige maximal 6 Minuten Gesamtredezeit zur Verfügung haben. Wir haben zusätzlich vereinbart, dass innerhalb dieser Zeit, die einer Fraktion zur Verfügung steht, entsprechend viele Rednerinnen und Redner nominiert werden können und diese Redezeit entsprechend aufzuteilen ist. Beansprucht ein Redner vor Abschluss dieser insgesamt zur Verfügung stehenden Zeit mehr Redezeit, wird sie von den anderen Rednern im entsprechenden Ausmaß abgezogen werden. Das heißt, es gibt nicht mehr als die zur Verfügung stehende Rede-

zeit pro Fraktion. Ich möchte deshalb darauf hinweisen, weil ich und auch meine Kollegen in der Vorsitzführung sehr genau darauf achten werden, dass diese Redezeit auch tatsächlich eingehalten wird, denn sonst hätte diese Vereinbarung ja keinen Sinn.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass wir morgen vor der Abstimmung der eingebrachten Anträge eine kurze Unterbrechung der Gemeinderatssitzung zur Beratung in den jeweiligen Klubs durchführen werden. Das hat sich in den letzten Jahren bewährt.

Ich bitte nunmehr die Berichterstatterin, Frau VBgmin Mag Brauner, die Verhandlung über die Postnummern 1 und 2 einzuleiten, wobei ich darauf hinweise, dass die Redezeit mit 60 Minuten begrenzt ist.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen und Kolleginnen!

Einen schönen guten Morgen auch von meiner Seite. Besonders willkommen heiße ich unsere neueste Gemeinderätin, die gleich mit einer wichtigen Diskussion, nämlich mit dem Budgetvoranschlag, ihre Arbeit hier beginnt.

Ich darf Ihnen heute, sehr geehrte Damen und Herren, im Namen der Wiener Stadtregierung das Budget für das Jahr 2013 vorlegen. In den nächsten Tagen werden wir darüber sprechen, wo die Stadt im nächsten Jahr ihre Mittel einsetzt beziehungsweise verstärkt einsetzt und wo wir durch Reformen schlanker, moderner, effizienter werden. – Ich freue mich auf diese Debatte, und ich hoffe einmal mehr auf einen Austausch sachlicher Argumente.

Wir werden, sehr geehrte Damen und Herren, vor allem darüber diskutieren, warum wir in bestimmten Bereichen investieren und was hinter dieser Budgetpolitik steckt. Außerdem werden wir über Schwerpunkte diskutieren, die sich unserer Meinung nach zukünftig positiv auf die Stadt auswirken werden. Ich darf Ihnen als zuständige Stadträtin für Finanzen und Wirtschaft heute die Schwerpunkte erläutern, vor allem aber auch die dahinter liegenden Grundsätze, denn das Budget besteht nicht nur aus Zahlen, die einem bestimmten Rahmen zugeordnet werden, sondern das Budget, das Sie in dieser grünen Mappe hier finden, ist die in Zahlen gegossene politische Vorstellung der Wiener Stadtregierung; das, wofür wir arbeiten. Im Mittelpunkt stehen das Wohl und die Zukunft der Menschen. Das liegt uns am Herzen, und dafür arbeiten wir mit vollstem Engagement. Deshalb – das sage ich gleich vorweg – setzen wir die Schwerpunkte genau dort, wo sie den Menschen zu Gute kommen, und ich denke, dass die Diskussion darüber für uns alle ganz zentral und wichtig ist.

Wir in Wien setzen die Schwerpunkte dort, wo wir in Wachstum und Zukunft und damit für die Menschen investieren können. Es sind dies die Schaffung und Erhaltung von Infrastruktur, wie zum Beispiel der U-Bahn-Bau, die Errichtung von Wohnraum, die Schaffung von ganzen Stadtteilen, wie unser zentrales Paradebeispiel Aspern oder natürlich auch der Hauptbahnhof zeigen.

Weiters wollen wir, dass im gesamten Bereich Gesundheit und Soziales die Angebote für alle auf dem

höchsten Niveau und gleichzeitig finanzierbar bleiben. Sehr wichtig ist auch der Bereich Kinderbetreuung und Bildung mit dem Kern- beziehungsweise Herzstück Grattkindergarten, der in Wien gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gratis bleibt und den wir, weil die Stadt wächst, sogar noch weiter ausbauen.

Auf diese Schwerpunkte, sehr geehrte Damen und Herren, hat sich die Wiener Stadtregierung bei der Regierungsklausur im September geeinigt. Die Investitionen in die genannten Zukunftsbereiche bedingen aber auch Reformen quer durch alle Bereiche, um besser, effizienter und noch moderner zu werden.

Ja. Wien hat vor dem Hintergrund der schwierigen internationalen wirtschaftlichen Situation und der besonderen Herausforderungen einer Stadt die Krise bisher gut bewältigt. Aber alle aktuellen Wirtschaftsprognosen – und Sie kennen diese, man muss nur die Zeitungen aufschlagen – sind nach wie vor von Unsicherheit geprägt. Wir müssen davon ausgehen, dass es in Österreich zu einem stark gebremsten Wachstum kommen wird, und darauf bereiten wir Wien mit diesem Budget 2013 vor. Damit stehen wir vor der großen Herausforderung, weiter in die Wirtschaft, in Arbeitsplätze und damit in die Menschen zu investieren und gleichzeitig den Weg der Konsolidierung zu gehen.

Der Wiener Reform- und Wachstumspakt, sehr geehrte Damen und Herren, auf den sich die Wiener Stadtregierung bei der Herbstklausur geeinigt hat, bildet die Grundlage für das Budget 2013 und damit für die Arbeit der nächsten Jahre. Die nächsten schwierigen Jahre brauchen Reformen und Wachstumsinitiativen, denn nur mit Investitionen und wachstumsfördernden Maßnahmen kann Wien diese Krise bewältigen.

Das entspricht genau unserem Grundsatz, den ich hier an dieser Stelle schon öfters erläutert habe: Sparen und Investieren. Dieses Grundprinzip des antizyklischen Investierens ist eine politische Entscheidung, und ich bin zutiefst davon überzeugt, dass es eine richtige politische Entscheidung ist.

Mit dieser Meinung, sehr geehrte Damen und Herren, stehen wir nicht allein da. Joseph E Stiglitz, Professor an der Columbia University und Wirtschaftsnobelpreisträger, plädiert in zahlreichen Vorträgen und Interviews für eine expansive Fiskalpolitik. – Ich zitiere: „Ein voreiliger Ausstieg aus schuldenfinanziertem Ausgabenpolitik birgt die Gefahr, die Ökonomie zurück in die Rezession zu treiben.“ – Zitat Ende. Das ist ein Zitat von Stiglitz aus dem „Guardian“. Ich zitiere weiter: „Ausgaben, vor allem Investitionen in Erziehung, Technologie und Infrastruktur, können sogar zu geringeren langfristigen Defiziten führen.“ – Zitat Ende.

Ein weiterer Wirtschaftsnobelpreisträger, Prof Paul Krugman, analysiert die Rolle des Staates und des privaten Sektors mit ähnlicher Conclusio. – Ich zitiere wiederum: „In einer Krise konkurriert der Staat nicht mit dem privaten Sektor um Gelder, weshalb die Zinsen nicht steigen. Der Staat findet lediglich eine Verwendung für die überschüssigen Ersparnisse des privaten Sektors, also das, was dieser lieber spart als investiert. Der Staat musste diese Rolle sogar übernehmen, denn ohne die

Neuverschuldung hätte der Versuch des privaten Sektors, insgesamt weniger auszugeben, als er verdiente, in eine tiefe Krise geführt.“ – Zitat Ende.

Sehr geehrte Damen und Herren! Dieser Wiener Finanzpolitik liegt ein klares Konzept zu Grunde, das von namhaften Experten und Expertinnen unterstützt wird. Wir investieren gegen die Krise an, um die Wirtschaft am Laufen zu halten, Arbeitsplätze zu sichern und die Infrastruktur modern und für alle zugänglich zu erhalten. Das ist die Rolle der öffentlichen Hand in einer Wirtschaftskrise, und diese Rolle werden wir mit Bedacht weiterhin erfüllen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wir sehen nämlich, was andernorts geschieht, wo öffentliche Investitionen eingefroren und mit – wie ich meine – falschem Stolz Sparprogramme veröffentlicht werden: Die Öffis werden nicht ausgebaut, der Gratiskindergarten wird wieder zurückgenommen; in Wien geht es beim Gratiskindergarten immerhin um eine Ersparnis von bis zu 226 EUR pro Kind und Monat. Wohnungen werden nicht gebaut, sondern Wohnbaugelder zweckentfremdet für andere Dinge verwendet. Pflegewohnhäuser werden nicht errichtet. – Diese Art von Einsparungen, sehr geehrte Damen und Herren, wird es mit uns nicht geben! Wir sparen die Stadt nicht kaputt, sondern investieren weiter in Zukunftsbereiche und in die Attraktivität unserer Stadt *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Dazu sind – ich habe es bereits erwähnt – Reformen notwendig, denn am Konsolidierungskurs mit einem Nulldefizit im Jahr 2016 halten wir ebenso fest. Wichtig ist bei dem Reformkurs, den die Stadt eingeschlagen hat, dass es nicht das Sparen mit dem Rasenmäher gibt. Letzteres würde nach einer einfachen Lösung klingen: Sparen wir überall 5 Prozent, und die Sache ist erledigt. – Dazu sage ich wieder einmal: Das ist der falsche Weg!

Nebenbei bemerkt: Für minus 5 Prozent überall bräuchte man keine Politik und keine politischen Entscheidungen, dazu braucht man nur einen Rechenschieber, und eine Politik mit dem Rechenschieber wäre dann wohl eine so kalte Politik, wie es ein Rechenschieber eben ist. Was würde es nämlich bedeuten, 5 Prozent überall zu kürzen? – 5 Prozent weniger Budget hieße zum Beispiel 5 Prozent weniger Müllabfuhr: Drei Wochen im Jahr holt niemand den Müll ab? 5 Prozent weniger Krankenpflegepersonal, 5 Prozent weniger Ärztinnen und Ärzte, Ambulanzzeiten, Operationen: Das kann niemand ernsthaft meinen! Soll man 5 Prozent Obdachlose einfach auf der Straße stehen lassen und sich nicht um sie kümmern? Oder soll man nur mehr jedes 20. Schlagloch reparieren?

Sehr geehrte Damen und Herren! Dieser Vorschlag, einfach überall ein paar Prozent zu kürzen, ist nicht nur zynisch, weil damit viele Arbeitsplätze verloren gehen, sondern das ist auch wirtschaftspolitisch ganz falsch, denn Einnahmen aus Steuern, die dann entstehen, wenn investiert wird, würden uns ebenfalls entgehen. Die Wirtschaft ist nämlich ein dynamischer Prozess: Was wir heute investieren, kommt in Form von Steuerzahlung auch wieder zurück, was wir heute aber vernachlässigen, zahlen wir später in Form von Arbeitslosigkeit oder da-

mit, dass Firmen Probleme bekommen.

Man würde eine Stadt auf diese Art und Weise sozusagen schlechtsparen. Das sind Einsparungen am falschen Platz, und diese rächen sich. Das tun wir daher nicht, sondern wir praktizieren intelligentes Sparen, und dieses intelligente Sparen kommt ohne den Rasenmäher aus. Die Reformen, wie wir sie in Wien anpacken, werden uns in die Lage versetzen, trotz enger finanzieller Spielräume sinnvolle Investitionen und nötige nachfragewirksame Ausgaben für Wirtschaftswachstum und für Arbeitsplatzsicherung zu tätigen.

Das sind die Grundpfeiler des Wiener Reform- und Wachstumspakts, und sie gelingen durch folgende Maßnahmen: Wir schaffen straffere und flexiblere Strukturen in der Stadt, etwa durch die Organisationsreformen beim Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds, durch die Zentralisierung des Kundenservice von Wiener Wohnen oder die Standortkonzentration der MA 48 und der Bioabfallaufbereitung.

Wir suchen neue Wege in der Finanzierung, wie wir es bei der Wohnbauinitiative und bei der Wohnbauanleihe getan haben und wie wir es bei PPP-Modellen beim Schulneubau praktizieren werden.

Wir setzen inhaltliche Strukturreformen um. Das bedeutet, dass sich das Angebot der Stadt an die demographische und städtische Entwicklung anpasst, zum Beispiel beim Spitals- und Geriatriekonzept, aber auch beim Top-Jugendticket, das auf die Bedürfnisse der jungen Menschen eingeht und gleichzeitig eine massive Verwaltungsvereinfachung und damit Einsparung darstellt. Durch bessere Organisation und effizienteren Personaleinsatz sowie bessere Nutzung von neuen Technologien kommt es zu einer Steigerung der Effizienz der Stadt bei den Leistungen und Angeboten.

Ein ganz wichtiger Punkt ist die Reform unseres Bezahlungssystems mit dem Ziel eines optimalen Einsatzes und optimaler Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit mehr Transparenz, mehr Durchlässigkeit, mehr Mobilität. Wir schaffen eine weitere Produktivitätssteigerung durch die Forcierung von E-Government-Anwendungen. Wir haben die Förderungen evaluiert, und wie Sie wissen, erneuern wir diese und machen sie zielgerichteter. Wir sind permanent dabei, Verwaltungsabläufe zu verbessern, zum Beispiel mit einer zentralen elektronischen Eingangserfassung im Magistrat der Stadt Wien, bei dem eine Abteilung für alle anderen dieses Scan-Verfahren übernimmt. – Sehr geehrte Damen und Herren! Es wird in diesem Zusammenhang in den nächsten Jahren noch viele Beispiele geben, und all das wird uns in die Lage versetzen, mit sparsamem und intelligentem Mitteleinsatz noch moderner und besser zu werden.

All das, sehr geehrte Damen und Herren, gelingt aber nur, wenn wir alle an einem Strang ziehen. In diesem Sinne möchte ich mich zuallererst an dieser Stelle bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde Wien bedanken. Jeder und jede Einzelne von ihnen versucht, in seinem oder ihrem Wirkungsbereich möglichst modern, effizient, mit der größtmöglichen Bürgernähe und riesigem Engagement vorzugehen. Ein großes

Dankeschön dafür!

Sehr geehrte Damen und Herren! Das vorliegende Budget wurde erstmals nach dem neuen Stabilitätspakt erstellt, der einen ganz klaren Konsolidierungspfad definiert, und wir werden – um es gleich vorwegzunehmen – mit diesem Budget diesen Konsolidierungspfad beziehungsweise diesen Stabilitätspakt auch tatsächlich einhalten. Die erwähnten Reformen und Grundlagen geben uns den entsprechenden Spielraum, damit wir unser klares, wirtschaftliches und wirtschaftspolitisches Konzept durchsetzen können. Dieses Konzept wird, wie ich schon erwähnt habe, von namhaften Experten und Expertinnen bestätigt und folgt einer klaren Linie: Wir nehmen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Geld auf und zahlen dieses nach einem ganz genauen Plan 2016/2017 wieder zurück. Diese antizyklischen Investitionen ziehen sich durch alle Bereiche: Arbeitsmarkt, Infrastruktur, Wirtschaftspolitik und nicht zuletzt natürlich den ganz wichtigen Bereich der Daseinsvorsorge.

Man kann also sehr deutlich erkennen, sehr geehrte Damen und Herren, wo die Schwerpunkte liegen und wie wir gegen die Krise und für die Zukunft der Stadt investieren: Wir investieren mit unseren Schwerpunkten konsequent für die Menschen, und dabei lassen wir ganz sicher nicht nach. Dazu gehört ganz zentral die einzigartige ergänzende städtische Arbeitsmarktpolitik, die der WAFF, der Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds, mit seinen zahlreichen Programmen leistet. Im Jahr 2013, sehr geehrte Damen und Herren, werden voraussichtlich rund 27 500 Personen, davon 15 800 Frauen – das sind fast 60 Prozent – neu in die unterschiedlichen Unterstützungsprogramme des WAFF eintreten. Und ich gratuliere diesen Kunden und Kundinnen des WAFF schon jetzt dazu, denn wir wissen, dass Aus- und Fortbildung die beste Prävention gegen die Gefahr der Arbeitslosigkeit ist!

Deswegen sind das Herzstück des WAFF die Unterstützungsangebote für Beschäftigte. Das WAFF-Beratungszentrum für Beruf und Weiterbildung bietet den Wiener Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen Information, Beratung, aber natürlich auch finanzielle Förderung in allen Fragen der beruflichen Weiterbildung. Im Jahr 2013 stehen dafür rund 14 Millionen EUR für etwa 14 000 Wiener und Wienerinnen, insbesondere für gering Qualifizierte, Frauen und Wiedereinsteiger sowie Wiedereinsteigerinnen, zur Verfügung. Der Weiterbildungsausender kommt zum Beispiel allen zu Gute, die ihn brauchen und in Anspruch nehmen wollen.

Ein ganz zentraler Schwerpunkt – Sie wissen, das ist mein Herzensanliegen – ist und bleibt die Wiener Ausbildungsgarantie. Eine gute Berufsperspektive ist unabdingbar mit einer erfolgreichen Bildungskarriere verbunden, und deswegen lassen wir mit unseren Anstrengungen, ganz besonders die jungen Menschen nicht im Stich zu lassen, nicht nach, und wir werden ganz bestimmt in diesem gesamten Bereich nicht nachlassen. Insgesamt werden 2013 für die Unterstützung von Jugendlichen beim Berufseinstieg mehr als 11 Millionen EUR zur Verfügung stehen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wer also diese Gelder, sehr geehrte Damen und Her-

ren, mit denen wir den WAFF finanzieren, immer wieder in Frage stellt, der spielt nicht nur – wie es ja leider in Zeiten der schwarz-blauen Bundesregierung der Fall war – mit der Zukunft der jungen Wiener und Wienerinnen, sondern mit der Perspektive aller Wiener und Wienerinnen. Wir wissen nämlich, dass die Wiener und Wienerinnen zum Teil nicht über die Qualifikation verfügen, die sie brauchen, um die Beschäftigungsangebote, die es gibt, auch annehmen zu können. Sie kennen das Wiener Phänomen: Wir hatten noch nie so viel Beschäftigung in dieser Stadt, trotzdem gibt es steigende Arbeitslosenzahlen. Und wenn wir genau hinschauen – da müssen wir wirklich genau hinschauen! –, dann sehen wir: 55 Prozent dieser arbeitslosen Menschen haben höchstens Pflichtschulabschluss. Gleichzeitig sucht die Wirtschaft dringend Facharbeiter und Facharbeiterinnen.

Unsere Antwort auf diese Entwicklung ist der „Qualifikationsplan Wien“, dessen Grundzüge Anfang des Jahres 2013 präsentiert werden. Ziel des „Qualifikationsplan Wien“ ist es, das Fachkräftepotenzial für die Wiener Wirtschaft zu erhöhen und die Zahl gering Qualifizierter mit maximal Pflichtschulabschluss in den nächsten fünf bis zehn Jahren merkbar zu reduzieren. Der „Qualifikationsplan Wien“ wird die Leitlinie für vernetzte und noch besser abgestimmte Maßnahmen bilden. Wir machen die Wienerinnen und Wiener fit für die Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt, sei es am Beginn, in der Mitte oder am Ende des Erwerbslebens. Lebenslanges Lernen ist in Wien nicht nur Theorie, sondern wir helfen ganz konkret dabei. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wenn wir von der Sicherung von Arbeitsplätzen sprechen – und ich bin sicher, dass diese uns allen ein wichtiges Anliegen ist –, so ist es, glaube ich, auch wichtig, gleichzeitig darauf hinzuweisen, dass die Rahmenbedingungen nach wie vor schwierig sind. Etwas muss man nämlich deutlich sagen, sehr geehrte Damen und Herren: Die Wirtschaftskrise ist noch nicht vorbei. Man könnte das unter Umständen glauben, wenn man hört, dass der New Yorker Rechnungshof festgestellt hat, dass das Jahr 2011 zu den besten Jahren für die Wall Street Banker gehört hat und die Boni wieder kräftig steigen. Aber die Menschen da draußen, sehr geehrte Damen und Herren, spüren die Auswirkungen der Krise nach wie vor sehr deutlich. Fast ein Drittel der Österreicher und Österreicherinnen – so eine im Oktober 2012 veröffentlichte Studie des Meinungsforschungsinstituts Spectra – glaubt, dass es schlechter werden wird.

Deswegen sind alle Anstrengungen notwendig, gegen die Krise anzukämpfen, und zwar gemeinsam und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Und das, sehr geehrte Damen und Herren, ist in Zeiten, in denen es wirtschaftlich eng wird, und in Zeiten der Krise eine schwierige Aufgabe, gerade und vor allem auch für eine Finanzstadträtin. Deswegen sage ich: Wir müssen darüber, wie wir gegen diese Krise ankämpfen, was wir alles tun werden und welche die richtigen Wege sind, ernsthaft diskutieren, und ich stelle mich dieser Diskussion sehr gerne. Alle sinnvollen und konstruktiven Vorschläge, wie wir in den kommenden Jahren gemeinsam diesen Konsolidierungsweg beschreiten und gleichzeitig

weiterhin in und für die Menschen investieren können, sind willkommen.

Es geht darum, dass wir in Wien die Menschen in dieser schwierigen Situation unterstützen, denn geringes Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit, Ansteigen der Zahl von Sozialhilfe- beziehungsweise jetzt Bedarfsorientierten-Mindestsicherungs-Empfängerinnen und -Mindestsicherungs-Empfänger und führt natürlich auch dazu, dass es soziale Konflikte gibt, respektive soziale Konflikte sich verschärfen. Diesen Konflikten, sehr geehrte Damen und Herren, ist zu begegnen, sie sind zu lösen, und in diesem Sinn sind wir, wie der Charta-Prozess wunderbar gezeigt hat, gemeinsam mit den Wienern und Wienerinnen auf einem guten Weg. Skandalisierungen, sehr geehrte Damen und Herren, beziehungsweise sogar Hetze sind kontraproduktiv und wirtschaftlich schädlich. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Umso bedenklicher sind in diesen schwierigen Zeiten Presseaussendungen wie jene von voriger Woche, in welcher wieder einmal Menschen gegeneinander aufgehetzt wurden. Da wurde, was nicht wirklich überrascht, aus einem gewissen politischen Eck die Arbeitsmarktsituation in Wien nicht entsprechend analysiert, es wurde nicht genau hingeschaut, sondern es werden Sündenböcke, und zwar – Welch Überraschung! – bei den ausländischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen gesucht und gefunden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist so falsch, wie es schädlich ist! Und wenn ich lese, dass bestimmte Religionsgruppen das Sozialsystem angeblich ausnützen, weil sie weniger einzahlen, als letztlich für sie herauskommt, dann ist das ebenfalls falsch und zeigt eine scharf abzulehnende Geisteshaltung. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Destruktivität, Angstmacherei und Hetze sind der falsche Weg. – Diese Vorgangsweise stimmt traurig, sie ist bedenklich, falsch und nicht zuletzt wirtschaftsschädigend. Hetzerei ist falsch und löst gar kein Problem. Sie ist schädlich für das Klima in dieser Stadt, und sie ist schädlich für den Wirtschaftsstandort, denn Wien lebt von Internationalität und Weltoffenheit. Fragen Sie irgendein Unternehmen, es wird Ihnen bestätigen: Internationalität und Weltoffenheit sind nicht nur wichtig für die Gesellschaft, in der wir leben wollen, sondern sie ist auch wirtschaftspolitische Grundlage und unabdingbare Notwendigkeit in dieser Stadt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir versuchen, mit den Wienern und Wienerinnen gemeinsam Lösungen zu finden. Wir arbeiten konstruktiv mit der Bevölkerung, auch wenn es eng und schwierig ist und auch wenn die Rahmenbedingungen auf Grund der Wirtschaftssituation herausfordernd sind. Die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Wien ist gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten meine absolute Priorität als Wirtschaftsstadträtin.

Unser Ruf und unsere Vorzüge wirken auch über die Landesgrenzen hinaus. So haben sich allein im Jahr 2011 wieder 126 internationale Unternehmungen in Wien angesiedelt und haben damit fast 2 000 Arbeitsplätze in Wien geschaffen. In den Schwerpunktmärkten Deutsch-

land, Nordamerika, Russland, Brasilien und China wird auch heuer und im nächsten Jahr für Betriebsansiedlungen in Wien höchst attraktives und aktives Standortmarketing betrieben. Insbesondere die Seestadt Aspern, aber auch traditionsreiche Wirtschaftsstandorte wie das Industriegebiet Liesing werden dabei intensiv beworben.

Lassen Sie mich dazu noch etwas erwähnen: Gerade in wirtschaftlich volatilen Zeiten suchen sich die Firmen ganz genau aus, wo sie Niederlassungen oder Headquarters gründen. Dass die Entscheidung immer wieder auf Wien fällt, liegt an den primär hochqualifizierten Arbeitnehmern, an der maßgeschneiderten Förderung, an der Infrastruktur, der Rechtssicherheit, der Sicherheit generell – die für uns eine Selbstverständlichkeit ist, aber für viele Expats, die zu uns kommen, gar nicht – und nicht zuletzt natürlich auch an der Lebensqualität, die in dieser Stadt vorherrscht. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Das gilt für Klein- und Mittelunternehmungen genauso wie für die großen Firmen. In diesem Zusammenhang nenne ich unser Expat Center, also jene Einrichtung, die sich um die vielen internationalen Manager kümmert, die hier in Wien arbeiten. Ich war vergangene Woche bei dessen großartigem und erfolgreichem Fest, an welchem 450 Personen teilnahmen, die aus dem Ausland kommen und in Wien in für uns ganz wichtigen, entscheidenden Positionen arbeiten, und bei diesem Fest hat sich gezeigt, dass das Expat-Center eine Einrichtung ist, die eine äußerst positive Wirkung auf den Wirtschaftsstandort hat und höchste Akzeptanz findet: Es gab 2 500 Beratungen für Expats aus 70 Ländern, der Headquarter-Standort Wien wird damit gestärkt.

Weil wir jetzt über Wirtschaftsförderung sprechen, möchte ich etwas von dieser Stelle aus auch ganz klar sagen: Die Stadt Wien wird trotz Wirtschaftskrise und Sparmaßnahmen der Wiener Wirtschaft über die Wirtschaftsagentur Wien Gruppe auch 2013 die bisherige Fördersumme zur Verfügung stellen. Hier wird nicht gekürzt. Die Evaluierung der Förderungen, sehr geehrte Damen und Herren, hat nämlich gezeigt: Die Wiener Wirtschaftsförderung wirkt. Sie löst Wachstumseffekte aus, sie fördert und sichert Beschäftigung, und sie löst auch Kooperationen und Innovationen aus. Aber auch dabei entwickeln wir uns weiter und werden mit unseren Förderungen in Zukunft noch effizienter werden und noch bessere Lenkungseffekte erzielen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Diese Reformen, die in allen Bereichen und allen Ressorts im Kleinen wie im Großen jetzt und künftig durchgeführt werden, um unsere Stadt moderner und fitter für die Zukunft zu machen und zu halten, sorgen auch dafür, dass wir jenen Spielraum haben, um auch weiterhin die Schwerpunkte, die wir uns gesetzt haben, umzusetzen. Wir in Wien bekennen uns zu einer soliden Finanzpolitik, und ich kann den Wienern und Wienerinnen versichern: Wien steht trotz aller Anstrengungen finanziell nach wie vor auf äußerst soliden Beinen. Wir haben von Anbeginn der Krise an viel Geld aufgenommen, um die Wirtschaft am Laufen zu erhalten und damit Arbeitsplätze zu sichern und die Lebensqualität so hoch wie möglich zu halten.

Wir haben damit in bleibende Werte wie Infrastruktur und Wohnungen und gleichzeitig in Werte investiert, die uns Vorteile verschaffen, wie Bildung und Ausbildung für unsere Kinder. Wir haben rechtzeitig den Konsolidierungskurs eingeläutet, um weiter handlungsfähig zu bleiben. Ab 2016 werden wir wieder einen ausgeglichenen Haushalt haben und werden das Geld, das wir in wirtschaftlich schwierigen Zeiten aus gutem Grund aufgenommen haben, wieder zurückzahlen.

Ich möchte Sie daran erinnern, sehr geehrte Damen und Herren, dass Wien schon bewiesen hat, dass wir diese Finanzpolitik beherrschen, denn bis 2008, also vor der Krise, haben wir 600 Millionen EUR an Schulden zurückgezahlt. Diese Finanzpolitik ist der Grund dafür, dass Wien nach wie vor zu den Ländern und Gemeinden mit der geringsten Pro-Kopf-Verschuldung zählt. Während der Bund 2011 eine Pro-Kopf-Verschuldung von 23 009 EUR aufwies, erreicht die Pro-Kopf-Verschuldung in Wien 2011 in absoluten Zahlen einen Wert von 2 350 EUR. Nach den letzten verfügbaren Rechnungsabschlussdaten aller Länder und ihrer Gemeinden für das Jahr 2010 hat Wien nach Tirol den geringsten Pro-Kopf-Schuldenstand aller Länder inklusive Gemeinden, und der Vergleich mit dem Bund macht zudem deutlich: Die Schulden aller Länder und Gemeinden gemeinsam betragen nur 10 Prozent der Gesamtschulden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist sicherlich nicht einfach, aber ich habe es jetzt bewiesen: Es ist jedenfalls machbar, diese Schulden ab dem Jahr 2016 wieder zurückzuzahlen, wie wir es schon einmal gemacht haben.

Erlauben Sie mir aber in diesem Zusammenhang ein sehr offenes Wort: Dieser Schuldenabbauplan bereitet mir weit weniger schlaflose Nächte, als wenn ich mir Sorgen machen müsste um 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit, 50 Prozent Jugend ohne Hoffnung, wie das leider in manchen anderen europäischen Städten der Fall ist. Diese Sorge müssen wir nicht haben, aber auch kein Elternteil, kein Opa, keine Oma und vor allem die Jugendlichen selber nicht, denn dafür haben wir das Geld ausgegeben. Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist uns gelungen, mitten in der größten Wirtschaftskrise die Zahl der Lehrstellensuchenden zurückzudrängen. Das ist das Ergebnis unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Allen Unkenrufen zum Trotz: Wien steht auf soliden finanziellen Beinen. Ich verwahre mich dagegen, dass die Menschen immer wieder aus einem bestimmten Eck verunsichert werden und unsere schöne Stadt schlechtgeredet wird! Das ist nicht nur kurzfristig, sondern auch falsch. Das ist billiges politisches Kleingeld, das die Stimmung gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten trübt und zusätzlich mit den Ängsten und Sorgen der Menschen spielt. Das macht auch wirtschaftlich keinen Sinn, denn wir wissen, dass unsere Krise vor allem eine Krise der Erwartungen ist, und ich halte es auch wirtschaftspolitisch für kontraproduktiv und für nicht sehr verantwortungsbewusst, sehr geehrte Damen und Herren, wenn man da den eigenen Standort schlechtredet. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wer die Relation des Wiener Schuldenstandes – welcher, wie ich weiß, immer ein beliebtes Thema ist – noch immer nicht glauben möchte, dem darf ich noch einmal mein Beispiel mit der Durchschnittsfamilie in Erinnerung rufen, um noch einmal die Relation zu zeigen, wie hoch denn die gesamte Verschuldung der Stadt Wien ist. Um es vorweg zu sagen: Mein Beispiel mit der Familie mit 30 000 EUR ist nicht an den Haaren herbeigezogen. Der durchschnittliche Haushalt in Österreich hat ein Jahreseinkommen von 31 125 EUR. Nehmen wir also diese Familie, und vergleichen wir sie mit der Stadt Wien: Die Verschuldung Wiens von 4,3 Milliarden EUR bei einem Budget von insgesamt 12,2 Milliarden EUR ist so, wie wenn diese Durchschnittsfamilie mit 30 000 EUR Jahreseinkommen über die gesamte Wirtschaftskrise hinweg Gesamtschulden von 10 000 EUR angesammelt hätte. Dazu muss auch gesagt werden: Diese Familie hat das Geld nicht verzockt oder war irgendwo auf Urlaub. Vielmehr hat sie vernünftige Investitionen mit diesen 10 000 EUR getätigt, eine Küche und einen neuen Boiler gekauft und damit in die Zukunft, in die Umwelt und in die eigenen Kosten investiert. Und sie hat vielleicht auch noch Freunden geholfen, die unverschuldet durch die Krise in Not geraten sind.

Genau so, sehr geehrte Damen und Herren, sind wir vorgegangen. Das ist in Wien geschehen: Der Schuldenstand ist absolut überschaubar und bewältigbar, und wir haben einen ganz klaren Plan, wie wir diesen Schuldenstand auch wieder abbauen werden. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Liebe Kollegen und Kolleginnen! Auf Grund der nach wie vor schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind im Budget 2013 deutlich mehr Investitionen und nachfragewirksame Ausgaben vorgesehen, entsprechend dem Prinzip, dass wir investieren und gleichzeitig sparen. Die Gesamtinvestitionen der Stadt und der Unternehmungen und Betriebe der Stadt steigen im Vergleich zum Voranschlag 2012 um 7 Prozent auf 2,87 Milliarden EUR. Deutlich steigen auch die nachfragewirksamen Ausgaben auf 4,61 Milliarden, also die Ausgaben für Nahverkehr, Gebäudesanierungen, laufende Instandsetzungen, Wartungsarbeiten für Straßen und Leitungen und für den Ankauf von Maschinen und Fahrzeugen.

Wichtig waren uns dabei vor allem die Schwerpunkte dieser Investitionen einerseits in das Bau- und Baubergewerbe. Ein Paradebeispiel sind unsere Investitionen in die U-Bahn, das ist der Konjunkturmotor schlechthin, allein für die U2 bis Aspern erfolgte eine Investition von 360 Millionen EUR. Andererseits sind aber auch die Investitionen in den Bereich Infrastruktur und Daseinsvorsorge wichtig und halten die Stadt modern. In diesem Bereich werden viele Investitionen getätigt werden, vom Krankenhaus Nord über die Investitionen in den Bereich der Bildung, der Schulen, der Sanierungen und des Neubaus.

Zu den Investitionen, die Nachhaltigkeit aufweisen, gehören aber auch Investitionen, an die man im ersten Moment vielleicht nicht denkt, zum Beispiel in Kunst und Kultur. Die 11,5 Millionen EUR, die wir für Filmförderung

ausgeben, machen sich bezahlt, man betrachte die Erfolge, die der österreichische Film in den letzten Jahren erzielte! Ich nenne nur drei Namen: Michael Haneke, Ulrich Seidl, Stefan Ruzowitzky.

Aber auch die Vereinigten Bühnen Wien haben durchaus nicht nur künstlerischen, sondern auch wirtschaftlichen Erfolg. Die 37,1 Millionen, die im Budget dafür vorgesehen sind, sind nicht nur mit den Auswirkungen der Kultur und dessen, was hier geschieht, markiert, sondern sie sind auch wirtschaftlich wichtig. Wie in einer Studie des Instituts für Höhere Studien 2011 festgestellt wurde, kommt jeder Subventionseuro 2,3 Mal zurück. Die Vereinigten Bühnen Wien bringen 1 500 Jobs und 100 Millionen Gesamtwertschöpfung, davon fast 90 Millionen in Wien, sehr geehrte Damen und Herren, und gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist dieser Fokus besonders wichtig.

Aber auch der Bereich des WienTourismus, der unsere wundervolle Stadt nicht nur unglaublich kreativ und innovativ im Ausland erfolgreich vermarktet, sondern auch Rekordzahlen von Touristen und Touristinnen nach Wien lockt, hat natürlich ganz wichtige wirtschaftliche Effekte, die wir gemeinsam mit den Unternehmen und der Branche erzielen. Ich kann Ihnen mitteilen, sehr geehrte Damen und Herren, dass das Jahr 2012 gut aussieht. Wir gehen davon aus, dass 2012 12 Millionen Nächtigungen erreicht werden können. Diesen Trend müssen und werden wir standortpolitisch unterstützen, und wir würdigen die Leistungen der Unternehmungen.

Wir bleiben auch für 2013 absolut auf der positiven Seite. Auch hier rechnen wir noch mit einem moderaten Nächtigungswachstum. 23 Herkunftsmärkte, darunter auch die für Wien eigentlich gar nicht mehr neuen Märkte Türkei, Brasilien, China, Indien und Russland werden beworben. Zu den sogenannten Leuchtturmprojekten, die wirklich international unglaubliche Aufmerksamkeit ob ihrer Kreativität erregen und unglaubliche Aufmerksamkeit in den Zielmärkten erzielen, möchte ich an dieser Stelle dem Team des WienTourismus auch einmal ganz offiziell sehr herzlich gratulieren! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Als Präsidentin des WienTourismus sage ich Ihnen: Wir werden nicht nachlassen, und wir haben noch viele tolle innovative Ideen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Investitionen sind – das habe ich mehrfach ausgeführt – wirtschaftspolitisch wichtig, um der Krise entgegenzusteuern. Dass wir damit aber auch erfolgreich sind, zeigen verschiedene internationale Untersuchungen, die Wien regelmäßig Bestnoten verleihen, sei es die schon so oft zitierte Mercer-Studie, die Wien heuer zum 3. Mal auf den 1. Platz in Sachen Lebensqualität setzt, sei es das Ranking der „Financial Times“, das Wien als Stadt mit dem größten wirtschaftlichen Potenzial in Europa ausweist.

Jetzt ganz neu ist Wien laut UN-Habitat die erfolgreichste Metropole der Welt. – Ich zitiere: „The world might want to look to Vienna to solve all of it's problems.“ – Das war am 23.10. dieses Jahres in der US-amerikanischen Online-Zeitung „Huffington Post“ zu lesen, und die „Huffington Post“, sehr geehrte Damen

und Herren, ist nicht irgendeine Quelle. Sie erhielt 2012 den Pulitzerpreis und hat monatlich rund 25 Millionen Besucher und Besucherinnen. Der Grund für die Empfehlung, nach Wien zu schauen, ist „to solve all the problems of the world“: Dieses Kompliment muss man sich auf der Zunge zergehen lassen!

Der Grund für die Empfehlung, nach Wien zu schauen, war die Veröffentlichung des „State of the World's Cities Report“ von UN-Habitat, das „United Nations Human Settlements Programme“. In dieser UN-Studie werden fünf Faktoren genauer untersucht, und in allen Bereichen, sehr geehrte Damen und Herren, ist Wien top platziert. Wien liegt auf dem knappen 2. Platz bei Produktivität gleich hinter New York. Das verdanken wir zuallererst den engagierten Wienerinnen und Wienern, bei denen ich mich an dieser Stelle für ihren Einsatz, für ihr Engagement und für ihre Liebe zu ihrer Heimatstadt bedanken möchte. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Dass diese Leistungen möglich sind, sehr geehrte Damen und Herren, hängt natürlich auch mit dem Angebot der Stadt zusammen, mit den Schwerpunkten, die wir gesetzt haben, zum Beispiel im Bereich Bildung oder bei der Kinderbetreuung.

Wien, sehr geehrte Damen und Herren, liegt auf dem knappen 9. Platz im Bereich Infrastruktur, im Übrigen hinter 8 Metropolen, die gleichzeitig auf den 1. Platz gereiht wurden. Die Funktionstüchtigkeit unserer Infrastruktur und der breite Zugang dazu tragen zum Erfolg unserer Stadt bei. In diesem Bereich haben wir schon in den letzten Jahren intensiv am Ausbau gearbeitet und damit gegen die Krise angesteuert. Wir haben bleibende Werte geschaffen, Arbeitsplätze gesichert, Auftragsbücher der Firmen gefüllt. Investitionen in die Infrastruktur werden wir auch weiterhin tätigen beziehungsweise werden sie sogar in einigen Bereichen in diesem Budget erhöhen, denn sie tragen zum Erfolg unserer Stadt bei.

Nächster Punkt, sehr geehrte Damen und Herren: Auch bei der Lebensqualität ist Wien absolut im Spitzenfeld gereiht. Dazu gehört selbstverständlich auch der offene Zugang zu sozialen Leistungen und zu unserem Gesundheitssystem. Das ist ein zentraler Grund, dass sich die Menschen in Wien sicher und wohl fühlen.

Im Bereich Umwelt, sehr geehrte Damen und Herren, schneiden wir naturgemäß auch sehr gut ab. Das ist kein Wunder bei einer Stadt, deren Grund zu mehr als der Hälfte aus Grünflächen besteht und deren Bürgermeister ein gelernter Biologe ist.

Über die Erwähnung der Wiener Charta in Zusammenhang mit der Nichtdiskriminierung auf allen Ebenen freuen wir uns ganz besonders. Das Solidaritätsprojekt Wiener Charta sollte wesentlich zur Qualität des Zusammenlebens beitragen. Dass dies nun schon vor Präsentation der Detailergebnisse durch diese Topplatzierung bestätigt wurde, ist eine besondere Auszeichnung für dieses Projekt und für unsere Stadt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Die Wienerinnen und Wiener danken es uns jeden Tag mit ihrem Engagement für die erfolgreichste Metropole der Welt, und ich bin stolz, dass Wien diese Spitzenplatzierungen in einem weltweiten Ranking erreicht

hat. Das ist absolut nicht selbstverständlich, dazu sind viele gemeinsame Anstrengungen in allen Bereichen nötig, aber es beweist, dass wir stark sind, wenn wir an einem Strang ziehen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise hat natürlich vor den Toren Wiens nicht Halt gemacht. Ihre Auswirkungen sind nach wie vor zu spüren. Die Wienerinnen und Wiener können sich aber darauf verlassen, dass wir sie gerade jetzt nicht im Stich lassen. Mit einem Budget von über 3,4 Milliarden stellen wir soziale Leistungen zur Verfügung, die schnell und pragmatisch jenen helfen, die unsere Hilfe am nötigsten haben, und die Menschen aktivieren, wo es möglich ist. Dass dies mit der bedarfserweiterten Mindestsicherung gut funktioniert, hat vor Kurzem die Evaluierungsstudie des Sozialministeriums bestätigt. Der Wiener Weg der Arbeitsintegration hat Vorreiter- und Vorbildfunktion für ganz Österreich, sowohl der Aktivierungsgrad als auch die Reintegrationsrate konnten gegenüber der Sozialhilfe gesteigert werden. Das ist genau das, was wir wollten und auch angekündigt hatten.

Mit den Investitionen in Gesundheit und Soziales denken wir in diesem Wachstumsbereich an die Zukunft. Wir tragen dazu bei, dass die Leistungen in gewohnt exzellenter Qualität für alle leistbar bleiben, und das gilt in einer Großstadt wie Wien nicht nur für die Wienerinnen und Wiener, sondern auch für viele Menschen aus den Bundesländern.

Doch zu diesen Investitionen gehören selbstverständlich auch Strukturreformen, um diesen rasch wachsenden Bereich modern und effizient zu gestalten. Wir in Wien denken nicht an Kaputtsparen, nicht an Leistungskürzungen und auf keinen Fall an Privatisierungen. Das garantieren wir! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Die Finanzierung des Gesundheitssystems und damit der Erhalt des Spitalswesens als Teil der öffentlichen Hand ist eine der wichtigsten Herausforderungen der Wiener Stadtpolitik. Das Herzstück der Strukturreform ist das Wiener Spitalskonzept 2030, das von der Gesundheits- und Sozialstadträtin mit Nachdruck vorangetrieben wird. Ähnliche Strukturreformen im Gesundheitsbereich sind auch durch die Weiterführung des Geriatriekonzepts zu erwarten. Mit einem Bündel von Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz wird sichergestellt, dass die Ausgabensteigerungen im Spitalsbereich gedämpft werden.

Auch die Arbeiten an einer umfassenden Gesundheitsreform mit dem Ziel einer gemeinsamen Planung, gemeinsamen Steuerung und gemeinsamen Finanzierungsverantwortung im Gesundheitswesen sind ganz zentral für Wien, um modern und effizient zu bleiben. Diese Meilensteine, sehr geehrte Damen und Herren, flankieren die vielen gesundheits- und sozialpolitischen Aktivitäten im kommenden Jahr, und wir können stolz sein auf die dichte und breite Versorgung der Bevölkerung.

Wien investiert und reformiert entsprechend dem von der Wiener Stadtregierung festgelegten Reform- und Wachstumspakt. Zu den Investitionen gehört natürlich ganz zentral der Bereich Bildung und Kinderbetreuung.

Dieser Bereich wächst stark und benötigt Jahr für Jahr steigende Mittel. Der Gratiskindergarten wird mehr und mehr in Anspruch genommen. Er ist ein Erfolgsprojekt, das nicht nur für qualitativ hochwertige Bildung gleich am Beginn des Lebens und der Bildungskarriere der jungen Menschen sorgt, sondern auch eine spürbare Entlastung des Mittelstandes bedeutet. Der beitragsfreie Kindergarten läuft in Wien seit nunmehr drei Jahren. In diesem Zeitraum hat Wien insgesamt 11 783 zusätzliche Kinderkrippen- und Kindergartenplätze geschaffen. Wir halten derzeit bei 52 228 Kindergarten- und 18 426 Krippenplätzen im privaten und im städtischen Bereich. Das sind so viele Plätze wie nie zuvor, und der Ausbau geht weiter.

Mit diesem Budget wird die Grundlage für voraussichtlich weitere 2 000 Plätze geschaffen. Damit steigen natürlich die Ausgaben in diesem Bereich, sehr geehrte Damen und Herren. Hat Wien 2012 insgesamt 590 Millionen EUR für die Kinderbetreuung vorgesehen, so sind es für das Jahr 2013 bereits 630 Millionen EUR. Das ist nicht nur die Reaktion auf eine wachsende Stadt, sondern auch auf die Bedürfnisse der Wienerinnen und Wiener.

Der Gratiskindergarten bleibt. Er ist ein Erfolgsprojekt. Er steigert die Beschäftigung, wie wir deutlich an den Arbeitsmarktdaten erkennen. Er trägt zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei – und immer mehr Frauen drängen zu Recht auf den Arbeitsmarkt –, und er erhöht die Bildungschancen der Kleinsten von Beginn an.

Wir investieren auch kräftig in den Bildungsbereich. Mit dem Schulsanierungspaket schaffen wir nicht nur moderne Bildungseinrichtungen, sondern investieren natürlich auch in die Baubranche und kurbeln damit die Wirtschaft an. Für 2013 werden nach dem derzeitigen Stand 57 Millionen EUR in die Sanierung von 150 Schulen investiert. Das ist in konjunkturell angespannten Zeiten natürlich ganz wichtig, denn gerade von diesen Aufträgen profitieren vor allem Wiener Klein- und Mittelbetriebe.

Lebenslanges Lernen ist wichtiger denn je. 2012 wurde daher auch eine 15a-Vereinbarung mit dem Bund abgeschlossen, welche Jugendlichen und Erwachsenen auch nach dem Ende der schulischen Ausbildungsphase den Erwerb grundlegender Kompetenzen und Bildungsabschlüsse ermöglichen soll. Seit März 2012 holen bereits 160 junge Erwachsene an den Wiener Volkshochschulen ihren Hauptschulabschluss nach, und im Jahr 2013 werden sie damit fertig sein. In den Jahren 2012 bis 2014 stehen dafür fast 9 Millionen EUR im Landesbudget zur Verfügung, und der Bund verdoppelt dankenswerterweise diese Ausgaben.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wien wächst, weil Wien eine attraktive Stadt ist, die den Menschen Leistungen und Angebote zur Verfügung stellt und die sie unterstützt und ihnen Chancen bietet. Um diesem Wachstum gerecht zu werden und nach wie vor auch im wichtigen Bereich Wohnen leistbar zu sein, geht Wien den einzigartigen Wiener Weg. Neben der Zurverfügungstellung von 220 000 Gemeindewohnungen, die auch während der Wirtschaftskrise nicht privatisiert wurden,

sondern den Menschen weiterhin unterstützend zur Verfügung stehen, wird zusätzlich in die Errichtung weiteren Wohnraums investiert.

Mit den für den Wohnungsneubau reservierten Budgetmitteln im Ausmaß von rund 292 Millionen EUR können 2013 rund 550 Wohneinheiten gefördert errichtet werden. Auch in diesem Bereich bleibt Wien modern und am Puls der Zeit, und zwar mit den besonders kostengünstigen Smart-Wohnungen. Die Mieten für diese Wohnungen sind in etwa mit den sehr kostengünstigen Gemeindewohnungen vergleichbar, und die Wohnungen sind punktgenau auf die Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten.

Darüber hinaus wird für den Großteil der Projekte der Wiener Wohnbauintiative in diesem Jahr der Baustart erfolgen. Das sind insgesamt 6 250 Wohnungen mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von über 1 Milliarde EUR. Wien hat also in wirtschaftlich schwierigen und unsicheren Zeiten bewusst Geld in die Hand genommen, um weiter für rege Bautätigkeit zu sorgen. Die halbe Milliarde günstiger Darlehen haben wir an die Wohnbauträger weitergegeben. Natürlich schlägt sich dieses Geld im Wiener Budget nieder und erhöht den Schuldenstand. Aber abgesehen davon, dass es ein Durchlaufposten ist, weil das Geld ja perspektivisch wieder zurückkommt, ist es gut investiertes Geld in bleibende Werte und in Wohnungen für die Wienerinnen und Wiener. Außerdem sichert beziehungsweise schafft die Wohnbauintiative zusätzlich 6 000 Arbeitsplätze, und auch das ist in Zeiten wie diesen ganz besonders wichtig, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Auch die thermisch-energetische Sanierung im Wohnbaubereich wird 2013 im Mittelpunkt stehen, denn das ist eine Investition, die sich in mehrfacher Hinsicht im wahrsten Sinn des Wortes bezahlt macht. Diese Maßnahmen führen in der Regel zu einer Senkung des Heizwärmebedarfs um 50 Prozent und damit zu einer Kostenersparnis für die Mieter und Mieterinnen und bringen natürlich einen großen Vorteil für den Klima- und Umweltschutz. Mit den für die geförderte Sanierung reservierten Budgetmitteln im Ausmaß von 211 Millionen EUR werden im kommenden Jahr Sanierungsprojekte von voraussichtlich 13 000 Wohneinheiten eine Förderzusicherung erhalten. Das sind wiederum Investitionen, die direkt in die Wirtschaft gehen und Firmen unterstützen.

Wiener Wohnen wird darüber hinaus 2013 360 Millionen EUR in die Sanierung von Gemeindebauten sowie die Brauchbarmachung und Aufkategorisierung von Wohnungen investieren. Die 95 städtischen Wohnhausanlagen mit fast 20 000 Wohnungen werden dabei revitalisiert. Das Gesamtinvestitionsvolumen beträgt 595 Millionen EUR.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Stadt wächst, und in angespannten wirtschaftlichen Zeiten ist es erforderlich, mit innovativen Finanzierungsmethoden dieses Investitionsvolumen auch aufrechtzuerhalten. Im Bereich Wohnen wird durch die Neuerungen des Wiener Wohnbaufonds die Wohnbauleistung gesteigert, und es werden damit mehr Arbeitsplätze geschaffen und gesichert. Eine noch gezieltere Steuerung der Wohnbauleistung

wird möglich, und es gibt verbesserte konjunkturelle Eingriffsmöglichkeiten sowie die Möglichkeit, auf Erfordernisse kurzfristig zu reagieren. Damit ist auch dieser Bereich fit für die Zukunft, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe heute unsere Grundsätze und Schwerpunkte hinter jenen Zahlen erläutert, die in diesem Budget, einem Wachstums- und Reformbudget, aufgeschlüsselt sind. Großen Dank möchte ich an dieser Stelle – denn ohne diese Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gäbe es diese Zahlen nicht, die ich erläutern kann – dem ganzen Team unserer Finanz rund um unseren Finanzdirektor Richard Neidinger aussprechen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die politischen Schwerpunkte in Zahlen gegossen und haben dies – wie sie ihre Arbeit jeden Tag des Jahres erledigen – mit großer Sorgfalt und ab und zu mit gewisser Strenge getan.

Intelligent und strukturell sparen, aber gleichzeitig in Wachstum und in Zukunft zu investieren, das ist das Motto der Wiener Stadtregierung. Wir werden die Anstrengungen, weiter gegen die Krise anzukämpfen und ihre Auswirkungen abzdämmen, fortsetzen. Dass wir mit unseren Schwerpunktsetzungen richtig liegen, zeigen die erwähnten Platzierungen in den verschiedensten Studien und Berichten.

Die Wienerinnen und Wiener sind stolz auf ihre Stadt. Sie sind stolz, wenn Wien top platziert ist, wenn immer mehr Touristinnen und Touristen Wien besuchen. Sie sind auch stolz, dass die Stadt wächst und immer mehr Menschen hier leben wollen. Und sie lassen sich ihr Wien nicht schlechtreden.

Ich hoffe, wir können uns in der Debatte bei allen unterschiedlichen Meinungen, sehr geehrte Damen und Herren, darauf einigen, dass die Wienerinnen und Wiener zu Recht stolz auf diese großartige Stadt sind. Die Wiener Stadtregierung ist es jedenfalls mit ihnen. – Herzlichen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Ich danke für die Eröffnung durch Ihre Budgetrede. Ich eröffne nun die Debatte über die Postnummern 1 und 2 der Tagesordnung. Als erster Redner ist Herr StR Mag Juraczka gemeldet. Er selbst hat sich eine Redezeit von 20 Minuten gegeben, und die ist nun eingeloggt. – Bitte, Herr Stadtrat.

StR Mag Manfred **Juraczka**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

Wenn Sie in den letzten Sätzen Ihrer Ausführungen gesagt haben, dass wir alle stolz auf unser Wien sind, ist das in der Tat so. Daher ist es von ganz zwingender Notwendigkeit, auch die budget- und die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für diese Stadt sicherzustellen, damit diese Stadt weiterhin schön bleibt, ja, noch schöner wird. Wenn man Ihren fröhlich-charmanten Ausführungen zum Budget lauscht, dann könnte man als unwissender Zuhörer fast der Meinung sein, es ist nicht nur alles wunderbar, sondern wir sollten jede Million Euro, die wir schon wieder Neuverschuldung machen,

nicht als Problem, sondern als Chance erkennen.

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sie nehmen sehr oft Anleihen bei Keynes, bei der antizyklischen Budgetpolitik. Jetzt ist mir schon klar, wir durchleben international gerade wirtschaftspolitisch schwierige Zeiten, und wir haben gerade das Thema, dass wir Defizite schreiben in dieser Stadt. Doch wenn ich bei Keynes Anleihe nehme, sehr geehrte Frau Stadträtin, dann müsste „on the long run“, über längere Perioden – und das wissen Sie – eine schwarze Null stehen.

Jetzt sind Sie nicht gerade seit gestern im Amt. Wir diskutieren jedes Jahr hier aufs Neue über eine neue Rekordverschuldung, aber diese antizyklische Budgetpolitik, die Sie eigentlich immer strapazieren, das heißt, ausgeglichene Budgets über Zykluszeiträume, die konnte ich noch nicht entdecken. Jetzt sage ich Ihnen ganz ehrlich, vielleicht sollten Sie nicht nur Keynes für Ihre Anleihe hernehmen, vielleicht schnuppern Sie ein bisschen weiter, vielleicht schlagen Sie auch einmal bei Hayek nach. – Aber alles der Reihe nach.

Wenn wir uns den Voranschlag 2013 ansehen, dann reden wir von beeindruckenden Summen, von einer Budgetzahl von 12 Milliarden EUR. Und da ist es mir ganz wichtig, dass wir eines vorab außer Streit stellen: Das ist nicht Geld, das der Stadt Wien, der Finanzstadträtin, dem Gemeinderat gehört, für dieses Geld sind wir nur treuhändisch tätig. Umso mehr sollten wir endlich darauf achten, dass mit den Budgetmitteln dieser Stadt, meine Damen und Herren, endlich auch wirklich sorgsam umgegangen wird.

Sie haben davon gesprochen, Frau Stadträtin, dass das Budget in Zahlen gegossene Politik ist. In der Tat! Sowohl was die Einnahmen betrifft – wie setzen sich die Einnahmen zusammen, wie holt sich die Stadt das Geld? –, als auch bei den Ausgaben – wofür verwenden wir das Geld, wie hoch ist die Treffergenauigkeit? –, all das kann, ja, soll Inhalt von politischen Diskussionen sein.

Schauen wir uns die Einnahmen an. Ich sage einmal ganz offen, an den Einnahmen kann es nicht liegen. Wir haben im Jahr 2012 die wohl größte Gebührenlawine seit Menschengedenken in dieser Stadt losgetreten. Wasser, U-Bahn-Steuer, Parkgebühren, Abwasser, Hundesteuer und so weiter und so weiter. Es gab auch einen warmen Geldregen für diese Stadt durch ein anderes Thema, das wir schon so oft diskutieren durften: die Parkraumbewirtschaftung. Wenn man sich den Budgetentwurf 2013 ansieht, werden durch den Verkauf des Pickerls, den Verkauf von Parkscheinen und die erhöhten Einnahmen durch Strafen rund 130 Millionen EUR ins Budget gespült. Und letztendlich ist auch durch die Steuereinnahmen des Bundes via Finanzausgleich neues zusätzliches Geld für Wien zu lukrieren gewesen. Ein Kurzresümee: An den mangelnden Neueinnahmen, meine Damen und Herren, kann das neue Defizit wohl nicht liegen.

Und da stellt sich noch eine weitere Frage. Rot-Grün nimmt für sich immer so gerne in Anspruch, soziale Politik zu machen. Meine Damen und Herren, war diese Gebührenlawine sozial? Ist die Verteuerung von Wasser eine soziale Maßnahme oder trifft sie alle im wahrsten Sinne des Wortes mit der Gießkanne? Ist die Erhöhung

von Parkgebühren etwas Soziales? Ist die Erhöhung gerade der Hundesteuer für ältere Menschen, die mit der Haltung eines Hundes vor allem auch die Einsamkeit bekämpfen, eine soziale Maßnahme gewesen? Also ich bin etwas überrascht, dass sich Rot-Grün noch immer das Deckmäntelchen des sozialen Agierens auf die Fahnen schreibt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Erlauben Sie mir nur einen kleinen Exkurs, den man sich an dieser Stelle ja auch immer von Rot und Grün anhören kann, vielleicht schon im Vorbauen eines großen Wahlkampfschlagers: Wir brauchen mehr Umverteilung! Wir brauchen mehr Vermögenssteuern, mehr Reichensteuern – „eat the rich“, wie es schön heißt –, weil angeblich die große Ungleichgewichtung, die große Ungleichheit und die große Ungerechtigkeit in der Einkommensverteilung da ist. Es gibt einen international anerkannten Maßstab für eben diese Gerechtigkeit, für diese Gleichheit oder Ungleichheit in der Einkommensverteilung: den Gini-Koeffizienten, eine Zahl zwischen 0 und 100. Null bedeutet ganz schlicht und einfach, jeder hätte das gleiche Einkommen, 100, der Gegenpol, würde bedeuten, einer bekommt alles. Wenn man sich die Liste der Nationen nach diesem Gini-Koeffizienten so ansieht, dann fällt auf: Ganz vorne sind minderentwickelte Staaten Afrikas oder Südamerikas. Vielleicht ganz interessant für die politische Linke in diesem Haus: Gerade in Venezuela unter Hugo Chavez ist der Gini-Koeffizient ganz hoch. Dort wird ganz wenig Wert auf Verteilungsgerechtigkeit gelegt. Dann kommen Länder wie die USA, Großbritannien mit einem Koeffizienten von 33, Italien 31, Schweiz 33, Frankreich 32, Deutschland 29, und ganz am Schluss dieser Liste kommt Österreich mit 26,1 Punkten. In der EU sind nur noch Finnland, Holland und Schweden knapp besser, was die Einkommensverteilungsgerechtigkeit anbelangt, als wir. Und trotzdem gibt es dieses Wehklagen um ungerechte Verteilung als Wahlkampfschmäh von Rot-Grün. Das nur der Vollständigkeit halber.

Denn eines muss bei dem Entwurf 2013 auch ganz klar gesagt werden, meine Damen und Herren: Der Versuch, das Budget einnahmenseitig zu sanieren, ist in Wien eindrucksvoll gescheitert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Kommen wir zu den Ausgaben. Hier wäre Sparsamkeit das Gebot der Stunde, und ich freue mich über jedes Nachdenken über Sparsamkeit, aber, Frau Vizebürgermeisterin, wenn Sie uns gerade drei Beispiele nennen, nämlich die Zentralisierung bei Wiener Wohnen, die Zentralisierung des Bürgerservices, das Verlegen von Mistplätzen der Magistratsabteilung 48 und kleine Einschnitte beim WAFF, dann ist das zwar ein guter Anfang – ich habe nichts gegen diese konkreten Maßnahmen –, aber wenn das alles ist, was uns bei einer Budgetsumme von 12 Milliarden bei 70 000 Mitarbeitern in dieser Stadt einfällt, dann, muss ich sagen, mangelt es ein bisschen an Kreativität. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber gerade Sparsamkeit, und zwar vernünftiges Sparen, nicht Qualitätsminderung für die Menschen dieser Stadt, sowie Effizienzsteigerung wären notwendig, um das Budget nicht weiter explodieren zu lassen. Aber in Wien feiern die Geldverbrennungsfestspiele auch und

gerade unter grüner Regierungsbeteiligung fröhliche Urständ: Stadthallenbad, Zentralfeuerwache, Liesingbach, Dachausbau Magistratsabteilung 33, Aufstockung PID-Budget, Pensionsharmonisierung und so weiter und so weiter. Wir alle kennen diese Themenbereiche, die eigentlich mehr oder weniger achselzuckend von der Regierung zur Kenntnis genommen werden.

Aber das Schönste in diesem Bereich, meine Damen und Herren, was die Ausgaben betrifft, ist der grüne Öffi-Schmäh. Sie alle wissen noch, wie uns die Grüne Fraktion in diesem Haus erklärt hat, wie großartig das sei, durch ihre Regierungsbeteiligung kostet das Jahresticket jetzt 365 EUR statt 449. *(Beifall bei den GRÜNEN.)* Es wurde damals schon verschwiegen, dass Sie ja eigentlich 100 EUR gefordert haben, aber das ist jetzt gar nicht das Thema. Doch das ist der grüne Öffi-Schmäh. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Das ist kein Schmäh! Das ist wahr!)* Denn wenn wir uns jetzt den Budgetentwurf 2013 anschauen, wenn wir sehen, dass die Stadt Wien 730 Millionen EUR Zuschuss an die Wiener Linien leisten muss – 730 Millionen EUR, meine Damen und Herren, in altem Geld 10 Milliarden Schilling –, wenn wir wissen, dass jeder Wiener – jeder Wiener vom Säugling bis zum Greis, und jeder Wiener, egal, ob er eine Station mit den Öffis fährt oder nicht – zusätzlich 427 EUR zahlen muss, damit die Öffis in Betrieb sind, dann weiß man, die Jahreskarte kostet jeden Wiener rund 800 EUR. Und das ist wirklich der plumpe Öffi-Schmäh der GRÜNEN in dieser Stadt. *(Beifall bei der ÖVP. – GR Mag. Rüdiger Maresch: Das war jetzt ein guter ÖVP-Schmäh!)*

Aber – die Frau Vizebürgermeisterin hat es auch angesprochen –, es gibt auch vernünftige Investitionen, Investitionen in die Zukunft. Wir begrüßen es eindeutig, dass die U-Bahn weiter ausgebaut wird, und wir begrüßen auch die Erhöhung der Wohnbauförderung. Denn Investieren, den Markt beleben, statt kommunistischer Planspiele und Reglementierungswut, kann und muss das Zeichen der Zeit sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage dennoch, das Projekt der einnahmenseitigen Budgetkonsolidierung ist in Wien spektakulär gescheitert. Trotz Gebührenlawine, trotz wirklich massiv steigender Einnahmen steigen auch die Schulden munter und vor allem beinahe ungebremst weiter. Und wenn Sie, Frau Vizebürgermeisterin, dann Kreisky zitiert haben mit „Sie haben lieber Schulden als Arbeitslose“, dann sage ich Ihnen ganz offen: Wien ist und bleibt im Bundesländervergleich leider Gottes auch Spitzenreiter bei den Arbeitslosenzahlen. Wir haben, wenn wir die Menschen in Schulungen mit einbeziehen, beinahe 11 Prozent Arbeitslosigkeit in dieser Stadt. Wir haben bei der Jugendarbeitslosigkeit 15 Prozent leider Gottes schon überschritten. Also das heißt ja nicht, dass wir in dem Land oder in der Stadt leben, wo Milch und Honig fließen. Ganz im Gegenteil! Wir haben Schulden, und wir haben Arbeitslose.

Das kann so nicht weitergehen. Es ist ein Versagen nicht nur der Budget-, sondern auch der Wirtschaftspolitik. Und unter dieser Perspektive lehnen wir diesen Budgetentwurf aus ganzem Herzen ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldete ist GR Ellensohn. Ich erteile es ihm und stelle die Redezeit auf 15 Minuten ein.

GR David **Ellensohn** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Wenn ich das nachlesen werde, werde ich glauben – darüber haben wir gerade kurz in der Bank geredet –, der Toni Mahdalik hat da zu uns gesprochen, denn der ist ja eigentlich der Kabarettist, er versucht sich als Kabarettist an diesem Pult und nicht der nichtamtführende Stadtrat der ÖVP. Aber es war einen Versuch wert, ob er geklappt hat, weiß ich nicht.

Ich bin aber der Volkspartei nicht böse. Wir wissen alle, dass Anfang Juli vom Ideologiezentrum der Volkspartei bundesweit publiziert wurde: Gegen Rot-Grün! Egal, was passiert, alles schlechtreden. Das war die Botschaft von Hannes Rauch. Diese dicke Broschüre, dieses Heftl hat ja auch in die Zeitungen gefunden. Sie müssen alles schlechtreden, das ist der Befehl von oben, das tun Sie hier auch. Ob das wirklich der Volkspartei nützt oder der Stadt etwas nützt, das möchte ich bezweifeln. Aber wir GRÜNE sind ja nicht wehleidig, wir sind Ihnen nicht böse. Sie machen, was man Ihnen anschafft. Ist in Ordnung. Wenn Sie das so machen wollen, machen Sie das so, aber ich sage Ihnen, dieses Schlechtreden hier ist schon ein bisschen die Panik auf der Titanic bei Ihnen. Macht nichts. Wenn Sie glauben, das so durchziehen zu müssen, nächstes Jahr ist ja Wahljahr. Ich habe ja auch nicht damit gerechnet, dass wir ausgerechnet heute eine seriöse Debatte haben, muss ich jetzt ganz ehrlich sagen. Da wäre ich auch überrascht gewesen. So gesehen, ist alles ganz konform.

Reden wir über die Themen, die tatsächlich die Wiener und Wienerinnen beschäftigen, zum Beispiel die Mieten. Jetzt haben wir gerade eine große Diskussion. Wer gestern Abend die Sendung „Im Zentrum“ verfolgt hat, weiß, deutlicher und klarer, als es gestern Abend gesagt wurde, geht es eigentlich nicht: FPÖ und ÖVP für höhere Mieten, SPÖ und GRÜNE für niedrigere Mieten. Vielen Dank für die Klarheit! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ.)* Ich höre die Zwischenrufe natürlich nur teilweise. Im Protokoll wird man sie wohl wiederfinden.

Die Art und Weise, wie Sie, FPÖ und ÖVP, bundesweit die Bundeswohnungen verkauft haben, zeigt uns ja, in welche Richtung es geht im Wohnbau bei Ihnen. Sie würden ja in Wien auch nichts anderes machen, und die ÖVP hat da schon Wahlkampf geführt damit. Am liebsten die Wohnungen teuer an eine Firma verkaufen und dann den Leuten teuer vermieten. Das haben wir ja gestern alles sehr ausführlich gehört. *(Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ.)*

Der Vorschlag, mit dem Maria Vassilakou vor einer Woche für große Aufmerksamkeit gesorgt hat, war, leistbare Wohnungen schaffen. Eine Riesenaufgabe und in einer Stadt, die wächst, eine noch viel größere Aufgabe. Deswegen – das hat VBgmin Renate Brauner auch ausgeführt – versuchen wir, genügend Wohnungen zu bauen. Das ist ohnehin nicht leicht bei den Budgetzwängen,

die es momentan gibt. Wir versuchen, und das funktioniert auch, den Gemeindebau leistbar zu halten. Das darf man ja nicht vergessen: Jede vierte Wohnung ist eine Gemeindewohnung, und es gibt noch einmal so viele geförderte Wohnungen, also jede zweite Wohnung in Wien ist gefördert. Wenn wir das nicht hätten, wären ja alle dem privaten Markt ausgeliefert.

Wozu das führt, hat man auch gestern und in der letzten Woche genau gehört. Die Mieten explodieren. Aber die Mieten explodieren nicht im Gemeindebau, wo sie mit der Inflationsrate steigen, die Mieten explodieren nicht im Genossenschaftsbereich, wo sie mit der Inflationsrate steigen, sie explodieren im privaten Bereich. Da sind gestern abenteuerliche Zahlen genannt worden. Das waren, glaube ich, 38 Prozent in Wien und fast 50 Prozent – ohne die Betriebskosten, die reine Miete, der reine Hauptmietzins – in Österreich. Der private Wohnungsbau, die privaten Vermieter müssen eingebremst werden, weil sich die Leute die Wohnungen nicht mehr leisten können. Auf das sollte man sich doch verständigen können. Wir brauchen genügend leistbaren Wohnraum. Was ist daran so schwierig? Aber ich sehe schon wieder das Kopfschütteln. Klar halte ich einfach fest: Während wir, SPÖ und GRÜNE, gemeinsam dafür kämpfen, dass die Wohnungen leistbar sind und bleiben werden, kämpfen Sie genau für das Gegenteil.

Die Mietervereinigung – Kollege Niedermühlbichler hat das auch gestern „Im Zentrum“ ausführen können – erstreitet alleine in Wien jedes Jahr – da kommen Leute hin, kleine Leute, die sich persönlich keinen Anwalt leisten können – 2,3 Millionen EUR. Alleine heuer haben Vermieter von ihren Mietern und Mieterinnen 800 000 EUR verlangt, die nicht legal verlangt wurden. Das sind aber nur die Verfahren, die geführt wurden. Da gibt es ja ganz viele Leute, die nirgends hingehen. Also Vermieter zocken ihre Mieter und Mieterinnen ab und haben ihnen heuer alleine in der Miete 800 000 und insgesamt über 2 Millionen abgenommen.

Wir werden das abstellen und werden gemeinsam dieses Thema – davor fürchten Sie sich eh – noch die nächsten Monate in Wien am Leben halten. 60 bis 70 m² um 500 EUR, all inclusive, das ist eine Forderung, mit der sich Leute identifizieren können. 500 EUR für eine Wohnung können sich Menschen, die arbeiten können und dürfen, leisten. Ihre Phantasiezuschläge kann sich kein Mensch leisten.

Das zweite Thema, das hier auch immer viel Platz eingenommen hat und vorher ganz kurz gestreift wurde, ist die Verkehrspolitik in Wien, das Parkpickerl. Eine Erfolgsgeschichte, durch und durch eine Erfolgsgeschichte! (*Beifall bei den GRÜNEN und von GR Dipl.-Ing Omar Al Rawi.*) Überall dort, wo es eingeführt wurde, wird es auf Wunsch der Bewohner und Bewohnerinnen ausgeweitet. Denn die Mails und die ganzen Kontakte und Gespräche sind ja tatsächlich ganz anders geworden. Aber es ist halt schwierig, wenn man versucht, mit Fakten und Zahlen zu arbeiten, wenn man es in Wirklichkeit mit Leuten zu tun hat, die von weniger Einnahmen, von weniger Schulden machen reden, alles gleichzeitig. Das ist mühsam, aber man versucht es ja trotz-

dem.

Das Parkpickerl alleine hat dazu geführt, dass es jetzt im Verkehr einen Rückgang gibt. Und das war ja eine der Ideen: Kann man die PendlerInnenströme umlenken auf den öffentlichen Verkehr, denn irgendwie müssen die Leute in die Stadt kommen? Geht das oder nicht? Idealerweise würde man in Niederösterreich mehr Park-and-ride-Anlagen bauen – da ist ja jetzt ein bisschen Bewegung hineingekommen; es ist immerhin Wahlkampf in Niederösterreich, und nie geht es besser in solchen Fragen als im Wahlkampf –, man würde natürlich den Takt verbessern und das gemeinsam zwischen Wien und Niederösterreich aushandeln. Das ist die Idee.

Aber was ist schon passiert? Innerhalb eines Jahres gab es beim Knoten Wiener Neudorf – ich nehme nur diesen einen heraus – im Vergleich Oktober heuer zu Ende Oktober des letzten Jahres ein Minus von minus 5 693 PKW – und zwar gezählt, da wird einfach jeden Tag, das ganze Jahr hindurch, gezählt, wie viele Autos da hineinfahren –, 5 693 von einer Seite alleine. Und das bedeutet etwas für alle Leute, die dort wohnen, wo diese Autos hereingefahren sind und jetzt nicht mehr. Die sind alle umgestiegen. Ja, der Benzinpreis hat eine Mitverantwortung dafür, aber natürlich auch die 365 EUR. Herr Juraczka – ich sehe Sie zwar jetzt nicht –, gehen Sie zu einer Stelle der Wiener Linien! Die 365 gibt es wirklich, das ist kein Schmäh. Es gibt die Jahreskarte – das kann man nicht wissen, wenn man keine hat –, es gibt die Jahreskarte um 365 EUR, und geplant waren 515. Also wenn zwei Erwachsene sich so eine Jahreskarte kaufen, sparen sie gegenüber dem geplanten Preis, den Sie vermutlich durchgesetzt hätten, drei Hunderter im Jahr. Auch alle anderen Rechnungen von Ihnen fallen in sich zusammen, wenn man sich das einzeln anschaut.

Dass diese Autos dann nicht mehr hereinfahren jeden Tag – nur schnell gerechnet –, entspricht 85 000 km weniger, das ist 2 Mal um die Erde fahren mit einem Wagen, das sind 16 t CO₂-Ausstoß und 25 kg Feinstaub weniger. Sollen wir jetzt weniger Feinstaub haben und weniger CO₂-Ausstoß oder – Ihre Ideologie – mehr?

Und das verstehe ich nicht. Verkehrspolitik ist doch kein ideologisches Instrument. Sie müssen herauskommen aus dieser ideologischen Ecke. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Das ist ausschließlich eine Frage der Intelligenz und der Wirtschaftlichkeit und, ja, es ist auch eine soziale Frage, denn zwei Autos können sich trotzdem nicht alle Leute leisten, zwei Jahreskarten allemal. Die 365 EUR machen ja nur noch da herinnen einen Wirbel. Wenn man so nach Österreich schaut, ist das der Exportschlager, der Exportschlager dieser rot-grünen Stadtregierung.

In Vorarlberg – da kann man offensichtlich vernünftig reden – bringen die GRÜNEN einen Antrag ein beziehungsweise haben sie es schon gemacht, 365 EUR für das ganze Bundesland plus eine bisschen angrenzend in die Schweiz, nach Deutschland und St Anton. 365 EUR flächendeckend, das ist fast 200 EUR unter dem, was vorher war. Die GRÜNEN bringen das ein, verhandeln das, und es geht einstimmig durch dort – einstimmig! –, weil alle einsehen, dass es Sinn macht, wenn man ver-

sucht, Menschen den Umstieg vom Auto zu den öffentlichen Verkehrsmitteln zu vereinfachen. 365 EUR in Vorarlberg, in Innsbruck reden sie darüber, in Salzburg reden sie darüber, in Linz haben sie es, glaube ich, und wir haben es auch. Ein Exportschlager, ein Riesenerfolg, die 365.

Und fragen Sie die WienerInnen. Allein heuer gibt es einen Zuwachs bei den Jahreskarten von nicht 20 000 und 30 000 und 50 000, was alles schon ein Riesenerfolg gewesen wäre, von 350 000 Jahreskarten ausgehend, nein, wir haben mehr als 100 000 Jahreskarten mehr verkauft als noch von einem Jahr. Eigentlich müssten Sie applaudieren, eigentlich müsste die Opposition jetzt sagen: Gute Arbeit! 100 000 zusätzliche Jahreskarten innerhalb eines Jahres, das ist wahrscheinlich Weltrekord für eine Millionenstadt. Dieser Exportschlager wird jedenfalls von uns nicht nur verteidigt, sondern wir werden da im Verkehrsbereich auch weiterarbeiten.

Nächstes Jahr wird die Mariahilfer Straße in Angriff genommen. (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Ja, Herr Jung, das ist ja Ihr Problem, dass wir tatsächlich regieren und unsere Sachen umsetzen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das ist Ihr Problem!*) Das ist ja das Problem der Opposition: Wir machen, was wir gesagt haben. Also Verkehrsberuhigung auf der Mariahilfer Straße, 40 Millionen EUR in den nächsten Jahren für die Neugestaltung des öffentlichen Raums. All das sind Aufgaben, die lange aufgesetzt sind. Wer das Budget genau lesen kann und wer sich die Mühe macht, das nicht nur durchzublätern, sondern genau anzuschauen, findet das auch alles.

Was mir persönlich wichtig ist: Es gibt jetzt natürlich auch eine andere Stimmung, eine andere Geschwindigkeit im Bereich Aufarbeitung der Geschichte dieser Stadt. Ich nenne nur das Wärterhäuschen beim Jüdischen Friedhof, den Lueger-Ring oder das Denkmal für Deserteure der Wehrmacht. Da ist jetzt eine zusätzliche Geschwindigkeit, sage ich einmal, in die ganze Sache gekommen durch die GRÜNEN. Das freut mich persönlich, dass wir hier einem modernen Geschichtsbild anhängen, und ich freue mich, dass wir 2013 das Denkmal für Deserteure der Wehrmacht bekommen werden, auch wenn das Einzelne in diesem Haus schmerzen mag.

Besonders wichtig, wenn man über soziale Gerechtigkeit redet – das Wort wird ja auch verwendet, da war vorher die Frage, ist es gerecht, die Gebühren zu erhöhen, ist es gerecht, Vermögenssteuern einzuführen, hui, da ist wieder eine Riesenaufregung jedes Mal bei den Konservativen und anderen rechten Zynikern –: Natürlich würden wir in der aktuellen Lage, wenn man über den Tellerrand hinausschaut, dringend Einnahmen für die öffentliche Hand quer durch Europa, in die einzelnen Länder wie Österreich hinein, in Bundesländern und Städten wie Wien brauchen. Wer heute noch glaubt, dass wir die ganze Krise einfach durchtauchen, und das wird schon wieder, könnte sich auch täuschen. Zum Beispiel könnte wahrscheinlich 1 Prozent Vermögensabgabe für alle, die mehr als 1 Million haben – die gute Nachricht: 99 Prozent bleiben eh übrig –, vermutlich mehr Sicherheit bedeuten für die 99 Prozent, als sich dagegen zu wehren und zu glauben, es geht sich eh aus.

Momentan arbeiten nämlich konservative Ideologen gerade daran, ihren eigenen Markt abzuschaffen, denn wer immer noch glaubt, dass der radikale Markt etwas nützt und dass dort alles geregelt wird, der wird am Schluss gar keinen Markt mehr haben. In welche Richtung der Zug fährt, das traue ich mich gar nicht einzuschätzen. Wenn wir nicht gemeinsam Anstrengungen unternehmen und das vorhandene Vermögen so verteilen, dass wir alle besser davon leben können, dann könnten es auch düstere Zeiten werden.

Wir versuchen hier in Wien, aus den gegebenen Rahmenbedingungen – die macht man sich nicht alle alleine – das Beste herauszuholen. Deswegen haben wir auch, im Gegensatz zu den anderen acht Bundesländern, in denen überall die Volkspartei in der Landesregierung sitzt, immer noch einen Gratiskindergarten. Die anderen hatten ihn und haben ihn wieder abgeschafft. Deswegen haben wir in Wien auch im Bereich Armutsbekämpfung ein klares Zeichen gesetzt, und das findet sich auch im nächsten Budget: die Kindermindestsicherung, die von der FPÖ und der ÖVP abgelehnt wird. Annähernd 20 Millionen EUR für arme Familien, arme Kinder – das ist wohl unbestritten, dass das nicht zu den Reichen fließt –, und Sie waren dagegen, in diesem Haus dagegen.

Ich nehme also zur Kenntnis, dass wir 2013 nicht damit rechnen müssen, dass sich viel ändert in der Stadt – im Guten wie im Schlechten. 2013 ist ein Wahljahr. Wir werden also weiterhin von der Volkspartei das Wahlkampfgetöse hören, das der Hannes Rauch vorgegeben hat – das ist der Generalsekretär oder Bundesgeschäftsführer, ich weiß es nicht genau; Hannes Rauch heißt er –, der gesagt hat, Sie müssen alles schlechtreden, und das machen Sie, die FPÖ wird weiterhin eine Gruppe finden, die für alles zuständig ist, es sind vermutlich die ohne österreichischen Pass, und Rot und Grün wird weiterarbeiten, damit diese Stadt so gut wie möglich funktioniert und die Wiener und Wienerinnen mit ihrer Stadtregierung zufrieden sind. – Vielen Dank. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Gudenus. Hier wird die Redezeit auf 15 Minuten eingestellt.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte ganz kurz auf ein paar Sachen eingehen, die in der Budgetrede gefallen sind, aber auch in den Vorreden, wo es eben auch geheißen hat, die rot-grüne Stadtregierung investiert antizyklisch. Das lässt sich ja vor allem auch sichtbar machen, wenn es darum geht, in die österreichischen Tageszeitungen zu investieren. Denn wenn man Inserate schaltet, wenn das Budget für den Presse- und Informationsdienst schon wieder hinaufgeschraubt wurde, dann sieht man, Sie investieren antizyklisch, damit die Medienberichterstattung eine gewogene bleibt. (*Beifall bei der FPÖ.*) Also insofern haben Sie recht. Das machen sie sehr professionell, da kann ich Ihnen die Professionalität sicher nicht abspre-

chen. Das wird auch keiner tun, denn das machen Sie wirklich einzigartig zum Wohl nicht der Bürger, sondern zum Wohl der rot-grünen Stadtregierung. Aber das war's dann auch schon,

Sie haben in Ihrer Budgetrede auch einen gewissen natürlich notwendigen Zweckoptimismus gezeigt und verstreut. Es ist überhaupt keine Frage, in schwierigen Zeiten braucht man diesen Zweckoptimismus, man muss sich natürlich auch selbst einreden, wie toll man nicht Politik macht, wie sehr man nicht für die Wienerinnen und Wiener da ist, was man nicht alles an tollen regierungspolitischen Maßnahmen gesetzt hat. Natürlich, Autosuggestion ist wichtig, um nicht zu verzweifeln. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Darin bist du Experte!*) Das ist eine sehr, sehr wichtige psychologische Maßnahme, die uns der liebe Gott mitgegeben hat. Das ist ganz notwendig. Bitte, verzweifeln Sie nicht! Man hat oft Grund zu verzweifeln, wenn man Ihre Budget- und Finanzpolitik betrachtet.

Da bin ich schon bei einem weiteren Punkt. Ich bin auch stolz und vor allem dankbar, Wiener zu sein, in Wien geboren zu sein und hier leben zu dürfen. Ich bin wirklich stolz, wir alle können stolz darauf sein, aber umso mehr Sorge mache ich mir wegen dieses finanzpolitischen Amoklaufs, den Sie, Frau Vizebürgermeisterin, in den letzten Jahren hier tätigen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Da muss man sich Sorgen machen, da muss man sich wirklich Sorgen machen um unsere Heimatstadt und um die Menschen hier, denn da sind wir schon beim nächsten Punkt, beim Thema Armut. Da wurde jetzt von der Mindestsicherung gesprochen. Na klar, man muss armen Menschen helfen, man muss sie unterstützen. Aber wer treibt denn die Menschen systematisch in die Armut? Das ist die rote Stadtregierung mit dem grünen Wurmfortsatz. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Sie treiben die Menschen gezielt in die Armut und kommen dann großzügig daher und sagen, Sie wollen die Menschen auffangen durch Mindestsicherung und dergleichen. Natürlich muss man die Menschen auffangen, aber vielleicht hätte man etwas früher ansetzen können und die Menschen nicht aus dem Beruf herausreißen müssen, indem sie den Job verlieren, vielleicht hätte man schon vorher dafür sorgen können, dass die jungen Menschen eine gute Bildung und Ausbildung auf den Weg mitbekommen, und hätte so schon vorher verhindern können, dass sich mittlerweile über 300 000 Menschen in Armut befinden in Wien und über 91 000 Kinder in Armut leben müssen. Es tut mir als Familienvater besonders weh, zu sehen, dass tagtäglich so viele Menschen mehr dazukommen durch Ihre desaströse Finanz-, durch Ihre desaströse Wirtschaftspolitik und durch Ihre desaströse Bildungspolitik. Das ist Ihr Versagen, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wenn Sie vorher von dem Wiener Reform- und Wachstumspakt, von diesem rot-grünen Reform- und Wachstumspakt gesprochen haben, dann lässt sich ja in Wirklichkeit dieser Reform- und Wachstumspakt kurz in drei wunderschönen Fremdwörtern zusammenfassen: Inflation, Spekulation und Malversation. Das ist genau

der rot-grüne Wachstumspakt, den Sie uns hier präsentieren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Frau Vizebürgermeister, Sie haben mit diesem Budget vor allem wieder einmal ein ganz großes Kunststück vollbracht, Sie haben es geschafft, zwar einerseits mehr Einnahmen zu lukrieren, gewaltige Mehreinnahmen durch Belastungen, durch Gebührenerhöhungen, aber gleichzeitig trotzdem noch mehr Schulden zu machen und Verbindlichkeiten einzugehen. Zu diesem Kunststück kann ich Ihnen jetzt leider nicht gratulieren, auch wenn ich Ihnen natürlich fairerweise gerne auch einmal zu positiven Sachen gratulieren würde. Aber das ist eine Sache zu, der man nicht gratulieren kann.

Eines kann man Ihnen aber sicherlich nicht vorwerfen: Man kann Ihnen nicht vorwerfen, dass Sie inkonsequent sind. Sie sind nicht inkonsequent, denn Sie schaffen es in einer ganz konsequenten Art und Weise, noch mehr Schulden zu machen und die Menschen noch mehr zu belasten. Und das ist schäbig, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich meine, dass Sie wirtschaftlich nicht gerade eine glückliche Hand haben, das haben Sie ja die letzten fünf, sechs Jahre, in denen Sie Finanzstadträtin waren, sehr, sehr oft bewiesen, aber so etwas von unsozial und kalt-herzig, wie dieses Budget ist, das passt ja auf keine Kuhhaut. Sie sind ja besonders kreativ, wenn es darum geht, neue Gebühren zu erfinden, die Gebühren zu erhöhen und die Menschen mehr zu belasten. Da sind Sie wirklich kreativ, aber schauen wir uns die Zahlen einmal ganz genau an. Sie haben es seit dem Jahr 2011, nämlich seit der grünen Regierungsbeteiligung, geschafft, die Einnahmen der Stadt Wien um 1,2 Milliarden EUR in die Höhe zu schrauben, das ist ein Anstieg um 11,3 Prozent. Das ist einmal die Einnahmenseite des Budgets. Und was bedeuten Einnahmen? Einnahmen bedeuten Belastungen durch Gebührenerhöhungen. Da werden die Menschen, wie schon eingangs erwähnt, systematisch in die Armut getrieben, in die Verzweiflung getrieben und auch in die Abhängigkeit getrieben. Und was bedeutet das zum Beispiel für eine durchschnittliche Familie in Wien? 548 EUR pro Jahr müssen hier mehr ausgegeben werden durch die Mehrbelastungen, das bedeutet 46 EUR pro Monat. Da ist es eine Chuzpe, jetzt herzugehen seitens der GRÜNEN – aber sie werden anscheinend von der größeren Regierungsfraktion nicht gebremst – und plötzlich 7 EUR Mietobergrenze zu fordern, wo sich doch die Mieten in den letzten Jahren deswegen erhöht haben, weil es eben Gebührenerhöhungen gegeben hat. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Das ist doch ein Blödsinn! Das stimmt einfach nicht!*) Das haben ja Sie alles verursacht, und dann gehen Sie her und spielen den barmherzigen Samariter. Das ist doch eine Chuzpe, das durchschaut doch jeder Bürger. Da können Sie mir nicht erzählen, dass Sie das ernst meinen. (*Beifall bei der FPÖ. – GR Mag Rüdiger Maresch: So ein Holler!*)

Apropos Holler. Ihr Kollege Pilz, Herr Maresch, würde für die letzten 10 Jahre 46 000 EUR nachzahlen müssen, wenn seine Miete 7 EUR pro Quadratmeter mehr wäre. Ja, soll er es nachzahlen, soll er sich einmal herstellen und sagen, ich finde den grünen Vorschlag super und

zahle jetzt 46 000 EUR nach. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Er wohnt in einer Gemeindewohnung!)* Das wäre eine ehrliche Herangehensweise, aber das können wir ja von den GRÜNEN nicht erwarten. Und genau diese Politik hat mit Gerechtigkeit, mit sozialer Gerechtigkeit überhaupt nichts mehr zu tun. Sie reden immer von sozialer Gerechtigkeit, aber all das hat mit Gerechtigkeit überhaupt nichts mehr zu tun. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Informieren Sie sich einmal über Gemeindewohnungen!)* Es handelt sich hier um nichts anderes als um eine schleichende Enteignung. Eine schleichende Massenenteignung ist hier im Gange, die die Bürger durch die Bank betrifft, und das kennen wir ja aus anderen Zeiten und anderen Systemen.

Es gibt ja mehrere Gründe, Frau Brauner, warum die Wienerinnen und Wiener seit der Euroeinführung ein Drittel Kaufkraftverlust hinnehmen mussten, aber ein ganz bedeutender Grund, Frau Brauner, das sind leider Sie mit Ihrer Budget-, Belastungs- und Gebührenerhöhungspolitik. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber kommen wir auch kurz zur Ausgabenseite. Sie sparen ja leider nicht bei sich selbst, bei der Regierung, bei der Regierungspolitik, sondern Sie sparen leider bei den Fleißigsten und bei den Ärmsten der Gesellschaft, bei den Schwächsten. Da gibt es mit freundlicher Duldung der roten Gewerkschaft zum Beispiel eine Nulllohnrunde bei den städtischen Bediensteten, bei den Krankenschwestern, bei der Feuerwehr, bei der Müllabfuhr. Das sind all diese Gruppen, die Sie in Ihren Reden immer hervorheben, loben und auch verteidigen. Zu Recht. Aber dann herzugehen und den Menschen auch eine Lohnabgeltung sicherzustellen, das schaffen Sie wiederum nicht.

Oder nehmen wir den Gesundheitsbereich. Da gibt es einen massiven, einen enormen Kahlschlag. Da wollen Sie 500 Millionen EUR einsparen in den nächsten 5 Jahren, aber Sie haben gesagt, die Angebote im Gesundheitsbereich bleiben auf höchstem Niveau. Also ich wage das zu bezweifeln, wenn hier fast 1 100 Mitarbeiter eingespart werden sollen in den nächsten 5 Jahren, weil genau die Mitarbeiter eingespart werden, die den Dienst an den Kranken direkt verrichten. Genau diese Mitarbeiter werden gestrichen. Und wer kommt denn da am ehesten zum Handkuss? Sicherlich nicht die Reichen, Wohlhabenden, die sich eine private Krankenversicherung und Versorgung leisten können, nein, zum Handkuss kommen durch Ihre – unter Führungszeichen – sozial gerechte Politik wieder einmal diejenigen, die sich keine private Krankenversicherung leisten können. Auch das ist wieder ein Punkt, wo man sagen kann, soziale Gerechtigkeit hat nichts mit SPÖ zu tun, überhaupt nichts. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die soziale Gerechtigkeit bei der SPÖ findet man höchstens in den Geschichtsbüchern. Zu Recht. Sie haben Ihre Verdienst, was Sozialpolitik betrifft, aber all das, was Sie uns hier heute präsentiert haben und auch schon in den letzten Jahren und leider auch in Zukunft präsentieren werden, hat mit sozialer Gerechtigkeit nichts mehr zu tun. Das wird man nachlesen können in den Geschichtsbüchern. Sie können auf Ihre Vergan-

genheit stolz sein, aber Sie werden diesem Ruf nicht mehr gerecht, und deswegen werden Sie auch bei den nächsten Wahlen gehörig abgestraft werden seitens der Wähler.

Das sieht man ja auch bei den Sozialleistungen für bedürftige Wiener. Da setzen Sie ganz gezielt den Rotstift an, wenn es darum geht, den Heizkostenzuschuss jetzt überhaupt nicht mehr auszuzahlen. Er wird nicht nur erst halbiert und dann nicht an die Teuerung angepasst, sondern die Auszahlung ist jetzt überhaupt nicht mehr vorgesehen. Da sieht man ja auch die soziale Kälte, die hier im roten und grünen Wien vorherrscht. Da ist von Klimaerwärmung, von einer sozialen Klimaerwärmung keine Spur, das ist eine soziale Kälte, die hier vorherrscht.

Ich betone das auch deswegen, weil erst unlängst der Rechnungshof in einem seiner letzten Rohberichte nachgewiesen hat, dass andererseits Asylbetrüger das Geld hinten und vorne hineingeschoben bekommen. Das ist anscheinend der einzige Punkt, wo Sie eine übertriebene Sozialpolitik sicherstellen, nämlich wenn es um die Nichtösterreicher geht, aber nicht um die eigenen Menschen. Und das lehnen wir ab, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ. – GR Mag Rüdiger Maresch: Na endlich wieder das Lieblingsthema!)* Ja, ja, Herr Maresch, ich kenn das schon.

Ein rot-grünes Schlaraffenland für Asylbetrüger ist leider hier in Wien entstanden. Weil eben den Menschen vorgespiegelt wird, dass hier Milch und Honig fließen, kommen alle zu uns. Es ist ja auch kein Zufall, dass die Asylbetreuungsquote in Wien um mehr als 50 Prozent übererfüllt wird, viel mehr, als notwendig wäre, und es ist Faktum: Ihr Fonds Soziales Wien unterstützt illegale, er unterstützt illegale – ich kann es nur so nennen – Asylbetrüger. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Ich würde einmal von anderen Betrügern reden! Zum Beispiel vom Grasser!)* Ja, das können Sie ruhig machen. Was interessiert mich der Grasser, bitte. Also, ich weiß nicht. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Das ist Ihnen unangenehm! Wir werden Sie auch daran erinnern, was der Graf macht! Das können Sie mir glauben!)* Wir reden jetzt außerdem von Asylwerbern und nicht vom Grasser. Also Asylbetrüger, deren Verfahren bereits rechtskräftig negativ beschieden wurden und die sich nur noch mit der Hilfe von dubiosen Vereinen gegen die Abschiebung, leider erfolgreich, wehren, bekommen von Ihnen großzügig Geldgeschenke, während Leute, die ihren Heizkostenzuschuss brauchen würden, im Regen stehen gelassen werden. Das ist ein schäbige Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und im Gegensatz zu anderen Bundesländern weigern Sie sich ja auch noch, nachzuforschen, was eigentlich Ihre Pflicht wäre auch als Hüter der Steuern und Gebührengelder, ob Asylwerber illegal zu so vielen Sozialleistungen kommen und sie kassieren oder nicht. Das kritisieren eben nicht wir Freiheitliche, und das ist schon gar nicht irgendeine Hetze, das sagt der Rechnungshof. Aber ich weiß ganz genau, Frau Vizebürgermeister, vom Rechnungshof halten Sie ja persönlich relativ wenig. Das haben Sie ja in Ihren Wortmeldungen auch schon oft zur

Schau gestellt, dass Sie die Gutachten und Einschätzungen des Rechnungshofes eigentlich nicht sehr schätzen. Das ist ja auch kein Wunder, denn es gibt auch sehr viel Kritik über die Wiener Budgetpolitik oder auch über die Fremdwährungskredite und vieles mehr.

Ihr Motto ist und bleibt: Alle Rechte für Zuwanderer und alle Pflichten für Wienerinnen und Wiener und Österreicher. Und genau dieses Motto werden wir auch aufzeigen. Wir lassen nicht zu, dass hier über die Inländer drübergefahren wird und gleichzeitig über Asylbetrüger hier im Endeffekt das Füllhorn ausgeschüttet wird. Das kann nicht eine richtige Politik sein im Sinne der Österreicher, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich komme zum Schluss. Es braucht, vor allem hier im rot-grünen Wien, den Grundsatz: Macht braucht Kontrolle! Aber oftmals sieht man hier im rot-grünen Wien, dass schon eher die Ohnmacht vorherrscht. Ich glaube, dass vor allem Ohnmacht Kontrolle braucht, weil sie umso unkontrollierter und unkontrollierbarer hier fuhrwerkt. Es braucht einen Umbau des Kontrollamtes in einen Stadtrechnungshof mit den gleichen Prüfkompetenzen, wie sie auch der Bundesrechnungshof hat. Das müssen wir sicherstellen, damit hier auch die Kontrolle sichergestellt wird.

Und noch eines: Frau Brauner, Sie haben gesagt, man muss gegen die Krise ankämpfen. Die Krise ist Ihre Budgetpolitik gegen die Wienerinnen und Wiener. Kämpfen wir dagegen an! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Meine Damen und Herren! Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, erlaube ich mir, die Gäste auf der Galerie, nämlich die Schüler der Wiener Polizeischule, herzlich bei uns bei der Diskussion willkommen zu heißen. Wir fühlen uns sehr sicher, wenn Sie da sind. Danke schön. *(Heiterkeit und allgemeiner Beifall.)*

Als nächster Redner ums Wort gebeten hat Herr GR Dr Aigner. Sie haben 6 Minuten als Vorgabe. Bitte schön.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Meine Damen und Herren!

Die Generaldebatte für ein neues Budget eignet sich natürlich auch für einige allgemeine Anmerkungen. Es sind ja hier auch schon die Wirtschaftspolitik im Großen und die Gesellschaftspolitik im Allgemeinen angesprochen worden, und ich möchte dazu auch ein paar Gedanken entwickeln.

Ich glaube, man kann sehen, dass man ein Budget offenkundig wirklich nicht einnahmenseitig sanieren kann. Die Steuereinnahmen, auch auf Bundesebene, haben nicht zuletzt auf Grund der guten wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten beiden Jahren gesprudelt, die Gebühreneinnahmen sind auf Grund Ihrer Gebührenerhöhungen auch auf einem historischen Höchststand angekommen. Dennoch gibt es ein nicht zu unterschätzendes Defizit, und der Schuldenstand wächst, wenn gleich – vielleicht im Vergleich zu einem anderen Bundesland – sozusagen von einem moderaten Level auf ein beängstigendes Niveau.

Sie haben durchaus recht in Ihrer Einschätzung, dass uns die Krise noch einige Zeit begleiten wird, und da

fragt man sich natürlich unwillkürlich: Wie wird es da weitergehen? Wie wird es weitergehen, wenn die Belastbarkeit der Österreicherinnen und Österreicher einfach am Limit angekommen ist? Wir haben eine Belastungsquote, die man nicht mehr weiter steigern kann. Vor dieser Einsicht kann man einfach nicht Halt machen, denn das Ganze kippt ja dann in einen Zustand, wo sich Leistung einfach nicht mehr auszahlt und wo die Menschen schlichtweg die Freizeit der Arbeitszeit vorziehen werden, wenn ihnen der Staat immer mehr Geld abknöpft.

Das Ganze muss man eingebettet sehen, auch in die Verkehrspolitik. Ich habe schon ein bisschen Schmunzeln müssen gerade über die GRÜNEN, die die Verkehrspolitik ideologisiert haben wie noch nie jemand in den letzten Jahren und Jahrzehnten. Es geht nicht um ein pragmatisches Herangehen, wie kann man denn Verkehr flüssig halten, wie kann man Umwelt, Wirtschaft, Lebensqualität in ein ausgewogenes Miteinander bringen, Sie machen aus der Verkehrspolitik Ideologie und werfen dann den anderen vor, dass man das, wenn man Sie dabei erwischt, sozusagen aufdeckt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Auf einmal sind dann die Einpendler das große Problem. Das sind Menschen, die Mühsal auf sich nehmen, um Entfernungen zurückzulegen, um zu arbeiten, um in Wien zu arbeiten, in die Wiener Gebietskrankenkasse einzuzahlen, in Wien Lohnsummensteuer zu zahlen, in Wien Arbeiterkammerumlage zu zahlen. Und das sind auf einmal die Feindbilder. Ja, wollen Sie am liebsten lauter Leute, die in Wien herumsitzen, zu Fuß gehen oder mit den überfüllten Öffis fahren und Mindestsicherung beziehen? Ja, das ist offenkundig der Idealzustand. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich habe genau hingehört, auch bei der Frau Vizebürgermeisterin. Natürlich ist ein Sozialsystem etwas ganz Wesentliches und ein Asset, aber das Sozialsystem muss erwirtschaftet werden. Eine Solidargemeinschaft zeichnet sich dadurch aus, dass man einmal drinnen ist in der Solidargemeinschaft. Aber dieser von Ihnen propagierte offene Zugang zu den Sozialleistungen, also ich weiß nicht, wie offen man den gestalten soll. Soll man in der ganzen Welt den PIN-Code für unser Konto bekannt geben, und dann wundert man sich, dass immer mehr Menschen kommen, die bei uns gleich – *direttissima*, da braucht man kein Wort Deutsch zu können – mit dem PIN-Code sozusagen unsere Sozialleistungen abheben? Das kann kein System leisten. *(Beifall bei der FPÖ. – Ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Das kann das System nicht leisten, und auf der anderen Seite kann man sich dann die Pensionserhöhungen für die, die jahrzehntelang eingezahlt haben, und für die eigenen Bediensteten, die tagtäglich arbeiten, nicht leisten.

Daher muss man ganz klar sagen: Soziale Solidarität ist wichtig, aber die kann nicht weltweit und europaweit ausgedehnt werden. Wir können nicht das Ziel von vielen Menschen sein, die mit Österreich nichts am Hut haben, sondern die nur kommen, weil es sich bis in den hinter-

ten Winkel der Welt herumgesprochen hat, dass wir es sehr vielen sehr einfach machen. Das wird auf Dauer nicht gehen.

Wenn man dann sagt, beim Sparen kommt die Müllabfuhr nicht mehr und so weiter, und das ist kein intelligentes Sparen. Da gebe ich Ihnen völlig recht, das ist kein intelligentes Sparen. Es geht ja überhaupt nicht darum, dass die Müllabfuhr nicht kommen soll, aber man kann zum Beispiel schon hinterfragen, ob eine Doppelstruktur wie im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, deren Ergebnis die höchste Arbeitslosenquote in ganz Österreich ist, eine effiziente Struktur ist. *(Beifall von GR Mag Wolfgang Jung.)* Trotz AMS und WAFF haben wir die höchste Arbeitslosenquote im Bundesländervergleich. Da kann man sich nicht immer nur herausreden, dass wir halt eine Großstadt sind, wo die Probleme andere sind. Niederösterreich hat genauso viele Einwohner und hat mit vielen ländlichen Gebieten wahrscheinlich viel größere strukturelle Probleme, trotzdem hat es bei Weitem weniger Mindestsicherungsbezieher. Und ich bin mir sicher, dass man im Waldviertel weniger leicht Arbeitsplätze schaffen kann als in einer Großstadt. *(Beifall bei der FPÖ. – GR Mag Rüdiger Maresch: Und der Kindergarten sperrt um 12 Uhr zu!)*

Wenn Sie intelligent sparen wollen, dann hinterfragen Sie die Inflation an Beauftragten. Das ist nämlich ein Misstrauen der eigenen Verwaltung gegenüber. *(Beifall bei der FPÖ.)* Sie bedanken sich zwar ständig bei den Bediensteten, signalisieren Ihnen aber gleichzeitig: So ein richtiges Vertrauen haben wir eigentlich nicht, denn wir brauchen für alles und jedes Beauftragte mit Büros und so weiter.

Die einzige Subvention, die gekürzt wurde, war – soweit es mir in Erinnerung ist – das Stadtfest der ÖVP. Also da ist noch keine Rede von intelligentem Sparen bei den Subventionen. Da können Sie sich von der Opposition mehr als genug Anregungen holen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Hätten wir ihnen noch mehr Geld geben sollen?)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** *(unterbrechend)*: Herr Kollege, bitte den Schlusssatz.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(fortsetzend)*: Ich meine zum Beispiel die nicht zu rechtfertigenden Pensionsprivilegien bei den Wiener Symphonikern. Diese Subventionen haben mit sozialer Gerechtigkeit nämlich wirklich nichts zu tun. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zur Wort gemeldet ist Herr GR Dipl-Ing Schicker. Ihre Zeitvorgabe ist 20 Minuten.

GR Dipl-Ing Rudi **Schicker** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Vizebürgermeisterin! Herr Vorsitzender! Liebes Publikum auf der Galerie!

Immerhin sprechen wir heute über ein Budget für eine Stadt, die bisher sehr wohl verwaltet, sehr hervorragend verwaltet war. Dafür auch gleich der Dank an die Beamtenschaft, die das ja zustande bringt. Das sind ja nicht die Politiker, das sind die Beamten, die die Möglichkeit dazu bekommen, diese Stadt so zu verwalten,

wie sie verwaltet ist, nämlich lebenswert, mit hoher Lebensqualität und mit sozialem Augenmaß.

Liebe Polizeischüler! Sie haben vorhin zwei Reden aus Oppositionsparteien gehört, die ein hohes Maß an Polemik beinhaltet haben. Hier wurde aufgewogen: Auf der einen Seite soll mehr gespart werden, und auf der anderen Seite hieß es, ihr gebt zu wenig aus. Es sollen keine Gebühren erhöht werden, das ist ja schrecklich, aber auf der anderen Seite soll auch wiederum das Geld zur Verfügung stehen. Wir werden Anträge bekommen, dass wir – das ist heute schon gesagt worden – die U-Bahn bis zur SCS nach Niederösterreich verlängern sollen, weit nach Purkersdorf hinein. *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)*

Alles wunderbar, sehr geehrte Damen und Herren, aber genau da ist die Frage, wo man intelligent spart, Herr Jung. Jawohl, intelligent sparen ist angesagt, und das Thema ist nicht, dass wir kaputtsparen, sondern intelligent sparen. *(Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Daher, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Polizei, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Gemeinderat, es geht auch darum: Wenn man der Opposition zuhört, dann kann man froh sein, dass sie nicht regiert. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ja, Sie sind froh!)* Forderungen nach mehr Ausgaben und gleichzeitig Angriffe gegen mehr Einnahmen, das kann sich nach Adam Riese nicht ausgehen. Gehen Sie zurück in die Volksschule! Lernen Sie das! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und dann geht die FPÖ her und sagt, es gab 11,3 Prozent Einnahmenerhöhung. Herr Kollege Gudenus, jawohl, wir haben Steigerungen in dem Budget, aber diese Steigerungen kommen daher, dass im Jahr 2011 die Wirtschaft – Gott sei Dank! – ein Jahr hatte, in dem sie gut floriert hat – das ging bis heuer in den Sommer herein –, und aus den Ertragsanteilen kommt der Löwenanteil der Erhöhungen, die wir haben. Die Gebührenerhöhungen in Wien zusammengenommen und gegenübergestellt der Tarifrückbildung bei den Wiener Linien bei der Jahreskarte: Wenn Sie das für eine Familie – du hast es gemacht für einen Vier-Personen-Haushalt –, wenn Sie das für einen Vier-Personen-Haushalt in Wien machen, dann kommen Sie drauf, dass die Gebührenerhöhungen mit den Tarifsenkungen bei der Jahresnetzkarte im Einklang stehen. Es ist sogar günstiger für die Familie. Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

Zweiter Punkt: Wenn der Herr Juraczka hier auszugsweise aus seinem Inserat in der „Kronen Zeitung“ von gestern berichtet *(Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)*, dann sollte man darauf hinweisen – gerade dann, wenn angehende Bundesbeamte hier auf der Galerie sitzen, sollte man darauf genau hinweisen *(GR Mag Wolfgang Jung: Sie sind doch die Inseratenkaiser bei der Krone! – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)* –, dass nämlich die Beamten, die in Wien schon lange tätig sind, weil die Stadt Wien nicht das brutale System von Schwarz-Blau im Bereich der Pensionen gemacht hat, ein bisschen längere Übergangsfristen haben und mehr Vertrauensgrundsatz haben, als es den Bundesbeamten damals von Ihnen, von Ihren Parteien zugemutet wurde. Dass dadurch das Pensionssystem bei uns ein bisschen mehr

kostet, das ist wohl klar. (*Zwischenruf von GR Dr Wolfgang Ulm.*) Da haben Sie leider auch die falschen Zahlen, Herr Kollege. Aber genau hier sieht man, wo soziale Verantwortung ist und ob man die Menschen ernst nimmt, die in der Beamtenschaft arbeiten, oder ob man sie nicht ernst nimmt, sondern sie nur als quälende Ergänzung sieht. Und das sollten Sie sich merken, wenn Sie in den Bundesdienst gehen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Hier steht auch zum Beispiel beim Hauptbahnhof, dass die Straßenbaukosten teurer geworden sind. Kollege Juraczka, Sie haben ein Pech, ich kenne mich da leider noch immer aus auf dem Gebiet. Das stimmt so nicht. Sie rechnen hier die technischen und sozialen Infrastrukturkosten zusammen und wundern sich, wenn Sie Äpfel mit Birnen vergleichen, dass da andere Zahlen herauskommen. Diese Zahlen waren von Beginn an gewollt, und sie waren so auch sinnvoll, weil wir mit dem Bau des Hauptbahnhofes genau in eine Zeit gefallen sind, wo die Konjunktur nachgelassen hat, wo die internationale Wirtschaftskrise über uns hereingebrochen ist.

Ich bin stolz darauf, dass wir dieses Projekt haben und somit die größte Baustelle Europas. Sie kommen aus der Bauwirtschaft, Frau Leeb, Sie wissen ganz genau, wie kalkuliert wird. (*GRin Ing Isabella Leeb: Oh ja, ich weiß es ganz genau!*) Sie wissen ganz genau, wie die Bauwirtschaft dort geraunzt hat, weil die Bundesbahn ganz, ganz ordentlich gearbeitet hat.

Und ein weiterer Bereich – Sie haben es auch heute da herinnen erwähnt, Herr Juraczka, und das ist ja überhaupt die Lachnummer schlechthin gewesen –: Sie kritisieren den Dachgeschoßausbau bei der MA 33 und wissen nicht, worum es da gegangen ist. Da ist die Zusammenlegung zweier Betriebsstandorte auf einen erfolgt. Wenn Sie ein bisschen was von Betriebswirtschaft wissen, dann wissen Sie, dass daraus in der Regel die höchsten Synergieeffekte geholt werden können. Genau das ist passiert. Zwei Standorte wurden auf einen zusammengelegt. Die Finanzierung ist aus dem laufenden Betrieb erfolgt und nicht durch irgendwelche zusätzlichen Einkünfte, die angeblich notwendig gewesen wären.

Also wenn man die Opposition in Wien regieren ließe, dann hätten wir wahrscheinlich die Skandale aus Kärnten, wir hätten wahrscheinlich die Skandale des Herrn Strasser, wir hätten wahrscheinlich die Eurofighter, wo jetzt auf einmal die ÖVP selber draufkommt, dass da Korruption im Hintergrund war. (*Lebhafte Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP. – GR Mag Wolfgang Jung: Denken Sie an Ihre eigenen Skandale! Stadthallenbad, Skylink, Prater-Vorplatz und, und, und!*) Wir hätten wahrscheinlich die BUWOG, diesen Verkauf von Wohnungen, in die früher Polizisten eingezogen sind. Die sind verkauft worden, sind privatisiert worden, und dafür wart ihr zuständig. Wir hätten zum Beispiel auch den Ankauf von Gesichtsmasken, die kein Mensch gebraucht hat. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Wenn man die Opposition regieren ließe, dann wären die Gemeindewohnungen in Wien verkauft, genauso wie die BUWOG-Wohnungen, dann wäre das Wasser verkauft, dann wären die öffentlichen Verkehrsmittel ver-

schertelt. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Danke ÖVP, dass Sie jetzt lachen. Schauen Sie sich Ihren Antrag an, den Sie noch in dieser Budgetdebatte stellen werden, nämlich den Dienstleistungskonzern Wien aufzulösen. Damit betreiben Sie den Ausverkauf öffentlicher Einrichtungen, und das werden wir als Sozialdemokraten ganz sicher nicht zulassen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Sozialdemokratie steht für soziale Gerechtigkeit. Wir stehen dafür, dass Stärken gestärkt werden, dass Schwächen geschwächt werden, vor allem bei unseren Kindern. Deswegen sind wir für den kostenfreien Zugang zu Kindergärten eingetreten, auch wenn das eine Menge kostet. Sie wissen genau, dass die Erhöhungen, die wir in diesem Bereich haben, größer sind als die Erhöhung des Defizits im nächsten Jahr. So leicht kann man das vergleichen.

Soziale Leistung auch für den Mittelstand auf der einen Seite, auf der anderen Seite haben wir ein bisschen ein Mehr an Budgetdefizit, jedoch noch immer im Einklang mit dem Stabilitätspakt mit der Bundesregierung. Aber das ist Ihnen ja offensichtlich egal, denn Ihnen geht es ja immer um die Starken, Ihnen geht es nie darum, dass die Schwächeren auch unterstützt gehören.

Daher sind wir in Wien auch dafür, dass die Gesamtschule, die Ganztagschule und natürlich auch die Gesamtschule mit verschränktem Unterricht kommen (*StR Mag Manfred Juraczka: Wahlfreiheit!*) und nicht die Moggelpackung mit der Tagesheimschule – die ist konservativ, die ist hinterwäldlerisch. Daher machen wir die Ganztagschule mit verschränktem Unterricht, wie wir es bereits bei unseren Campusschulen machen können.

Was auch ganz wesentlich ist: Wir wollen nicht, dass die Schulpflicht das Ende der Ausbildung für die Jugendlichen ist. Wir wollen nicht, dass Jugendliche auf der Straße stehen. (*GRin Ing Isabella Leeb: Ja!*) – Das ist gut, wenn das auch die Vertreterin der Wirtschaft sagt. Denn es geht ja auch darum, dass die Wirtschaft wieder Lehrlinge einstellt und Lehrlinge als junge Menschen auch ernst nimmt. Wir wollen die Ausbildungsverpflichtung für alle bis zum 18. Lebensjahr, und genau deswegen gibt es den WAFF: Deswegen haben wir die intensiven Tätigkeiten des WAFF, und nicht deswegen, weil wir Doppelgleisigkeiten wollen. (*Zwischenruf von GR Mag Johann Gudenus, MAIS.*)

Glauben Sie das denn wirklich, Herr Gudenus? Diese Doppelgleisigkeiten gibt es nicht, das ist mit dem AMS eng verzahnt und abgestimmt. Und seien wir doch froh, dass wir die internationalen Förderungen der Europäischen Union für derartige gemeinsame Projekte ausnutzen können. Das ist doch etwas. Wenn Sie sich hier herstellen und behaupten, uns seien die Kinder gleichgültig, dann glauben Sie das doch selber nicht, Herr Gudenus.

Und dann stellen Sie hier Horrorzahlen von armen Kindern dar. Herr Kollege Gudenus, Sie wissen, dass wir gleich zu Beginn der rot-grünen Koalition die Mindestsicherung für Kinder um 50 Prozent erhöht haben – sofort. Auch das kostet Geld, aber es wirkt genau bei den Ärmern. Und genau das haben wir getan.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wien ist auch eine

Stadt der Forschung und der Entwicklung, und Wien ist auch eine Stadt der Innovation und der Kreativität, und in Wien gibt es auch Technologieentwicklung. Gott sei Dank! Denn wenn wir das hohe Einkommensniveau halten wollen, wenn wir verhindern wollen, dass unsere Stadt in verschiedene Gruppen zerfällt, die hier nicht miteinander leben wollen, dann geht das immer über die Ökonomie. Daher geht es immer darum, dass die Wirtschaft prosperieren kann, dass die Wirtschaft funktioniert, dass dort auch ordentliche Löhne bezahlt werden. Und die Sozialdemokratie ist genau auf diesem Gebiet auch für Gerechtigkeit.

Lassen Sie mich aber zuvor noch zu einem Punkt kommen, der mir ganz wichtig ist. Die Sozialdemokratie steht auch für Gerechtigkeit gegenüber den älteren Menschen. Deswegen bauen wir nach dem Geriatriekonzept ein neues Geriatriezentrum nach dem anderen. Mit den besten Bedingungen: Keine Säle mehr für alte Menschen, sondern Ein- und Zwei-Bett-Zimmer, die die Qualität für sie eindeutig erhöhen und die die Möglichkeit, das Leben länger genießen zu können, eindeutig verbessern. Alle haben gesagt, das wird es nicht geben, aber es ist gelungen! Frau Finanzstadträtin, danke dafür, da warst du Sozialstadträtin und hast das eingeleitet.

Wir haben auch das Spitalskonzept, bei dem wir genau das tun, was viele von der Opposition einfordern. Hier wird auf der einen Seite gespart, nämlich an Standorten, und auf der anderen Seite wird die Qualität in neuen Einrichtungen erhöht. Da werden 120 Jahre alte Pavillons abgerissen und neue Spitäler gebaut. Und es wird dort keine Klassenmedizin geben. Die gäbe es nur, wenn man die Privatisierung der Dienstleistung, die Sie sich vorstellen, auch wirklich machen würde. – Das wird, solange die Sozialdemokratie in Wien an der Macht ist, sicher nicht passieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dazu ein Punkt, damit das nicht irgendwo stehen bleibt, damit das nicht irgendwo hängen bleibt: Jawohl, Wien gibt keinen Heizkostenzuschuss per se mehr. Wir haben in Wien die bedarfsorientierte Mindestsicherung, und wir gewähren sie denen, die sie brauchen. Ganz im Unterschied zu den Flachlandbundesländern, wo man nach wie vor zum Bürgermeister bitten und betteln gehen muss, damit man einen Schilling kriegt – der im Übrigen ja nichts mehr in unserer Währung verloren hat.

Bei uns ist der Heizkostenzuschuss in der bedarfsorientierten Mindestsicherung enthalten. Was wir aber zusätzlich machen, und das ist ein Meilenstein in der Qualität: Wir geben nicht das Geld, damit dann nachher irgendetwas damit gemacht werden kann *(GRin Ing Isabella Leeb: So wie bei den Kindern!)*, sondern wir tauschen die kaputten, alten Thermen – bei denen es sogar Tote gibt, denn sie entlüften in den Raum hinein. Wir geben dort den Zuschuss, wo die Fenster abgedichtet werden sollen. Wir geben dort den Zuschuss, wo ein elektrisches Gerät uralt ist und daher extrem viel Strom verbraucht. Dort gibt es den Zuschuss für den Ankauf neuer Geräte.

Das ist viel treffsicherer, viel besser, als es mit der Gießkanne des Heizkostenzuschusses jemals gegangen wäre. Und Sie können sicher sein, dass kein einziger

Groschen, der im vergangenen Jahr zusätzlich für den Heizkostenzuschuss verwendet wurde, irgendwo im Budget verschwindet. Das wird genau zielorientiert zum Einsatz kommen.

Ich habe eine ganze Menge zur Verkehrspolitik gehört, und es wäre für einen ehemaligen Verkehrsstadtrat schon verlockend, sich da zu vertiefen. Was man aber schon sagen muss, ist, dass die Wienerinnen und Wiener wissen, was sie daran haben, dass der öffentliche Verkehr in Wien so funktioniert, wie er funktioniert. 24 Stunden lang, 1 EUR am Tag, wenn man die Netzkarte hat, das ist sensationell und das ist Qualität. Das ist Lebensqualität in der Stadt, und daran soll nicht gerüttelt werden, nicht durch Privatisierung und ganz sicher nicht dadurch, dass man die Wiener Linien andauernd schlechtmacht.

Sehr geehrte Damen und Herren! Sie haben mit der Tarifreform bei den Wiener Linien etwas erlebt, was sensationell ist. Die Menschen steigen um, sie nehmen den öffentlichen Verkehr zusätzlich in Anspruch. Und in den Bundesländern um Wien herum raunzen die Pendler, weil sie keine so hohe Qualität bekommen – weder im Leistungsangebot noch bei den Tarifen.

Daher nehmt euch ein Beispiel an Wien, sagt es eurem Freund Pröll *(GR Mag Wolfgang Jung: Freund von Häupl! – StR DDr Eduard Schock: Fragen Sie Herrn Häupl!)*, sagt das in Kärnten, dem: Wie heißt der? – Na ja, er wird eh nicht mehr lange Landeshauptmann sein. *(Ironische Heiterkeit bei der FPÖ.)* Jedenfalls sagt das denen, die in den Bundesländern Verantwortung tragen, dass es sinnvoll ist, im öffentlichen Verkehr diese Aktivitäten zu setzen, die die Stadt setzt: Wir bauen die U-Bahn aus, wir bauen die Straßenbahnen aus, wir stehen vor der Entscheidung für eine neue Flotte bei den Bussen, wir kaufen neues rollendes Material auch für die Straßenbahn und die U-Bahn an. – Alles das schafft Arbeitsplätze in unserer Stadt. Nämlich bei den Wiener Linien, aber auch in den Unternehmen, ob das Siemens ist, ob das Bombardier ist, bei all jenen, die mit der Produktion von rollendem Material befasst sind. Daher ist die Oppositionspolemik in diesem Bereich total daneben. Wir sind hier eindeutig auf dem sinnvollsten Weg, nämlich einer umweltgerechten Verkehrspolitik, einer Förderung des Umweltverbundverkehrs und im Besonderen des öffentlichen Verkehrs.

Sehr geehrte Damen und Herren! Sozialdemokratie steht auch für eine beschäftigungsorientierte Finanz- und Wirtschaftspolitik. Es ist klar, die Schulden gehören eingegrenzt, sonst verliert man Handlungsfähigkeit. Wenn die Banken einem sagen, was man tun darf, dann ist es zu spät. Das sieht man bei vielen Privatunternehmen, denen es so geht.

Wien darf man aber auch nicht kaputtsparen. Es macht überhaupt keinen Sinn, wenn man sagt, es muss alles weg. Die Frau Finanzstadträtin hat das ja hervorragend dargestellt: 5 Prozent weniger überall ist in der Regel 20 Prozent weniger an Qualität, und da können wir uns die Qualität, die diese Stadt bietet, einfach nicht mehr vorstellen. Daher ist die Devise: Herausinvestieren aus der Krise und nicht kaputtsparen – Bau von Woh-

nungen, Bau von Kindergärten, Ausbau von Schulen, der Bau von Spitälern, der Bau von Geriatrieanlagen –, denn die Bauwirtschaft ist der Motor der Konjunktur, das wissen wir. Und es ist auch klar, dass von jedem Euro, der in der Bauwirtschaft ausgegeben wird, in der Regel zwischen 40 und 60 Cent wieder in die Stadtfinanzen zurückfließen. Das ist etwas, wovon man gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten den Nutzen ziehen muss.

Lassen Sie mich noch eine Kleinigkeit sagen, da ja heute auch angehende Beamte anwesend sind, auch wenn sie einer anderen Gebietskörperschaft angehören. Die Sozialdemokratie weiß, dass die Erhaltung der Kaufkraft der Wienerinnen und Wiener ein ganz entscheidender Faktor ist, um die Konjunktur ankurbeln zu können. (StR DDr Eduard Schock: *Deswegen macht ihr eine Nulllohnrunde!*) Und deswegen, Herr Schock, sind wir nicht erfreut darüber, dass die Tarifpartner auf der Bundesebene eine Nulllohnrunde ausgehandelt haben. (GR Johann Herzog: *Sie müssen es ja nicht machen! Das sind dauernd die Ausreden!*)

Wir nehmen das aber zur Kenntnis, denn das hätten Sie gerne, dass die Gewerkschaften und die Unternehmer gegeneinander so ausgespielt werden, dass die Gewerkschaften nichts mehr zu reden haben. Das spielen wir nicht mit! Wir sind nicht für die Nulllohnrunde (GR Mag Wolfgang Jung: *Aber ihr macht da mit mit der Gewerkschaft!*), aber wenn sie mit der Gewerkschaft ausgehandelt ist, dann gilt sie und dann werden wir nicht daran rütteln.

Wir werden alles tun – und Sie haben das beim letzten Antrag hier im Landtag ja miterlebt – und würden es gerne tun, dass wir mit dieser Nulllohnrunde nicht weiterfahren müssen, sondern wir hätten den Vorschlag, dass man die Vermögenssteuern wieder einführt. Wenn wir hier mit der Erbschaftssteuer einsteigen, mit der entsprechenden Regelung, dass nur die hohen Erbschaften betroffen sind, wenn wir bei der Grundsteuer, ausgenommen die Eigenheime, einsteigen, dann haben wir ja Möglichkeiten.

Zusammenfassend: Die Stadt ist hervorragend verwaltet. Die Stadt ist konsequent dabei, die Wirtschaft anzukurbeln, und beim Sparen hat die Stadt auch die Konsequenz, dabei die Lebensqualität zu erhalten. Das Budget 2013 ist sozial ausgewogen und befindet sich im Rahmen des Stabilitätspakts. Wien wird weiterhin bei den Städten der Welt Spitze sein.

Ich kann Ihnen nur empfehlen, stimmen Sie dem Budget zu! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr StR Mag Juraczka zu Wort gemeldet. Sie haben 3 Minuten.

StR Mag Manfred **Juraczka**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Klubobmann Schicker!

Ich muss gestehen, ich bin bass erstaunt ob Ihrer Erregung über dieses ABC der Misswirtschaft, das gestern in einer Tageszeitung nachzulesen war. Das haben wir uns nicht aus den Fingern gesogen. (GR Dipl-Ing Rudi Schicker, *eine Zeitung in die Höhe haltend: Das steht da drinnen!*) Sie wissen ganz genau, dass es beispielsweise

zu dem von Ihnen angesprochenen Thema der Beamtenpensionen einen für die Stadt Wien absolut verheerenden Rechnungshofbericht gibt. (GR Dipl-Ing Rudi Schicker: *Das stimmt ja nicht!*) Sie wissen, dass es zu vielen Bereichen einen Kontrollamtsbericht gibt, der uns absolut recht gibt. (GR Dipl-Ing Rudi Schicker: *Sie wissen, was der Rechnungshofpräsident vorher war? Er war Parlamentssekretär der FPÖ!*)

Werter Herr Klubobmann Schicker, ein Wort zur Bildung, die Sie auch angesprochen haben. Sie haben ja wortwörtlich gesagt, die Wahlfreiheit, die wir wollen, ist hinterwäldlerisch. (GR Dipl-Ing Rudi Schicker: *Ja, das ist so!*) Ich sage Ihnen ganz offen und ehrlich, es ist okay, wenn Sie das so sehen, ich und meine Wiener ÖVP, wir stehen zur Wahlfreiheit ...

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Herr Stadtrat, Sie haben sich zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet. Ich bitte, dass Sie diese auch vorbringen. (GR Dipl-Ing Martin Margulies: *Aber die Redezeit muss er auch einhalten!*)

StR Mag Manfred **Juraczka** (*fortsetzend*): Ich bitte den Herrn Klubobmann festzustellen und zur Kenntnis zu nehmen, dass man politische Meinungen in dieser Stadt nicht nur über millionenschwere Inserate transportieren kann. Das war gestern ganz schlicht und einfach ein redaktioneller Beitrag. Wir brauchen keine Inserate, um die Menschen über die Situation in der Stadt aufzuklären. – Danke. (Beifall bei der ÖVP. – GR Dipl-Ing Rudi Schicker: *Das werden wir sehen!*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aichinger. Ihre Redezeitvorgabe beträgt 12 Minuten. (GR Dipl-Ing Martin Margulies: *Zwei ÖVP-Redner hintereinander, passt!*)

GR Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Damen und Herren auf der Galerie!

Sie sind heute bei einer sehr interessanten Debatte über das Wiener Budget 2013 dabei, ein Budget, das uns als Budget der Reformen und des Wachstums angekündigt wird. Beides, meine Damen und Herren, kann man nicht in der richtigen Stärke oder der richtigen Deutlichkeit erkennen. Es sind weder große Reformschritte noch jene Wachstumsimpulse zu erkennen, die die Arbeitslosigkeit, die in Wien bereits eine Höhe von über 10 Prozent erreicht hat, verhindern würde.

Sie, Frau Vizebürgermeister, haben uns heute auch wieder drei Dinge als große Reformen dargestellt, und zwar, dass der WAFF evaluiert wird – dazu komme ich noch später –, dass das Wohnservice zusammengelegt wird und dass die MA 48 auch Strukturreformen macht. Wir wissen aber alle, dass diese Stadt wesentlich mehr Agenden und Aufgaben hat als diese drei Bereiche, und es wäre nötig, auch dort Reformen durchzuführen, auch dort nachzudenken, was man effizienter, billiger und bürgernäher gestalten kann.

Ganz kurz zum Defizit, meine Damen und Herren: Bei einem Budget von 12,2 Milliarden EUR haben Sie das Budgetdefizit in Ihrer Prognose von 372 Millionen auf 346 Millionen reduziert, das sind 33 Millionen. Es ist,

glaube ich, eine sehr geringe Summe, wenn man davon ausgeht, dass Sie Ihren eigenen Budgetpfad bis 2016 sozusagen in Gang bringen wollen, um Schulden zurückzuzahlen.

Dieses Budget, meine Damen und Herren – und das ist auch schon erwähnt worden –, hat kein Einnahmenproblem. Die Einnahmen steigen sehr, sehr stark. Es sind die Ertragsanteile, die um 5,9 Prozent steigen, von 5,04 Milliarden auf 5,34, es sind die eigenen Landessteuern, die um 15 Prozent steigen, dort haben Sie Kommunalsteuer, Grundsteuer und ähnliche Gebrauchsabgaben drinnen. Die Finanzstrafen steigen zum Beispiel um 127 Prozent, von 33 Millionen auf 75 Millionen EUR. Die U-Bahn-Steuer, die ausschließlich die Wirtschaft in Wien betrifft, ist verdreifacht worden, von 22 auf 60 Millionen, meine Damen und Herren. Und Sie entnehmen auch den Rücklagen 167 Millionen netto. Sie nehmen 168 heraus und dotieren 1 Million, meine Damen und Herren.

Das zeigt, dass Sie eigentlich aus der Substanz heraus leben und trotzdem das Defizit nur um 33 Millionen reduzieren, meine Damen und Herren. Das ist, glaube ich, keine effiziente, keine gute Politik. Aber, wie wir gerade vom Klubvorsitzenden der SPÖ gehört haben, die SPÖ und die Sozialdemokratie denkt nach, wie es zu neuen Steuern kommen soll, wie einfach wieder eine Vermögenssteuer eingeführt werden soll, eine Erbschaftssteuer eingeführt werden soll, und ähnliche Dinge mehr. Und das kann es nicht sein! Wir haben in Wien und wir haben im Bund kein Einnahmenproblem, wir haben eindeutig ein Ausgabenproblem. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Natürlich muss auch die Verschuldung noch einmal erwähnt werden, meine Damen und Herren. In diesem Hause wird immer von einer Verschuldung von 4,3 Milliarden gesprochen. Das ist die eine Seite. Man muss aber zwei Dinge dazusagen. Erstens einmal, dass sich innerhalb von 4 Jahren die Schulden verdreifacht haben – denn das waren ja im Jahre 2008 1,4 Milliarden, und wir sind jetzt bei 4,3 – und man muss noch etwas dazusagen und keine Kindesweglegung betreiben, meine Damen und Herren in diesem Hause: Wenn man die Schulden von Wiener Wohnen, vom Krankenanstaltenverbund und von Wien Kanal dazuzählt, dann sind wir per Ende 2012 auf 6,9 Milliarden. Rechnet man das Defizit 2013 dazu, heißt das, dass wir nächstes Jahr die 7 Milliarden überschreiten. Auch diese Wahrheit muss den Wienerinnen und Wienern gesagt werden, meine Damen und Herren, und nicht eine Unwahrheit. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das heißt, es gibt starke Einnahmen, die aber nicht zum Schuldenabbauen verwendet werden.

Zwei Dinge, die mir sehr besonders am Herzen liegen, wo Sie gesagt haben, Frau Vizebürgermeister, Wachstum sei Ihnen wichtig und so weiter: Es gibt eine Position, die Sie auch ausdrücklich erwähnt haben, und das ist die Arbeitsmarktpolitik. Seit vielen Jahren bekommt die Arbeitsmarktpolitik in Wien 58 Millionen EUR. Hier ist seit vielen Jahren eine Stagnation eingetreten. Sie haben seit 1995 eine zweite Institution, Sie haben den WAFF gegründet und haben hier Mittel eingesetzt.

Aber anscheinend sind die Mittel nicht effizient genug eingesetzt worden, sonst hätten wir keine höhere Arbeitslosigkeit als 2008. 2008 hatten wir in der Krise, in der Hochsaison der Krise, die immer von der Frau Vizebürgermeister angeschnitten wird, 7,8 Prozent. Sie ist 2009 auf 8,7 Prozent gestiegen, 2010 auf 8,8, 2011 auf 9,2, und nun sind wir bei 9,4 Prozent. Und wenn wir die in Schulung Befindlichen dazuzählen, sind wir, wie gesagt, bei über 10 Prozent, meine Damen und Herren.

Wo ist daher die Arbeitspolitik, wo wird da ganz einfach richtig qualifiziert? Wenn man jetzt nach – sage und schreibe – 17 Jahren WAFF einen Evaluierungsbericht beginnt und eine Qualitätsoffensive betreibt, dann ist das richtig, gut und wichtig, aber sie müsste endlich greifen. Wir kommen von dieser hohen Arbeitslosenzahl nicht herunter. Ich glaube, meine Damen und Herren – da sind wir uns wahrscheinlich alle in diesem Hause einig –, die beste Sozialpolitik wäre eine, die bewirkt, dass wir keine Arbeitslosen haben. Jeder Arbeitslose, meine Damen und Herren, ist für uns einer zu viel. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben selbst angeschnitten, was unser Problem in Wien ist: Es ist das Qualifikationsproblem und wie die Ausbildung stattfindet. Wir haben daher auch in den Pflichtschulen Wesentliches nachzuholen. Wenn 20 bis 25 Prozent der Pflichtschüler einfach nicht sinnerfassend lesen, schreiben und rechnen können, dann ist auch dort anzusetzen. Diese jungen Menschen müssen herangeführt werden, um in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. Das ist eine ganz wesentliche Maßnahme. Das heißt, wir müssen auch bei den Schulen ansetzen und nicht nur bei der Arbeitsmarktpolitik. Wir haben in diesem Fall nie – auch diesen Satz noch dazu – die Ausgaben in Frage gestellt! Wir stellen immer nur in Frage, meine Damen und Herren, ob sie effizient eingesetzt werden.

Wirtschaftsförderung: Was wird für die Betriebe geschehen? – Jene Wirtschaftsförderung im engeren Sinne, meine Damen und Herren, auf die alle Betriebe in Wien Zugriff haben, stagniert seit vielen Jahren mit 33 Millionen EUR. Es sind jene Beträge, bei denen es zum Beispiel um Innovation, um Jungunternehmer, Exportförderung und ähnliche Dinge geht. Hier werden 33 Millionen EUR zur Verfügung gestellt, und das ist seit Jahren der gleiche Betrag, meine Damen und Herren.

Haben Sie einmal nachgerechnet, was herauskommt, wenn Sie den 120 000 Unternehmen, von denen mehr als 95 Prozent Klein- und Mittelunternehmer oder Ein-Personen-Unternehmer sind, diese 33 Millionen gegenüberstellen? Demnach ist Ihnen jeder Unternehmer in Wien, liebe Frau Finanzstadträtin, 270 EUR wert. Ich glaube, das ist ein Betrag, mit dem man die Wirtschaft nicht so ankurbeln kann und mit dem man nicht solche Innovationen machen kann, um – und da schließt sich der Kreis wieder – die Arbeitslosenzahlen herunterzubringen.

Wir haben heute schon gehört, wo wesentlich höhere Beträge eingesetzt werden. Unser Motto lautet daher, meine Damen und Herren, und das ist ein wesentliches Motto: Es muss auf der einen Seite natürlich gespart werden, das gehört zu jedem ordentlichen Kaufmann

dazu, es muss aber einfach auch dort reformiert werden, wo viel Geld einzusparen ist, und es muss investiert werden. Auch da sind wir uns einig. Aber es gibt viele Maßnahmen, die Ihnen der Rechnungshof oder andere Institutionen hier immer wieder vorwerfen, bei denen nicht reformiert wird, bei denen nichts beschnitten wird, wo unter Umständen wesentlich höhere Beträge eingespart werden könnten.

Ich spreche noch einmal von den Pensionen oder von den städtischen Spitälern mit dem KAV. Das IHS hat gesagt, dass hier auch 100 Millionen einzusparen sind. Es sind jene Subventionen, bei denen man nicht eindeutig weiß, wo sie hingehen, mit denen viele Vereine subventioniert werden, die sich gegenseitig konkurrenzieren.

Ein Budget, das auch immer steigt und bei dem man etwas unternehmen könnte, ist das des PID. Das Budget des PID ist für 2013 wieder gestiegen. Wenn man jene Ausgaben dazuzählt, die die einzelnen Ressorts tätigen, kommen wir hier auf einen Betrag, der sicher über 70, 80 Millionen EUR liegt. Und das, meine Damen und Herren, ist eine Sache, die so nicht in Ordnung ist.

Aber wir haben auch Ausgaben, vor allem bei Großbauten, die auch in den Griff zu bekommen sind. Auch diese Skandale, diese Bauvorhaben sind schon oft erwähnt worden. Ich darf nur einige aufzählen: Zentralfeuerwache, Stadthallenbad, Garage im AKH oder – und das ist auch heute erwähnt worden – der Hauptbahnhof, wo statt 174 Millionen geplanter Ausgaben über 300 Millionen ausgegeben wurden. Aber auch bei der dritten Ausbauphase der U1 und der U2 sind 190 Millionen mehr ausgegeben worden, als geplant waren.

Es ist anscheinend so, dass jedes Großbauvorhaben in Wien zuerst mit einem Preis angesetzt wird, und am Ende schaut man, was herauskommt. Aber auch das kann nicht die Arbeit eines ordentlichen Kaufmanns sein, meine Damen und Herren.

Diese Budget, meine Damen und Herren, setzt daher keine Schwerpunkte und hat keine neuen innovativen Zielsetzungen. Es ist „more of the same“, es fehlt am Sparwillen, am Reformwillen und an der Investitionskraft. Daher lehnen wir dieses Budget ab. – Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Ich bringe zur Kenntnis, dass die ÖVP in dieser Geschäftsgruppe nunmehr noch 17 Minuten Restredezeit hat. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing Margulies. Ich bringe zur Kenntnis, dass seine eigene Vorgabe 15 Minuten sind und die Fraktionsredezeit noch 22 Minuten ausmacht. Möchten Sie 15 oder 22 Minuten stehen haben? *(GR Dipl.-Ing Martin Margulies: Nein, nein, 15 passt.)* In Ordnung.

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Angesichts der bisherigen Wortspenden der Opposition wäre ich schon fast bemüßigt gewesen zu sagen, drei Minuten reichen, um auf die inhaltlichen Argumente, die bisher gekommen sind, einzugehen. Ansonsten war es im Großen und Ganzen Polemik.

Ich habe von StR Juraczka gehört, dass es sinnvoll

gewesen wäre, wir hätten die U-Bahn nicht gebaut, denn dann hätten wir als Stadt Wien überhaupt niemals Geld für die Wiener Linien ausgegeben. Ich habe von der FPÖ das mitbekommen, was man immer mitbekommt: Schuld sind die Asylwerber *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Schuld sind Sie!)*, weil die alles missbrauchen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Nein! Das kommt erst!)*

Man muss schon dazusagen, angesichts einer Situation, wo man sich heutzutage bei den Eurofightern mittlerweile tatsächlich fragen muss, ob nicht auch der Herr Strache die Hand aufgehoben hat – das weiß kein Mensch –, die ÖVP, die FPÖ, das BZÖ die Hand aufgehoben haben, kommt er her und redet über möglichen Asylbetrug. Das ist peinlich und das ist ein Ablenken von Tatsachen. Mit dem Eurofighter-Skandal *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Wiener Budget – Eurofighter!?)* gibt es tatsächlich einen exorbitanten Skandal, der nur die FPÖ und die ÖVP trifft, und es ist höchste Zeit, dass das aufgearbeitet wird.

Aber zurück zum Wiener Budget, da ich mich tatsächlich nicht mit Skandalen aufhalten will, von denen die Oppositionsparteien betroffen sind. Ich will vielmehr darüber reden – und ich stehe dazu –, dass wir in einer Zeit, in der Wien allein nur im letzten Jahr um 24 000 Einwohner und Einwohnerinnen gewachsen ist, auch mehr Geld benötigen, um Infrastruktur in Gang zu setzen, um Wohnungen zu bauen et cetera. Selbstverständlich gibt es auch mehr Geld und mehr Einnahmen, auch aus dem Finanzausgleich, wenn mehr Einwohner und Einwohnerinnen in Wien leben, aber selbstverständlich verursachen die auch Kosten.

Jetzt zeigt die laufende Mietdebatte, dass GRÜNE und SPÖ tatsächlich versuchen, das leistbare Wohnen für die Wiener Bevölkerung sicherzustellen, während sich ÖVP und FPÖ als Vertreter der VermieterInnen herauskristalisieren. De facto kann für die Freiheitliche Partei die Miete nicht hoch genug sein, weil das die Rendite des privaten Vermieters ist. Wenn man sich anschaut, wie viele Hausinhabungen der FPÖ nahe stehen, wundert das keinen Menschen – aber von sozial müssen Sie überhaupt nicht sprechen. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Und es ist kein Wunder, dass unter Rot-Grün die UNO Wien zur lebenswertesten Stadt macht. Ich betone: Unter Rot-Grün entscheidet sich die UNO dafür zu sagen, Wien sei die lebenswerteste Stadt. *(Beifall bei den GRÜNEN.)* Was soll man da eigentlich noch viel dazu sagen, außer, dass wir uns alle gemeinsam freuen, dass wir es geschafft haben, mit günstigeren öffentlichen Verkehrsmitteln und einer noch nicht ganz abgeschlossenen Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung *(GR Ing Isabella Leeb: Das ist eine gefährliche Drohung!)* ein Umdenken in der gesamten Osthälfte Österreichs einzuleiten. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das werden Sie bei der nächsten Wahl erleben!)* Ein verkehrspolitisches Umdenken, das uns alle miteinander weiterbringt und das tatsächlich – ich sage das ganz offen auch dazu – auch Geld bringt, notwendige finanzielle Mittel, um diese wieder in Infrastruktur und den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel zu investieren. *(StR DDr Eduard Schock:*

Garagenausbau!)

Ja, das ist notwendig! Das ist der grüne Weg, und dazu stehen wir. Und ich sage es Ihnen ganz unaufgeregt: Ich hoffe, die Bevölkerung teilt es, wir gewinnen die nächsten Wahlen. Wenn es die Bevölkerung nicht teilt, werden wir damit leben müssen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ja, genau!)* Das ist unsere Ansage, das ist unser Anspruch. Und bis jetzt zeigt sich die Wiener Bevölkerung durchaus begeistert von 365 EUR für die Jahreskarte. *(Zwischenrufe bei der ÖVP. – GR Mag Wolfgang Jung: Die Begeisterung kann man im Internet sehen!)*

Entschuldigen Sie, Sie hätten uns ausgelacht, wenn wir Ihnen eine Rechnung vorgelegt und gesagt hätten, knapp 130 000 Menschen werden, kaum dass wir die Jahreskarte verbilligen, zur Jahreskarte greifen. Sie hätten uns ausgelacht, das hätten Sie nie geglaubt. Und jetzt haben wir nicht nur eine günstigere Jahreskarte, wir haben mittlerweile auch einen anderen Modal-Split: Wir nähern uns dem 40-Prozent-Anteil öffentlicher Verkehrsmittel auf Kosten des Individualverkehrs – und zwar, das muss man dazusagen, nicht auf Kosten der Radfahrer, nicht auf Kosten der Fußgänger – schneller an, als wir geglaubt haben.

Das ist notwendig angesichts des Wachstums in Wien, weil dadurch die Luft besser wird, weil dadurch weniger Lärm ist, und ich kann bis heute nicht nachvollziehen, warum sich Parteien, die angeblich für alle WienerInnen Politik machen, dagegen sperren *(GR Mag Wolfgang Jung: Vielleicht können Sie es nach der Wahl nachvollziehen!)*, warum sich eine Freiheitliche Partei und eine ÖVP hinstellen und sagen, nein, jeder Niederösterreicher und jede Niederösterreicherin, die nach Wien kommen, haben einen unverbrüchlichen Anspruch auf einen Parkplatz vor dem Arbeitsplatz. Das ist das, was Sie machen, und ich finde das peinlich. Es ist unsere Aufgabe, Ihnen tatsächlich verkehrspolitisch zu zeigen, wohin die Reise geht, und wir werden das 100-prozentig fortsetzen.

Kommen wir zum nächsten Punkt, zu der Frage: Wie sozial ist Wien? – Sie haben in der Opposition von mir niemals gehört, Wien alleine wäre super oder Wien alleine wäre schlecht bei der Frage der Arbeitsplätze. Da müssen wir uns einmal wirklich nichts mehr vormachen. Europaweit befinden wir uns tatsächlich schon wieder an der Grenze zur Rezession. Das Wirtschaftswachstum europaweit war im letzten Quartal minus 0,1 Prozent, das letzte Quartal in Österreich minus 0,1 Prozent. Hören wir daher auf, bei einer rezessiven Wirtschaftsentwicklung davon zu sprechen, dass einzelne Städte, einzelne Bundesländer sich alleine verantwortlich dafür erklären müssen, sondern sehen wir wirklich die gesamtgesellschaftliche Situation. Ich kann mich noch erinnern, wie in den Lehrbüchern früher erzählt wurde, dass, wenn nicht zumindest mehr als 2 Prozent Wirtschaftswachstum ist, die Arbeitslosigkeit nicht zurückgehen wird. *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Stimmt auch! Das brauchen wir an Wirtschaftswachstum!)*

Wer generiert gegenwärtig Wirtschaftswachstum? Die Privaten halten sich mit Investitionen zurück, der öffentlichen Hand wird es europaweit im Großen und

Garzen untersagt, noch mehr Gelder zu investieren. Aber nicht deshalb, weil das Geld nicht vorhanden wäre! Und da komme ich tatsächlich einmal auf einen Punkt zurück – ich bin mir jetzt nicht ganz sicher, ob es Kollege Aichinger war oder ein Vorredner, der das gesagt hat –: Ja, ich traue mich, es von hier aus zu sagen, ja, wir haben ein Einnahmenproblem. Wir haben tatsächlich europaweit, österreichweit und auch Wien-weit ein Einnahmenproblem, um all die notwendigen Investitionen, die jetzt tatsächlich sinnvoll und notwendig wären, zu finanzieren, um die Wirtschaft anzukurbeln und gleichzeitig keine Schulden machen zu müssen. Wir reden immer darüber, wie viel Schulden die öffentliche Hand mache und dass das nicht notwendig wäre. Aber ich habe von der ÖVP noch nie gehört: Machen wir keine Schulden, und sollten wir doch Schulden machen, dann decken wir das mit Vermögenssteuern ab. *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Ja, das fällt Ihnen dazu ein!)* Das könnten wir ja auch sagen. Wir könnten sagen, wir schreiben ein Nulldefizit in die Verfassung und bezahlen dieses Nulldefizit, sollte es einer Regierung nicht gelingen, ein Nulldefizit zu budgetieren, mit einer Vermögenssteuer. Es spräche überhaupt nichts dagegen, und wir hätten ein Nulldefizit in der Verfassung. Und es würde niemals die Armen und die Ärmsten treffen. Wir könnten sagen, wir beginnen beim obersten Prozent mit 1 Prozent, und reicht die Summe nicht aus, gehen wir noch 1 Prozent hinunter.

Das ließe sich alles machen, aber man müsste über heilige Kühe reden. *(GR Mag Alexander Neuhuber: Reden kann man über alles!)* Man müsste über heilige Kühe wie das Bankgeheimnis reden, man müsste über die heiligen Kühe bei Privatstiftungen reden, man müsste über Offenlegung von Firmenanteilen reden et cetera. Über all das müsste man reden, über dieselbe Transparenz, die selbstverständlich von der öffentlichen Hand eingefordert wird und auch zu vollziehen ist.

Gerade aus diesem Grund erlaube ich mir noch einen nächsten Hinweis – Transparenz: Es gibt einige Dinge, da freue ich mich über die Bundesregierung, und über manche nicht. Bei einem Gesetz freue ich mich über die Bundesregierung, beim Transparenzgesetz. Es wird mich freuen, nicht nur nachlesen zu können, wie viel Geld gibt der PID der Stadt Wien aus, es würde mich auch freuen, nachlesen zu können, wie viel Geld gibt der Erwin Pröll aus, wie viel Geld gibt ein Landeshauptmann Dörfler aus. Und dann werden wir das gegenüberstellen, auch prozentuell, wer hat höhere Werbeausgaben, und vielleicht einmal eine Diskussion führen ... *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Weiß das auch der Koalitionspartner? – GR Mag Wolfgang Jung: Wien ist unschlagbar!)* Meines Erachtens ist es immer noch zu hoch. Ich sage es so, wie es ist. Ich kann damit leben, dass es so ist, aber ich würde es gerne senken.

Aber noch viel lieber hätte ich, dass ein Landeshauptmann Erwin Pröll und alle Gemeinden mit ihren Werbeausgaben endlich einmal nur annähernd den prozentuellen Schnitt von Wien erreichen würden. Das würde nämlich für Gesamtniederösterreich – Gemeinden und Land Niederösterreich zusammengenommen – eine

Halbierung des Werbebudgets bedeuten. Nehmen Sie sich die Budgets, rechnen Sie alles zusammen und dann sehen Sie sich noch einmal an, was für eine Chuzpe ein Landeshauptmann Pröll hat. Er hat eine Umfrage gemacht – ich weiß nicht, wer von Ihnen diese Umfrage zufällig zu Gesicht bekommen hat –, hat jedem Haushalt in Niederösterreich einen Brief geschrieben, dass das jetzt die große Niederösterreichbefragung sei, hat drei, vier allgemeine Blabla-Fragen dazu gestellt, hat es sich zurückschicken und vom eigenen Institut auswerten lassen. Es haben, glaube ich, eh nur 10 Prozent zurückgeschickt und damit die Kosten gering gehalten. Aber das als Volksbefragung zu verkaufen? Sorry, da kann man über viel reden!

Es entpuppt sich immer mehr, im Vergleich zu allen Bundesländern ist Wien tatsächlich ein Hort der Demokratie. Und dazu stehe ich. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Das Leben bestimmt teilweise der Vergleich, auch wenn es mir oft recht wäre, wir würden tatsächlich nur über absolute Zahlen reden. Da muss man nicht einmal über Zahlen reden. Zappen Sie – jetzt in Zeiten von Kabelfernsehen und Satellitenschüssel geht das einfach – hin und wieder herum um 19 Uhr zwischen „Wien heute“, „Niederösterreich heute“, „Kärnten heute“, um die Landeshauptmannpartei dazuzunehmen, und dann vergleichen wir einmal: Bei „Wien heute“ ist im Schnitt ein bis zwei Mal pro Sendung ein Regierungspolitiker/eine Regierungspolitikerin im Bild, Bgm Häupl im Großen und Ganzen nicht öfter als ein Mal in der Woche.

Niederösterreich: Wie oft ist Lhptm Häupl an einem einzigen Tag ... *(GR Franz Ekkamp: Pröll! – GR Mag Wolfgang Jung: Pröll!)* – Pröll an einem einzigen Tag im Schnitt in „Niederösterreich heute“? Frau Korosec, Sie lachen! Wie oft? Sagen wir, mindestens drei Mal. *(GR Mag Alexander Neuhuber: Er setzt sich eben ein für Niederösterreich!)* Und wenn Lhptm Pröll nicht mindestens drei Mal in „Niederösterreich heute“ ist, dann muss ein Redakteur gehen.

Und wie ist es in Kärnten? Wissen Sie es? *(GR Mag Wolfgang Jung: Keine Ahnung!)* – Schlechter. Der Dörfner kommt im Schnitt nur zwei Mal vor, aber dafür drei Mal der Scheuch! Das ist „Kärnten heute“! Und dann reden Sie mit uns über Demokratie!

Sorry! Ich freue mich und komme damit zum Schluss. Die UNO hat festgestellt, seit Rot-Grün in Wien regiert, ist Wien die lebenswerteste Stadt der Welt. *(Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)* Ein besseres Kompliment könnte uns die UNO nicht machen. – Ich danke sehr. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist Herr StR DDr Schock. Sie haben eine eigene Redezeitvorgabe von 10 Minuten.

StR DDr Eduard **Schock**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Der Kollege Margulies hat ja wieder einmal ein Beispiel gegeben, wie man ablenken kann. Er hat über alles geredet, über die Eurofighter, über die UNO, über Niederösterreich haben Sie viel gesprochen *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Auch über Kärnten!)*, aber, Herr Kolle-

ge Margulies, die Nulllohnrunde im nächsten Jahr haben Sie mit keinem einzigen Wort erwähnt. Wir wissen auch ganz genau, warum Ihnen dieses Thema so unangenehm ist. Es gibt nämlich einen Beschluss, einen Beschluss Ihrer eigenen GRÜNEN-Landesversammlung, dass Sie hier nicht mitstimmen sollen, dass die GRÜNEN hier nicht der Steigbügelhalter der SPÖ sein sollen. *(Widerspruch bei den GRÜNEN.)*

Herr Kollege Margulies, das ist in Wirklichkeit der Wille Ihrer Basis. Und was tun Sie? Wir haben es ja erlebt. Für ein paar gute Jobs für wenige Funktionäre, für ein paar Spitzenjobs für eine Handvoll grüner Funktionäre ist Ihnen das alles völlig egal. Das ist die grüne Realität nach zwei Jahren an der Regierung. Für Ihre Pfründe, Herr Margulies, verraten Sie die Wiener Beamten, verraten Sie Ihre eigene Basis. Sie sind in Wirklichkeit total umgefallen, Herr Kollege Margulies. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Schauen wir uns diese Nulllohnrunde einmal an: Was bedeutet das für einen durchschnittlichen Beamten, der, sagen wir, 1 500 EUR netto im Monat verdient? Nimmt man den Inflationsindex für den täglichen Bedarf her, was ein Durchschnittsverdiener eben einkaufen muss, dann macht das 5 Prozent aus, meine Damen und Herren, 5 Prozent Inflation. Das heißt, wenn Sie dem Beamten im nächsten Jahr keine Lohnerhöhung geben, dann kann er sich im nächsten Jahr um 5 Prozent weniger leisten, hat er um 5 Prozent weniger Lebensstandard, weniger Kaufkraft. 5 Prozent sind bei 1 500 EUR, einer Durchschnittsgage, 75 EUR, die er im Monat weniger hat. 75 EUR im Monat, 1 000 Schilling, über 1 000 Schilling sogar in der alten Währung gerechnet.

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Ist das die Gerechtigkeit, von der Sie immer reden, von der der rote Kanzler immer spricht? Das ist ja völlig unglaubwürdig, wenn der Kollege Schicker hier sagt, er sei eigentlich dagegen. Die SPÖ verkündet zwar diese Nulllohnrunde, aber der Herr Schicker sagt, er sei dagegen.

Schaut man sich an, wie das in Wien funktioniert, dann kann ja nichts dabei herauskommen. Die Arbeitnehmervertretung, die Gewerkschaft, die ja eigentlich die Interessen der Menschen vertreten sollte, ist in Wien rot, und die Stadtregierung ist auch rot. Da ist beides rot, die Regierung, und die Gewerkschaft, die ja gegen diese rote Regierung die Interessen vertreten sollte, die ist auch rot.

Meine Damen und Herren Gewerkschaftsvertreter, es gibt hier ja einige, in der Steiermark war das anders. In der Steiermark ist die Gewerkschaft auf die Straße gegangen, als ein ähnlich unsoziales Budget beschlossen wurde. In der Steiermark ist die Gewerkschaft bei einem solchen Budget wie das, über das wir hier heute reden, auf die Straße gegangen, aber bei uns in Wien rührt sich überhaupt nichts. Und da frage ich mich, sind Sie in Wien wirklich nur mehr die Ausführungsgehilfen, die Erfüllungsgehilfen der Regierung? Haben Sie gar keine eigene Meinung mehr? Und ich frage Sie, wie konnten Sie so einem Pakt zustimmen, und vor allem den Kollegen Schicker, der sich da herstellt und sagt, er habe eigentlich nichts zu tun mit diesem Pakt. Wie konnten Sie

dem zustimmen? Ja, seid ihr in Wien wirklich schon alle mundtot, seid ihr alle eingekauft von der Regierung?

Meine Damen und Herren! Ich meine daher, hören Sie auf, den Mitarbeitern in Wien im nächsten Jahr das Gehalt zu kürzen, hören Sie auf, der Regierung immer nur die Mauer zu machen, und geben Sie auch unseren Wiener Beamten das, was sie sich auf Grund ihrer Leistung verdienen, Herr Kollege Schicker! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Da gibt es eine Mehrjahresplanung vom Krankenanstaltenverbund von 2013 bis 2017. Wenn man sich das anschaut, dann wird es einem klar, warum es hier Sprechverbote gibt, warum die Frau Wehsely, die Stadträtin, ein Dekret verhängt hat, dass Oppositionsabgeordnete nicht mit ihren Beamten sprechen dürfen. Schaut man sich jetzt diese Zahlen an, dann wird einem klar, warum. – Da sind 500 Millionen EUR Kürzungen geplant, 150 Millionen im Sachkostensbereich und 350 Millionen beim Personal. Und es ist klar, was das bedeutet. Diese Kürzungen, die da geplant sind, heißen Nulllohnstunden in den Spitälern, auch in den nächsten Jahren reale Gehaltskürzungen, und vor allem bedeutet das auch einen Personalabbau in den Spitälern, meine Damen und Herren, vor allem 2014 und 2015. In Zahlen heißt das, in 5 Jahren will die SPÖ 1 095 Krankenschwestern und Ärzte abbauen von – ich zitiere jetzt – 27 543 Vollbeschäftigungsäquivalenten auf nur mehr 26 448, also ein Minus von über 1 000 Dienstposten. Und dann stellt sich die Frau Brauner heute Früh hierher und sagt, ich spare natürlich nicht kaputt. – Sie bringt noch Beispiele: 5 Prozent Kürzungen, das wäre ja schrecklich, 5 Prozent weniger Personal in den Spitälern etwa – das hat sie wortwörtlich gesagt –, ja, das kann ja niemand ernst nehmen, hat sie gemeint.

Aber, Frau Stadträtin, schaut man sich Ihre Zahlen an, dann sind das genau diese 5 Prozent Personalkürzungen in den Spitälern. Sie lesen ja offenbar nicht einmal Ihre eigenen Zahlen, Ihre eigenen Finanzpläne aus Ihrer Stadtverwaltung. Frau Stadträtin, das, was Sie da vorhaben, das ist genau der Weg in die Zweiklassenmedizin. Hören Sie daher auf, hier am falschen Platz zu kürzen und zu sparen, hören Sie vor allem auf, auf Kosten der Gesundheit in Wien zu sparen, Frau Stadträtin. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Dann wird einem natürlich klar, wo in Wahrheit die Prioritäten dieser Regierung sind. Da schaut man tatenlos zu, wie die Sozialleistungen für Ausländer zu einem Fass ohne Boden werden. Bei der Mindestsicherung für ausländische Staatsbürger gibt es ein Plus von über 100 Millionen im nächsten Jahr. Da schaut man tatenlos zu! Aber nicht nur das, da erhöht man noch die Grundversorgung für Asylanten. Meine Damen und Herren, bei der Miete 9 Prozent plus bei Asylanten, bei der Verpflegung sogar ein 12-prozentiges Plus. Das muss man sich einmal vorstellen! In einem Jahr, in dem die Pensionisten 1,8 Prozent mehr bekommen, in dem Sie den Wiener Beamten überhaupt nichts dazugeben, in diesem gleichen Jahr geben Sie bei der Grundversorgung für die Asylanten ein Plus von 9 Prozent bei der Miete und plus 12 Prozent bei der Verpfle-

gung.

Da wird einem natürlich klar, meine Damen und Herren, warum es hier Sprechverbote gibt, warum es hier vor allem im Spitalsressort Sprechverbote gibt, weil die Frau Wehsely, aber auch die Frau Brauner Angst haben, dass diese Ungerechtigkeit hier publik wird. Auf der einen Seite gibt es Kürzungen im Gesundheitssystem, eine Zweiklassenmedizin, wo sich nur mehr derjenige eine erstklassige Versorgung leisten wird können, der es sich auch privat leisten kann, meine Damen und Herren, der privat dafür bezahlen kann. Klar, dass Frau Wehsely Angst hat, dass publik wird, dass sie auf der anderen Seite gemeinsam mit der Frau Brauner die Sozialleistungen für Ausländer steigert, dass sie gleichzeitig die Leistungen für Asylanten erhöht, meine Damen und Herren, in einem Jahr, in dem sie sonst überall kürzt, bei den Pensionisten, bei den Beamten, aber bei den Asylanten gibt es ein Plus von 9 Prozent beziehungsweise sogar ein Plus von 12 Prozent.

Meine Damen und Herren von Rot-Grün! Sie sind ja von den österreichischen Wählerinnen und Wählern gewählt worden. Vergessen Sie das nicht! Sie sind ja österreichische Politiker. Ich meine, Sie sparen daher am falschen Platz, meine Damen und Herren, bei der Gesundheit, bei den Beamten. Hören Sie auf, immer nur bei den Österreichern zu kürzen, und setzen Sie endlich den Rotstift dort an, wo es richtig ist, nämlich bei den Wirtschaftsflüchtlings, bei den Scheinasylanten und vor allem bei den kriminellen Asylanten, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Strobl. Eigene Vorgabe 20 Minuten, Restredezeit der Fraktion 25 Minuten.

GR Friedrich **Strobl** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Herr Vorsitzender!

Ich habe mir überlegt, wie werde ich heuer meine Budgetrede anlegen, und ich habe mich dann entschlossen, nicht die der Vergangenheit heranzuziehen, vor allem als ich gelesen habe, dass ich wieder nach dem Herrn DDr Schock sprechen darf. Normalerweise hätte ich die Rede vom vorigen Jahr nehmen können und genau das Gleiche wieder erzählen, das ist immer wieder passend. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das hat die Frau Stadträtin im Prinzip auch gemacht!)*

Aber lassen Sie mich mit ganz etwas anderem beginnen. Wir haben Schulden und wir haben Arbeitslose, daher sind wir gescheitert. Das hat heute einer der ersten Redner hier an diesem Pult gesagt, nämlich der ÖVP-Vorsitzende, der Herr StR Juraczka. Und der Herr Klubobmann Aichinger hat dann in seinen Ausführungen noch nachgelegt und gesagt, wir haben jetzt die höchste Arbeitslosigkeit, obwohl wir am Höhepunkt der Krise 2008 eine niedrigere Arbeitslosigkeit gehabt haben.

Diese zwei Aussagen muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Lieber Kollege Aichinger, lieber Fritz, du kennst dich doch etwas in der Wirtschaft aus und verfolgst das politische Geschehen, davon bin ich überzeugt. Ich möchte hier eines zu Beginn meiner Ausführungen

rungen außer Streit stellen: Es muss uns doch wirklich allen klar sein – auch wenn andere hin und wieder etwas anderes sagen und behaupten –, die Krise ist nicht vorbei. Wir sind nach wie vor mitten in der Krise. Und die Auswirkungen von Beginn der Krise 2008, die spüren wir jetzt natürlich wesentlich mehr, als wir das 2008 gespürt haben.

Wenn ich schon bei diesem Thema bin, beim Arbeitsmarkt und bei den Arbeitsplätzen, dann lassen Sie mich bitte noch eines dazusagen: Ja, es stimmt, wenn man sich die Zahlen anschaut, hat Wien eine sehr hohe Arbeitslosigkeit im Österreichvergleich, unter den Bundesländern die höchste Arbeitslosigkeit. Aber man muss sich schon die Ursachen anschauen und man muss sich schon die Zahlen etwas genauer anschauen. Warum ist das so und was hat dazu geführt? Und da sage ich Ihnen, auch wenn wirklich, und das unterstreiche ich – das hast du auch in deinen Ausführungen gesagt –, jeder einzelne Arbeitslose, jede einzelne Arbeitslose einer oder eine zu viel ist, absolut, hat bei uns die Arbeitslosigkeit deshalb so eine Dimension, weil es Rahmenbedingungen gibt, die es den Menschen in unserer Stadt erlauben, erwerbstätig sein zu wollen, weil es Rahmenbedingungen gibt, wie beispielsweise den Gratiskindergarten, die dazu führen, dass besonders Frauen mehr auf den Arbeitsmarkt drängen. Und es ist logisch, dass, wenn mehr Menschen auf den Arbeitsmarkt drängen, dadurch eine höhere Arbeitslosigkeit entsteht. Das könnte man eigentlich auch mit den Grundprinzipien der Mathematik nachvollziehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden, nur weil Sie immer mit diesen Arbeitslosenzahlen kommen, nicht unsere Politik ändern und nicht unseren Kurs wechseln. Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass die Menschen Rahmenbedingungen vorfinden, damit sie auch erwerbstätig sein können, und wir werden mit unseren Programmen dafür sorgen, dass es möglichst viele Arbeitsplätze in unserer Stadt gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich ganz kurz zu den Schwerpunkten im Budget kommen. Ich beziehe mich dann noch auf die Vorredner im Einzelnen, aber die Schwerpunkte möchte ich doch voranstellen, denn das ist mir wichtig. Wir wissen, wir reden von 12,22 Milliarden EUR Ausgaben und 11,85 Milliarden EUR Einnahmen.

Ich habe oft den Eindruck, dass wir, wenn wir uns auf die Budgetdebatte vorbereiten, verschiedene Budgetunterlagen zur Verfügung haben, nämlich eine für uns und eine für die Oppositionsfractionen. Die Lösung wird wahrscheinlich die sein, dass – die Frau Vizebürgermeisterin hat das heute gesagt – das Budget die in Zahlen gegossene Politik ist. Man muss es halt auch verstehen. Das ist der Punkt! Man muss es nur verstehen, und wir als Regierungsfractionen bemühen uns halt, von diesem Rednerpult aus gewisse Teile des Budgets zu übersetzen. Die Erfolge waren in den vergangenen Jahren nicht wirklich rasend, aber wir bemühen uns trotzdem weiter.

Die Schwerpunkte liegen auf dem Bereich Bildung, auf dem Bereich Gesundheit, Soziales und natürlich auch im Bereich Standortförderung, Wirtschaftsstandort-

förderung, Stadt-Wien-Unterstützung. Wenn Sie sich anschauen, dass die nachfragewirksamen Ausgaben 4,61 Milliarden EUR betragen, dass die direkten Investitionen der Stadt Wien, der Holding zum Beispiel, mit eingerechnet 2,87 Milliarden EUR betragen und es im Bau- und Baunebengewerbe eine Investitionssumme von 1,78 Milliarden EUR gibt, dann werden Sie feststellen, dass in diesen Zahlen auch ein gar nicht so kleines Konjunkturpaket enthalten ist, ein Konjunkturpaket, das Arbeitsplätze schafft, und vor allem Arbeitsplätze sichert. Gerade im wirtschaftlichen Bereich der Klein- und Mittelbetriebe, aber vor allem auch, was die Jugend betrifft. Denn der Gratiskindergarten – und ich sage das als Wirtschaftsvertreter wirklich sehr selbstbewusst und auch stolz – ist eine der größten Förderungen für die Wirtschaft, die es in dieser Stadt je gegeben hat. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Und wir bleiben bei dieser Investition. Wir investieren mit diesem Gratiskindergarten in die Zukunft, in die Zukunft der Stadt und in die Zukunft der Jugend. Die Frau Vizebürgermeisterin hat das schon erwähnt, international wird dieser Weg von unabhängigen Experten anerkannt. Es gibt wirklich sehr, sehr viele Studien. Schauen Sie sich diese Studien an, schauen Sie sich an, was Experten darüber sagen – es sind Wirtschafts-Nobelpreisträger dabei –, wie eine Wirtschaftspolitik in Zeiten wir diesen ausschauen soll. Und letztendlich werden Sie feststellen, dass sie den Weg, den die rot-grüne Stadtregierung hier geht, bestätigen. Und das sollte man auch dementsprechend anerkennen.

Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ganz einfach darauf zu antworten, wenn der Herr StR Juraczka sagt, wir würden bei den Ausgaben jede Million nicht als Problem, sondern als Chance sehen: Ja, das ist so. Wir sehen jede Million als Chance und nicht als Problem. – Und wenn er Keynes zitiert, über Keynes spricht und dann noch sagt, die Frau Vizebürgermeisterin sei lange genug im Amt, da müssten eigentlich schon schwarze Zahlen vorhanden sein: Noch einmal: In welchen Zeiten befinden wir uns? Antizyklische Politik geht nicht so, dass man sagt, okay, eine Woche investieren wir und in der nächsten Woche ist es dann schon erledigt. Noch dazu unter wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, bei denen es – wir brauchen nur nach Europa und in die ganze Welt zu schauen –, wirklich Probleme gibt.

Ich sage jetzt ganz klar: Hätte es in Österreich und in Wien nicht jahrzehntelange Politik unter Führung der Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen gegeben, dann würden wir wahrscheinlich heute ganz andere Probleme haben. Wir hätten nämlich nicht diese Bonität, die wir vorweisen können, damit wir überhaupt Schulden machen können. Und es ist wichtig in dieser Zeit, dass wir Schulden machen können. Könnten wir das nicht, dann hätten wir vielleicht Zustände wie in Rom, wie in Athen, wie in Madrid – ich könnte diese internationalen Städte noch weiter aufzählen, es gibt unzählige davon.

Durch die sozialdemokratische Politik finden wir Rahmenbedingungen vor, um uns auch in einer Zeit wie der jetzigen, einer Zeit der Krise dementsprechend bewegen zu können, um dementsprechend flexibel sein zu

können, damit wir Investitionen tätigen können, die für diesen Wirtschaftsstandort und für unsere Stadt so wichtig sind, um eben diese Stadt so zu erhalten, wie wir uns das alle wünschen. Ich bin ja sehr froh, dass grundsätzlich jeder sagt, er lebt hier gerne und es gefällt ihm da. Aber von alleine passiert das ja nicht. Da braucht es schon eine entsprechende Politik. Und diese Politik bestimmt in Wien seit Jahrzehnten, und ich hoffe, noch viele Jahrzehnte und Jahrhunderte lang, die Sozialdemokratie. Und wir arbeiten darauf hin, dass das auch weiterhin so sein wird.

Ich kann Ihnen eines sagen: Auch bei den nächsten Budgets und bei den nächsten politischen Diskussionen wird es so sein, dass wir unseren Weg konsequent fortsetzen und uns nicht von irgendwelchen polemischen Ausführungen seitens der Opposition davon abhalten lassen.

Da gibt es noch einen Punkt, den ich fast vergessen habe. Ich habe ja gesagt, ich rede noch kurz zu den Vorrednern. Herr Aigner – er ist jetzt hier – hat ja die Arbeitslosigkeit in Wien und Niederösterreich verglichen. Schauen Sie sich einmal die Erwerbsquote beispielsweise bei den Frauen in Niederösterreich an und vergleichen Sie sie mit jener in Wien! Schauen Sie sich einmal an, wie viele Menschen in Niederösterreich theoretisch auf den Arbeitsmarkt kommen könnten, und wie viele es dann auch praktisch tun! Sie werden feststellen, das sind wesentlich weniger.

Hätten die in Niederösterreich den gleichen Andrang, den wir in Wien haben, weil es eben diese Rahmenbedingungen gibt, dann würden diese Zahlen ganz anders aussehen. Und nur nebenbei sei erwähnt, dass täglich 250 000 Menschen aus den anderen Bundesländern nach Wien einpendeln und hier ihren Arbeitsplatz haben. Seien Sie daher bitte vorsichtig mit Ausführungen wie jenen, die Sie gemacht haben.

Ein letzter Punkt noch zu den angesprochenen Verteilungsproblematiken, beziehungsweise wurde ja auch die Nulllohnrunde erwähnt. Herr DDr Schock hat sich ja sehr aufgeregt über die Nulllohnrunde (*GR Mag Wolfgang Jung: Nicht nur er!*), und auch der Herr Kollege Aichinger hat, glaube ich, kurz darüber gesprochen, vielleicht war es auch jemand anderer. Aber eines möchte ich dazu sagen, und das wurde auch von unserem Herrn Klubobmann schon erwähnt: Wir haben tatsächlich ein Problem der Verteilungsgerechtigkeit, dazu stehe ich; aber wir haben auch schon Vorschläge gemacht, wie man dieses Problem der Verteilungsgerechtigkeit lösen könnte. Da geht es eben darum, dass man Vermögen besteuert und dass es große Erbschaften gibt, und auch die gehören besteuert.

Da brauchen wir nicht herumzureden, wir haben nicht nur ein ausgabenseitiges Problem, sondern sehr wohl, Kollege Margulies hat das erwähnt, auch ein einnahmenseitiges. Das gehört geregelt. Und wenn das geregelt ist, gibt es mehr Spielraum, und dann können wir auch in Zukunft – was im Übrigen für die Kaufkraft natürlich sehr wichtig ist – darüber reden, dass es keine Nulllohnrunden gibt, sondern eben dementsprechende Erhöhungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch einmal wiederholen: Wir werden diesen Konsolidierungsweg – den wir im Übrigen ja nicht erst seit heute ankündigen und den wir im Übrigen nicht erst seit ein paar Jahren sozusagen verfolgen – weiter verfolgen. Wir haben vor den Jahren der Krise bewiesen, dass wir in guten Zeiten unsere Schulden zurückzahlen, und wir werden, nachdem diese Krise vorbei ist, unsere Schulden wieder zurückzahlen. Aber jetzt, bei diesem Budget ist es noch einmal notwendig, dass wir mehr investieren seitens der öffentlichen Hand, um die Wirtschaft zu unterstützen, um den Arbeitsmarkt zu unterstützen, und wir werden das weiterhin so machen.

Ganz zum Schluss möchte ich auch noch von dieser Stelle dem Herrn Finanzdirektor und seinem Team ganz herzlich danken, nämlich nicht nur für die Vorbereitung dieses Budgets, sondern vor allem wirklich für die kompetente Unterstützung, die wir das ganze Jahr über haben. Das kann ich, glaube ich, im Sinne aller Fraktionen sagen. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als Nächster ist Herr GR Herzog zu Wort gemeldet. Sie haben sich für 10 Minuten gemeldet. – Bitte.

GR Johann **Herzog** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Vorsitzender!

Kollege Strobl hat wieder einmal im Namen der Sozialdemokraten der Besteuerung von Vermögen und Erbschaft das Wort geredet. Rein unabhängig – wir haben jetzt nicht die Zeit, in eine Debatte einzusteigen – muss man feststellen: Österreich ist eines der höchstbesteuerten Länder Europas. Weitere Steigerungen sind gar nicht mehr möglich. Besteuerung von Erbschaften ist für eine Gebietskörperschaft vor allem dann einträglich, wenn es möglich ist, möglichst viele zu besteuern. Eine Höchstbesteuerung von Großerbschaften bringt an und für sich finanziell wenig und vertreibt nur Anleger aus Österreich.

Aber selbstverständlich sind wir in einer Zeit der Krise. Die ist selbstverständlich nicht vorbei. Das sieht man unter anderem an der Einkommenssituation in Österreich, die sich massiv und generell verschlechtert hat, nämlich seit dem Jahre 2002 um 22,5 Prozent. Es ist dies eine unglaubliche Zahl, die sich hier angereichert hat; das ist etwas, wovon die gesamte Bevölkerung betroffen ist.

In der letzten, außerordentlichen Landtagssitzung habe ich bereits darüber gesprochen und möchte nur ganz kurz, die Zeit ist ja kaum gegeben, auf die UBS-Studie eingehen, die von einem Vermögens- oder Einkommensverlust von bis zu 35 Prozent spricht. Aber das Wesentliche, das sie sagt, ist, dass hier eine schichtenspezifisch unterschiedliche Situation ist und dass die Schwächsten am meisten drangekommen sind. Sozial Schwache in Wien gibt es sehr viele. Es ist festzustellen, dass wir in Wien 129 000 Bezieher von Bedarfsorientierter Mindestsicherung haben und dass das im Vergleich zum Jahre 2008 eine Steigerung von 40 Prozent ist. Damals betrug dieser Wert nämlich nur 93 547. Wenn Kollege Schicker sagt, dass da eine Einrechnung der

Heizkostenzuschüsse in diese Mindestsicherung erfolgt sei, dann wundert mich das. (*GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Ist aber so!*) Zahlenmäßig hat die Steigerung der Mindestsicherung nämlich nur 30 Prozent, also nicht 40 Prozent, betragen, wo soll also da die Einrechnung der Heizkosten erfolgt sein? Wie gesagt, 129 000 beziehen sie in Wien, und der Heizkostenzuschuss wird an zirka 55 000 Personen ausgezahlt.

Für uns ist es ganz, ganz wichtig, dass wir wieder eine verstärkte Hinwendung zu sozialen Fragen haben. In Österreich leben 313 000 Arme in kalten Wohnungen, und laut „Heute“ von Montag, dem 12. November, wird das Heizen heuer um 230 EUR mehr kosten. Wir verlangen daher und stellen einen entsprechenden Antrag, wo wir sagen, dass auf Grund dieser Neuentwicklung – nämlich der Abschaffung des Heizkostenzuschusses –, wo eine Verschleierung durch die Frau Stadträtin stattfindet, nämlich mit irgendwelchen Energieunterstützungsmaßnahmen, man nur feststellen kann, dass das den Menschen überhaupt nicht helfen wird. Man kauft nur alle fünf, sechs, sieben Jahre ein neues Gerät, aber man muss jedes Jahr Heizkosten begleichen. Mit anderen Worten will die Sozialdemokratie zwar, dass die Menschen, die in dieser Stadt nicht genug Geld haben, vielleicht alle fünf, sechs, sieben Jahre ein neues Gerät bekommen, aber bis dahin sollen sie frieren müssen. Das ist sicherlich keine Lösung. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Daher stellt die FPÖ beziehungsweise stellen die GRe Herzog und Frigo einen Beschlussantrag, der lautet: „dass die Energieversorgungsunternehmen, besonders die Wien Energie GmbH, dem bisherigen Bezieherkreis des Heizkostenzuschusses die Energiekosten in Höhe von bis 300 EUR nicht vorschreiben“ – also auch nicht auszahlen, sondern nicht vorschreiben – „und die dadurch auflaufenden Kosten durch die Stadt Wien sollen durch Einsparungen im Bereich der Energieversorgungsunternehmen kompensiert werden.“

Das ist der eine Antrag. Der nächste Antrag ist im Einzelnen gestaltet und bezieht sich auf die Abschaffung des Wiener Valorisierungsgesetzes und gleichzeitig auch der entsprechenden Gebühren. Wir wissen, haben es ja oft genug erwähnt, dass auf diese schleichende Art der Valorisierung eine massive Verteuerung eintritt. Wenn man sich nur die Wassersteuer anschaut, so ist im Jahre 2007 ein Kostendeckungsgrad von 113 Prozent gegeben gewesen; und nun wurde die Wiener Wassergebühr um 33 Prozent angehoben, was eine massive Verteuerung bedeutet. Wir verlangen hier ebenfalls die Abschaffung des Valorisierungsgesetzes und sind davon überzeugt, dass wir dafür eine breitere Zustimmung haben können – zumindest bei den Oppositionsparteien, die ja früher, zumindest, was die GRÜNEN betrifft, auch immer dagegen gewesen sind. Wir wissen uns, gerade was Valorisierung betrifft, mit dem ÖGB einer Meinung, der sich samt Arbeiterkammer dagegen ausgesprochen hat und heuer die Kaufkraftsicherung in den Mittelpunkt der Überlegungen stellt.

Wir fordern des Weiteren in einem Beschlussantrag von Herzog und Guggenbichler: „dass der Gemeinderat der Stadt Wien beschließt, die Kosten für die Bereitstel-

lung und Benützung von öffentlichen Einrichtungen zum Entsorgen von Abfällen auf das Niveau des Beginns der jetzigen Legislaturperiode zu senken.“ Das sind also die einzelnen von der Valorisierung betroffenen Gebühren.

Des Weiteren wird der Antrag gestellt – was ganz wesentlich ist –, die Wassergebühren betreffend: „dass der Gemeinderat der Stadt Wien beschließt, die Kosten für den Bezug von Wasser sowie die Beistellung und laufende Instandhaltung der Wasserzähler auf das Niveau des Beginns der jetzigen Legislaturperiode zu senken. Eine Erhöhung von 33 Prozent ist eine unzumutbare Belastung für die Wiener Bevölkerung und trifft natürlich die Ärmsten der Armen als Erste.“ (*Beifall bei der FPÖ – Zwischenruf von GR Dipl.-Ing Martin Margulies.*)

Ebenso wird von Herzog und Guggenbichler der Antrag gestellt: „dass der Gemeinderat der Stadt Wien beschließt, die Kosten für die Einleitung von Abwasser in die öffentlichen Kanäle, die Räumung von Senkgruben, Kläranlagen und Abscheidern aller Art sowie die für die Vornahme der damit in Zusammenhang stehenden Arbeiten – wie die Behebung von Verstopfungen und die Überprüfung und Räumung dieser Einrichtungen und Anlagen – auf das Niveau des Beginns der jetzigen Legislaturperiode zu senken.“ Auch das ist eine Erhöhung von 6 Prozent, gegen die wir auftreten müssen, weil es dafür keine sachliche Begründung gibt.

Des Weiteren, ein wesentlicher Punkt für die alte Generation, auch vom Finanziellen her, aber auch grundsätzlich vom Thema her, in Bezug auf die Emotionalität, ist die Senkung der Hundeabgabe. Wir haben eine Erhöhung von 65 Prozent gehabt, die sachlich durch nichts begründet ist. Dass man die Sackerln beistellt, ist in meinen Augen eine Ausrede, die im Grunde genommen nicht allzu viel bedeutet. Ich glaube, für alte Menschen ist es finanziell und vor allem emotionell eine ganz, ganz schwierige Sache, wenn sie in Zukunft Schwierigkeiten haben, sich ihr Haustier leisten zu können und wenn sie gezwungen sind, dafür 65 Prozent mehr aufzubringen. Es ist für die alten Menschen ein ganz wesentlicher Faktor, dass sie ein Haustier haben können, das ihnen, wenn sie vielleicht allein sind, Gesellschaft leistet.

Ganz wesentlich ist auch der Antrag, dass wir in Bezug auf die Gemeindewohnungen der Stadt Wien den Kategoriemietzins wieder einführen. Denn ich möchte eines feststellen: Der Antrag beziehungsweise der Wunsch der Frau Vizebürgermeister, 7 EUR pro Quadratmeter einzuführen, ist eine kompetenzlose Forderung, die man stellen kann, aber dafür nicht Sorge tragen muss, weil es ja Bundessache ist. Des Weiteren ist es völlig undurchführbar. Ich würde mich freuen, wenn so etwas käme und zum Beispiel ich via Frau Vizebürgermeister die Gelegenheit hätte, sagen wir, am Kohlmarkt eine schöne Wohnung um 7 EUR pro Quadratmeter zu bekommen. Ich bin schon sehr neugierig, wie die Verwirklichung dieser Dinge aussehen wird.

Dass die Gemeindebauten billiger sind oder günstigere Mieten haben als andere, ist so weit bekannt; aber das hängt damit zusammen, dass eine schleichende Erhöhung der Mieten stattfindet, indem die jährlichen Neuvermietungen dem Richtwertzins unterzogen wer-

den. Also zirka 9 000 oder hie und da auch mehr werden geändert auf höhere Mieten – früher 90 Prozent des Richtwertes, nunmehr bereits 100 Prozent. Dadurch ist natürlich insgesamt eine langsame Erhöhung der Gemeindebautenmieten gegeben, und nicht auf einmal.

Ich möchte auch dringend feststellen, dass die Freiheitliche Partei damals ganz massiv und eindeutig gegen das Richtwertgesetz gestimmt hat, während die Sozialdemokraten hier in diesem Haus sowie natürlich vor allem im Parlament, aber auch die Arbeiterkammer sich vor lauter Begeisterung über dieses Gesetz gar nicht mäßigen konnten. Es war eine unglaubliche Diskussion, die Begeisterung über das Richtwertgesetz war unglaublich groß. Dabei möchte ich sagen: Es gibt kaum ein Gesetz, das der Lebenswirklichkeit weniger entgegenkommt als dieses. Es wird auf weiten Strecken in der Praxis des Lebens nicht eingehalten.

Ich möchte sagen, dass höchste Notwendigkeit besteht, die Mieten in Wien generell wieder abzusenken. Die Gemeinde Wien kann einen Beitrag leisten, aber nicht indem Beschlüsse, Wünsche oder sonstiges in Bezug auf 7 EUR pro Quadratmeter bundesweit geäußert werden, sondern indem man das macht, was man machen kann: Die Einführung von niedrigen Mieten im Gemeindebau, sprich, Kategoriemieten beziehungsweise die Absenkung der Gebühren, die die Leute massiv belasten.

Ich möchte feststellen: Ein wesentlicher Punkt für die Schlechterstellung der Bevölkerung ist eben die Gebührenpolitik der Gemeinde Wien und die Energiepolitik, die zur Folge hat, dass die Kaufkraft der Bevölkerung eben arg nachlässt, und auch das ist wirtschaftspolitisch sicher etwas ausgesprochen Verwerfliches. Ich möchte feststellen: Es ist höchst notwendig, eine Veränderung herbeizuführen, indem die Gemeinde Wien und die Regierung von Rot-Grün das macht, was sie machen kann: Mieten senken im eigenen Bereich und Gebühren senken dort, wo sie Gebühren senken kann. Wir ersuchen um Zustimmung für diese Anträge. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: So, Sie haben einige Anträge eingebracht. Es gibt noch eine Wortmeldung, Herr Klubobmann Gudenus hat sich gemeldet. Die Restredezeit beträgt 7 Minuten. – Bitte.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf, wenn noch eine kleine Restredezeit vorhanden ist, diese dazu nützen, noch einen Beschlussantrag einzubringen. Wir haben heute mehrmals gehört – und das scheint auch zu stimmen –, dass das Budget die in Zahlen gegossene Politik ist. Wie wir auch schon feststellen konnten, stellt sich das Budget so dar, dass es doch ein sehr hohes Maß an Inländerfeindlichkeit beinhaltet, dass nichtösterreichische Staatsbürger einfach bevorzugt werden, wenn es um soziale Leistungen geht, sodass die Wienerinnen und Wiener, die Österreicher, durch die Finger schauen, auf der Strecke bleiben und von Rot und Grün im Regen stehen gelassen werden. Das muss man feststellen, das haben Sie heute mit diesem Budget eben in Zahlen gegossen präsentiert.

Wenn dann von einem Redner der SPÖ-Fraktion ge-

sagt wurde, Sie werden genau diese Politik konsequent die nächsten Jahre fortsetzen, dann ist es ja eine gefährliche Drohung, die wir sicherlich nicht auf uns sitzen lassen können, nämlich dass hier die Inländer benachteiligt werden, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir Freiheitliche sind der Anwalt der Österreicherinnen und Österreicher; und es kann nicht sein, dass da Scheinasylanten, Asylbetrüger und arbeitsscheue Ausländer zu uns kommen, um sich in die soziale Hängematte zu legen. Das lehnen wir ab! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das sollte auch jeder verantwortungsbewusste von Österreichern gewählte Politiker ablehnen, und zwar per se, weil er von Österreichern gewählt wurde und zumindest zuerst die Interessen der Österreicherinnen und Österreicher vertreten sollte. Es kann doch bitte nicht sein, dass wir als Wiener hier in Wien für alle auf der ganzen Welt das Weltsozialamt spielen müssen! Das kann's doch bitte nicht sein! Dafür sind die Gebühren und Steuergelder zu schade, und dafür gibt es schon – leider – genügend Armut in dieser Stadt. So kann das nicht sein! Wir sind nicht das Weltsozialamt! Wir sollten zuerst das Sozialamt für die Wienerinnen und Wiener sein, aber am besten überhaupt schauen, dass es gar nicht so weit kommt, dass es so viele Sozialfälle gibt. Das ist der Punkt, den Sie bisher vernachlässigt haben! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Daher bringe ich auch hier diesen Beschlussantrag ein, dass eben „der Bürgermeister und die amtsführenden Stadträtinnen der Geschäftsgruppen Gesundheit und Soziales, aber auch Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal aufgefordert werden, dafür Sorge zu tragen, dass ausschließlich österreichischen Staatsbürgern und EU-Bürgern ein Rechtsanspruch nach Maßgabe der Gesetze auf Sozialleistungen der Solidargemeinschaft zugestanden wird.“

Das passiert aber nicht nur im Bereich Soziales, sondern auch am Arbeitsmarkt. *(GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Das haben wir doch letztes Mal schon geklärt!)* Das ist – ich habe noch vier Minuten –, Frau Brauner, eben genau der Spiegel, den man Ihnen vorhalten muss. Wenn ein Arbeitsmarkt geöffnet wurde am 1. Mai 2011 ... *(Zwischenruf von GRin Mag (FH) Tanja Wehsely.)* Ihre Politik ist niveaulos, Ihr Budget ist niveaulos und Ihre Arbeitsmarktpolitik ist niveaulos, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das zeigen ja die nackten Zahlen, Frau Wehsely *(Beifall bei der FPÖ. – GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Das ist ja unglaublich! – Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Frau Wehsely! Wenn wir in Wien eine Arbeitslosigkeit von fast 10 Prozent haben – da sind die Schulungsteilnehmer nicht mitgerechnet, sonst wären wir schon bei über 11 Prozent –, dann ist das erschreckend. Das ist bei der Jugendarbeitslosigkeit noch viel schlimmer, aber reden wir einmal von der Beschäftigungspolitik. Da zeigt sich, wie niveaulos Ihre Politik ist, Frau Brauner. Seit der Ostöffnung vor eineinhalb Jahren haben 23 000 Ausländer in Wien einen Arbeitsplatz gefunden, und gleichzeitig wurden 2 000 Inländerarbeitsplätze abgebaut! Das ist genau Ihre Politik: Die Bevorzugung der Arbeitnehmer aus Osteuropa, weil sie im Endeffekt billiger arbeiten und

die arbeitsrechtlichen Schutzmechanismen dort nicht so verlangt werden.

Man sieht also: Die SPÖ fordert Lohndumping und benachteiligt absichtlich österreichische Arbeitnehmer. Diese Politik ist schäbig, und das zeigen wir auch in Zukunft auf, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Anhaltender Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Das waren 5 Minuten. Das heißt, es bleibt noch ein Rest von 2 Minuten. Zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Akkilic. Sie haben 8 Minuten Redezeit. – Bitte.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Ich hatte in den letzten Sitzungen das Gefühl, dass die FPÖ versucht, sich vom Ausländerthema zu verabschieden (*GR Johann Herzog: Warum sollten wir das?*); was ich ja gut gefunden habe, weil ich der Meinung war, dass unsere Argumente wirken und die FPÖ endlich einmal einsieht, dass die Stadt nicht zu spalten ist und wir in dieser Stadt alle gemeinsam leben. Aber ich merke, dass auch die Freiheitliche Partei den Hauch von Stronach am Nacken spürt. *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* Eine eindeutige Sache, die Freiheitliche Partei sieht Stronach kommen. Stronach selber verbietet seinen ehemaligen BZÖ-Abgeordneten das Thema Ausländer im Moment noch. Und hier sieht die Freiheitliche Partei ihre Chance erstens einmal in Bezug auf AsylwerberInnen. Das ist nämlich das schwächste Glied in der Kette, das sie in erster Linie angreift. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Geniale Analyse, genial!)*

Bei den Ausländern tun sie sich noch schwer, weil sie nicht wissen, wohin sie mich einordnen sollen. Bin ich jetzt Ausländer, bin ich Inländer? Von wem sprechen Sie, wenn Sie von Ausländern sprechen? Wenn ich mir Ihren Antrag durchlese, bringen Sie sämtliche Begriffe durcheinander. Sie schreiben einmal Ausländer, dann schreiben Sie Menschen mit Migrationshintergrund. Man merkt, Sie sind in der akademischen Debatte nicht angekommen, weil wir zwei unterschiedliche Begriffe haben. Da gibt es die Menschen mit Migrationshintergrund, unter anderem mich. Übrigens leben in Wien über 500 000 Menschen mit Migrationshintergrund. Das ist also die eine Sache.

Die zweite Geschichte betrifft die Mindestsicherung, meine Damen und Herren. Wir setzen eine EU-Richtlinie um, die nicht in unserem Entscheidungsbereich liegt. Wir setzen die EU-Richtlinie um, die jenen Ausländern und Ausländerinnen, die seit fünf Jahren in Österreich leben, auch den Zugang zu Sozialleistungen, also zur Mindestsicherung gewährt. Für mich ist jeder Mindestsicherungsbezieher einer zu viel. Wir müssen schauen, dass die Menschen nicht unbedingt soziale Leistungen in Anspruch nehmen. Dafür müssen wir uns aber anstrengen, uns darum bemühen, dass das Vermögen anders verteilt wird, dass Arbeitsplätze geschaffen werden, dass wir in innovative Projekte investieren.

Aber, Herr Gudenus, Sie haben ja keine Ahnung von der Welt. Sie wissen nicht, wie die Welt funktioniert (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie haben die Weltformel*

entdeckt, Herr Akkilic!); und Sie wissen nicht, wie Asylwerber und Asylwerberinnen gezwungen sind, in Schlauchbooten über das Mittelmeer den Tod zu riskieren, um nach Europa zu kommen. Das ist eine immense Leistung, sage ich jetzt einmal, von Menschen, die eben aus jenen Regionen stammen, in denen es Kriegszustände gibt. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Woher kommen die meisten AsylwerberInnen in Österreich? Afghanistan – ist Afghanistan ein sicheres Land auf dieser Welt? –, Somalia – ist Somalia ein sicheres Land auf dieser Welt? Da fällt mir noch Tschetschenien ein. Tschetschenien ist ja, laut Herrn Kadyrow, Gudenus' Freund, ein sicheres Land. *(GR Johann Herzog: Wir haben eine hohe Zahl an türkischen Asylwerbern!)* Also, Sie kennen sich in der Welt nicht aus und wissen nicht, warum die Menschen nach Österreich kommen. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Weil Sie alles zahlen!)*

Wir wissen auch ganz genau, meine Damen und Herren, dass seit Dublin II Asylbewerbung in Österreich kaum möglich geworden ist, weil die Menschen immer wieder rückgeführt werden, nämlich in das erste EU-Land, das sie betreten haben. Die Leistungen für Asylwerber und Asylwerberinnen, meine Damen und Herren, reichen nicht einmal dazu aus, dass sie ein minimales ordentliches Leben führen könnten: 40 EUR Taschengeld im Monat, meine Damen und Herren, das muss man sich vor Augen halten! *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Da braucht man ein Grundeinkommen, 2 000 EUR!)*

Diese Leute werden auch in entlegensten Gegenden Österreichs untergebracht, und die meisten Probleme gibt es in Kärnten, die Saualm ist wieder ein Thema, weil sie den VermieterInnen beziehungsweise jenen Leuten, die das Haus zur Verfügung gestellt haben, das Geld in die Tasche stecken, anstatt in eine ordentliche Flüchtlingsbetreuung. Die Zeitungen haben ausführlich darüber berichtet, dass der Herr Dörfler der Vermieterin der Saualm unendlich viel Geld in die Tasche gesteckt hat, während die Flüchtlinge auf der Strecke geblieben sind.

Ich sage noch einmal: Wir haben, wir nehmen Flüchtlinge auf. Wien ist in der Flüchtlingsbetreuung überdurchschnittlich präsent, weil die anderen Bundesländer ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Jetzt stelle ich an Sie die Frage: Sollen wir diese Leute auf der Straße stehen lassen? Sollen wir diesen Leuten ein Leben auf der Straße gönnen, damit sie auf die schiefe Bahnen geraten? Nein, meine Damen und Herren, das ist nicht unsere Politik! Unsere Politik ist von Solidarität gekennzeichnet. Solidarität ist ein Prinzip unseres Lebens, wo wir nicht zwischen Inländern, Ausländern, Asylwerbern und Nichtasylwerbern unterscheiden, sondern in Zentrum unserer Politik steht der Mensch, meine Damen und Herren! – Und haben Sie keine Angst vor Stronach!

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Die Restredezeit beträgt 2 Minuten für die GRÜNEN. Herr GR Jung hat sich zu Wort gemeldet. Er hat 2 Minuten. – Bitte.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Zwei kurze Zitate. Das erste: „Ich kenne aber auch kein Thema, bei dem so viel geheuchelt und gelogen

wird. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Die Wahrheit tut weh, und jeder möchte Schmerzen vermeiden. Besonders die Politik.“ Und ein anderer Ansatz zu dem, was der Kollege gerade angesprochen hat, nämlich zum Asylmissbrauch. Erstens zum Thema Dublin II: Da dürfte ja keiner mehr reinkommen, wenn man dem nachgehen würde. Das ist ja das, was wir verlangen: Einhalten! Nicht in Österreich sitzen lassen, sondern: Entweder sie kommen nicht rein, oder, wenn es Missbrauch ist, werden sie heimgeschickt, ganz einfach, Herr Kollege. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber ich lese Ihnen weiter vor: „Die jahrelange Dauer“ – das gilt für uns auch – „der Asylverfahren, Staatenlosigkeit und weggeworfene Pässe mit einhergehender Amnesie des Wegwerfers, all diese Dinge führen zu Dauerduldungen teils über Jahrzehnte. Wenn man Menschen über einen so langen Zeitraum an das Sozialsystem gewöhnt,“ – geschieht bei uns – „darf man sich nicht beklagen, wenn sie eine perfektionierte Professionalität“ – ich füge hinzu: mit Hilfe mancher Vereine – „erreichen und die Rechtsmaterie sicherer beherrschen als mancher Sachbearbeiter im Jobcenter.“ – Zitat Ende.

Das sagt kein böser Freiheitlicher, sondern der sozialdemokratische Bürgermeister von Neukölln, Heinz Buschkowsky. Ich empfehle Ihnen, dieses Buch zu lesen. *(Der Redner hält das Buch „Neukölln ist überall“ von Heinz Buschkowsky in die Höhe. – Zwischenrufe bei GRÜNEN und SPÖ.)* Ja, das tut Ihnen weh, weil es Ihnen einer aus den eigenen Reihen sagt, der Erfahrung hat, der die Probleme aus dem eigenen Erleben kennt. Lesen Sie dieses Buch, meine Damen und Herren von der SPÖ – an die GRÜNEN appelliere ich nicht, da gibt es keine Einsichtsfähigkeit –, dann sehen Sie, was in drei bis vier Jahren bei uns in Wien sein wird!

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Für die FPÖ ist jetzt keine Redezeit mehr vorhanden. Als Nächste ist Frau GRin Tanja Wehsely zu Wort gemeldet. 10 Minuten Redezeit. – Bitte.

GRin Mag (FH) Tanja **Wehsely** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Den Meister der Heuchler haben wir gerade gehört, das ist der Herr Kollege Jung. Sie werfen anderen Leuten vor, dass sie heucheln. Das ist ja wirklich, ich habe es letztes Mal schon gesagt, eine Chuzpe, was so viel heißt wie Frechheit – das ist jetzt eine Übersetzung für Sie. Da hatten wir auch damals schon die Arbeitslosigkeit und den Wirtschaftsstandort diskutiert. Das war diese Aktuelle Stunde der ÖVP, die sich, weil der Titel so obskur war, angehört hat wie eine der FPÖ.

Lassen Sie mich das noch einmal sagen: Sie wissen ganz genau – und deswegen wundert es mich, dass Sie sich da so herausstellen und so den Mund voll nehmen – : Schlüssel und Haupt ... Sie erinnern sich an Herrn Haupt? Ist Ihnen noch irgendwie gegenwärtig, dass der vielleicht einmal zu Ihnen gehört hat? *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Das haben sie auch verdrängt!)* Schlüssel und Haupt haben am 23. April 2003 das Abkommen zur Ostöffnung unterzeichnet.

Ich habe auch bei der Aktuellen Stunde für uns schon gesagt: Wir sind für ein gemeinsames Europa, wir sind für ein soziales Europa, und daran arbeiten wir, nämlich gegen nationale und konservative Kräfte *(GR Mag Wolfgang Jung: Der Erfolg liegt ja auf der Hand!)*, die, wie Sie es heute wieder vorexerziert haben, nur daran arbeiten, die Gesellschaft zu spalten.

Ich kann Ihnen auch noch etwas dazu sagen: Berlin ist eine schöne Partnerstadt und wir haben sie sehr, sehr gern, aber Gott sei Dank unterscheiden wir uns von Berlin, was Wirtschaftsdaten, Arbeitsmarktdaten, aber auch Bildungsdaten betrifft. *(GR Mag Wolfgang Jung: Dann vergleichen Sie die Daten und schauen Sie, in welche Richtung wir gehen!)* Da können Sie sich noch so oft hier herausstellen mit dem Kollegen Buschkowsky, das macht überhaupt nichts.

Wir brauchen einen integrativen Arbeitsmarkt, wir müssen vor allem die Jugendlichen fördern, und das tun wir, wobei Sie wieder einmal dagegen sind. Ich erinnere auch hier, das macht ansonsten mein lieber Kollege Peschek, dass Sie es waren, die die Lehrlinge schlechter gestellt haben unter Schwarz-Blau. Dann stellen Sie sich hier heraus und nehmen den Mund voll. Die Ostöffnung wurde von Schwarz-Blau unterzeichnet, aber glücklicherweise umgesetzt, und zwar von uns, das ist der Punkt.

Nur zu reden, nur die Leute aufeinander zu hetzen, wirklich miese Unterstellungen hier zu machen an Leute, die versuchen, sich hier eine neue Existenz aufzubauen, und gleich auch unsere ganzen Vereine, die sich bemühen, da mit zu verunglimpfen *(GR Johann Herzog: Eine ganze Industrie, Zehntausende leben recht gut davon!)* – genießen Sie sich eigentlich überhaupt nicht für das, was Sie da tun? Das ist nicht konstruktiv, das ist nicht ein Arbeiten für die Menschen, das ist keine Arbeit für dieses schöne Wien! Das ist es nicht, das ist das genaue Gegenteil! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Das, was Sie anstellen mit diesem 23. April 2003, an den Sie sich nicht mehr erinnern wollen, der aber gut umgesetzt werden soll und muss, was wiederum in unserer Verantwortung liegt, das ist in vielen, vielen Bereichen so. Sie schützen etwas vor, Sie streuen den Leuten Sand in die Augen; aber das Einzige, was Sie können, ist die Menschen gegeneinander aufhetzen. Sie sind nie konstruktiv, Sie sind nie positiv, und das wird sich glücklicherweise bei den Wienerinnen und Wienern auch nie durchsetzen.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als Nächster hat sich Herr GR Ellensohn zu Wort gemeldet. Sie haben noch 2 Minuten. – Bitte.

GR David **Ellensohn** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Das war jetzt eh ganz interessant, was hier versucht wird. Das wird jetzt hier herinnen so sein, das wird offensichtlich das neue, wiederholte, uralte, vorgestrige Agenda Setting, aber es ist nur da herinnen, es ist nicht so schlimm.

Offensichtlich von Stronach gebeutelt, geht es abwärts in den Umfragen; Platz 3 bundesweit, wunderbar. Also ich hätte ja nicht geglaubt, dass ich mich einmal beim Herrn Frank bedanken muss, aber immerhin ein

Gutes hat es: Offensichtlich gebeutelt von diesen Umfragen, zurück zur Kernkompetenz der FPÖ; und das heißt einfach vernadern, aufhetzen, fertigmachen, Ausländer, Asyl. Und wissen Sie, was? Wir sind eh alle darauf eingestiegen und haben jetzt darüber geredet. (*GR Mag Wolfgang Jung: Reden Sie über Parkplätze, Kriminalität!*)

Aber das ist nur hier herinnen. Draußen reden die Leute trotzdem darüber, ob sie mehr oder weniger Miete zahlen wollen, ob sie ihren Hauseigentümern nachfolgen wollen, wo sie die Leute ausnehmen wollen, oder nicht. Draußen reden die Leute über Verkehrspolitik. Die Leute haben ganz andere Sorgen, als Sie hier herinnen glauben. Deswegen halte ich das aus, dass Sie das hier herinnen machen. Wir sprechen mit den Wienern und Wienerinnen über die Sachen, die uns allen wichtig sind. Deswegen werde ich ... (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Ich weiß, dass Sie das hier herinnen machen werden, und wir werden es aushalten. Es ist nur hier herinnen. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zur Allgemeinen Beratung des Vorschlagsentwurfes für das Jahr 2013 und des Gebührenprüfungsantrages liegen keinen Wortmeldungen mehr vor.

Bevor wir nun zu den Spezialdebatten kommen, darf ich auf Punkt 3 der Fraktionsvereinbarung hinweisen. Dieser Punkt 3 lautet: Für jede Spezialdebatte werden als Gesamtrededzeit maximal 2,5 Stunden, 150 Minuten vereinbart, wobei auf die SPÖ als Fraktion maximal 33 Minuten und 45 Sekunden, auf die FPÖ 31 Minuten und 30 Sekunden, auf die ÖVP 29 Minuten und 15 Sekunden, auf die GRÜNEN 27 Minuten, auf den klubunabhängigen Mandatar 5 Minuten und 30 Sekunden und auf das amtsführende Stadtsenatsmitglied maximal 15 Minuten als Gesamtrededzeit entfallen. Ich bitte daher die Klubs, bei den Wortmeldungen darauf Rücksicht zu nehmen.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Neuhuber. Sie haben sich für 10 Minuten gemeldet. Ich erteile Ihnen das Wort. – Bitte.

GR Mag Alexander **Neuhuber** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Ich komme jetzt tatsächlich wieder zurück zu den Finanzen, nachdem wir ja gerade eine etwas unappetitlichere Debatte hatten. Es ist leider kein wirklich guter Tag für Wien mit diesem Budget, von Sanierung ist weit und breit nichts zu sehen. Das war schon eine recht bemerkenswerte Alles-wird-gut-Rede der Frau Vizebürgermeisterin. Ich meine, man muss sich das einmal – im negativen Sinne – auf der Zunge zergehen lassen: Wir haben in 5 Jahren den Schuldenstand in dieser Stadt verdreifacht, von rund 1,5 auf 4,5 Milliarden EUR. Das nenne ich besorgniserregend, meine Damen und Herren!

Jetzt sagt sie eben, alles wird gut, ab 2016 wieder ausgeglichen. – Na, da fürchte ich mich jetzt schon vor den Budgets 2014 und 2015, was da nämlich noch kommen mag und wie da dann der Schuldenstand möglicherweise noch explodieren wird. Die Frau Kollegin

Brauner zitiert an dieser Stelle immer sehr gerne die Durchschnittsfamilie mit den 30 000 EUR Jahreseinkommen, die dann nach ihrer Interpretation in der Relation zu Wien „halt nur“ 10 000 EUR Schulden hätte. Das sind immerhin bei einem Haushaltseinkommen von 2 500 EUR rund 200 EUR Rückzahlung auf 5 Jahre gesehen; das kommt auf den Zinssatz an, aber irgendwas zwischen 180 EUR und 200 EUR. Gut, das ist jetzt noch nicht die Welt, aber es ist nicht mehr so wenig, fast 10 Prozent vom Haushaltseinkommen.

Das heißt, der Handlungsspielraum dieser Familie und genauso auch jener der Stadt Wien wird zunehmend eingeschränkt, meine Damen und Herren. Ein guter Bankbeamter und Berater würde dieser Familie raten: Da ist jetzt das Ende, machen Sie nicht weiter, sonst wird Ihre Rückzahlungsrate irgendwann einmal zu groß werden! Auch Ihnen, Frau Finanzstadträtin, kann ich nur sagen: Bitte passen Sie auf die Finanzen auf, wir sind auf dem falschen Weg in dieser Stadt! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Frau Kollegin Brauner hat vom Sparen und Investieren gesprochen. Tatsächlich ist die Wirtschaftsförderung im engeren Sinn bei 83,3 Millionen EUR im Großen und Ganzen unverändert gegenüber dem Vorjahr, aber noch immer weit entfernt von dem Wert von 2009, nämlich 145 Millionen EUR. Also ein großer Sprung vorwärts ist das nicht gerade, meine Damen und Herren. Die Zahlen sind immer eine Frage der Interpretation, Kollege Strobl, ihr seid nicht im Besitz der absoluten Wahrheit!

Es wurde ja heute schon öfter zitiert: Budget ist die in Zahlen gegossene Politik. Dann ist es ganz logisch, dass wir über diese Zahlen, diese Politik und über deren Interpretation unterschiedlicher Meinung sind. Sehen wir uns nämlich die 7er-Budgetansätze an, nämlich 7711 bis 7880, verschiedene, für die Spitzfindigen unter uns, dann ist die Leistung in der Wirtschaftsförderung fast um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Das ist eine ganz andere Interpretation, die zeigt: Man kann dieses Budget auf zwei unterschiedlichen Arten und Weisen lesen, und wir sehen darin eine leider extrem negative Entwicklung.

Das Problem liegt aber nicht auf der Einnahmenseite, das ist heute schon öfter erwähnt worden, das Problem liegt auf der Ausgabenseite, beim Sparen, das nun einmal ein Fremdwort für die Sozialdemokratie ist. Ein Budget ist nicht alleine einnahmenseitig zu sanieren. Kollege Schicker hat dankenswerterweise selber aus der Chronique scandaleuse, die in einem Zeitungsbericht wiedergegeben wurde, zitiert. Da findet man von A wie AKH mit seinem EDV-System bis Z wie Zentralfeuerwache eine ganze Reihe von Ausgabenskandalen. Genau dort liegt das Problem: Die Einsparungspotenziale in dieser Stadt werden nicht gehoben, es fehlt schlicht und einfach der Wille zur Umsetzung.

Deshalb bringe ich auch mit meinen Kollegen Aichinger, Walter und Leeb einen Beschlussantrag ein. Hintergrund ist, dass, glaube ich, viele große Konzerne genau wie Kommunen gut beraten wären, von Zeit zu Zeit ihre gesamte Verwaltung, ihre Gebarung zu durchleuchten. Zuletzt hat es das vor vielen Jahren, in der Periode 1996

bis 2001, in Wien gegeben, dass externe Berater sich die Verwaltung angesehen haben. Ich glaube, dass sich seit dieser Zeit sehr viel, vor allem im Kommunikations- und Technikbereich geändert hat. Es wäre also wieder an der Zeit, die Verwaltung der Stadt Wien auf Einsparungspotenziale zu durchleuchten. Deshalb wird folgender Beschlussantrag eingebracht:

„Der Gemeinderat der Stadt Wien spricht sich für eine Neuevaluierung der Wiener Stadtverwaltung beziehungsweise des Wiener Magistrats durch ein professionelles externes Beratungsunternehmen aus, welche den Einsatz und Implementierung neuer Technologien zur Ablaufoptimierung sowie neuer Kommunikationsmittel zum Schwerpunkt hat. In einem weiteren Schritt sollen auch durch eine externe Evaluierung neue kreative Modelle einer effizienten Verwaltungsorganisation des Wiener Magistrats entwickelt werden.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dem gegenüber steht eine Gebührenlawine. Auch das ist schon öfter zur Sprache gekommen, allein darüber könnte ich mich jetzt 10 Minuten x-fach mit Ihnen auseinandersetzen. Ich möchte aber in der Kürze der Zeit, die mir bleibt, heute noch auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen, der mir am Herzen liegt und der uns wahrscheinlich auch in der nächsten Zeit länger begleiten wird. Das ist der Vorschlag von der Frau VBgmin Vassilakou mit der Beschränkung der 7 EUR-Mieten. Das ist eine interessante Ablenkung vom Parkpickerl-Desaster. Das geistert nämlich derzeit durch die Zeitungen – während das Thema Parkpickerl ein bisschen zurücktritt – und passt wahrscheinlich auch in den Klassenkampf, den wir im nächsten Wahlkampf hier herinnen und wohl auch draußen zu erwarten haben.

Nur geht es völlig am eigentlichen Problem vorbei, meine Damen und Herren. Die Bevölkerungsprognosen für Wien sind lange Zeit offensichtlich falsch gelesen worden, oder man hat nicht daran geglaubt. Wien wächst – auch das haben wir heute schon gehört – um weit über 20 000 Personen pro Jahr. Diesen Zuwachs in den Griff zu bekommen, schaffen Sie mit einer Mietpreisbindung nicht, da hilft nur Neubau, meine Damen und Herren. Da ist eine Mietobergrenze von 7 EUR das Kontraproduktivste, das man überhaupt machen kann, weil Sie den Neubau im privaten Bereich vollkommen zum Erliegen bringt, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dort gehört die Leistung erhöht, im Neubau. Sowohl im geförderten Bereich als auch im privaten, dort müssen wir uns Förderungen im kommunalen wie auch im privaten Bereich überlegen, aber nicht den Neubau völlig abdrehen! *(Zwischenruf von GR Dipl.-Ing. Martin Margulies.)* – Kollege Margulies, du bist ohnehin als Nächster dran. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Nein!)* Du bist studierter Mathematiker, deshalb würde mich deine Einstellung dazu wirklich interessieren: 7 EUR Mietzinsobergrenze bedeutet – das ist brutto gerechnet, also inklusive Mehrwertsteuer, Betriebskosten –, wenn ich ein Viertel, 25 oder 30 Prozent ... *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Ohne Betriebskosten!)* Ohne Betriebskosten? Also netto, dann sagen wir, plus Betriebskosten und Mehrwertsteuer.

Dann muss ich kopfrechnen: 7 EUR pro Monat pro Quadratmeter mal 12 Monate, das sind 84 EUR. Wenn ich eine 5-prozentige Rendite – nicht die 10 Prozent, die gestern in der Diskussion erwähnt wurden, keine zweistellige – wenn ich 5 Prozent Rendite aufs Kapital anlehne, dann kann ich bei 84 EUR im Monat 1 680 EUR ausgeben für Grundstück, Bau, Nebenkosten und alles, damit ich eine Kapitalrendite von 5 Prozent erziele.

Kann mir bitte irgendwer in diesem Haus vorhüpfen, wie das gehen soll? Ist euch eigentlich klar, dass ihr damit den privaten Neubau wirklich umbringt? Du kannst mit 7 EUR kein Grundstück kaufen, die Nebenkosten tragen und bauen. Es geht sich ganz einfach nicht aus, meine Damen und Herren! Aber wenn jemand diesen Stein der Weisen gefunden haben sollte auf eurer Seite, dann sagt es uns bitte. Dann seid ihr in Wirklichkeit kapitalistische Wunderkinder, denn mit 7 EUR hat bisher noch nie jemand einen Neubau auf die Wiese stellen können. Das geht einfach nicht. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Das zweite große Problem ist der Fehlbelag, meine Damen und Herren. Diese Stadt verfügt über ein Riesenkapital in Form von 350 000 Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen; nur sind sie zum Großteil fehlbelegt, das muss man schon einmal offen aussprechen. Solange ein Peter Pilz, meine Damen und Herren, um wenige Euro in einer Gemeindewohnung wohnen kann und nicht mehr dafür zahlt, ist dieses System krank! Wir haben einen schlimmen Fehlbelag, und genau das ist die Doppelzüngigkeit, die ihr niemals ansprechen wollt! *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Wo geht es denn dann weiter? Was wird denn als Nächstes reglementiert? Kommt als Nächstes die Obergrenze bei den Autos? Darf dann keiner mehr ein Auto mit einer gewissen Leasingrate von ein paar Euro pro Monat haben, meine Damen und Herren? Wo hört der Klassenkampf denn auf? Was kommt denn als Nächstes?

Gestern, in der Sendung „Im Zentrum“ hat mich eines wirklich geschreckt – und Sie wissen ja, ich bin vom Fach –, nämlich als die Frau Vizebürgermeisterin ernsthaft gesagt hat, bei einer Wohnung zähle nur die Ausstattung, aber die Lage nicht. Das ist ein Niveau, wo ich gar nicht weiterreden will. Es gibt in der Immobilienwirtschaft einen Grundsatz bezüglich dessen, was den Wert einer Immobilie bestimmt. Das sind die berühmten drei L: Lage, Lage, Lage oder Location, Location, Location. Ich kann den Stephansplatz und den Gürtel nicht über einen Kamm scheren. Aber das sind eben die Nivellierung und die Gleichmacherei, die von GRÜN ganz bewusst heringetragen wird. Ihr wollt diese Gleichmacherei. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)* Wo ist denn beim Plus von 33 Prozent beim Wasser der Aufschrei gewesen? Ich meine, auch das Wasser ist nicht ganz unbedeutend für jeden Einzelnen. Dort können wir erhöhen, aber bei den Mieten wollen wir deckeln! Also das entlarvt sich ja von selber.

Das Letzte, das dann noch passieren könnte, ist, dass die Frau Vassilakou-Honecker wahrscheinlich einen antikapitalistischen Schutzwall um ganz Wien ziehen will, um uns von diesem bösen imperialistischen Niederöster-

reich abzuschirmen. (*Heiterkeit bei ÖVP und FPÖ.*) Das wäre wahrscheinlich dann der letzte Auswuchs, den ihr euch auch noch überlegen würdet. (*Beifall bei ÖVP und FPÖ.*) Wir werden den Wohnungsmangel nicht auf dem Rücken der Privatwirtschaft lösen können. Das ist sachlich falsch, das ist politisch falsch, und das wird mit uns niemals gehen, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Das waren 11 Minuten, nur zur Info an den Klub. Als Nächste ist Frau GRin Dr Vana zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr. Sie haben sich für 14 Minuten gemeldet. – Bitte.

GRin Dr Monika **Vana** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich werde jetzt nicht direkt auf den Kollegen Neuhuber replizieren, das wird dann mein Kollege Margulies tun. Ich habe nämlich mit meinem Kollegen Margulies getauscht, wie Sie vielleicht anhand der RednerInnenliste sehen; nämlich einerseits weil sich meine Zeiten der Vorsitzführung so leichter ausgehen, aber vor allem deshalb, weil ich mich dem Thema Europa widmen will. Der Ausschuss für europäische und internationale Angelegenheiten, den Rot-Grün gegründet hat, ressortiert ja auch in dieser Geschäftsgruppe, und wir wollen auch mit einer Rede zu Europa dem gestiegenen Stellenwert, den Europa in diesem Haus haben sollte, auch Rechnung tragen. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Ich freue mich auch, sage ich an dieser Stelle, dass es jetzt eine eigene Europarunde von allen Fraktionen in dieser Geschäftsgruppe geben wird. Ich denke, wir sind auf einem guten Weg mit diesem Europaausschuss, auch wenn die Opposition sicher gleich wieder etwas anderes sagen will. (*GR Mag Wolfgang Jung: Sie lesen Gedanken!*) Rot-Grün hat sich bekannt oder hat sich selbst den Auftrag einer breiteren, transparenteren und sehr offenen, offensiven Europapolitik gegeben. Ich denke, zum Beispiel mit den Fachseminaren, die wir jetzt im Rahmen des Europaausschusses – ich schaue meine Kollegin Sissi Vitouch an – veranstalten, sind wir auf einem guten Weg.

Nächstes Jahr ist ja das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger, und wir als Europaausschuss wollen dem auch Rechnung tragen, indem wir den Ausschuss öffnen und mit Experten und Expertinnen und mit der Zivilbevölkerung europäische Fragen offensiv diskutieren. (*Beifall von GRin Prof Dr Elisabeth Vitouch.*) Das Budget wird in diesen Tagen nicht nur im Wiener Gemeinderat, sondern eben auch auf europäischer Ebene diskutiert. Die Diskussionen über das EU-Budget haben Sie ja sicher verfolgt.

Für eine Stadt wie Wien ist es nicht egal, was dort beschlossen wird. Wir haben dann am 22. November den nächsten Sondergipfel, wo die nationalen Egoisten wieder fröhliche Urständ feiern. Einerseits ist Wien betroffen – wir werden das am Donnerstag im Landtag ausführlich diskutieren – vom sogenannten Stabilitäts- und Wachstumspakt, der, wie wir GRÜNEN hier immer sagen, eigentlich ein Instabilitätspakt ist, weil er durch exzessive Sparpolitik Europa in die Rezession führt. Also

das ist eine der Auswirkungen, die wir in Wien direkt spüren und die sich ja auch in unserem Budget für 2013 niederschlagen.

Aber auch andere für Wien wesentliche Bereiche sind von Europa abhängig. Das eine sind die Strukturfonds und der mehrjährige Finanzrahmen. Das ist ein Thema, das nicht zu unterschätzen ist, Stichwort Kohäsionspolitik, Regionalpolitik, in die Wien auch stark eingebunden ist. Wien hat auch sehr stark Lobbying dafür betrieben, dass eine städtische Dimension auch in den Strukturfonds verankert wird. Ich denke, das ist auch die Zukunft der Regionalpolitik. Ich persönlich finde ja dieses Konzept des Europa der Regionen hoffnungslos veraltet, aber es ist sicher eine Debatte, die wir hier kontrovers führen. Ich glaube, das Europa der Städte ist das Europa der Zukunft.

Zum Beispiel hat Frau Dr Stainer-Hämmerle, die bei unserem Fachseminar des Europaausschusses am Freitag zu europäischer BürgerInnenbeteiligung und europäischer Demokratie referiert hat, die These in den Raum gestellt, dass es zwei Zukunftsebenen, auch in Bezug auf die Demokratie und die direkte Demokratie, geben wird: Das eine ist Europa und das andere sind die Gemeinden. Sie hat dann auch gesagt, der Nationalrat und die nationale Ebene verkommen langsam zu einem Problem. Ich enthalte mich jetzt einer Äußerung dazu. Ich bin nicht ganz ihrer Meinung, aber sie hat etwas auf den Punkt gebracht: Dass nämlich die Bedeutung der Städte in Europa steigt und sich eigentlich auch institutionell niederschlagen müsste.

Sie wissen, es gibt einen Ausschuss der Regionen, der längst in Ausschuss der Regionen und Städte unbenannt gehören würde. Und wie ich schon sagte: Es braucht eine stärkere städtische Dimension in der europäischen Regionalpolitik, die übrigens Herr Kommissar Hahn, um auch das einmal lobend zu erwähnen, glaube ich, auf einen sehr guten Weg gebracht hat. Ich teile seine Meinung, wenn er sagt, Strukturpolitik ist Investitionspolitik in Europa und nicht Subventionspolitik.

Ich denke, auch in Wien gehen wir diesen Weg. Es braucht aber in Zukunft für Wien und für die Strukturfonds sicher noch eine bessere Einbindung der lokalen Akteure und Akteurinnen, eine bessere Einbindung der Zivilgesellschaft. Ich hoffe auch sehr auf eine Stärkung der Kohäsionspolitik mit dem nächsten mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020. Wir lehnen die Vorschläge sowohl der zyprischen Präsidentschaft als auch jene von EU-Ratspräsident Van Rompuy, starke Kürzungen in der Kohäsionspolitik vorzunehmen, entschieden ab; denn eine der wichtigsten Säulen für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt Europas und auch der Städte ist, meine ich, eine gut ausgestattete Regional- und Kohäsionspolitik. Da dürfen wir keine Kürzungen zulassen.

Das bringt uns auch in die Richtung – jetzt wird die Reichshälfte hier (*Die Rednerin deutet in Richtung FPÖ und ÖVP.*) gleich wieder aufmurren – eines europäischen Finanzausgleichs. Ich glaube, das ist es, was es zur Lösung der Krise braucht, meine Damen und Herren. Wenn wir die politische Union, die wir 1992 mit Maas-

tricht geschlossen haben, wirklich ernst nehmen, braucht es einen europäischen Finanzausgleich, um die Krise zu bewältigen und, so wie es Wien tut, aus der Krise herauszuinvestieren, statt in die Rezession hineinzusparen. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: Schuldenvergemeinschaftung!)*

Dazu noch ein paar Worte zur aktuellen EU-Budgetdiskussion an die Adresse der ÖVP. Ich halte die Veto-Drohungen von Herrn Spindelegger gegen die Erhöhung des EU-Budgets für mehr als entbehrlich. Er stellt sich hier auf eine Stufe mit David Cameron und der FPÖ. Ja glaubt man denn, die Krise zu bewältigen mit weniger Geld? Glaubte man denn, man bekommt mehr Europa – und auch Sie sagen, wir brauchen mehr Europa zur Lösung der Krise – mit weniger Geld? Das kann man doch nicht glauben, nämlich diese Doppelzüngigkeit, die Sie schon immer praktizierten in Ihrer EU-Politik, die schon lange keine kosmopolitische ist. – Sidestep: Siehe auch EU-BürgerInnenwahlrecht, das in Wien leider noch immer nicht umgesetzt werden kann, weil die ÖVP eine entsprechende Gesetzesänderung im Bund nicht zulässt. – Glauben Sie denn, dass mit dieser Sparpolitik, die auch Sie vertreten, Europa aus der Krise geführt werden kann? Nein, selbstverständlich nicht!

Wir sehen auch in Wien – und das haben einige meiner Vorredner und Vorrednerinnen ja schon gesagt –: Warum hat denn Wien bisher die Krise besser bewältigt als andere Bundesländer? Weil Wien eben mit dem Reform- und Wachstumspakt auf nachhaltiges Wachstum setzt. Wir sagen immer dazu, und das ist uns wichtig: nachhaltiges Wachstum, „green growth“. Wachstum allein bringt noch nichts, Wachstum muss auch nachhaltig sein und umverteilt werden. Wien setzt also genau darauf. Mit einem Reform- und Wachstumspakt steuern wir der Krise entgegen. Das ist erfolgreich für Wien, das ist auch erfolgreich in Europa, und dafür kämpft Rot-Grün in Europa. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Eine kurze Bemerkung noch zu einem Thema, das uns schon im Europaausschuss sehr stark beschäftigt hat, aber noch weiter beschäftigt wird, nämlich zum Thema öffentliche und soziale Dienstleistungen. Da ist es Rot-Grün ganz, ganz wichtig, immer wieder zu sagen, wir brauchen eine offensive und starke Lobbypolitik in Europa, vor allem bei der Europäischen Kommission, um den Liberalisierungstendenzen nachhaltig entgegenzuwirken, die immer wieder durch die Hintertür kommen, zuletzt mit der Dienstleistungskonzessionsrichtlinie, die wir auch im Europaausschuss besprochen haben.

Es ist einerseits positiv, dass der Vertrag von Lissabon die kommunale Selbstverwaltung der Städte gestärkt hat. Andererseits sehen wir auch, dass es eigentlich ein ständiger Abwehrkampf ist, und es immer schwieriger wird, diese so wichtigen öffentlichen Dienstleistungen und vor allem die sozialen Dienstleistungen hier zu regulieren, zu steuern und zu kontrollieren. Ich denke nur daran, wie schwierig für Wien zum Beispiel dieser Weg der Koppelung der öffentlichen Auftragsvergabe war. Jetzt haben wir das im Frauenbereich gemacht: Koppelung der Auftragsvergabe an Frauenförderungsunternehmen oder auch Koppelung der Auftragsvergabe der

Baufträge an Lehrlingsförderungsunternehmen. Das ist ein richtiger und wichtiger Weg, aber wie schwierig war es, das europarechtlich überhaupt möglich zu machen!

Das ist sicher ein Thema, wo wir als Rot-Grün, als Europaausschuss, gemeinsam mit dem Städtebund, mit dem Verband öffentlicher Wirtschaft und Gemeinwirtschaft, in den Städtenetzwerken, Eurocities, Ausschuss der Regionen und so weiter hier eine ganz offensive Politik machen werden müssen. Das war übrigens letzte Woche auch Thema der Konferenz öffentlicher Dienstleistungen in Brüssel, zu der alle vier Parteien angereist sind, die einerseits schlecht organisiert war – aber das gehört nicht hierher –, andererseits sehr interessante Elemente aufgebracht hat. Zum Beispiel, dass die Kommission jetzt doch verstärkt auf das Thema CSR, also Corporate Social Responsibility, setzt. Wir nennen es ja lieber environmental, social and government principles, also Grundprinzipien der öffentlichen Dienstleistungsgestaltung. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ja, so gefällt es mir besser!)*

Es wurden Labels und Anreizsysteme entwickelt für Unternehmen, die Sozialpolitik, Frauenpolitik oder Umweltpolitik umsetzen. Das ist gut, das ist einmal ein richtiger Schritt. Anreizsysteme sind per se nicht schlecht, aber sie genügen natürlich nicht. Wenn der legislative und der politische Rahmen dafür nicht stimmen, dann ist das natürlich zu wenig. Es ist zwar zu begrüßen, aber wir müssen in dieser Hinsicht sicher viel, viel offensiver werden.

Eine Möglichkeit, offensiv zu werden, bietet zum Beispiel eine der interessantesten europäischen Bürger- und Bürgerinneninitiativen, die im Moment zu unterschreiben ist, nämlich „Wasser ist ein Menschenrecht“. Ich halte das für eine sehr spannende BürgerInneninitiative. Sie wissen ja, die GRÜNEN haben sich sehr stark dafür eingesetzt, dass endlich direktdemokratische Elemente in der Europäischen Union entwickelt werden. Die Europäische BürgerInneninitiative ist nun ein erstes solches, wenngleich immer noch viel zu wenig, viel zu hochschwellig, viel zu unverbindlich. Also wenn wir GRÜNEN im Europaparlament nicht zumindest das Anhörungsrecht der AntragstellerInnen zu einer Europäischen BürgerInneninitiative erkämpft hätten, wäre das überhaupt etwas nach dem Motto: Sagen sie es dem Salzamt, reden Sie es in ein Sackerl.

Das ist es nun nicht, und wir versuchen natürlich, das Beste daraus zu machen und europaweit Lobbying zu machen und für interessante BürgerInneninitiativen Allianzen zu schließen. Es sind ja nicht alle BürgerInneninitiativen gleich spannend, seien wir ehrlich. Da gibt es auch ein paar die – hm ... Aber eine sehr wichtige BürgerInneninitiative, die ich Ihnen in diesem Haus vorstelle – und wir werden darüber auch im Europaausschuss debattieren –, nämlich „Wasser ist ein Menschenrecht“, wird auch vom Europäischen Gewerkschaftsbund stark unterstützt, weil es da genau um den Kampf um öffentliche Dienstleistungen geht beziehungsweise um das Recht der Menschen auf Zugang zu diesen Dienstleistungen. Da geht es also nicht um das rein marktorientier-

te Modell mit dem Schwerpunkt Wettbewerb, das die Europäische Kommission vertritt. Ich kann Sie nur aufrufen, diese Europäische BürgerInneninitiative zu unterstützen und zum Erfolg zu führen. Das ist auch für Wien eine sehr wichtige Sache.

Das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013 habe ich schon angesprochen. Die Europäische Kommission will Werbung machen für das Konzept der UnionsbürgerInnenschaft, das ja eines der wenigen Grundrechte ist, die sich BürgerInnen aus dem EU-Recht ableiten können. Wir als rot-grüne Stadtregierung wollen dieses Jahr nützen, um aufmerksam zu machen auf die Themen BürgerInnenbeteiligung, direkte Demokratie und europäische Demokratie, die ja nicht mehr voneinander trennbar sind. Ich denke, 20 Jahre nach Maastricht – ich habe es schon angesprochen – braucht es eine europäische Demokratie in Europa als Ausweg aus der Demokratiekrise, die wir haben. Neben der Finanzkrise, der Verteilungs- und Sozialkrise haben wir in Europa nämlich auch eine Demokratiekrise. Das zeigen die Demonstrationen, die BürgerInnenproteste, die überall in Europa stattfinden, nicht mehr nur in Griechenland und in Spanien. Zum Beispiel letzte Woche war ein europaweiter Aktionstag gegen die Sparpolitik der Troika.

Wir brauchen eine europäische Demokratie, wir brauchen einen neuen EU-Konvent, der sich mit Fragen beschäftigt wie europaweite Volksabstimmung, Direktwahl des Kommissionspräsidenten beziehungsweise der -präsidentin, Aufwertung des Europäischen Parlaments zu einem echten Parlament mit Initiativrecht, mit Mitbestimmung in allen Bereichen, also auch bei der Wirtschafts- und Währungsunion, auch bei der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, wo das Europäische Parlament immer noch nichts mizureden hat.

Außerdem, wie wir in diesem Haus schon öfter diskutiert haben, gibt es eine sehr besorgniserregende Tendenz in Europa, nämlich dass das Europarecht, so undemokratisch es zum Teil ist, überhaupt umgangen wird und neuerdings wieder völkerrechtliche Verträge geschlossen werden, wie der Fiskalpakt. Das ist eine ganz, ganz schlimme Entwicklung. Wir brauchen eine europäische Demokratie und wir brauchen die Zusammenarbeit aller 27 EU-Mitgliedsstaaten.

Ich möchte an dieser Stelle sagen, dass ich nicht ganz glücklich bin mit dem Vorstoß des französischen Ministerpräsidenten François Hollande, der die verstärkte Zusammenarbeit in Europa als Lösung der Krise sieht. Jetzt wird das hoffentlich gut funktionieren mit der Finanztransaktionssteuer – elf Länder, höchste Zeit. Aber ich glaube, eine Lösung für die Zukunftsprobleme Europas ist die verstärkte Zusammenarbeit nicht. Wir brauchen eine politische Union, wir brauchen alle Mitgliedsländer hier im Boot.

Wir brauchen eine breite Diskussion. Meine Damen und Herren, Rot-Grün ist das Gegenmodell zu blinder Sparwut und Sozialabbau. Der Reform- und Wachstumspakt setzt auf starke öffentliche Dienste, aktive Arbeitsmarktpolitik und eine breite BürgerInnenbeteiligung in Wien und in Europa. Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Dr Kappel. Ich erteile es ihr. Sie haben 13 Minuten vorgesehen.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich spreche wieder zum Finanz- und Wirtschaftskapitel und möchte gleich einen Kritikpunkt anbringen, den ich auch schon im letzten Europaausschuss angebracht habe. Ich finde, das Thema Europa ist ein so wichtiges und großes Thema so wie auch das Thema Finanzen, dass es eigentlich im Rahmen der Budgetdebatte eines eigenen Tagesordnungspunktes bedürfte, nämlich dass Sie extra über alle diese wichtigen europäischen Themen reden können und es nicht mit der Finanzdebatte vermischen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Da möchte ich mich ausdrücklich beim Kollegen Neuhuber bedanken, auch in Abwesenheit. Er hat mir heute wirklich aus dem Herzen gesprochen. Ich finde, er ist ein Experte zum Thema Wohnbau und was er heute zu dieser Forderung der Frau VBgmin Vassilakou auf Beschränkung auf 7 EUR pro Quadratmeter für Mieten gesagt hat, ich meine, diese Forderung würde wirklich jeglichen privaten Wohnbau in Wien zum Erliegen bringen. Das ist eine Forderung, die wir überhaupt nicht unterstützen und teilen können, weil das in Richtung Planwirtschaft geht und das lehnen wir ab. Das ist gegen die Bürger, das ist eine Einschränkung der Bürger. Und das nächste Mal sagen Sie uns vielleicht noch, welches Auto zu kaufen ist. Nein danke, nicht mit uns! *(Beifall bei der FPÖ. – Aufregung bei den GRen David Ellensohn und Dipl-Ing Martin Margulies.)*

Und nun zurück zur Finanzdebatte. Die Frau Vizebürgermeisterin hat heute im Rahmen der Generaldebatte nämlich gesagt, und das hat mir sehr gut gefallen, dass die Schulden in Wien überschaubar und bewältigbar sind. Das ist ein interessanter Befund und den ersten Teil dieses Befundes würde ich tatsächlich teilen. Ja, die Schulden in Wien sind überschaubar, nämlich die Schulden in Wien steigen permanent an, allein in der Amtsperiode der Frau Vizebürgermeisterin um 240 Prozent und insgesamt 3,35 Milliarden EUR. Das ist überschaubar. Auch der Anstieg in der Amtszeit oder Regierung Rot-Grün ist durchaus überschaubar. Es ist nämlich ein Anstieg jetzt vom dritten Budgetvoranschlag, also von 2010 bis 2013, um immerhin fast 55 Prozent, ein Anstieg in absoluten Zahlen um 1,67 Milliarden EUR. Das ist durchaus beeindruckend, auch überschaubar. Wenn die Frau Vizebürgermeisterin von einer maßvollen Steigerung des Budgets 2012 auf 2013 um 9,3 Prozent spricht, das war bei der Erstankündigung der Budgetzahlen, dann muss ich sagen, für uns ist das nicht maßvoll, sondern die gesamte Entwicklung ist besorgniserregend, und zwar deshalb, weil wir krisenbedingt nicht wirklich schlechte Kennziffern haben und die Gemeinde Wien auch keine Banken zu retten hatte, so wie das andere Bundesländer und der Bund zu tun hatten. Die zwei Banken, die in Ihrem Umfeld waren, sind beide verkauft worden und die Erlöse sind bedauerlicherweise auch irgendwohin geflossen. Auf jeden Fall wurden sie nicht

budgetwirksam in irgendeiner Form, ganz im Gegenteil. Über die Stiftung Anteilsverwaltung werden wir sicherlich noch einmal zu reden kommen. Das Geld ist verflossen und all diese Dinge haben zu einem Minus geführt. Deshalb ist es für uns besorgniserregend, wenn Sie von einer maßvollen Steigerung der Schulden innerhalb eines Jahres sprechen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Noch dazu, wo Sie eigentlich einen enormen Turbo auf der Einnahmenseite haben. Das wurde heute bereits mehrfach angeführt. Lassen Sie mich noch einmal kurz darauf eingehen. Die Landesabgaben sind um 15 Prozent erhöht worden. Das war ein Teil dieser enormen Gebühren- und Abgabenerhöhung in diesem Jahr. Die Bürger ächzen darunter. Nur ein paar Worte dazu: 33 Prozent Erhöhung beim Wasser, 66 bei den Parkgebühren, 16 beim Gas, 17 bei der Fernwärme, 10 Prozent beim Richtwertmietzins, 6 Prozent beim Müll und beim Kanal und 178 Prozent bei der U-Bahn-Steuer, der einzigen Art dieser Kommunalsteuer, die es in Europa gibt, und die gibt's in Wien. Also ein enormer Turbo. Dazu kommt eine Verdoppelung der Inkassoflächen durch die Ausweitung der Parkpickerlzone. Es ist zumindest mit 50 Millionen zusätzlich durch die Erweiterung zu rechnen. Ebenso hatten Sie ein Riesenglück beim Budget. Es sind nämlich die Ertragsanteile an den gemeinwirtschaftlichen Bundesabgaben enorm angestiegen, nämlich für das Budget 2013 auf insgesamt 45,1 Prozent der Gesamtausgaben und einen Betrag von 5,3 Milliarden EUR. Daneben haben Sie die Nulllohnrunde für die Beamten. Das wurde heute auch schon angesprochen. Das schlägt mit massiven Zahlen zu Buche. Und was Sie getan haben, dieser ganz tolle Budgettrick, nämlich die Ausgliederung der Pensionsverpflichtungen der Wiener Stadtwerke, hat dazu geführt, dass die Wiener Stadtwerke in der Bilanz 2012 mit einem Minus von 930 Millionen EUR bilanzieren. Das haben Sie getan, das war ein Turbo für Ihre Einnahmen.

In Wirklichkeit *(Beifall von StR Mag Manfred Juraczka.)*, danke, in Wirklichkeit leben wir aber von der Substanz. Sie leben von der Substanz, meine Damen und Herren von Rot und Grün! Sie haben uns bis heute keine echten Strukturreformen vorlegen können. Das Einzige, was Sie tun, ist das Nennen punktueller Maßnahmen, so wie es die Frau Vizebürgermeisterin heute im Rahmen der Generaldebatte wieder getan hat, indem Sie sagen, es wird ein Scan-Zentrum eingerichtet, es werden inhaltliche Schwerpunkte mit diesem Top-Jugendticket gesetzt, es wird mehr PPP-Modelle geben. Das sind alles Allgemeinplätze, das sind keine Strukturreformen. Aus diesem Grund leben Sie von der Substanz und es sind keine Vorschläge von Ihrer Seite gemacht worden, wie das Budget in einen ausgeglichenen Haushalt überzuführen ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Selbst der Rechnungshof hat das schon belegt und das erinnert mich an eine Debatte, die ich im Rahmen meiner letzten schriftlichen Anfrage mit der Frau Vizebürgermeisterin führe, Sie erinnern sich sicher. Es gibt einen Rechnungshofbericht über den Bundesrechnungsabschluss 2011, in dem aufgezeigt wird, dass die Gemeindeverschuldung in den Jahren 2009 und 2010

enorm angestiegen ist. Insgesamt war die Gemeindeverschuldung im Jahr 2011 bei 8,677 Milliarden EUR und ich habe damals aufgezeigt, dass alleine die Schulden der Gemeinde Wien daran 4,27 Milliarden EUR oder fast die Hälfte der gesamten österreichischen Gemeindeverschulden ausmachen. Ich habe das damals aufgezeigt und die Frau Vizebürgermeisterin hat mir gesagt, die Zahlen des Rechnungshofes stimmen nicht, ganz im Gegenteil. Der Herr Gemeindebundpräsident Mödlhammer hätte gesagt, dass das überhaupt kein Thema sei. Ich habe das aufgegriffen und ich würde Ihnen dazu gerne ein Zitat aus dem Magazin „Kommunal“ vorlegen - das ist das offizielle Organ des Österreichischen Gemeindebundes -, aus der Nummer 10/2012, das heißt, aus der aktuell vorliegenden Ausgabe. Da wird sich nämlich genau das Gegenteil dessen erweisen, nämlich die Schuldenstände der Gemeinde Wien werden hinkünftig extra durch die Statistik Austria ausgewiesen werden, weil es den Gemeinden in Österreich auf die Nerven geht, immer als Schuldenkaiser hingestellt zu werden, nachdem die Schulden eigentlich von Wien kommen. Ich zitiere jetzt aus diesem Magazin „Kommunal“: „Die Ursache für diese mediale Darstellung ist,“ - also dass die Gemeinden die Schuldenkaiser Österreichs sind -, „dass beim Maastricht-Schuldenstand der staatlichen Ebenen die Gemeinde Wien in einen Topf geworfen wird. Da Wien eine massive Neuverschuldung aufweist, kommen Gemeinden in dieser Darstellung nicht gut weg. Auf Ersuchen des Österreichischen Gemeindebundes hat nun die Statistik Austria erstmals den Maastricht-Schuldenstand getrennt nach Bund, Ländern, Wien und Gemeinden veröffentlichen können, sodass künftig derartige Zahlenspiele zu Lasten der kommunalen Ebenen nicht mehr vorkommen.“ Ich bin sehr dankbar dafür, weil dann wird das nicht mehr eintreten, was Sie heute gesagt haben, Herr Kollege Strobl, dass wir zwar ein Budget haben, aber offenbar die Regierung und die Opposition von anderen Budgetzahlen sprechen. Das wird dann nicht mehr passieren, weil wir dann die konkreten Zahlen haben. Wir haben auch jetzt die konkreten Zahlen, nur es gibt eben verschiedene Interpretationen. Aber es wird in Hinkunft für uns - und alle, die in der Wirtschafts- und Finanzpolitik arbeiten, wissen das - leichter, dass wir Dinge aufzeigen können.

Dann war heute auch noch etwas, was mir sehr gut gefallen hat. Es war ein Vergleich der Pro-Kopf-Verschuldung von der Frau VBgmin Brauner, die die Jahre 2010 und 2011 als Referenzjahre nannte und sagte, eigentlich würde Wien österreichweit an der Spitze der Bundesländer liegen, nämlich im Ranking der wenigstverschuldeten Gemeinden. Das Gegenteil ist der Fall. Niederösterreich und Kärnten werden immer als österreichische Schuldenweltmeister gescholten. Wien hat jetzt ganz klar zu diesen zwei Bundesländern, zu Kärnten und Niederösterreich, aufgeschlossen und gehört jetzt zu den drei führenden Ländern im Bereich der Pro-Kopf-Verschuldung.

Also das nächste Mal besser aufpassen, wer die Rede vorbereitet. Das ist kein gutes Argument mehr gewesen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ebenso hat der Zinsendienst enorm zugenommen. Klar, wenn die Schulden steigen, steigen auch die Zinsen. Der Zinsendienst ist allein vom Jahr 2011 auf das Jahr 2012 um 157 Prozent angestiegen! Der Zinsendienst beläuft sich im Jahr 2012 auf knapp 96 Millionen EUR im Jahr. Das ist um das Eineinhalbfache mehr, als es im Vorjahr war, also ein enormer Betrag. Daneben kommen die Schweizer Franken dazu. Da darf ich Ihnen sagen, der Bund hat zwischenzeitlich, das heißt, mit Jahresabschluss 2012, alle Schweizer-Franken-Verbindlichkeiten auf null gestellt. Und wie viel hat die Gemeinde Wien? Nach wie vor 37 Prozent der Gesamtverpflichtungen oder 1,65 Milliarden EUR. Ich gebe schon zu, die Buchverluste, die wir Ihnen mehrfach vorgehalten haben, heuer werden es 302 Millionen EUR sein, diese Buchverluste sind jetzt für Sie noch nicht schlagend, wenngleich ich sage, für jedes Unternehmen wären sie schlagend, weil sie müssten wertberichtigt werden. Die Gemeinde muss das nicht. Das heißt, schlagend werden sie dann 2016, wenn die Gemeinde Wien die erste Franken-Anleihe zurückzahlen muss. Da werden sie dann schlagend oder Sie werden sie vielleicht rollieren. Das macht auch Kosten, aber schlagend werden sie dann.

Was aber sicher jetzt schon schlagend wird, das sind die Zinsen, die wir dafür zahlen, und die Zinsen machen immerhin auch jedes Jahr 400 Millionen EUR aus, das heißt, in 3 Jahren 1,2 Milliarden EUR. Dann kommen die Schulden der ausgelagerten Unternehmen dazu. Wir haben das heute auch schon einmal gehört. Wir reden ja nicht nur über 4,3 Milliarden Schulden mit Jahresende 2012, sondern wir reden über insgesamt 6,9 Milliarden EUR Schulden, weil wir ja die Schulden von Wien Kanal, Wiener Wohnen und des KAV dazurechnen müssen. Also 6,9 Milliarden EUR Schulden und ein Verlust bei den Wiener Stadtwerken von 930 Millionen EUR, was wollen Sie mehr?

Es zeigt also eines ganz klar: Die einnahmenseitige Budgetsanierung hat nicht funktioniert. Es klappt einfach nicht. Sie müssen einen Mix aus Einnahmen- und Ausgabenkonsolidierungen machen. Gleichzeitig, ja gleichzeitig, aber mit all diesen Erhöhungen und gleichzeitig mit den Maßnahmen, die nicht funktionieren, hat die Sozialhilfe zugenommen. Das ist heute auch schon einmal erwähnt worden. Interessanterweise ist diese Position um 178 Millionen EUR auf insgesamt 443 Millionen EUR im Jahr 2012 angestiegen und auf 544 Millionen EUR im kommenden Jahr, das heißt, innerhalb eines Jahres stiegen die Kosten um 101 Millionen EUR an, das heißt, um 23 Prozent. Das führt auch dazu, dass immer mehr Menschen die bedarfsorientierte Mindestsicherung in Wien in Anspruch nehmen. 129 000 Personen sind es, wir haben das heute schon gehört, mehr als in allen anderen österreichischen Bundesländern zusammen. Das ist bedenklich und da sollten auch Sie darüber nachdenken.

Gleichzeitig, indem Sie die sozialen Unterstützungen fördern, kürzen Sie bei der Wirtschaftsförderung und kürzen Sie beim U-Bahn-Ausbau. Insgesamt haben Sie in den ersten 3 Jahren, meine Damen und Herren von

Rot und Grün, der rot-grünen Budgets die Wirtschaftsförderung um 34 Millionen EUR gekürzt. Beim U-Bahn Ausbau haben Sie in den ersten 3 Jahren rot-grüner Budgets um 113 Millionen EUR gekürzt. Also das, was heute gesagt wurde, nämlich dass investiert wird, smart investiert wird, das ist ja nicht der Fall. Hier wird das, was Sie nicht tun wollen, mit der Gießkanne gestreut und die kommunalen Investitionen sinken um 1 Prozent im kommenden Jahr, nämlich die Quote von 5,1 auf 4,1. Das heißt, ohne Strukturreformen wird es nicht gehen wie zum Beispiel die Anpassung des Beamtenpensionsgesetzes oder die Neustrukturierung des Wiener Krankenanstaltenverbundes. Ohne diese Strukturreformen wird es nicht gehen und ohne diese Strukturreformen werden Sie, meine Damen und Herren von Rot und Grün, 2016 keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können. Denn nicht nur die Schulden sind in Wien höher als in allen anderen österreichischen Bundesländern, auch das Wirtschaftswachstum ist in Wien am schlechtesten von allen österreichischen Bundesländern. Die Arbeitslosenrate ist am schlechtesten von allen österreichischen Bundesländern. Die Lehrlingssituation mit einem Lehrplatz für vier Lehrstellensuchende ist die schlechteste von ganz Österreich. Die Exportquote ist die schlechteste von ganz Österreich. Und wenn wir heute schon mehrfach gehört haben, UNO-Studie, Mercer-Studie, Studie der Deutschen Financial Times, - super. Aber es gibt eine ganz interessante aktuelle Umfrage der Wiener Industrie und der Wiener Wirtschaft, die besagt, dass fast jeder zehnte Betrieb Wiens aus Wien wegsiedelt und dass in den letzten Jahren in der Wiener Industrie tausende Arbeitsplätze verloren gingen. Das sollten Sie sich zu Herzen nehmen und hier ist anzusetzen. Hier wollen wir uns um eine Trendwende kümmern. Wir wollen eine Wende hin zu mehr Arbeitsplätzen, hin zu mehr Wirtschaftswachstum und letztlich eine Trendwende hin zu mehr Strukturreformen. Nachdem wir das bei Ihnen nicht sehen, werden wir diesem Budget nicht zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Frau Gemeinderätin, Sie haben Ihre Redezeit um 1 Minute und 17 Sekunden überschritten. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Das hat den Kollegen Jung sehr nervös gemacht!)* Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Berger-Krotsch. Sie haben 10 Minuten vorgesehen.

GRin Mag Nicole **Berger-Krotsch** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin ja froh, dass ich nach der vielen und umfangreichen Schwarzmalerei von Kollegin Kappel noch mal auf die Rede der Frau Vizebürgermeisterin zurückkommen kann, wo sie sehr stark betont hat, Wien ist eine weltoffene, und das auch in Richtung vom Kollegen Gudenus, der ja dagegen arbeitet, eine moderne, eine wachsende Stadt mit hervorragender Lebensqualität. Die Frau Vizebürgermeisterin hat das eingangs sehr ausführlich mit vielen Beispielen dargestellt, Betriebsansiedlungen, die Weiterqualifizierung unserer ArbeitnehmerInnen,

unserer WienerInnen am Arbeitsmarkt mit dem Qualifikationspakt und vieles, vieles mehr, was hier passiert. Aber auch wenn Sie von der FPÖ alles schwarzsehen, Frau Kollegin Kappel, Sie haben auch die UN-Studie noch mal zitiert, die ich auch gerne noch mal anführe. Das ist ein Beleg für unsere Arbeit, die wir hier für die Wienerinnen und Wiener leisten. Es ist ein großes Kompliment für alle, die mit so viel Engagement und so viel Herz hier für Wien arbeiten und Wien zu dem machen, was es ist, nämlich eine der attraktivsten und erfolgreichsten Städte der Welt. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*) Das macht stolz auf alle Leistungen, die die Wienerinnen und Wiener leisten, und das muss ja auch noch mal gesagt werden, nämlich egal, ob mit oder ohne Migrationshintergrund.

Wien steht vor großen Herausforderungen, wir haben es schon diskutiert. Es ist wichtig, hier weiter in die Wirtschaft, in die Arbeitsplätze, in die Menschen zu investieren und auch den Weg der Konsolidierung wieder fortzusetzen. Die Schuldenfrage, der Schuldenstand, ja, auf und ab diskutiert. Wir nehmen eine maßvolle Verschuldung, die dadurch entsteht, dass wir viel in die Menschen, in die Wirtschaft, in die Arbeitsplätze investieren, in Kauf. Ja, eine maßvolle Verschuldung, Frau Kollegin Kappel. Es wird auch immer wieder vergessen, dass wir heuer auch den Abgang für 2013 reduzieren und dass wir den Konsolidierungspfad nicht verlassen werden, der für 2016 keine Neuverschuldung mehr vorsieht. Es wird da die Krise immer weggeschoben. Ich weiß nicht, in welchem gallischen Dorf Sie wohnen, ich wohne in Wien. Ich sehe, die Krise hat Wien erreicht und ist bei den Wienerinnen und Wienern angekommen. Wir haben mit unseren antizyklischen Maßnahmen sehr dagegen gehalten und werden das auch weiter tun. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Es ist gerade in wirtschaftlich schweren Zeiten wichtig, nicht rigoros Budgets zu kürzen. Es ist wichtig, intelligente Reformen, die wir angehen, anzugehen, um Ressourcen frei zu machen, die wir, wie heute auch schon erwähnt, in Zukunftsprojekte wie Ausbildung, Weiterbildung, Kinderbetreuung stecken. Und dass da Geld verfließen ist - also Ihre Wortmeldung zu dem ist ja unfassbar, Frau Kollegin Kappel! Wo wir sehr überlegt und engagiert in Zukunftsprojekte investieren, dass da das Geld irgendwo versickert oder verfließen sei - also das ist eine unfassbare Wortmeldung an dieser Stelle. Ich weiß, dass, wenn wir über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik diskutieren, es stets um Fragen der Verteilung von Ressourcen geht, um Verteilung von Machtverhältnissen, es geht um eine Richtungsentscheidung. Ja, uns von der Sozialdemokratie, von Rot-Grün, geht es um Verteilungsgerechtigkeit. Trotz der Erkenntnis, wo die Ursachen der Krise herkommen, nämlich durch eine systematische Deregulierung der Finanzmärkte der letzten Jahrzehnte und durch die Zunahme der ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen, thematisieren das die konservativen Kräfte natürlich als eine Krise der Staatshaushalte und stellen immer nur die Budgetkonsolidierung in den Fokus. Natürlich, ist ja klar, das ist Ihre Sichtweise. Aber da in diesem Zusammenhang dann

auch von Armut zu sprechen, also ich kann Ihnen da nicht wirklich folgen, Frau Kollegin Kappel. (*GR Mag Dietbert Kowarik. Das sind wir gewohnt!*)

Na klar, vorrangig sind von konservativer Seite Kürzungen von Staatsausgaben, Aushöhlung von arbeits- und sozialrechtlichen Standards und eine generelle Schwächung des Sozialstaates, der staatlichen Institutionen. Natürlich, das ist Ihr Verständnis von der Opposition. Wir gehen hier einen anderen Weg. (*GR Mag Wolfgang Jung: Ja, sie verteilen!*) Uns geht es um Verteilungsgerechtigkeit. Gerade in Zeiten der Unsicherheit für breite Teile der Bevölkerung ist es wichtig, dass es funktionierende sozialstaatliche Institutionen gibt, die Seite an Seite Verlässlichkeit und Stabilität den Wienerinnen und Wienern zeigen. Und wie Kollege Gudenus in einer Aussendung vor dem Budget auch wieder erwähnt hat „Das ist ungeniertes Ausplündern, ein unsoziales Sparen“ - also diese Wortwahl schon wieder mit dem Ausplündern, suchen wir einmal in diesen Reihen Ausplünderer, die finde ich auch mehr als lächerlich und eigentlich ist es unfassbar, uns ungeniertes Ausplündern und unsoziales Sparen vorzuwerfen. Ich kann nur sagen, dass Wien niemanden alleine lässt, dass wir für die Menschen eintreten und für die Menschen arbeiten und sie weiterbringen möchten.

Es wurde heute auch schon in der Rede von Frau Vizebürgermeisterin und auch vom Kollegen Strobl die Arbeitsmarktpolitik sehr intensiv besprochen. Aber ich möchte sie hier auch noch einmal erwähnen, weil sie in unserem Budgetvoranschlag so einen zentralen Stellenwert einnimmt und überhaupt sehr wichtig für die Weiterentwicklung unserer Stadt ist. Renate Brauner hat es gesagt, rund 27 500 Wienerinnen und Wiener, 60 Prozent davon Frauen, werden von den Maßnahmen des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds profitieren können. Die Arbeitsschwerpunkte, das Phänomen von Wien wurde auch schon angesprochen, was Sie auch immer negieren und wegdiskutieren möchten, nämlich dass wir einerseits a) eine steigende Beschäftigung haben. Im Oktober waren das plus 0,9 Prozent. Und von 2010 bis 2016 rechnen wir mit einem Anstieg von 35 000 Personen auf 780 000 Beschäftigte. Das zweite von dem Phänomen, die zweite Seite ist die steigende Arbeitslosigkeit. Natürlich, die Krise hat vor Wien nicht Halt gemacht, aber in erster Linie eben auch durch das ansteigende Beschäftigungspotenzial, wo es eben mehr Arbeitsplätze gibt und keinen Verlust von Arbeitsplätzen, wie es auch immer wieder von Ihrer Seite proklamiert wird. Dieses Phänomen mit diesen zwei Seiten steht vor dem Hintergrund, dass wir in Wien, das ist heute auch schon erwähnt worden, einen großen Teil von ArbeitnehmerInnen haben, die noch zu wenig qualifiziert sind. Wir haben derzeit 55 Prozent der Wiener Arbeitslosen mit höchstens einem Pflichtschulabschluss. Hier geht es uns besonders darum, diese Menschen weiterbringen, sie zu qualifizieren (*GR Mag Wolfgang Jung: Sie schaffen es nicht! Es werden immer mehr!*), denn der Löwenanteil der beschäftigten Plätze ist derzeit bei wissenschaftlichen Berufen im Bereich der Technik, Naturwissenschaften, qualifizierte Gesundheitsberufe. Hier gilt es,

den Bedarf an Arbeitskräften sozusagen weiter zu qualifizieren, weil derzeit die Chancen mit maximal Pflichtschulabschluss nahezu null sind. Wir sagen, je besser jemand qualifiziert ist, desto geringer ist das Risiko, arbeitslos zu werden. Und genau dahin zielt die Initiative, die neue verstärkte Zusammenarbeit, die VBgmin Renate Brauner in Zusammenarbeit mit dem AMS und vielen arbeitsmarktpolitischen und bildungspolitischen PlayerInnen ins Leben gerufen hat, nämlich der Wiener Qualifikationsplan. 2013 wird unter der Koordination vom WAFF mit den vielen PlayerInnen genau angeschaut, die Geringqualifizierten eben aufzuschulen, diese Zahl zu reduzieren, die Jobchancen zu verbessern und auch das Fachkräftepotenzial für die Wirtschaft zu erhöhen. In Arbeitsgruppen in den letzten Wochen und Monaten haben sich die vielen PlayerInnen sehr intensiv mit zwei Handlungsfeldern auseinandergesetzt, nämlich Schule und Berufsausbildung. Kollege Aichinger, Ihnen war es in Ihrer Rede heute auch so wichtig, das Thema Schule sehr anzusprechen. Uns ist es sehr wichtig, wie es im Wiener Bildungssystem mehr Jugendlichen gelingt, einen über die Pflichtschule hinausgehenden Abschluss zu erwerben. Und das zweite Handlungsfeld ist die berufliche Erwachsenenbildung, und hier: Wie kann man Personen mit Pflichtschulabschluss beim Nachholen anderer Bildungsabschlüsse individuell unterstützen? Wir müssen die Zeit nutzen, um die Menschen bestmöglich zu qualifizieren. Ja, es ist eine Durststrecke. Aber ich kann Ihnen sagen, das Bemühen aller Beteiligten, das Bemühen der Stadtregierung ist riesengroß, hier die Menschen weiterzubringen. Wien ist die Stadt der Chancen, sie wird es auch weiterhin bleiben. Wir setzen uns hier stark dafür ein, dass die Menschen weiterkommen. Sie können sich auf uns verlassen. Wir haben die richtigen Antworten auf die aktuellen wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen.

Ganz kurz noch ein Sidestep zur Wiener Ausbildungsgarantie, auch weiterhin ein fixer Bestandteil, sozusagen auch ein Herzstück von Renate Brauners politischer Arbeit, die Jugend nicht alleine zu lassen, sie auch weiter zu qualifizieren, ihnen eine Lehrausbildung zukommen zu lassen, denn eine gute Berufsperspektive ist unabdingbar mit einer erfolgreichen Bildungskarriere verbunden. Für 2013 stehen hier rund 11 Millionen EUR für rund 3 500 Jugendliche zur Verfügung. Also es geht mir das Herz auf, wenn man sieht, was hier für die jungen Menschen dieser Stadt passiert.

In diesem Zusammenhang ist auch die Jugendarbeitslosigkeit heute noch nicht wirklich gefallen. Wir konnten einen konstanten Rückgang verzeichnen, nicht zuletzt ein Verdienst der Wiener Ausbildungsgarantie. Wir haben bei den Unter-25-Jährigen einen Rückgang um 0,8 Prozent und bei den Unter-20-Jährigen einen Rückgang sogar von 13,9 Prozent. Ich sage Ihnen, das ist die richtige Richtung. Wir gehen den Wiener Weg, wir investieren in die Ausbildung der Jugend, in die Qualifikation der ArbeitnehmerInnen generell. Wir sorgen für bessere Jobchancen und für die Zukunft und wir sichern Fachkräfte für die Wiener Wirtschaft, für die Wiener Unternehmen.

In diesem Sinne danke ich auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des WAFF, die sich tagtäglich hier auch engagiert für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Wien einsetzen und generell auch allen MitarbeiterInnen der Stadt Wien und denjenigen, die für die Erstellung des Voranschlages 2013 zuständig und daran beteiligt waren. Herzlichen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: So, die Redezeit waren die vereinbarten 10 Minuten. Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr GR Dr Ulm für 10 Minuten. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr verehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Budget 2013 ist ein Schuldenbudget, das nicht notwendig wäre, denn nie zuvor waren die Ertragsanteile an den gemeinsamen Bundesabgaben so hoch, nie zuvor waren die Einnahmen aus Gebühren auf Grund exorbitanter Gebührenerhöhungen bei Wasser, Abwasser, Müll, Parkgebühr, Hundesteuer, U-Bahn-Steuer so hoch, und mit der Gewerkschaft wurde eine Nulllohnrunde für die Beamten ausverhandelt. Dennoch wird uns heute ein Schuldenbudget zur Beschlussfassung vorgelegt, welches ein weiteres Defizit und ein Anwachsen des Schuldenberges vorsieht. Nicht, weil in diesem Budget besondere Investitionsimpulse vorgesehen werden, sondern weil Steuergeld nach wie vor verschwendet wird und Sie im bisherigen Trott weitermachen, ohne vorhandene Einsparpotenziale zu nutzen oder dringend notwendige Reformen anzugehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Europa steckt in einer Krise, die eine Schuldenkrise ist. Wir erleben keine konjunkturell bedingte Wirtschaftskrise, sondern eine Staatsschuldenkrise, eine Krise auf Grund der enormen Verschuldung von Staaten. Und Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin und sehr geehrte Damen und Herren von SPÖ und GRÜNEN, leisten mit diesem Voranschlag Ihren Beitrag zu dieser Verschuldung der öffentlichen Hand! Natürlich ist die Staatsschuldenquote in Griechenland oder in anderen südeuropäischen Staaten höher. Aber das Prinzip, grundsätzlich immer Schulden zu machen, in guten wie in schlechten Zeiten, ist in Wien das gleiche wie dort. Sie wirtschaften nämlich nicht, wie Sie vorgeben und wie Sie sagen, antizyklisch nach Keynes, denn Sie haben auch in guten Zeiten keine Überschüsse produziert, von denen man in schlechten Zeiten zehren könnte. *(Aufregung bei GR Dipl.-Ing. Martin Margulies.)* Und wenn Sie sagen, Sie wollen das im Jahr 2016 machen, dann sage ich Ihnen, wir verlieren drei wichtige Jahre, und im Jahr 2016 werden Sie wieder irgendeinen Grund finden, warum Sie nicht ausgeglichen bilanzieren können, und sei es der Wechselkurs beim Schweizer Franken. *(Beifall bei der ÖVP.)* Aber ohne ausgeglichenen Haushalt über den Konjunkturzyklus kann Wirtschaftspolitik nicht funktionieren. Niemand, auch kein Staat und keine Stadt, kann auf Dauer mehr ausgeben als einnehmen. Was passiert, wenn man das doch tut, sieht man am Beispiel Griechenland.

Es kommt entweder zu Blut- und Tränenbudgets mit existenziellen Einschnitten oder es folgt die Insolvenz. Für Wien ist es natürlich noch nicht zu spät. Noch könnte man mit vergleichsweise geringem Aufwand gegensteuern. Wir müssten sparen, reformieren und investieren. Das ist allerdings etwas ganz anderes, als Geld bloß auszugeben oder gar zu verschwenden. Wir brauchen eine Investitionspolitik, der es gelingt, das Wirtschaftswachstum zu steigern und die Arbeitslosenzahlen zu senken. Sie sind mit Ihrer Wirtschaftspolitik nachweislich gescheitert, denn Wien hat im Bundesländervergleich das geringste Wachstum, aber die höchste Arbeitslosigkeit. Budgetkonsolidierung heißt Sparen und Reformieren im Kleinen wie im Großen. Im Großen sind das natürlich in allererster Linie die Personalkosten für aktives und pensioniertes Personal. Notwendig wären Maßnahmen für ein gerechtes Pensionsrecht zur Gesunderhaltung der Mitarbeiter und gegen Privilegien einiger, die es sich richten. Es kostet 350 Millionen EUR, dass Sie das Pensionsrecht nicht an jenes des Bundes anpassen. Sie behandeln Ihre Mitarbeiter schlecht, wenn Wien Spitzenreiter bei den Frühpensionierungen und bei den Krankenständen ist. Diese Frühpensionierungen und Krankenstände kosten Jahr für Jahr 200 Millionen EUR. Und ich sage Ihnen, die Wiener Bediensteten gehen nicht gerne 21 Tage im Jahr in den Krankenstand und die gehen auch nicht gerne krank in Frühpension. Dennoch werden 52 Prozent aller Wiener Beamten vorzeitig in den Ruhestand versetzt, weil Ihre Politik dazu führt, dass offensichtlich Arbeiten für die Stadt Wien krank macht. Das Kontrollamt sieht es ganz genauso wie ich. Es spricht von einem großen Verbesserungspotenzial im betrieblichen Gesundheitsmanagement und von einem großen Potenzial, um Krankenstände zu reduzieren, um Bedienstete länger im aktiven Dienst zu behalten.

In diesem Zusammenhang werde ich zwei Beschlussträger einbringen, denn die Mitarbeiter müssen wirkungsvoll vor Mobbing und Bossing geschützt, aus ihrer einzigartigen Abhängigkeit befreit und in einer neuen Art und Weise besoldet werden. Vor allem aber sollten die Mitarbeiter gleich behandelt werden, unabhängig davon, welche Kontakte sie haben und welcher Partei sie angehören, denn extrem schlecht für das Betriebsklima und die Gesundheit der Mitarbeiter ist es, wenn es für einige Privilegien gibt, die andere nicht haben. Solche Privilegien gibt es zum Beispiel bei den Wiener Linien, sagt uns auch das Kontrollamt, zum Beispiel bei der Kfz-Prüfstelle. Dort gibt es zu viel Personal. Das unterbeschäftigte Personal repariert in der Dienstzeit eigene oder fremde PKWs, Kastenwagen, Wohnwagen oder Segelboote. Betriebsmittel werden zum Privatgebrauch verwendet. Ein Boot wird beispielsweise genau in jenem Rot gestrichen, in welchem die Straßenbahnen und die Autobusse fahren. 140 Privat-PKW werden unentgeltlich begutachtet, vornehmlich Oldtimer, ohne dass es irgendwelche Beanstandungen dabei gegeben hätte. Diese Kfz-Prüfstelle kostet 744 000 EUR im Jahr. Würde man die Leistungen am freien Markt zukaufen, käme man mit 350 000 EUR durch. Das Einsparungspotenzial liegt bei 400 000 EUR. Die Missstände wurden von den

Wiener Linien solange es nur irgendwie ging bestritten. Elf Begehungen des Kontrollamtes waren erforderlich, bis die Wiener Linien zumindest teilweise einlenkten. Unrechtsbewusstsein gibt es nach wie vor keines. Die Wiener Linien beharren nach wie vor darauf, dass Mitarbeiter in der Werkstatt private Fahrzeuge reparieren dürfen.

Sehr verehrte Damen und Herren, stimmt es im Kleinen nicht, dann stimmt es selbstverständlich auch im Großen nicht! Das sehen wir bei den Kostenexplosionen der Großprojekte. Die „Kronen Zeitung“ hat sich ja dankenswerterweise dieses Themas angenommen (*GR Mag Thomas Reindl. Ein objektives Blatt!*) und hat die Kosten mit 4,3 Milliarden EUR berechnet, übrigens am 3. November. Das war noch vor der Berichterstattung über die Kosten- und Skandalfälle (*GR Mag Thomas Reindl: Ein ganz objektives Blatt!*) der ÖVP-Wien. Das ist übrigens genau der Schuldenstand der Stadt Wien, der im Augenblick besteht. Ich spreche von AKH, Ronacher, Prater-Vorplatz, Happel-Stadion, U-Bahn-Bau, Zentralfeuerwache, Skylink, Stadthallenbad (*Aufregung bei GR Mag Thomas Reindl.*) und vielem anderen mehr. Herr Kollege Reindl, wissen Sie, was so auffällig ist? Dieses Drama läuft immer gleich ab: Bei jedem Bauskandal, bei jeder Kostenexplosion, bei jedem Großprojekt schlägt zuerst einmal die Opposition Alarm. Dann sagt die SPÖ, es gibt keinen Schaden. Dann schießt die Stadt Wien viel Geld nach, dann sagen Sie, Sie werden sich das Geld von den bösen Firmen zurückholen, und am Schluss bleibt die Stadt Wien auf ihren Kosten sitzen. Die Ursachen für dieses Drama sind auch immer die gleichen. Da werden die Hausaufgaben schon vor der Ausschreibung nicht gemacht. Da sind die Vorarbeiten regelmäßig unzureichend. Da sagt uns das Kontrollamt, dass man sich beim Stadthallenbad mit einer bloßen Erhebung des Ist-Zustandes begnügt und dass man mit einer bloßen Sichtkontrolle das Auslangen finden kann.

Der zweite Grund für diese Dramen liegt darin, dass es keine abschließende Projekt- und Leistungsbeschreibung gibt und der Projektumfang nicht ausreichend bestimmt ist. Beim Stadthallenbad hat man verkürzt gesagt, man kann das beim Kontrollamt nachlesen, wir wollen bitte eine Generalsanierung um 16,6 Millionen EUR, ohne genau zu wissen, was wir saniert haben wollen.

Drittens: Es gibt immer wieder die Fehler bei der Ausschreibung. Es gibt entweder gar keine oder eine mangelhafte. Das Vergabeverfahren wird unrichtig gewählt oder der Zuschlag hätte gar nicht erteilt werden dürfen. Beim Stadthallenbad sagt uns das Kontrollamt, mangels Nichterfüllung der Eignungskriterien hätte die Zuschlagserteilung an den Generalplaner gar nicht erfolgen dürfen.

Viertens: Freunderlwirtschaft. Das Kontrollamt stellt fest, dass der technische Direktor der Wiener Stadthalle und die Zuschlagsempfängerin gemeinsam in einer GmbH tätig sind. In dem Zusammenhang sprechen Sie dann gerne davon, dass die Optik vielleicht schlecht ist.

Fünftens: Wirklich schlecht sind Ihre Bauverträge. Es werden einfach keine ausreichenden Sicherheiten für den Auftraggeber vereinbart, keine Pauschalpreise,

keine Pönalezahlungen und keine Bankgarantien ...

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana** (*unterbrechend*): Sehr geehrter Herr Kollege! Ich weise Sie darauf hin, dass Ihre selbstgewählte Redezeit abgelaufen ist und ab jetzt die Redezeit eben auf Kosten Ihrer Fraktion geht!

GR Dr Wolfgang **Ulm** (*fortsetzend*): Danke schön! - Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dieser Politik sollten Sie endlich Schluss machen! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, stoppen Sie die Verschwendung der Ressourcen! Geben Sie nicht mehr aus, als Sie einnehmen und arbeiten Sie mit einem ausgeglichenen Budget! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Die Restredezeit der ÖVP beträgt 8 Minuten. Zum Wort gemeldet ist Herr Dipl.-Ing Margulies. Die Grüne Fraktion hat noch 13 Minuten Redezeit.

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Vorsitzende!

Ich hoffe doch sehr, dass nicht alles so exakt und so genau recherchiert war wie die Darstellung vom Kollegen Ulm, die Stadt Wien hätte niemals Schulden abgebaut. Ich gebe ganz ehrlich zu ... (*Aufregung bei GR Dr Wolfgang Ulm.*) In den letzten Jahren, das haben Sie wortwörtlich gesagt. Ich gebe ganz ehrlich zu, wir haben als GRÜNE oft genug dagegen gesprochen, dass die Stadt Wien in Zeiten der Überschüsse so viel Schulden abbaut. Aber die Stadt Wien hat im Jahr 2003 317 Millionen, 2004 332 Millionen, 2005 275 Millionen EUR ... (*GR Dr Wolfgang Ulm: Keine Überschüsse!*) Sie haben das Gegenteil gesagt. Sie haben gesagt, selbst vor der Krise hat die Stadt ... Lassen Sie sich das Protokoll kommen! Sie haben gesagt, selbst vor der Krise hat die Stadt Wien es nicht geschafft, Schulden abzubauen. Und das stimmt halt einfach nicht! (*GR Dr Wolfgang Ulm: Keine Überschüsse produziert!* – *GRin Ing Isabella Leeb: Keinen Überschuss!*) Na ja, was ist denn ein Überschuss, jetzt einmal ganz ehrlich, was ist ein Überschuss? Ein Überschuss ist, wenn man mehr laufende Einnahmen als laufende Ausgaben hat und mit diesen laufenden ... (*Aufregung bei GRin Ing Isabella Leeb.*) Entschuldigung, dann schauen Sie sich doch das Budget der Stadt Wien an und auch das Bundesbudget. Es steht immer auf null, weil am Ende geht es sich immer auf null aus. Da macht niemand einen Überschuss, niemand ein Defizit. Wenn man so rechnet, macht ja die Stadt Wien jetzt kein Defizit, überhaupt nicht. Wieso? Wir kriegen ja das Geld von der Bank. (*Heiterkeit bei der FPÖ.*) Oder wir einigen uns darauf, ein Überschuss ist, wenn man mehr Einnahmen hat und Kredite zurückzahlen kann. Die Stadt Wien hat Maastricht-Überschüsse in den Jahren 2003 bis 2008 gemacht, die größer sind als die Defizite 2009 bis 2011, nur um das einmal zusammenzurechnen.

Aber eigentlich ist das nicht der Punkt, auf den ich mich kaprizieren will. Mir geht es nur darum, man sollte sich schon gescheit vorbereiten. Ich werde einen Satz zum Kollegen Neuhuber sagen.

Es geht mir natürlich nicht ganz aus dem Kopf, wenn ich das Gefühl habe, wir werden nicht verstanden. Worum geht es? Beginnen wir zunächst einmal damit, wo-

rum geht es? In Wien suchen sehr viele Menschen Wohnungen und zahlen mittlerweile Unmengen dafür (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Wir brauchen mehr Wohnungen!*). Ich habe mir einfach auf „standard.at“ Immobilien aufgemacht, und habe eingegeben, Sie können das alle nachvollziehen, „Wohnungen bis 70 m²“. Aber wir können gerne, wenn Ihnen „standard.at“ nicht gefällt, andere Immobiliensuchmaschinen nehmen. Es gibt keine einzige Wohnung unter 70 m² mit einem Mietpreis unter 9 EUR inklusive Mehrwertsteuer ohne Betriebskosten! (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Wir brauchen mehr Wohnungen! – Aufregung bei GR Mag Alexander Neuhuber.*) Schauen Sie, mir geht es darum, aufzuzeigen, dass wir ein Problem haben. Es wird im Bereich der Mieten immer ein Luxussegment geben, Entschuldigung, darüber müssen wir doch nicht reden. Das hat es vor dem Kategoriemietzins, et cetera gegeben. Aber es ist unsere Aufgabe als Politik sicherzustellen, dass Wohnen leistbar bleibt. (*GRin Ing Isabella Leeb: Dann gehen Sie zu den Gemeindebauten!*) Dazu gibt es verschiedene Möglichkeiten. Eine Möglichkeit, die immer wieder erwähnt wird, auch gestern in der „Im Zentrum“-Diskussion, der ich mich anschließe, ist, die Menschen müssen endlich wieder anständig verdienen, mehr verdienen, und nicht ... (*GR Johann Herzog: Keine Nulllohnstunden!*) Auf der einen Seite regen Sie sich auf ... Noch einmal: Ich bin ein Gegner von Nulllohnstunden. Ich glaube nur, dass man das (*Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.*) sozialpartnerschaftliche Prinzip der Lohnverhandlungen nicht konterkarieren soll. In dem Moment die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten kommt und sagt, wir hätten gerne mehr Geld, keine Nulllohnstunde, laufen Sie bei uns offene Türen ein, das habe ich immer gesagt ... (*GR Johann Herzog: Ja, die Gewerkschaft ist es!*) Aber es ist ja nicht so. Sie regen sich immer auf, dass die Beamten die Privilegienritter sind. Ich sage oft genug, Beamte verdienen, insbesondere die, die wenig verdienen, tatsächlich nicht mehr als in der Privatwirtschaft und haben auch nicht weiß Gott wie viel Privilegien. Aber Sie regen sich doch immer über die Beamtenprivilegien auf! Die ÖVP und die FPÖ, plötzlich die Beschützer von allen anderen, aber bei den Beamten regen Sie sich auf, einmal hü, einmal hott, ganz egal! Das ist das, was Sie machen! (*GR Johann Herzog: Na wo denn? Ein Beispiel!*) Aber es braucht auch in der Privatwirtschaft anständige Mindestlöhne, die heutzutage zumindest bei 8 EUR in der Stunde liegen. Und davon sind wir weit entfernt! Und sie müssen höher liegen, wenn man teilzeitbeschäftigt ist, weil das, was momentan oft genug passiert ist in der Privatwirtschaft, die Umwandlung von Vollzeitstellen in Teilzeitstellen, wo die Leute dann niedriger qualifiziert sind und weniger bezahlt kriegen, et cetera.

Aber im Endeffekt, jetzt könnte man sich auch da lange aufhalten, ich frage Sie jetzt einmal ganz was anderes: Glauben Sie, dass angesichts der Wirtschaftskrise in Europa und immer neuer Horrormeldungen, egal, ob aus Griechenland, aus Spanien, jetzt wieder aus Holland, dass wir so locker aus dieser Krise rauskommen? Nein, ich wage hier eine Prognose. Am Ende der

Krise werden auch die Reichen erheblich mehr bezahlen. Und es geht jetzt darum, bezahlen sie mehr, bevor alles in Trümmern liegt, (GR Johann Herzog: *Wer ist denn reich?*) oder bezahlen sie erst dann mehr, wenn wirklich die Sozialsysteme zerstört sind, wenn die Krankensysteme zerstört sind, wenn die Pensionsversicherung zerstört ist? (GR Johann Herzog: *Wer ist reich? – Aufregung bei der ÖVP.*) Das ist die entscheidende Frage! (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.) Und jetzt geht es darum (GR Johann Herzog: *Wer sind die Reichen?*), die Reichen und Vermögenden an den Kosten, die in den letzten fünf, sechs Krisenjahren entstanden sind, zu beteiligen. Dann können wir uns gerne gemeinsam hinsetzen ... (GRin Ing Isabella Leeb: *Wer sind die Reichen? – GR Johann Herzog: Wer sind die Reichen? – Aufregung bei der FPÖ.*) Die Reichen und Vermögenden in einer Definition sind für mich die, die zum obersten Vermögensprozent gehören. Das oberste Vermögensprozent in Österreich besitzt ein Nettobarvermögen, Schulden abgezogen, von mehr als 700 000 EUR, und das sind mehr als 80 000 Menschen! Dieses Vermögen ist zutiefst ungleich verteilt. Und wenn es um Grund und Boden geht (*Aufregung bei ÖVP und FPÖ.*), und wenn es um Besitz geht, ist es noch ungleicher verteilt als das Nettobarvermögen. Wer heute an höheren Mieten partizipiert, gehört in der Regel, Ausnahmen gibt es immer, zu den obersten 5 Prozent Vermögensbesitzern, weil ansonsten hat er oder sie kein Haus, das er vermieten kann, vielleicht eine einzelne Wohnung als Vorsorgewohnung. Aber da wird mir auch der Kollege Neuhuber recht geben, bei einer einzelnen Wohnung als Vorsorgewohnung verdient man eh nichts dran (*Weitere Aufregung bei ÖVP und FPÖ.*), sondern beim Neubau. Also erstens gibt es viel geförderten Wohnbau, nichtgeförderten Wohnbau ... (*Aufregung bei GR Mag Alexander Neuhuber.*) Nein, ich gebe dir recht, dass allem voran Grund- und Bodenpreise viel zu hoch sind. Jetzt kann man wieder schreien „Kommunismus, Kommunismus, Kommunismus“. Nur, warum jemand (*Aufregung bei der ÖVP und der FPÖ.*), weil möglicherweise die U-Bahn neben sein Grundstück gelegt wurde und aus einer landwirtschaftlichen Fläche plötzlich Bauland Bauklasse III wird, Millionen daran verdienen soll und die öffentliche Hand schaut durch die Finger, das müssen Sie mir erklären! Daher geht es in Wirklichkeit darum, den Gewinn, den es aus Umwidmungen gibt, den es aus Lageverbesserung und Infrastrukturverbesserungen gibt (GR Johann Herzog: *Umwidmungen!*), in Wirklichkeit der öffentlichen Hand zu Gute kommen zu lassen. Wir können uns gemeinsam überlegen, wie wir sicherstellen, dass Grund und Boden günstiger wird. Ansonsten kann man heutzutage tatsächlich wahrscheinlich davon ausgehen, dass insbesondere alle Wohnungen, die vor mehr als 25 Jahren, oder bleiben wir bei der 32-Jahre-Grenze, problemlos einmal ins Mietrecht einbezogen werden könnten mit einer Mietzinsobergrenze und im Neubau, wo Sie selbst immer sagen, es gibt kaum einen nichtgeförderten Wohnbau - fast der gesamte Wohnbau in Wien ist gefördert -, komme ich noch einmal zurück und sage, ja, es wird die eine oder andere Wohnung im Luxussegment geben, da habe ich über-

haupt nichts dagegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich jetzt noch in aller Kürze zum Budget der Stadt Wien im Bereich Wirtschaftswachstum zurückkomme, weil meine Zeit ist gleich um ... (GR Mag Wolfgang Jung: *Die ist schon lange um!*) Nein, noch 33 Sekunden ... Kollege Jung, ich habe noch nie einen Menschen gesehen, der so was von hektisch in der Bank gesessen ist, und seiner Kollegin gedeutet hat „aufhören, aufhören, aufhören“, so als ob die Kollegin Kappel wirklich etwas ganz Böses gesagt hätte, in der Angst, sie nimmt Ihnen vielleicht eine Minute weg. Also da war es eher anders, dass Ihre Zeit wahrscheinlich abgelaufen ist. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn man sich die Wirtschaftsförderung anschaut, dann ist deutlich zu erkennen, dass die Stadt Wien, gerade was die Wirtschaftsförderung betrifft, auch kommendes Jahr wieder deutlich in die Wiener Wirtschaft investieren wird. Ich danke sehr. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Die Restredezeit der Grünen Fraktion beträgt 3 Minuten. Zum Wort gemeldet ist Herr Dr Eisenstein. Die Redezeit der FPÖ beträgt 17 Minuten.

GR Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

In aller Kürze, ich fang mit dem Harmloseren an, nämlich mit einem bestimmten ausgegliederten Bereich, den Friedhöfen. Wir erleben derzeit, dass zahlreiche Dauergräber aufgelassen werden, weil sie eben baulich und/oder gärtnerisch stark instandsetzungsbedürftig sind. Und ich denke, dass man Gräber und besonders Grüfte, die eine historische Bedeutung haben, sei es jetzt, weil sie architektonisch wichtig sind, interessant sind, sei es eine kulturösterreichische Bedeutung, weil berühmte Personen drinnen begraben liegen, erhalten sollte, und dass die Gemeinde Wien dies auch übernehmen sollte. Ich bringe daher den Beschlussantrag gemeinsam mit meinem Kollegen Rudolf Stark ein:

„Die Gemeinde Wien spricht sich für den Erhalt kulturhistorisch wertvoller Grabstätten aus und wird sämtliche Maßnahmen in diesem Zusammenhang ergreifen, die notwendig sind, die besondere Eigenart der Gräber zu erhalten beziehungsweise zu gewährleisten.“

In formeller Hinsicht ersuche ich um die sofortige Abstimmung.“ Den Antrag gebe ich dann nachher ab. (*Beifall bei der FPÖ*)

Jetzt aber zum Budget, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die Verschuldung steigt. Der offizielle Schuldenstand der Gemeinde 2013 ist 4,75 Milliarden EUR, eine Zunahme von immerhin 3,7 Milliarden EUR seit 2007. Und wenn wir noch die Schulden des KAV dazurechnen, dann haben wir seit dem Vorjahr einen Anstieg um immerhin 9 Prozent. Und das, es ist heute schon mehrfach gesagt worden, obwohl auch die Einnahmen Wiens steigen, immerhin seit 2010 um 1,2 Milliarden EUR! Es zeigt, dass der Versuch, wenn es überhaupt einer war,

die Budgetprobleme einnahmenseitig über Steuer- und Gebührenerhöhungen in den Griff zu bekommen, gescheitert ist und dass trotz dieser Erhöhungen die Verschuldung einen Rekordstand erreicht. Das ist das leider ernüchternde Ergebnis dieser rot-grünen Regierung, einerseits die Schulden in schwindelnde Höhe zu treiben und andererseits dafür in Kauf zu nehmen, das Menschen in Wien in die Armut getrieben werden. Das ist nicht die Politik der Freiheitlichen, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Eine ungeheure Belastungswelle ist über die Wienerinnen und Wiener allein im Jahr 2012 hereingebrochen. Wir haben heute schon viele Beispiele gehört. Ich werde es nicht noch einmal aufführen, aber einige zusätzliche vielleicht. Ich werde nicht noch einmal die Hundeabgabe mit den sagenhaften 65 Prozent und die Wassergebühr nennen. - Jetzt habe ich es aber doch getan. Gut, ich nenne nur zusätzlich noch: Auch der Kulturförderungsbeitrag ist gestiegen. Im Oktober 2012 ist die Fernwärme wieder erhöht worden, die Ambulatoriums- und Spitalskostenbeiträge, Rettungs- und Pflegegebühren und vieles andere, ja sogar die Elternbeiträge sind erhöht worden. Dort nämlich, wo die Kinder an Ferien- oder Erholungsaktionen teilnehmen um 100 Prozent! Das ist wohl keine Kleinigkeit und ich gehe davon aus, dass sich 2013 dieser Trend deutlich fortsetzen wird. Wir haben ja schließlich das Valorisierungsgesetz. Es sei denn, Sie nehmen heute den Antrag zur Abschaffung dieses Gesetzes an. Und wir gehen einmal davon aus, soweit wir bis jetzt wissen, dass die Ortstaxe um 14 Prozent erhöht werden wird und ganz sicher auch die Gebrauchsabgabe für die Schanigärten.

Einige Details zum Budget:

Erstens: Die Gemeinde Wien hält unglücklicherweise an der völlig unsozialen Vorgangsweise fest, Überschüsse aus Müll- und Wassergebühren, Steuern eigentlich, auf das allgemeine Budget umzulegen und zusätzlich einzuheben, Müll 2013 immerhin 48,3 Millionen EUR. Entschuldigen Sie, so weit sind wir noch nicht. Wasser 2013 85,8 Millionen EUR, eine Steuer, die keine Grundlage hat, eine Steuer, für die keine entsprechende Leistung erbracht wird, wo ein Kostendeckungsgrad von weit über 100 Prozent erreicht wird, die ungerecht und unsozial ist.

Zweitens: Kürzungen, die erfolgen, erfolgen unter anderem auf Kosten der Gesundheit. Das Defizit des KAV explodiert, das wissen wir alle. Und die Frau Stadträtin hat hier angekündigt, 500 Millionen EUR im Gesundheitsbereich einsparen zu wollen. Das wird bedeuten Abbau von Dienststellen und eine Verschlechterung der Wiener Gesundheitsversorgung. Dafür aber wird die Zahl der Magistratsbediensteten zunehmen. Und das ist bitte nicht nur in den Kindergärten. Dorthin verschwindet ein kleiner Bruchteil davon. Aber die Zahl der allgemeinen Magistratsbediensteten wird zunehmen. Dafür explodiert auch die Mindestsicherung. Die allgemeine Sozialhilfe wird gegenüber heuer um 23 Prozent steigen. Dafür steigen die Ausgaben des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien um immerhin 1 Million EUR. Aber wenn offensichtlich wenig Ergebnisse vorliegen, die

vorzeigbar sind, dann braucht man halt doch etwas mehr Eigenwerbung, denke ich mir.

Ich gebe zu, und da hat die Frau Stadträtin vollkommen recht, dass auch die kommunalen Investitionen steigen, das stimmt. Aber sie hinken immer noch weit hinter dem Budget von 2010 zurück. Also so eine exorbitante Steigerung ist es auch wieder nicht. Und dabei haben wir noch gar nicht die Wiener Stadtwerke berücksichtigt, wo man schon den Eindruck hat, dass es hier zu einem Problemfall kommen wird: 2011 noch Überschuss, 2012 bereits ein Minus von 930 Millionen EUR. Wenn das so weitergeht, werden Investitionen durch die Stadtwerke in weiterer Zukunft auch kaum mehr getätigt werden können. Ich weiß, dass dieses Minus im Jahr 2012 durch eine Unterdotierung der Pensionen notwendig war. Mir ist aber auch klar, dass es sich auch um Abschreibungen nach Fehlinvestitionen im Ausland gehandelt hat und ich denke mir, vielleicht hätte man in Polen doch das eine oder andere Geschäft nicht machen sollen.

Die Frau Finanzstadträtin hat in einem Interview, das in einer österreichischen Tageszeitung am 27.10. dieses Jahres abgedruckt wurde, gesagt: „Wir senken seit zwei Jahren genau nach Plan.“ Gemeint sind nämlich die Schulden. Im nennenswerten Ausmaß habe ich nicht den Eindruck, dass das erfolgt. Und bitte, sehr geehrte Frau Stadträtin, nach welchem Plan? Wann immer wir nachgefragt haben, wie Sie gedenken, das Budget oder das Minus, das Defizit in den Griff zu bekommen, haben wir keine exakten Zahlen, keine exakten Budgetposten, keine exakten Zeiträume genannt bekommen. Die Frau Stadträtin sagt, der Rückfluss, vereinfacht ausgedrückt nämlich mehr Geld einnehmen, als ausgeben, erfolgt durch mehr Steuereinnahmen. Das wird nicht gehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn die Belastungen immer weiter steigen und die Bevölkerung immer weiter in die Armut getrieben wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und die Frau Stadträtin sagt auch, und das ist heute schon mehrfach angeklungen und auch der Kollege Strobl hat es gesagt: Das Ziel wird sein, 2016 einmal ein ausgeglichenes Budget und dann Schuldenabbau. Ich glaube, dieses ausgeglichene Budget erst dann, wenn ich es sehe. Und wenn wir dann erst 2016 beginnen, Schulden abzubauen, dann rückt das immer noch in weitere Ferne.

Die Freiheitliche Partei hat eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet. Es sind heute auch schon einige für eine vernünftige, praktikable und zielführende Budgetpolitik genannt worden und die werde ich auch nicht wiederholen. Vielleicht sollten Sie ganz einfach einmal anfangen damit. Ganz wichtig wäre ein Finanzplan zur Budgetsanierung, der letzte ist ja vor 15 Jahren veröffentlicht worden. Ein Finanzplan, der einerseits den Handlungsbedarf aufzeigt und andererseits ein Maßnahmenkatalog, mit dem Sie beabsichtigen, die Finanzierungslücke zu schließen, über den man auch hier im Gemeinderat diskutieren kann und wo auch die Opposition die Möglichkeit hat, eigene Vorstellungen und Vorschläge einzubringen. Das alles gibt es bisher nicht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich komme zum Schluss. Das Budget läuft ganz offensichtlich vollkommen aus dem Ruder. Die verzweifelten Versuche, wenn es überhaupt welche sind, die Schulden einzudämmen, führen zu deutlichen Verschlechterungen für die Bevölkerung, ohne dass man das Budget auch nur irgendwie in den Griff bekommt. Eine echte Sanierung wird so natürlich auf keinen Fall erreicht werden. Eine Zustimmung unsererseits zu diesem Budget wäre unverantwortlich und ich traue mich auch zu sagen, sie wäre sogar fahrlässig. Daher werden wir dieses Budget ablehnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Danke schön. Die Restredezeit der FPÖ beträgt 8 Minuten. Zum Wort gemeldet ist Frau Dr. Vitouch. Die Redezeit der SPÖ beträgt 23 Minuten.

GRin Prof. Dr. Elisabeth **Vitouch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Danke, Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich finde es originell, wenn die Totengräber der EU sich als Erstes um die Grabpflege sorgen machen. *(GR Mag. Wolfgang Jung: Wir wollen sie in gutem Gedenken erhalten!)* Aber davon wollte ich jetzt im Zusammenhang mit Europa gar nicht reden. „Entweder geht das Europa der Nationalstaaten unter oder es geht das Projekt der Überwindung der Nationalstaaten unter. So oder so, die EU ist unser Untergang.“ Robert Menasse's großartiges Plädoyer für die Union und ihre Bürger – Titel: „Der europäische Landbote, die Wut der Bürger und der Friede Europas oder warum die geschenkte Demokratie einer erkämpften weichen muss.“ – revidiert auf geradezu geniale Weise alle Vorurteile, die der EU gemeinhin entgegengebracht werden. Kaum eines der verbreiteten Klischees vom verknöcherten Eurokraten trifft zu. Offene Türen, kompetente Information, eine schlanke Bürokratie, hochqualifizierte Beamte und funktionale Hierarchien trifft der ehemalige EU-Gegner Menasse in Brüssel an. Und er geißelt den Europäischen Rat und seine nationalen Minister, die die Idee eines gemeinsamen Europas kurzfristigen und populistischen Winkelzügen unterordnen, vorgebliche nationale Interessen rücksichtslos und auf Kosten Europas durchzusetzen versuchen und damit in immer größerem Widerspruch zu den Interessen der Bürger und Bürgerinnen geraten. Das nämlich ist die Krise, die wir derzeit erleben, und das ist tatsächlich eine Krise der Demokratie.

Laut Menasse wird sich in absehbarer Zeit entscheiden, ob das System der Nationalstaaten oder das System der Überwindung der Nationalstaaten untergeht. „So oder so leben wir“, laut Menasse, „quasi am Vorabend eines Untergangs.“ *(GR Armin Blind: Wir haben eh Menasse! Wozu brauchen wir dann noch die SPÖ?)*

„Wir halten eine Welt und ein System aufrecht, von dem wir nicht wissen, ja, manche sich nicht einmal vorstellen können, dass es am nächsten Tag vielleicht gar nicht mehr existieren könnte.“ Dieser furiose, dem Geist Georg Büchners verpflichtete Essay, fordert nichts weniger als die Erfindung einer neuen, einer nachnationalen Demokratie.

In dieselbe Kerbe schlägt auch Daniel Cohn-Bendit. Er sagt: „Jedes Land hat eine Marotte. Das gemeinsame Europa kann nicht die Summe aller nationalen Interessen sein. Es kann nur die Überwindung dieser Interessen bedeuten.“ Er sieht sowohl den gemeinsamen Haushaltsrahmen für die Jahre 2014 bis 2020, als auch das Krisenmanagement durch überbordende nationale Interventionen gefährdet. Damit ist er auch nicht der Einzige im Europaparlament.

Die Parlamentarier der größten Fraktionen drängen auf ausreichende Ausgaben für gemeinsame Bildungsprogramme, für Forschung und Entwicklung, für weitere Wachstumsimpulse. Und die Regierungen, die sich mehrheitlich im Fiskalpakt zu einem eisernen Sparkurs verpflichtet haben, wollen den Gemeinschaftshaushalt so klein wie möglich halten.

„Kommt es zu keiner raschen Einigung zwischen Rat und Europäischem Parlament, müssen Programme wie Erasmus zurückgefahren werden“, sagt Othmar Karas, „denn die EU lässt 94 Prozent der Mitgliedsbeiträge ja wieder an die Mitgliedsstaaten zurückfließen – nur ein kleiner Rest geht für Verwaltung und Übersetzungskosten auf. Das für wichtige Entscheidungen Einstimmigkeit unter den 27 Regierungen herrschen muss, gefährden die überbordenden nationalen Interessen jede vernünftige EU-Politik.“ *(GR Mag. Dietbert Kowarik: Wir kennen die vernünftige EU-Politik! Wir sehen sie zur Zeit!)* Die Euroländer haben dem Europäischen Parlament ja auch bei den neuen Rettungskonstruktionen keine Mitsprache oder Kontrollmöglichkeit eingeräumt – der Vertrag bildet für solche Extremsituationen keine ausreichende Basis.“

Hannes Swoboda sagt: „Jede Regierung schaut nur noch darauf, was sie selbst herausbekommt. Keine schaut darauf, was dem gemeinsamen Europa am besten hilft.“ *(GR Mag. Johann Gudenus, MAIS: Deswegen zahlen wir jetzt mehr!)*

Wie kommt es jetzt eigentlich, dass bei der Debatte um die Bewältigung dieser Krise eine Bevölkerungsgruppe regelmäßig verschont wird? Die Vermögenden nämlich. *(GR Mag. Dietbert Kowarik: Die EU-Beamten zum Beispiel! Acht Prozent Erhöhung!)* Während in den meisten EU-Ländern ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen mit schweren Einschnitten und überproportionalen Belastungen für das Spekulationsdesaster der Banken zahlen müssen, lassen die Reichen und Superreichen weiterhin „ihr Geld arbeiten“ und man wird noch bestraft, wenn man die Lagarde-Liste der griechischen Steuerflüchtlinge veröffentlichen möchte! *(GR Mag. Wolfgang Jung: Wer stimmt denn dauernd zu? Haben Sie im Nationalrat dagegen gestimmt? Sie haben es ermöglicht!)* Der Generalstreik in Spanien und Portugal und die zahlreichen Solidaritätsstreiks am 14. November haben gezeigt, dass es den Menschen in Europa reicht. Die blinde Sparpolitik auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung hat dramatische Auswirkungen auf das Leben vieler und bedeutet massive Eingriffe in unser Sozialsystem. Die EU-Rechtsvorschläge zur öffentlichen Beschaffung und zu den sogenannten Dienstleistungskonzessionen nehmen ebenfalls keine Rücksicht auf die Beschäftigungsbedingungen ... Hier auf bewährte, zum Teil Wiener, Lösun-

gen hinzuweisen und gegebenenfalls gemeinsam gegen geplante Maßnahmen in Richtung Liberalisierungspolitik, Stichwort „Binnenmarktakte“, aufzutreten, ist die Aufgabe der Städte und Gemeinden: „Vienna could solve the problems of the world.“, wie es Frau VBgmin Brauner zitiert hat. Der öffentliche Diskurs zwischen Politik, Medien, Wirtschaft, Wissenschaft und den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren muss verstärkt, ein „Mehr an Europa“ erklärt, argumentiert und stärker legitimiert werden. Diesem Thema hat sich übrigens das bereits von Monika Vana erwähnte Fachseminar unseres Gemeinderatsausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten am vergangenen Freitag gewidmet. Unter dem Titel „Ein Europa der BürgerInnen“ haben die Professorin für Wirtschaftspolitik an der FH Kärnten, Politik- und Rechtswissenschaftlerin MMag Dr Kathrin Stainer-Hämmerle, Frau Dipl.-Ing Dr Kerstin Arbter, eine Prozessplanerin in Sachen Partizipation, und Frau Dr Gabriele Zimmermann von der MA 18 - Stabstelle öffentlicher Raum, soziale Prozesse und Maßnahmenentwicklungen, zu diesen Fragen diskutiert und referiert. Da möchte ich mich ganz besonders herzlich bei den Organisatoren der MA 27, die auch unseren Ausschuss betreut, bedanken, vor allem bei Martin Pospischill, Andrea Van Oers und Reinhard Troper. Vor den Vorhang, kann man hier nur sagen! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Soweit mein Befund zur momentanen Lage der EU-Staaten, die den Spagat zwischen Politikern und Bevölkerung schaffen müssen, und dabei mit den verschiedenen Ebenen der repräsentativen, partizipativen und direkten Demokratie konfrontiert sind. Neue Partizipationsmöglichkeiten, wie sie zum Beispiel die Smart Cities, mit modernsten Technologien und mehr Vernetzung, mit rascherer und besserer Information und effektiveren Abläufen bieten, entstehen nicht zufällig, sondern müssen diskutiert und geplant werden.

MMag Agnes Streissler, frühere Geschäftsführerin des Zentrums für Innovation und Technologie der Stadt Wien - ZIT, Ökonomin mit Projektmanagementenerfahrung, hat dazu einige Zukunftsentwicklungen skizziert, die auf die gesellschaftliche Diskussion rund um Piraten, Anonymous, WikiLeaks einerseits und die immer stärker von privaten Kommerzinteressen beeinflussten neuen und alten Medien eingehen. Sie erkennt an Trends zum Beispiel, dass die Budgetverteilungskämpfe immer stärker, die Public Private Partnerships zunehmen werden, dass die Einkommensentwicklungen der kommenden Jahre eine abnehmende finanzielle Leistungsfähigkeit vermuten lassen, die Bildungsdivergenzen größer werden. Klimawandel und Energiewende werden konkreter, Energie damit ein teureres und gleichzeitig unsicheres Gut. Geopolitische Risiken der Online-Kriminalität und des Cyber-Terrorismus zählt sie auf, aber auch, dass die BürgerInnen zunehmend sensibler hinsichtlich des Datenschutzes werden, und dass Entschleunigung und Minimalismus den ungebremsen Fortschrittsgedanken bremsen. (*GR Mag Dietbert Kowarik: Beziehungsweise auch die Vorratsdatenspeicherung!*) Zunehmende Beschleunigung im Alltag und der Arbeitswelt sowie die dauernde Informationsüberflutung führen zu einer sozio-

kulturellen Gegenbewegung: Slow Motion und Grätzelgeist anstelle von Netzeffizienz.

Ich denke, dass die Smart Cities auch in diese Richtung unterwegs sind. Es stellen sich da aber noch sehr viele Fragen. Zum Beispiel: Wie viel freie Wahl lässt eine Smart City zu? (*StR Mag Manfred Juraczka: Wahlfreiheit ist nie hinderlich!*) Oder: Wie sehr ist sie Big Brother?

Das Wiener Budget für 2013 sieht daher im Sinne der Smart Cities Investitionen in Zukunftsbereiche wie Bildung, Kinderbetreuung, Gesundheit und Soziales, Wohnbau und Infrastruktur vor. Gleichzeitig werden Reformen quer durch alle Ressorts, Effizienzsteigerungen, Kosteneinsparungen, neue Finanzierungswege in Richtung Ende der Neuverschuldung 2016 vorangetrieben. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Partnerregionen und Städten in der Vierländerregion Centrope wird nach dem erfolgreichen Abschluss des Projekts Centrope Capacity weitergeführt, unter anderem auch mit dem Tourismusportal „www.tourcentrope.eu“. Nachhaltigkeit, Lebensqualität und Infrastruktur haben zu unserer Bestnote in der UN-Studie „State of the World Cities 2012/13“ beigetragen. Wien hat, wie es die Frau Vizebürgermeisterin erwähnt hat, als erfolgreichste und florierendste Stadt der Welt damit wieder die Pole Position unter 70 Metropolen weltweit errungen, neben ersten Plätzen beim Wohlstand und bei der Zukunftsfähigkeit vor allem mit einem Höchstwert bei der sozialen Gerechtigkeit. Wie heißt's so schön? „Wien, ein guter Platz zum Leben.“

Nicht zuletzt verdanken wir diese Auszeichnung den Frauen. Das sage ich extra heute, weil Weltmännertag ist. „Gender Mainstreaming wirkt!“, war das Motto einer Tagung der Stadt Wien in Kooperation mit dem FH Campus Wien, die die erfolgreiche Umsetzung an vielfältigen Beispielen zeigte, wie zum Beispiel der Parkgestaltung, dem sozialen Wohnbau und der geschlechtsspezifischen Pädagogik als Standard in den Wiener Kindergärten. Die aktuellen gesellschaftspolitischen und ökonomischen Entwicklungen stellen neue Herausforderungen für die unterschiedlichen Gleichstellungsstrategien dar, aber wir freuen uns, dass Viviane Reding eine Frauenquote für die 5 000 Börsenunternehmen Europas gefordert hat. Ab 2020 sollen 2 von 5 Aufsichtsratsposten mit Frauen besetzt werden.

Und was die Austeritätspolitik der EU betrifft, so fällt mir dazu nur das Wiener Sprichwort ein: „Zu Tod' g'fürcht' is a g'sturm.“ Und zu Tode gespart ist auch pleitegegangen! - Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Mag Dietbert Kowarik: Das sagen Sie dann den Bürgerinnen und Bürgern!*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Feldmann. Die Restredezeit beträgt 8 Minuten.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Ich möchte die heutige Gelegenheit der Budgetdebatte nutzen, um ein paar Anmerkungen über den Europaausschuss zu machen. Wir freuen uns sehr, dass mit Beginn dieser Periode die Europakommission in einen

Europaausschuss umgewandelt wurde, wie wir schon relativ lange angemerkt haben. Wir stellen uns auch zu hundert Prozent hinter das Engagement der Stadt Wien im europäischen Kontext. Ich weiß, dass die Stadt Wien sehr engagiert ist in der Donauraumstrategie, zum Beispiel im Aufbau von „capacity building“, funktionierender Administration.

Was aber den Europaausschuss im Konkreten betrifft, will ich anmerken, dass es noch eine Menge Entwicklungspotenzial gibt. Es wäre sicherlich ein Mehrwert, wenn es einen Gesamtbericht aller EU-geförderten Projekte in Wien gäbe, sodass wir im Europaausschuss darüber diskutieren und auch darüber abstimmen können. Es fehlt ein nachhaltiger Überblick über die Aktivitäten der Stadt. Das heißt, es gibt eine Vielzahl von Fördertöpfen - ich will sie jetzt nicht alle aufzählen -, zum Beispiel Fonds für Regionalentwicklung, Europäischer Sozialfonds, Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit et cetera, die in Wien von der MA 27 verwaltet werden. Aber wir haben kein umfassendes Bild über die jeweilige Förderung, sodass wir eine Gesamtschau bekommen, die derzeit nicht gegeben ist.

Wir sind uns dessen bewusst, dass wir mit der Schaffung dieses Ausschusses viel erreicht haben. Ich glaube jedoch, dass es unumgänglich ist, Europa nicht länger im Fokus einer rein juristischen Prüfung von Subsidiaritätsverstößen zu diskutieren, sondern im Kontext von Projekten, die den Menschen und der Wirtschaft dieser Stadt einen direkten Mehrwert bringen. Ich bin auch davon überzeugt, dass die Menschen dieser Stadt ein Bedürfnis haben zu wissen, welche EU-Gelder für welche Projekte aufgewendet werden.

Der Ausschuss wäre weiters das richtige Forum, über einen EU-Projekt- und -Förderbericht für Wien zu diskutieren. Wir sollten das Engagement der EU in Wien sichtbar und transparent machen, weil die Bürger der Stadt haben es letztendlich auch verdient zu wissen, was mit dem Geld, das sie indirekt in Richtung EU zahlen, passiert und in welcher Form es zurückkommt. Wir hätten die Möglichkeit, im Ausschuss, und das sollte uns auch ein Thema sein, bezüglich der Projektauszeichnung, also mittels Logo, weiter fortzuschreiten, sodass alle EU-geförderten Projekte klar gekennzeichnet sind, und zwar einheitlich klar gekennzeichnet sind.

Als weitere Anregung könnten wir die Technologien, die in Wien vorhanden sind, nehmen wir zum Beispiel die Müllverbrennung, in den EU-Raum weiterbringen und gewinnbringend vermarkten, sodass das ein Vorschlag wäre, statt nur von den Reichen etwas zu holen, man vielleicht mit vorhandenen Technologien Geld erwirtschaften kann, um dieses dann ins Budget einfließen zu lassen.

Und ein ganz guter Ansatz, wenn man die Wien-Wochen bedenkt, wo Schüler nach Wien gebracht werden, wäre zum Beispiel, Brüssel-Wochen für die Wiener Schüler zu machen, sodass Wiener Schüler auch die EU besser kennen lernen. Jeder Schüler sollte einmal in Brüssel gewesen sein und die Arbeitsbedingungen und die Thematiken dort kennen lernen. Das könnten wir uns zum Beispiel als ein Projekt im Ausschuss vornehmen.

Ich freue mich, dass wir in Zukunft hoffentlich die großen Themen der EU im Ausschuss besprechen, Menschenrechte oder Wirtschaftsentwicklung, Finanzpolitik oder andere europäische Schwerpunktthemen, und bin sehr erfreut, dass wir hier öfters einen Ausschuss haben werden, denn ich glaube, dass das eine Investition in die Zukunft ist und wir sehr gut angeraten sind, dass das hier stattfindet. - Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Jung. Die Restredezeit beträgt 8 Minuten.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Restredezeit, man sieht also, wie viel Zeit der EU hier eingeräumt wird (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Von eurer Fraktion ist das so gewollt!*), aber wir werden am Donnerstag noch Zeit haben, ausführlich über die Thematik zu reden und uns darüber zu unterhalten.

Frau Kollegin Vana hat vorhin das eine oder andere gesagt, dem man durchaus zustimmen kann. Ein bisschen anders war dann die Fortsetzung der Vorsitzenden des Ausschusses. Es war auch so schnell und so viel, dass man das gar nicht alles mithören konnte, was Herr Menasse uns da zu sagen hatte.

Ich werde mich daher jetzt darauf beschränken, in erster Linie auf den Ausschuss und seine Arbeit einzugehen und das andere eben ein andermal zu erledigen.

Der Ausschuss hat an sich einen guten Hintergedanken gehabt. Es wurde nach der letzten Wahl ein Wunsch, den die Opposition, in dem Fall Grün und wir, schon lange verfochten haben, erfüllt, indem aus der Kommission ein Europaausschuss gebildet wurde mit dem Hinweis darauf, dass hier Europathemen, vor allem über den Bereich der Regionen, zunehmend Bedeutung für die Stadt gewinnen. Es hat auch gut begonnen. Der Herr Bürgermeister war da. Die Frau Stadträtin war da. Wir durften in den Roten Salon. Man hat uns alles Mögliche versprochen, was hier kommen wird.

Die Praxis hat dann etwas anders ausgesehen, denn schon die Einmahnung des ersten Versprechens, nämlich des Redens für Europaabgeordnete, hat uns in etwa ein Jahr lang Kampf gekostet, bis es dann mit viel Mühe und Not umgesetzt wurde. Darauf werde ich aber jetzt noch einmal kurz eingehen.

Dann wurde, vor allem im letzten Jahr, die Anwesenheit der Oberen und deren Interesse mit dem Zunehmen der Wichtigkeit der Europathemen umgekehrt proportional immer geringer. Man wollte und will zur Zeit in Wien und auch auf der Bundesebene nicht gern etwas über Europa hören, weil von da nur schlechte Nachrichten kommen. Die Folge war, in den ersten drei Sitzungen des Jahres hatten wir noch ein bisschen Substanz bei den Themen in den Ausschüssen. Die beiden letzten Ausschüsse sind interessanterweise in Aufeinanderfolge von drei Wochen erfolgt, weniger, habe ich den Verdacht, wegen der Dringlichkeit der Themen sondern vielmehr, damit man die nötige Anzahl an Ausschüssen zusammenbringt, um nicht das Gesicht zu verlieren. In diesen gab es jeweils heiße zwei Punkte, die angesprochen wurden. Man hat uns jeweils Berichte vorgelegt, auf

die ich auch noch eingehen werde.

Wie gesagt, der erste dieser beiden Ausschüsse, am 10.10., ganze zwei Tagesordnungspunkte. Davon war einer eine ganz akzeptable Information zu Centrope.

Der zweite war - man höre und staune, wahrscheinlich hat man nichts anderes mehr gefunden - ein SeniorInnenbericht im Europaausschuss. Der SeniorInnenbericht der Stadt Wien hat insgesamt zweieinhalb Seiten umfasst und brachte so bemerkenswerte Erkenntnisse wie: „Altern wird derzeit sowohl von Einzelnen als auch von der Gesellschaft als Bedrohung anstatt als Verdienst aufgefasst.“ Wir haben dazu gesagt, Altern ist für uns weder Bedrohung noch ein Verdienst. Aber so weise Sätze sind da eben darin. Oder es wurde als Beispiel das Kochbuch „Alt kocht mit Jung“ angepriesen. Ich hab nichts dagegen, wenn mit mir gekocht wird, ich koche selber gerne, aber das, bitte, als Bericht in den Europaausschuss hineinzugeben, ist, sagen wir es einmal freundlich, eine Zumutung.

Am 3.10. das Gleiche wieder. Überraschend schnell, drei Wochen später, schon wieder, wie gesagt, ein Ausschuss. Wiederum zwei Tagesordnungspunkte. Der eine, „Die Funktionsweise von Eurocities“, drei Seiten, lassen wir ihn durchgehen. Der zweite war ein Bericht „Vienna Service Office“, vier Seiten Vorblatt, drei Seiten Bericht. Nun scheint der Frau Vorsitzenden oder der Führung dieses Ausschusses diese Geschichte denn doch etwas zu mager gewesen zu sein, denn als wir dann ins Ausschusslokal hineinkamen, war der Bericht auf einmal um einiges dicker, lag ausgedruckt auf unserem Schreibtisch, also auf unserem Arbeitsplatz und wir sollten ihn sofort wohlwollend zur Kenntnis nehmen. Das ist eine seltsame Vorstellung von der Vorgangsweise eines Ausschusses, Frau Vorsitzende, und vom Funktionieren von Demokratie.

Wir haben diesen „Wien in Europa - Europa in Wien“-Bericht herausgebracht, in dem sich alle Parteien, die SPÖ natürlich entsprechend stärker, mit drei zu eins im Vergleich zu den anderen, im Vorwort zu Wort melden durften. Ich hab dort ausdrücklich geschrieben, und das war auch so im Klima: „Die bisherigen Beschlüsse des Ausschusses wurden häufiger als sonst in der Stadtpolitik gemeinsam gefasst, was für ein geschlossenes Auftreten nach außen sicher von Vorteil ist. Bei entsprechender rechtzeitiger Information und Miteinbindung sind wir Freiheitlichen deshalb auch künftig zur Kooperation im Interesse Wiens bereit.“

Das, Frau Vorsitzende, war keine rechtzeitige Information. Und das ist kein Einzelfall. Das muss ich hier auch einmal ausdrücklich anführen.

Es wurde sowohl von meiner Vorrednerin, als auch von der Kollegin Vana dieses EBI-Bürgerbeteiligungsseminar aus der Vorwoche angesprochen. In dem gleichen letzten Ausschuss, von dem ich vorhin geredet habe, haben wir als Mitglieder des Ausschusses im Nachhinein erfahren, dass wir der Einberufung dieses Seminars zugestimmt hätten. Im Nachhinein! Ist das, frage ich Sie, das, was Sie unter rechtzeitiger Information verstehen? Ist es das, was Sie unter Einbindung in einen Ausschuss verstehen? Das ist es nicht!

Sie können alles abstimmen, sie haben ja die Mehrheit. Aber dann stimmen sie wenigstens ab. Aber hier wird nicht mehr abgestimmt. Hier wird diktiert! Hier wird verordnet! Sie gehen genauso wie die EU-Kommission vor, und dort wundert man sich, dass die Bürger nicht mehr mitmachen wollen und sagen, das geht zu weit, was ihnen verordnet wird. Wir sagen auch, bei den Methoden machen wir nicht mehr mit, das geht zu weit!

Diese Veranstaltung wurde natürlich von Ihnen ohne unser Zutun, unsere Mitwirkung ausgeschrieben. Entsprechend waren die Vortragenden ausgewählt. Das ist natürlich auch keine Frage. Sie hätten das alles tun können, aber dann hätten sie es als Parteiveranstaltung abführen müssen, nicht auf Kosten der Stadt Wien, Frau Vorsitzende! Das ist, glaube ich, für jeden, der nicht die parteipolitische Brille allein aufgesetzt hat, selbstverständlich, dass man so mit gewählten Mandataren nicht umgehen kann und dass das kein Demokratieverständnis ist!

Dabei gäbe es genügend Themen, die einzubringen wären, Themen zur Stadtaußenpolitik, Berichte über den Ausschuss der Regionen, die letzte Centrope-Veranstaltung im Burgenland, bei der übrigens die SPÖ interessanterweise gar nicht vertreten war, oder das Thema, das wir schon lange angesprochen haben und das uns in nächster Zeit noch sehr beschäftigen wird, nämlich das Thema Wasser. Wir haben es zwei Mal urgirt. Wir wurden jedes Mal vertröstet. Als ich jetzt in Brüssel war, habe ich erfahren, am 14.10. gab es dazu einen großen Bericht. Jetzt dürfte er schon im Internet sein. Wir werden uns diesen genau anschauen. Wir wollten wissen, was die Stadt Wien unternimmt, um hier unsere Interessen zu vertreten. Der Bericht ist jetzt da. Wir durften es vorher nicht erfahren. Das ist nicht die Zusammenarbeit, unter deren Voraussetzungen wir bereit sind, Frau Vorsitzende, in der Sache mitzumachen. Eine EU-Diskussion will man zur Zeit aber, wie gesagt, ohnehin nicht. Sie werden uns dabei aber nicht ganz entkommen. Das kann ich Ihnen schon jetzt sagen.

Nur noch, weil die Zeit drängt, zwei Worte zu diesem Seminar. Frau Stainer-Hämmerle ist angesprochen und gelobt worden. Aber Frau Stainer-Hämmerle war, und auch das gehört dazu, zum Beispiel gegenüber der EBI, der sie nicht viel zugetraut hat, durchaus kritisch. Dies kann ich nur unterschreiben.

Zum Letzten dann: Frau Kollegin Vana hat ein paar Mal das Wort nachhaltig angesprochen. Das Einzige, was in dieser EU nachhaltig ist, meine Damen und Herren, ist das Schuldenwachstum. Darüber werden wir uns noch ganz ausführlich am Donnerstag unterhalten können. - Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb.)*

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Ich erteile Frau VBgmin Renate Brauner das Schlusswort.

VBgmin Mag. Renate **Brauner**: Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen und Kolleginnen!

Die Diskussion über das Budget, und ich glaube, zumindest ein anderer Redner hat es auch erwähnt - viel-

leicht ist es mehreren so wie mir gegangen -, hat auch beim Herrn Stadtrat leider so begonnen, dass ich mir gedacht habe, über welches Budget wird hier eigentlich diskutiert? Wenn Sie vorgeworfen haben, ein antizyklisches Budget würde bedeuten, dass man über den Zyklus hinweg ausgeglichen agiert und es das Ziel sein muss, wieder eine schwarze Null zu schreiben, dann frage ich mich: Haben Sie mir nicht zugehört oder habe ich mich so schlecht ausgedrückt? Das würde mir sehr leid tun, weil ich dachte eigentlich, dass ich ziemlich klar und deutlich war, und werde es deswegen hier noch einmal wiederholen, weil jetzt einige Male, es war ein bisschen wie ein Déjà-vu, haben Leute gesagt, man muss doch unbedingt darauf schauen, dass man die schwarze Null erreicht.

Das ist genau das, was ich vorgelegt habe. Ich habe ganz klar gesagt, wir haben ein Konzept, jetzt, wo wir noch in der Krise sind, und das kann doch bitte wohl niemand von Ihnen ernsthaft bestreiten, dass die Auswirkungen dieser größten Weltwirtschaftskrise, die unsere Generation je erleben musste, noch spürbar sind und dass wir natürlich jetzt noch investieren müssen, deswegen ein Reform- und Wachstumsbudget, und dass natürlich unser Ziel ist, die schwarze Null zu erreichen. Ich habe genau gesagt, in welchem Jahr. Ich habe auch erwähnt, dass wir einen Stabilitätspakt haben, der das ganz genau vorschreibt, in dem auch die Zahlen genau stehen, weil auch der Vorwurf gekommen ist, es gäbe keine Pläne, es würde nicht gesagt, wann, wie, wo, was hier in den nächsten Jahren passieren würde. Es gibt diesen Stabilitätspakt. Ich habe auch, wenn ich mich erinnere, gleich zu Beginn meiner Rede gesagt, dass wir mit diesem Budget, das wir vorlegen, den Stabilitätspakt so wie bisher erfüllen werden.

Man kann über alles diskutieren. Dass wir unterschiedlicher Meinung sind, ist kein Wunder. Sonst würden wir da nicht in unterschiedlichen Ecken dieses Hauses sitzen. Aber ich würde doch meinen, dass man bei so einer wichtigen Diskussion wie der Budgetdebatte zumindest versucht, eine gemeinsame Ebene des Gesprächs zu finden und sich auch mit Zahlen und Fakten befasst, die so offensichtlich auf dem Tisch liegen. Es tut mir leid, ich kann jetzt nicht alle Zahlen richtigstellen. Einige Zwischenredner haben es eh schon zwischen durch gemacht. Bei einigen werde ich mich jetzt noch bemühen. Aber alle Zahlen, die hier genannt worden sind, kann ich gar nicht zurechtrücken und richtigstellen, weil das einfach die Zeit, die ich hier habe, überschreiten würde.

Genauso sollten Sie alle eigentlich wissen, und deswegen, obwohl es mehrere Redner erwähnt haben, sage ich es jetzt nur ein Mal: Wenn hier gesagt wird, es hat doch eine so hohe, eine so starke Erhöhung gegeben, stimmen die Zahlen im Übrigen so etwas von überhaupt nicht, was da angeblich an monatlichen Belastungen oder jährlichen Belastungen auf die Wiener und Wienerinnen durch die Valorisierung der Gebühren zukommt. Aber Tatsache ist, und das wissen Sie alle ganz genau, dass sowohl die Gebühren, als auch das, was die Menschen für die Parkraumbewirtschaftung zu zahlen haben,

ganz klar zweckgebunden sind. Es werden alle Gebühren für das verwendet, wofür sie eingenommen werden. Die Infrastruktur in dieser Stadt ist unglaublich wichtig. Sie am Laufen zu halten, ist nicht nur für die Lebensqualität, sondern für den Wirtschaftsstandort von ganz entscheidender Bedeutung. Jeder Cent, der hier eingenommen wird aus Parkraumbewirtschaftungsgebühren, wird nicht für den Gratiskindergarten, nicht für die Investitionen, nicht für die U-Bahn - außer der U-Bahn-Abgabe, die, wie der Name schon sagt, dafür zweckgebunden ist -, sondern ganz genau für das verwendet, wofür er auch eingehoben wird. Also, sehr geehrte Damen und Herren, zumindest auf diesem minimalen Konsens sollten wir uns doch bei einer so wichtigen Debatte wie der Budgetdebatte bewegen.

Nicht böse sein, Herr Kukacka, Herr Stadtrat, aber dieses Niveau ist Ihrer wirklich nicht würdig! Das haben Sie auch nicht notwendig! (*GR Dr Wolfgang Ulm: Juraczka!*) - Tut mir leid! Entschuldigen Sie bitte! Das ist jetzt im Eifer des Gefechts passiert, weil ich es gar nicht glauben konnte, dass Sie das gesagt haben. Das war wahrscheinlich Freud, der jetzt zugeschlagen hat (*Beifall von GRin Nurten Yilmaz.*) Denn das Beispiel der Verbilligung der Jahreskarte jetzt so plump umzurechnen, dass man den gesamten Zuschuss, den die Stadt Wien den Wiener Linien gibt, umrechnet und dann sagt, jeder Wiener muss für die Verbilligung jetzt 800 EUR zahlen - das haben Sie gesagt und das haben Sie auch getwittert -, ist doch völlig falsch! (*GRin Ing Isabella Leeb: So ist es aber!*) Heißt das, dass wir Ihrer Meinung nach den Wiener Linien keinen Zuschuss mehr geben sollten? (*StR Mag Manfred Juraczka. O ja! Tatsache ist aber, dass jeder Wiener für die Verbilligung zahlt!*) Also, was soll das dann, sehr geehrter Herr Stadtrat? (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Kein U-Bahn-Bau!*) Wenn wir keinen Zuschuss mehr geben würden, sondern die Wiener Linien, wie es ein Privater machen würde, kostendeckend führen würden, würden sich die Wiener und Wienerinnen aber bedanken! (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Er meint es eh nicht ernst!*) Ich kann nicht glauben, dass Sie das auch wirklich ernsthaft vorschlagen! (*GR Mag Dietbert Kowarik: Das haben Sie nicht kapiert!*) Natürlich sind die Wiener Linien ein Zuschussbetrieb und sie werden es auch bleiben, weil es in unser aller Interesse ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, zu dem, was von Seiten der Freiheitlichen gekommen ist, kann ich nur sagen, ein wirklich verzweifelter und leider sehr niveauloser Rundumschlag einer sich am absteigenden Ast befindlichen Gruppe. Denn anders ist das, was Sie hier von sich gegeben haben, wirklich nicht zu erklären. Die falschen Zahlen, die Sie alle verwendet haben, erlauben mir meine 8 Minuten 47 Sekunden ganz sicher nicht mehr, was hier gesagt wurde, und das haben wir schon so oft gemacht, richtigzustellen, im Zusammenhang mit Fremdwährungskrediten, was natürlich nicht stimmt, mit dem, was Sie da zusammenzählen, an Verschuldungsgrad der Stadt, was nicht stimmt. Darauf will ich gar nicht eingehen.

Aber, wenn Sie über soziale Gerechtigkeit sprechen, dann verwende ich deswegen den Vergleich vom „Den

Bock zum Gärtner machen.“ nur deswegen nicht, weil es eine Beleidigung für alle Böcke wäre. Sie sprechen über soziale Gerechtigkeit? Sie waren schon einmal in der Regierung und Sie haben schon einmal entscheiden können! (*GR Johann Herzog: Sie sind noch immer dort!*) Was ist damals passiert?

Rekordarbeitslosigkeit hat Blau in der Regierung bedeutet! Nicht einmal die Weltwirtschaftskrise hat so viele Arbeitslose hervorgerufen wie die blaue Regierungsbeteiligung! Jugendarbeitslosigkeit! Vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2006 ist die Arbeitslosigkeit für Jugendliche um über 10 000 junge Menschen gestiegen! Die Lehrlingsstiftungen haben Sie gestrichen! Die Wiedereinstiegsmaßnahmen für Frauen haben Sie gestrichen!

Die Bildungspolitik war sowieso ein Super-GAU, wo die gesamten Förderungen zurückgegangen sind! Lehrer gekürzt! Stunden gekürzt!

Und die Pensionsreform? Zehntausende sind auf der Straße gestanden, weil Sie so eine unsoziale Pensionsreform gemacht haben! (*GR Mag Dietbert Kowarik: So ein Blödsinn!*)

Also, zur sozialen Gerechtigkeit aus Ihrem Mund ist das Höflichste, was mir dazu einfällt, Zynismus, sehr geehrte Damen und Herren! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Mag Dietbert Kowarik: Sie versagen laufend!*)

Eine lange Liste von Skandalen: BUWOG-Verkauf, Abfangjäger, Hypo Alpe-Adria, alles, was da herauskommt, sehr geehrte Damen und Herren, hat einfach nur Skandalcharakter! (*GR Johann Herzog: Niveaulos!*) Jeden Tag, wenn wir die Zeitung aufschlagen, sind wir entsetzt, was wir hier alles noch zu lesen haben!

Dass Sie das nervös macht, wenn das jetzt langsam herauskommt, verstehe ich. Dass Sie das wieder auf dem Rücken von Menschen machen, die sich nicht wehren können, wie Zuwanderer, wie Flüchtlinge, ist mehr als traurig und beschämend, sehr geehrte Damen und Herren! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Man kann gern über alles diskutieren. Aber wenn zum Beispiel, wie beim Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds, wir uns sehr genau von Externen analysieren ließen, wie die Arbeit des WAFF und der Wirtschaftsagentur funktioniert und externe Ergebnisse, externe Experten zu der Meinung kommen, hier wird gut gearbeitet, da gibt es Verbesserungspotenzial - das habe ich von mir aus auch angesprochen, dass es das noch gibt -, aber es gibt keine Parallelstrukturen, dann würde ich Sie doch wirklich bitten, das zur Kenntnis zu nehmen und nicht weiter solche Behauptungen aufzustellen, die mittlerweile von Externen eindeutig als entsprechend falsch dargestellt wurden.

Es gäbe noch viel zu sagen. Aber wir haben uns entschlossen, dass wir hier versuchen, in der Zeit relativ kurz zu sein.

Was mich schon ein bisschen entsetzt, lieber Freund Aichinger, wenn aus der Seite der Wirtschaft solche Dinge gesagt werden, wie Rücklagenentnahmen führen zu Substanzverlust. Nicht böse sein, aber ich würde schon erwarten, dass jemand, der aus der Wirtschaft kommt, natürlich genau weiß, zweckgebundene Rücklagen, die zurückgelegt werden, damit man nachher Investitionen macht, sind doch kein Substanzverlust (*GRin Mag Dr Barbara Kappel: Was sonst?*), sondern sind Investition in nachhaltige Werte. Genauso werden sie verwendet. Genauso ist es. Ich denke, dass das gerade jemand, der aus dem Eck der Wirtschaft kommt, auch wissen und dann auch zugeben sollte. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Ich glaube dir, dass du ernsthaftes Interesse als Vertreter der Wirtschaft hast, dass das Thema Qualifikation und Ausbildung in Wien einen höheren Stellenwert hat. Du hast richtig analysiert, da können wir viel tun. Wir tun auch viel, aber die Schule können wir nicht verändern. Aber dann würde ich dich doch wirklich dringend bitten, bei deinen Kollegen und Freunden auf Bundesebene dafür zu sorgen, dass die ÖVP ihre Blockadehaltung endlich aufgibt, nicht nur, wie jetzt hoffentlich bei der Ganztagschule, im Übrigen eine zentrale Forderung der Wiener Wirtschaft, endlich leichtere Förmchen zulässt, sondern auch in anderen Bereichen. Gerne reiche ich dir da die Hand, dass wir Seite an Seite versuchen, bei der Verbesserung der Schule auf Bundesebene miteinander mehr zu erreichen, sehr geehrte Damen und Herren. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Eine Bemerkung noch zu dem letzten Redner, ich glaube, es war der Kollege Ulm, der irgendwie gemeint hat, die Wirtschaftskrise ist eine Staatsschuldenkrise. Lehman Brothers, Bankenrettungspakete, Immobilienblase, Fanny May, Freddy Mac, irgendwie alles an Ihnen vorbeigegangen? Ich denke, diese Krise ist eine Krise, die durch außer Rand und Band geratenes Finanzwesen hervorgerufen wurde. (*GR Armin Blind: AVZ!*) Warum hat denn zum Beispiel der Bund so viele Schulden? Weil er, genauso wie andere Staaten, Bankenpakete schnüren musste. Dass die gesamte Weltwirtschaftskrise einfach völlig an jemandem vorbeigehen kann, der Mitglied des Wiener Gemeinderates ist, kann ich nicht glauben. Es kann nur eine, würde ich sagen, etwas sehr überspitzte Darstellung gewesen sein. Aber auch da, meine ich, sollte man doch eher bei den Fakten bleiben.

Genauso wie, aber ich muss mich nicht wiederholen, Kollege Margulies hat es gesagt, vor 2008 hat die Stadt Wien 600 Millionen EUR an Schulden zurückbezahlt und natürlich sind diese aus Überschüssen gekommen. Wo hätten sie sonst herkommen sollen? Sie wachsen ja nicht irgendwo. Wenn es den Goldesel gäbe, der sie legen würde, sehr geehrte Damen und Herren, dann wäre ich sehr froh darüber. Dann sagen Sie mir, wo er ist. Ich habe ihn bis jetzt nicht gefunden. Natürlich war das Ergebnis der Finanzpolitik der Stadt und ist damit entsprechend auch zurückbezahlt worden.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Debatte, denke ich, hat bei aller Heftigkeit bewiesen, in Wirklichkeit habe ich mit Ausnahmen wenige sachliche Vorschläge gehört, zum Beispiel die Idee, zu sagen, machen wir Brüssel-Wochen für Wiener Schüler. Wenden wir uns da an den Stadtschulrat, falls es das nicht eh schon gibt. Ich bin da jetzt nicht am letzten Stand der Dinge. Aber wenn es das noch nicht gibt, finde ich das für einen sehr guten Vorschlag. Das finde ich wirklich eine konstruktive Idee. Ich kann mich erinnern, vor dem EU-Beitritt hat es Reisen

von Mandataren und Mandatarinnen nach Brüssel gegeben. Ich glaube, dass wir alle davon sehr viel profitiert haben. Also, diesen Vorschlag finde ich sehr gut und werde ich auch sehr gerne aufnehmen. Wo immer ich das unterstützen kann, werde ich das machen.

Also, es hat einige konstruktive Vorschläge gegeben, aber, sehr geehrte Damen und Herren, leider, für meinen Geschmack, zu wenige. Ich glaube, es zeigt, dass es zu dem Weg, den wir in Wien hier eingeschlagen haben, keine Alternative gibt. Sparen und Investieren, intelligentes Sparen, nachhaltiges Investieren, Schwerpunktsetzungen in die Zukunft, in die Menschen, in die Jugend, in die Bildung, in die Wirtschaftsförderung, in Infrastruktur, Soziales und Wohnen, das sind die Schwerpunkte. Das ist in diesem Budget und mit diesem Budget entsprechend möglich. Sehr geehrte Damen und Herren, mit sehr gutem Gewissen bitte ich Sie, natürlich nach der Diskussion der einzelnen Bereiche, diesem Budget auch zuzustimmen. - Herzlichen Dank! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zur Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Umwelt. Ich schlage vor, die Debatte zu dieser Geschäftsgruppe mit Postnummer 5, das ist der Wirtschaftsplan der Unternehmung Wien Kanal für das Jahr 2013, gemeinsam durchzuführen, die Abstimmung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien und den Wirtschaftsplan Wien Kanal jedoch getrennt vorzunehmen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? - Dies ist nicht der Fall. Ich darf die Damen und Herren des Gemeinderates ersuchen, so vorzugehen. Wir kommen nun also zur Beratung der Geschäftsgruppe Umwelt. Die Fraktionsvereinbarung hinsichtlich der Redezeiten ist dieselbe wie für die vorangegangene Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Holdhaus. Ihre selbstgewählte Redezeit beträgt 10 Minuten. Die gesamte Redezeit ihrer Fraktion beträgt 29 Minuten und 15 Sekunden.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Grüß Gott, Frau Vorsitzende! Grüß Gott, Frau Stadträtin! Schönen Nachmittag, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Leider zeigt sich in diesem Budgetentwurf einmal mehr die Unwilligkeit der rot-grünen Stadregierung, Umweltschutz als durchgehendes Prinzip in der gesamten Stadtverwaltung durchzusetzen und damit das Thema Umwelt zu dem zu machen, was es ist oder was es wäre, eine Verantwortung, die uns alle angeht und deshalb ressortübergreifend, nachhaltig und visionär sein müsste. Aber es werden keine Impulse gesetzt, sondern ohne jeglichen Ehrgeiz die Budgetzahlen der letzten Jahre fortgeschrieben. Wieder eine Chance vertan. Wieder ein verlorenes Jahr für neue Impulse, neue Akzente, um den Umwelthorizont Wiens zu erweitern. Sie ruhen sich auf dem Gebührenpolster, auf den Gebührenerhöhungen dieses Jahres aus. Statt ernsthaft zu sparen oder sinnvoll zu investieren, führen Sie Ihren Geldver-

schwendungstrip weiter. Noch schlimmer, anstatt Fehlplanungen zuzugeben, rechtzeitig zu stoppen und aus Fehlern zu lernen, versuchen Sie konsequent, diese weiter zu kaschieren und zu verteidigen und lassen diese vom Steuerzahler bezahlen. Nachzulesen, wie heute schon öfters erwähnt, im ÖVP-ABC der Verschwendungsskandale. (*Beifall bei der ÖVP.*)

So bleibt Umwelt in Wien auch 2013 ein Geldeintreiberessort im grünen Mantel, Pardon, im roten Mantel, denn von Grün fehlt jede Spur. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Grünen Fraktion, Ihre Regierungsbeteiligung hat gerade im Umweltressort zu keinem einzigen ökologischen Vorstoß geführt, eine sogenannte stille Beteiligung also. Wir erleben es live in jeder Gemeinderats- oder Umweltausschusssitzung, Stillschweigen seitens der GRÜNEN, Zustimmung und maximal entbehrlicher Zynismus. Das war das bescheidene Jahr 2012 der grünen Umweltverantwortlichen. Eine Fortschreibung in 2013 ist zu erwarten.

Weil es so gut passt, ein Klassiker, der Baumschutz: Die Baumfällungen in Wieden konnten wir verhindern. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Hahaha! Virtuelle Baumfällungen!*) Dass 125 Ringbäume krank sind, kümmert Sie wenig. Uns kümmert das schon. Daher darf ich einen Beschlussantrag einbringen, betreffend die Verbesserung der Pflegemaßnahmen der Wiener Ringstraßenbäume.

Beschlussantrag: „Angesichts des Zustandes der Wiener Ringstraßenbäume wird die zuständige Stadträtin für Umwelt aufgefordert, im Hinblick auf die Ringstraßenbäume mehr präventive Baumpflegemaßnahmen, wie beispielsweise deren Bewässerung, vorzunehmen, um Baumschlägerungen in Zukunft zu vermeiden.“ (*Beifall bei der ÖVP. - GR Mag Rüdiger Maresch: Die Bäume sind schon bewässert!*)

Es genügt Ihnen, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Grünen Fraktion, wenn die zuständige Stadträtin Ulli Sima attestiert, das sei normal. Ständige Salzeinwirkung über die Wintermonate ist Ihnen auch völlig egal, denn die Wundersole von Ulli Sima löst sich angeblich im Nichts auf, so wie Ihre Anliegen für den Umweltschutz.

Dass Sie, Frau Umweltstadträtin, kein leichtes Standing haben, um das Thema Umwelt zum VIP-Ticket zu erheben, wissen wir. Wir bedauern das auch im Sinne der Umweltpolitik. Leidtragende sind aber nicht nur die Steuerzahler und WienerInnen, sondern vor allem auch die vielen fleißigen und engagierten Mitarbeiter, die das Vehikel Umweltschutz am Laufen halten.

Resümee und Ausblick: Ein Jahr, das von Gebührenerhöhungen, aber nicht von politischen Umweltinitiativen geprägt ist, liegt quasi hinter uns und ein ebensolches vor uns. Sie haben die Gebühren erhöht, ohne entsprechende Gegen- beziehungsweise Mehrleistung. Sie haben demnach nichts anderes als Abzocke betrieben. Hundesteuer 65 Prozent, haben wir heute mehrfach gehört. Müllgebühr ebenfalls.

Apropos Müllgebühr: In diesem Zusammenhang und überhaupt letztklassig, wenn ich das so sagen darf, war, oder finde ich jedenfalls, Ihre Aktion, 28 fleißige, tätige

Müllarbeiter vor die Tür zu setzen wegen angeblicher Sparmaßnahmen (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Das waren doch keine Müllarbeiter!*), lächerlich und unrichtig, weil entweder Sie besetzen sie nach, was keine Einsparungen bringt, oder Sie besetzen sie nicht nach, dann gibt es in Wien de facto keine Müllberatung mehr.

Wie sehr es Ihnen bei der Wiener Abfallwirtschaft um den Wiener Müll als Einnahmequelle für die Stadtregierung geht, zeigt auch Ihre Vorgangsweise zum Thema Andienungspflicht in der Novellierung des Wiener Abfallwirtschaftsgesetzes, ein Affrontgesetz gegen die Wirtschaft. Privat raus, Staat rein! Sie interessiert kein Miteinander, sondern nur Ihr Müllmonopol. Eine dringende Reparatur des Gesetzes haben Sie zum Anlass genommen, um dieses noch zu verschärfen und damit jede privatwirtschaftliche Konkurrenz von Haus aus auszuschließen. Zwangsbeglückung statt Wahlfreiheit. Sie betreiben hier Rekommunalisierungspolitik in Reinkultur, von der ich mir selbst in Ihren eigenen politischen Reihen keine große Zustimmung vorstellen kann.

Wassergebührenerhöhung 33 Prozent, haben wir auch schon diskutiert. Eine weitere Cashcow des Umweltressorts, die Wiener Wasserwerke, die schon vor der Erhöhung der Wassergebühren hohe Überschüsse erzielt haben. Sogar ohne die vorsorglich ausgegliederte und die damit völlig intransparente Abteilung Wien Kanal erzielen Sie aus den Müll- und Wassergebühren heuer einen weiteren Einnahmenüberschuss von über 134 Millionen EUR. Es erscheint sicher, dass auch diese weiter steigenden Einnahmenüberschüsse nicht der Umwelt zu Gute kommen, sondern der verfehlten Budgetpolitik dieser Stadtregierung.

Wir verlangen daher ein Ende der Blockade in der Umweltpolitik, die sich auch im vorliegenden Budgetentwurf widerspiegelt. Dieses Blockadeende kann nur eintreten, wenn in dieser Stadtregierung endlich eine nachhaltige, alle Ressorts einbindende Umweltpolitik mit Zukunftsperspektive betrieben wird.

Wenn die Frau Vizebürgermeisterin gerade gesagt hat, dass es sehr wohl eine Zweckbindung gibt, dann freue ich mich auf einen einstimmigen Beschluss unseres Beschlussantrags, betreffend Zweckbindung der Gebührenüberschüsse der MA 31.

Beschlussantrag: „Die von den Wiener Wasserwerken bei den Gebühreinnahmen erzielten Überschüsse sollen nicht mehr wie bisher in das allgemeine Budget fließen, sondern zur Gänze zusätzlich zu den hierfür bisher vorgesehenen Geldmitteln gänzlich zur Sanierung des Wiener Wasserleitungssystem eingesetzt werden.“

In Summe können wir dem Budgetvoranschlag nicht zustimmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Die Restredezeit der ÖVP-Fraktion beträgt 22 Minuten. Zum Wort gemeldet ist Herr Mag Maresch. Die selbstgewählte Redezeit ist 20 Minuten.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Jetzt haben wir sozusagen von der ÖVP-Kollegin den Kopf gewaschen gekriegt, so in der Richtung zu wenig

nachhaltig, Umweltschutz als durchgängiges Prinzip gibt es nicht, keine Impulse gesetzt, Gebührenpolster (*GRin Mag Karin Holdhaus: Ressortübergreifend!*), Geldeintreiberessort - ich muss es leider herunterlesen, weil es war so interessant -, entbehrlicher Zynismus, virtuelle Baumfällungen verhindert und dergleichen.

Jetzt komme ich einmal zu dem Punkt virtuelle Baumfällungen. Ich finde, die wirkliche Chuzpe bei der ÖVP war, in diesem Jahr zu sagen, es werden auf der Wiedner Hauptstraße Bäume gefällt werden und es werden am Ring Bäume gefällt werden, und dann stellt sich heraus, niemand wollte sie fällen. Niemand. (*GRin Ing Isabella Leeb: Wir haben es verhindert!*) Das heißt, ich breche eine virtuelle Baumfälldebatte vom Zaun, die ich sowieso nur gewinnen kann, weil niemand kann beweisen, dass das nicht stimmt, was im virtuellen Raum gesagt worden ist. Also, das, finde ich, ist entbehrlicher Zynismus! Das ist entbehrlicher Zynismus! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Im virtuellen Baumfällen, das ist wie beim virtuellen Rebhuhnschießen, sind die ÖVPLer wahrscheinlich sensationell gut.

Ich finde es interessant, zum Beispiel am Ring zu verlangen, die Bewässerungen sollen kommen. Frau Kollegin, am Ring gibt es Bewässerung bei den Bäumen. Das ist so. Sie brauchen dort nur ausnahmsweise zu Fuß zu gehen und Sie werden sehen, es gibt eine Bewässerung. (*GRin Mag Karin Holdhaus: Nicht bei allen! Nur bei den vorderen Bäumen, nicht bei den hinteren!*) Es ist so. Das ist kein entbehrlicher Zynismus, sondern das ist Tatsache! Leider Gottes nicht wahr!

Ihre Bezirksvorsteherin war übrigens der Meinung, dass man zum Beispiel den Ring-Radweg nicht streuen sollte. War sie schon einmal am Ring-Radweg? Nein, offensichtlich nicht. Weil der Ring-Radweg schlängelt sich, meiner Meinung nach nicht wirklich gut, zwischen dem Gehsteig herum. Das heißt, wie sich das dann ausgedehnt, dass es einen Teil des Gehsteigs gibt, der gestreut ist und ein Teil nicht, also, die Haftung der Frau Kollegin Bezirksvorsteherin möchte ich mir dann nicht geben.

Jetzt einmal zum Thema weiter. Ich habe ja viel Zeit. Das muss man ausnützen. Als Grüner war ich immer sehr überrascht über die sogenannte Mercer-Studie. Der Heilige Mercer ist damals von der Regierungspartei abgefeiert worden. Wir waren irgendwie ein bisschen misstrauisch. Es hat sich auch herausgestellt, dass beim Umweltteil der Mercer-Studie kritisiert wurde, dass es in Wien zu viel Feinstaub und zu viel Verkehr gibt.

Jetzt gibt es eine UNO-Studie, die sagt, dass Wien die lebenswerteste Stadt der Welt ist. Das ist ja nicht nichts. Die UNO sagt, Wien ist die lebenswerteste Stadt der Welt. Ich war vor Kurzem auf einem FußgängerInnenkongress in Wien. Dort haben die ÖVP und die FPÖ durch Abwesenheit gegläntzt. Aber dort hat der Präsident der Vereinigung gesagt, Wien ist wirklich beneidenswert, das ist wirklich die Nummer 1 der Welt.

Jetzt muss man sich einmal vorstellen: Was macht die Stadt – weil Sie haben es ja gern, dass Umwelt in allen Bereichen Einzug hält - in diesem Bereich? Die Öffis funktionieren nicht nur, sondern sie werden ver-

stärkt und verbessert. Der motorisierte Individualverkehr geht trotz ÖVP-Unkenrufen zurück. In Wirklichkeit ist es so, dass es uns gelungen ist, damit auch Lärm und Feinstaub zurückzudrängen, weil, und das hat Ihr Bundesminister bisher überhaupt komplett ignoriert, es gibt ein Vertragsverletzungsverfahren. Ihr Minister hat genau nichts gegen das Vertragsverletzungsverfahren getan. Wir als Stadt Wien haben uns verpflichtet, dagegen etwas zu unternehmen, weil wir wollen keine Strafzahlungen zahlen, wie es vielleicht in der Steiermark, in Tirol, in Salzburg oder sonst wo der Fall ist. Nein, die Stadt Wien unternimmt etwas, und zwar mit der Einführung der Parkraumbewirtschaftung. Das stört Sie zwar sehr, hat Sie früher nicht gestört, aber das ist eine Umweltmaßnahme, und zwar - wie heißt das so schön? - kein entbehrlicher Zynismus, sondern das ist tatsächlich eine wichtige Umweltmaßnahme, nicht nur virtueller Baumschutz und dergleichen Dinge.

Jetzt einmal ein anderer wichtiger Punkt, der uns ganz wichtig war: Wir, und zwar Rot-Grün, haben in Wien die Grätzgärten mehr oder weniger - es hat ja schon wenige gegeben - wirklich zu State of the Art gemacht. Jeder Bezirk soll einen Gemeinschaftsgarten bekommen. Auch da ist Wien in Europa an der Spitze, weil wir so etwas tun. Sogar die Bezirksvorsteherin des 8. Bezirkes hat es begrüßt, dort die Blockade aufgehoben und es gibt einen netten kleinen Gemeinschaftsgarten beim Tigerpark.

Jetzt möchte ich mich eigentlich dem Zynismus der ÖVP da nicht mehr zuwenden, sondern der Geschäftsgruppe. Da muss ich zunächst sagen, ich habe mir alle Geschäftsgruppen angeschaut. Vielen Dank für die wirklich gute Zusammenarbeit! Als Oppositionspolitiker habe ich das vielleicht zu wenig geschätzt. Jetzt weiß ich mehr, was man da in Wirklichkeit alles tun kann und was da vorgeht. Ich möchte ein paar Dinge herausgreifen, die mir dabei wichtig erscheinen.

Und zwar finde ich es bei der MA 22 ganz hervorragend, dass es zum Beispiel eine Vorbereitung auf das Europäische Jahr gegen Lebensmittelverschwendung gibt. Das finde ich eine tolle Sache. Das ist der ÖVP noch nirgendwo eingefallen, und zwar mit nirgendwo meine ich, nicht einmal im 23. Bundesland. In Pröllistan gibt es das nicht! Wir machen so etwas! Da denke ich mir, die MA 22 vor den Vorhang! Das ist eine tolle Sache! Das muss Ihnen erst einmal einfallen! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Die nächste Geschichte, die auch noch wichtig ist: die ewige Moserei um die Gebühren. Wir haben schon gehört, gestern war im Fernsehen ein Beitrag über die Mieten. Da war ein schöner Beitrag, was gestiegen ist. Es sind exorbitant die Mietpreise gestiegen, aber nicht die Gebühren in dem Ausmaß, sondern diese bewegen sich im Rahmen der Inflation.

Jetzt noch einmal zum Wiener Wasser: Wozu wird das Geld verwendet, das wir über die Mehrgebühren einnehmen? Es gibt wichtige Vorhaben, und zwar Grinzinger Allee, Innerer Gürtel, Erdberger Düker, Hernalser Gürtel, Anton-Baumgartner-Straße, Triester Straße, Altmanndorfer Straße. Dann gibt es Restaufschließun-

gen und in der Stadterweiterung die Neurohrlegungen am Bahnhof Mitte, Behältersanierungen am Kahlenberg. Weiters, was auch ganz wichtig ist, auch Energiegewinnung wird es in zwei Kraftwerken geben, und zwar im Kraftwerk Nasswald und im Kleinkraftwerk am Wienerberg. Das heißt, wir tun etwas für das Geld der BürgerInnen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Zur MA 36 ist zu sagen, da gibt es die UVP-Verfahren, Abfalllogistikzentrum in der Pfaffenua, die Teilbetriebnahme Hauptbahnhof Wien und auch das Straßenprojekt B14. Ich weiß ziemlich genau, was für eine Arbeit eine UVP für die BürgerInnen ist, weil da war ich lange genug beteiligt, aber man muss sich auch die andere Seite anschauen, und da leistet die MA 36 gute Arbeit.

Die MA 42 ist beschäftigt mit sehr vielen Parks. Damit die ÖVP auch mitschreiben kann, noch einmal: Es gibt Parkprojekte 2013, und zwar den Wildganspark im Dritten, Neubaugürtelpark, grünes Grätzel Maria vom Siege, den Vorplatz vor der S45 und auch in den Stadterweiterungsgebieten. Eines habe ich übrigens vergessen, das Rosarium und die Rasenterrassen im Donaupark. Dann Stadterweiterungsgebiete Nordbahnstraße, den Leon-Zelman-Park, den Helmut-Zilk-Park. Was auch wichtig ist, Innenhof- und Dachbegrünung werden weiterhin gefördert. Da wäre es wichtig, wenn in Wirklichkeit noch mehr Leute die Förderung in Anspruch nehmen.

Aber auch die MA 45 bei der Gewässerrenaturierung am Wienfluss sehr aktiv und ganz wichtig Fischaufstiegshilfen, die für die Wasserrahmenrichtlinie eine ganz wichtige Sache sind.

Nachdem heute noch einiges kommt, muss ich mir noch ein bisschen Zeit übrig lassen.

Eine Kleinigkeit: Es wird die MA 48 freuen. Nachdem ich das immer fest kritisiert habe, habe ich meinen Frieden mit den Waste Watchern gemacht. Man muss ehrlich sagen, da waren wir immer sehr kritisch, mit einer Privatpolizei und dergleichen Dinge mehr. Buße brauche ich nicht zu tun, wir sind nicht in der Kirche. Aber Tatsache ist, dass die Waste Watcher ihren Zweck schon erfüllen. Dazu möchte ich noch einmal sagen, ich habe es interessant gefunden, dass die Firma Saubermacher, nachdem sie bei allen Parteien aufgetreten ist, die ÖVP, sich - „nicht entblödet“ darf ich nicht sagen, weil sonst kriege ich nämlich einen Ordnungsruf - hinausgestellt und gesagt hat, Privat raus und mehr Staat. Wichtig ist in Wirklichkeit für die BewohnerInnen von Wien, Wien ist eine saubere Stadt. Da kugelt der Dreck nicht herum wie in vielen anderen europäischen Städten. Ich war jetzt in Rom. Das ist keine saubere Stadt. Wien hat da einiges voraus. Deswegen auch die Nummer 1. - Danke an die MA 48! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Last but not least - jetzt muss ich mich tummeln, damit sich die Zeit ausgeht -, wir haben in Wien, wenn man so will, eine Antiatombehörde, und zwar die Wiener Umweltschaff. Sie heißt zwar noch immer Umweltschaff und noch nicht Umweltschaff. Sie beschäftigt sich natürlich auch mit der Arbeit gegen Atomkraftwerke. Da war vor Kurzem der Gipfel in Wien. Da hat es einige Vorarbeiten gegeben, eine schö-

ne Ausstellung zum Uranbergbau, die jetzt in ganz Europa gezeigt wird.

Dann gibt es den Tierombudsmann, auch ein wichtiges Amt, wenn man so will, der Stadt.

Zum Wasserrecht gibt es auch einiges zu sagen. Da möchte ich, last but not least, noch die MA 49 vor den Vorhang bitten. Da gibt es etwas, was in Wirklichkeit einmalig ist. Und zwar gibt es die Bioforschung Austria, die sich einfach damit beschäftigt, wie man mit ökologischer Landwirtschaft in Österreich vorankommt. Da könnte sich der Herr Berlakovich, der Herr Großbauer, endlich ein Beispiel nehmen! - Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Die Restredezeit der Grünen Fraktion bei dieser Geschäftsgruppe beträgt 17 Minuten. Zum Wort gemeldet ist nun Herr GR Ing Guggenbichler. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 10 Minuten, die Gesamtredezeit Ihrer Fraktion 31 Minuten 30 Sekunden.

GR Ing Udo **Guggenbichler** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Vorweg, Herr Maresch, Sie ziehen mit Ihren Gebühren den Ärmsten der Armen in Wien das Letzte aus der Tasche und Sie sagen, dass Ihnen die ewige Moserei um die Gebühren auf die Nerven geht. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Mir schon!)* Schämen täte ich mich für diese Aussage! *(Beifall bei FPÖ und GRin Ing Isabella Leeb.)*

Das ist grüne Abgehobenheit in Reinkultur!

Im Vorhinein darf ich mich aber auch bei den Mitarbeitern der Magistratsabteilungen bedanken, die wirklich unter schwierigsten Bedingungen eine wichtige Arbeit für den Umwelt- und Naturschutz in Wien machen und dem auch nachkommen. Denn es ist wahrhaft nicht leicht in diesem Ressort, weil offensichtlich hat sich die SPÖ überlegt, dieses Ressort als Musterressort auszusuchen, um zu zeigen, dass sozialistische Politik nichts mit sozialer Politik zu tun hat. Hier dürfen unter sozialistischer Führung die Beschäftigten alles andere erleben als ein arbeitsgerechtes Umfeld.

Ich erinnere an die Abfallberater. Die Frau Kollegin Holdhaus hat es schon erwähnt. Es kann nicht sein, dass hochqualifizierte Abfallberater nach jahrelanger Tätigkeit in Unsicherheit geschickt werden, ihnen Scheinverhandlungen angeboten werden und am Ende coram publico in diesem Haus sogar gesagt wird: „Nein, ich als Stadträtin bin nicht bereit, mit denen zu sprechen. Dafür sind andere zuständig.“ - Die Frage ist, wofür die Frau Stadträtin in diesem Fall überhaupt zuständig ist. Das werden wir später auch noch erörtern. Das ist unsozial, unmenschlich! Ich muss sagen, ich würde mich echt genieren, wenn ich so eine Haltung an den Tag legen müsste! Aber an irgendetwas muss es ja liegen. Ich nehme an, dass die Frau Stadträtin einfach sämtlichen Bezug zur Realität verloren und überhaupt keine Ahnung mehr hat, was auf der Straße und bei den Mitarbeitern vorgeht.

Oder der Protest der Mitarbeiter der MA 48, die unter anderem Folgendes geschrieben haben: „Unter der aktuellen Führung empfinden wir die momentanen Zustände als unzumutbar und teilweise an der Grenze der

Legalität. Um einen drohenden Kollaps zu verhindern, vorzugreifen, wenden wir uns hilfeschend an Sie, Frau Stadträtin. Vorweg, warum wir uns an unsere vorgesetzten, übergeordneten Instanzen wenden: Da wir uns von unserer Gewerkschaft seit Jahren in keinster Weise unterstützt sehen, ja ignoriert werden. Inzwischen herrscht durch die im Folgenden beschriebenen Repressalien seitens der Dienststelle beziehungsweise deren Leitung Angst davor, mit Problemen die Gewerkschaft zu kontaktieren, da diese nichts machen könne. Urlaub gibt es keinen. Wir haben zu wenig Leute. Die Sparmaßnahmen der letzten Jahre führten zu einem aktuellen Personalmangel, da auch im Bedarfsfall die Straßenreinigung keine Arbeitnehmer mehr der Müllentsorgung zur Verfügung stellen kann, ohne den eigenen Betrieb zu gefährden. Aktuell müssen wir in Fünfmannstrecken regelmäßig, über Monate hinweg, mehrere Tage pro Woche mit einem Mann weniger arbeiten und das gleiche Arbeitspensum erledigen. Dieser Zustand wirkt inzwischen nicht nur auf die Motivation der Müllmänner, sondern er wirkt sich auf deren körperlichen Zustand aus. Diese dauerhafte Überlastung führt zu überhöhten Verletzungs- und Unfallgefahren, da die Aufmerksamkeit und das Reaktionsvermögen sowie die Kraftreserven sinken, Anfälligkeiten für Krankheiten. Aufleger arbeiten ja bei jedem Wetter im Freien. Daher ist es in den letzten Monaten dauerhaft zu ungewöhnlich vielen Krankenständen gekommen.“

Wie reagiert die MA 48 darauf? Bestrafung durch Geldentzug, offensichtlich ein sozialistisches Stilmittel, wie man mit den eigenen Mitarbeitern umgeht.

Eine Verletzung während der Arbeitszeit ist nicht als Arbeitsunfall definiert worden, sondern wird als Krankenstand definiert. Jeder weiß ganz genau, dass beim Versicherungsschutz der Unfallversicherungsschutz um einiges höher ist als der der normalen Gebietskrankenkassenversicherung. Wer zu oft krank ist, wird in die Dienststelle zur Auskunft gebeten. Dort wird er auch noch gefragt, welche Krankheiten er hat. Sehr sozial!

Tatsächlich handelt es sich hierbei aber auch um Versetzungen. Wenn jemand länger im Krankenstand ist, wird er in den Kehrdienst versetzt, weil gesagt wird, er darf nicht wieder in den harten Arbeitsalltag einsteigen. Tatsächlich handelt es sich hier aber um eine Gehaltsreduktion von bis zu 800 EUR.

Aus Angst, den Job zu verlieren, getrauen sich diese Mitarbeiter nicht mehr, direkt an ihre vorgesetzte Stelle gehen, sondern schreiben verzweifelt einen Brief an die Frau Stadträtin. Und was tut die Frau Stadträtin, wenn sie bei einer mündlichen Anfrage darauf angesprochen wird? Ihr wurde die Frage gestellt: Werden Sie sich um diese Vorwürfe kümmern? – Wir wissen, dass jeder Dienstgeber eine Fürsorgepflicht hat, sich, wenn ein Vorwurf dieser Art auftaucht, darum zu kümmern. Sie können allerdings im Protokoll nachlesen, dass sie gesagt hat: Nein, das interessiert mich nicht. Ich kümmere mich nicht einmal darum. – Vielleicht haben Sie das selbst geschrieben, oder es hat irgendwer geschrieben!

Frau Stadträtin! Ich habe Sie nicht gefragt, ob Sie das beseitigen, ich habe Sie nur gefragt, ob Sie sich

darum kümmern, und das haben Sie hier in diesem Haus verweigert.

Aber es ist ja nicht nur bei Ihren Mitarbeitern so, auch im Bereich der freiwilligen Tätigkeiten haben wir erlebt, wie mit Mitarbeitern, die sich seit Jahrzehnten freiwillig um Umwelt- und Naturschutz kümmern, umgegangen wird. Wir haben erlebt, wie die Naturwacht per Gesetz abgeschafft und gesagt wurde, das machen jetzt nur mehr Mitarbeiter des Magistrats.

Wissen Sie, was Ihre erste Aktivität für die neuen Naturschutzorgane war? – Sie haben sich um ein paar Tausend Euro ein Abzeichen designen lassen! Das war die erste Aktivität! – Wenn Sie glauben, dass Sie mit diesen jetzt groß angepriesenen Naturschutzorganen ökonomisch und ökologisch ähnliche Erfolge erzielen können, dann wünsche ich Ihnen das! Aber ich sage Ihnen auch: Wir werden das in Zukunft genau beobachten. Wir wollen, dass Sie das, was uns hier versprochen wurde, auch einhalten, denn der Naturschutz und der Umweltschutz sind wichtig. Die anderen wurden jedoch vor den Kopf gestoßen und können das in dieser Form nicht mehr machen. *(Zwischenruf von GRin Dr Jennifer Kickert.)* Danke.

Ein kleines Beispiel, wie Sie einfach drüberfahren und kaschieren, ist auch die Situation mit der Grenzwerteüberschreitung der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig. Wie agiert da die SPÖ? – Zuerst werden einmal die verpflichtenden und vorgeschriebenen Aushänge nicht angebracht. Die SPÖ verschleierte also. Es muss interveniert werden, und erst nach Monaten wird der Aushang angebracht. Dann wird einmal öffentlich abgestritten. Ich kann mich noch an die Presseaussendung von Kollegen Valentin erinnern, der sagt, dass alles gar nicht so ist und man da irgendwie gescheit rechnen können muss. Man könne nicht zusammenzählen, sondern müsse irgendwie schauen.

Wenn es letztlich noch immer nicht funktioniert, dann erklärt man sich für unzuständig. So hat sich Frau StRin Sima für unzuständig erklärt und hat gesagt, dass das ja nicht ihr Ressort ist und sie das nichts angeht. Ich sage aber: Die Emissionen in dieser Stadt gehen Sie sehr wohl etwas an, und die Luftgüte geht Sie auch etwas an, dafür sind Sie Umweltstadträtin!

Wenn man dann einen Antrag auf Transparenz in dieser Sache stellt, wird er schlicht und ergreifend abgelehnt, und es wird gesagt: Wir sind eh vorbildlich. – Komisch! Wenn ihr so vorbildlich seid und die Aushänge macht, warum muss dann interveniert werden?

Sie sagen, dass eh nur drinnensteht, dass man die Halbstundenwerte bekannt geben muss. – Diese Halbstundenwerte gebt ihr bekannt, aber was man daraus eine halbe Stunde oder ein Stunde später schließen kann, das weiß jeder! Ihr sollt statische Werte bekannt geben, denn ich glaube, jeder Bürger hat das Recht, zu wissen, was durch Industrieanlagen in seinem Umfeld an Emissionen auf ihn zukommt!

Ich komme zum Schluss: Ich habe es lustig gefunden, dass Frau StRin Brauner von der SPÖ in der Beantwortung alles ein bisschen abstreitet. Zuerst wissen Sie nichts, und dann streiten Sie es ab. Aber am Schluss

wurde ein Schuldiger gefunden, und das war gut. Die Frau Stadträtin hat nämlich gesagt, es wurde ja ausgelagert, damit haben wir nichts zu tun, das geht die Stadt Wien nichts an! – So gehen Sie mit Grenzwerteüberschreitungen um: Abstreiten, Schönen, Kaschieren. Und es ist Ihnen offensichtlich nicht klar, dass Sie auf diese Weise mit der Gesundheit der Wienerinnen und Wiener spielen!

Wir haben im vergangenen Jahr glücklicherweise noch einen Sonderausschuss zum Thema Feinstaub gemacht, und das war wichtig, weil das im Umweltausschuss ja überhaupt kein Thema war. Wir haben den Sonderausschuss gemacht, und dieser war sehr aufschlussreich. Ich möchte daher den Mitarbeitern für die interessanten Vorträge dort danken! Diesbezüglich hat Frau StRin Sima aber offensichtlich ein neues System. Das Feinstaubsystem Sima ist: Wenn Anträge gestellt werden, neue Messstellen zu machen, dann werden diese einfach abgelehnt. Das heißt: Ohne Messungen und ohne Messstellen gibt es auch keine Feinstaubbelastung und auch keine Überschreitungen.

Kurz ansprechen will ich auch noch die Bauvorhaben beziehungsweise die Veräußerungen von Grünland, das bis jetzt für die Wienerinnen und Wiener zugänglich war, es jetzt aber nicht mehr ist. Ein Beispiel dafür ist einerseits das Semmelweis-Areal, und andererseits schweigen Sie auch beharrlich betreffend die Artenschutzproblematik am Marchfeldkanal. Ich hab Sie schon mehrmals medial dazu aufgefordert, und wir haben im Ausschuss darüber gesprochen. Zufällig habe ich vergangene Woche einen Artikel gefunden, und da habe ich mir gedacht: Okay. Vielleicht ist es das! Etwas habe ich nämlich schon sehr eigentümlich gefunden. Sie haben sich mit der Bürgerinitiative unterhalten, und die Bürgerinitiative wollte Ihnen den Artenschutzkalender schenken, Frau Stadträtin.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Herr Kollege Guggenbichler! Ich bitte Sie, zum Schlusssatz zu kommen, Sie hätten nämlich schon jetzt Ihre Redezeit überschritten.

GR Ing Udo **Guggenbichler** *(fortsetzend)*: Danke. Ich brauche noch zwei Minuten.

Die Bürgerinitiative wollte Ihnen den Artenschutzkalender schenken. – Als Stadträtin, die für Tierschutz, Umwelt und auch Artenschutz zuständig ist, würde ich mich darüber freuen, wenn besorgte Bürger zu mir kommen und sagen, Frau Stadträtin, ich zeige Ihnen unsere Anliegen, nehmen Sie bitte den Kalender von uns in die Hände. – Was aber tun Sie? – Sie lehnen das ab! Sie nehmen einen Kalender der Bürgerinitiative nicht in die Hand. Dazu muss ich sagen: Das ist lachhaft, das ist lächerlich und zeigt ein gewisses Bild.

Um dieses Bild jetzt noch zu verschärfen, darf ich Ihnen vorlesen, was vergangene Woche in der „Kronen Zeitung“ gestanden ist. Dort war zu lesen, dass das Areal zunächst an eine Firma verkauft und nur einen Tag später um 600 000 EUR teurer an den heutigen Bauträger veräußert worden sei.

Frau Stadträtin! Ich habe mir überlegt, welchen Grund man haben kann, einen Artenschutzkalender nicht

anzunehmen. Ich hoffe, dass Sie nicht 600 000 Gründe haben! – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die Redezeit wurde jetzt genau um 1 Minute überschritten, und das wird dann auch so eingeloggt. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Karner-Kremser. Ihre Redezeit ist uns mit 15 Minuten gemeldet worden. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Waltraud **Karner-Kremser**, MAS *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Auf das wirklich sinnlose Gestammel von Herrn Guggenbichler will ich jetzt gar nicht eingehen. *(GR Armin Blind: Herr Vorsitzender! Sie hat „Gestammel“ gesagt! – Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* Nein, wirklich nicht!

In den Sitzungen des Ausschusses kann die FPÖ nichts anderes, als immer nur die Hand heben und dagegen sein, selbst gegen die Kenntnisnahme von Berichten. Dabei geht es um gar nichts. Es geht nur um die Kenntnisnahme eines Berichtes. Aber die FPÖ ist prinzipiell dagegen.

Dass Sie darüber hinaus nicht lernfähig sind, zeigt ein ganz einfacher Umstand: Die Sozialdemokraten heißen seit 21 Jahren Sozialdemokraten. Dass Sie das noch immer nicht in Ihre Wortfindung eingebaut haben, mag Absicht sein. Wenn ich mir aber die Mühe machen müsste, mir zu überlegen, wie die FPÖ schon überall geheißsen hat, welche Namen Sie schon hatten und wie die Partei überhaupt zustande gekommen ist, na dann gute Nacht!

Vielleicht können Sie sich endlich auch einmal aufraffen, im einen oder anderen Bereich lernfähig zu sein, zumindest was die Sozialdemokratie betrifft! Die SPÖ heißt nämlich überall bundesweit Sozialdemokratie, und das seit 21 Jahren. Ansonsten möchte ich dazu gar nichts sagen, weil die Punkte, die Sie hier anführen, wirklich aus dem Zusammenhang gerissen beziehungsweise halb wahr sind und so nicht stimmen. Das zu erklären, würde jedoch den Rahmen des gesamten Tages sprengen. Aber so ist es mit den Wortmeldungen. *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* Nein! Ich geniere mich höchstens dafür, mit Ihnen im selben Raum zu sein! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – GR Mag Wolfgang Jung: Dann gehen Sie hinaus! Niemand hindert Sie daran!)*

Sonst geniere ich mich für nichts. Dass wir einander immer wieder begegnen, weil wir beide Liesinger sind, liegt halt in der Natur der Dinge, dagegen kann man nichts machen! Dafür nehme ich auch gerne einen Ordnungsruf entgegen, denn dazu stehe ich, Herr Jung. *(GR Mag Wolfgang Jung: Herr vergib ihr, denn sie weiß nicht, was sie redet!)* Zitieren Sie bitte nicht die Heilige Schrift falsch! – Aber das macht ja alles nichts. Ich möchte mich damit nicht weiter beschäftigen.

Zu Kollegen Maresch möchte ich sagen: Sie haben natürlich recht, was die Mietpreise betrifft. Aber ich möchte nicht unerwähnt lassen, dass es da natürlich um den privaten Mietzinsbereich und nicht um die Gemeinde

Wien geht. Das ist ganz wichtig. Da liegen die Erhöhungen nämlich unter der Inflationsrate. *(Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)* Darf ich das ergänzen? – Danke.

Zu Frau Holdhaus möchte ich gerne bemerken: Wenn Sie diese 28 Mitarbeiter anführen und sagen, dass es jetzt keine Abfallberatung mehr in Wien gibt, dann trifft das nicht zu. Abfallberatung hat immer stattgefunden und findet auch statt. Fünf dieser Mitarbeiter wurden übernommen. Die anderen sind aus Gründen, deren Erläuterung hier auch den Rahmen sprengen würde, nicht mehr bereit, für die Gemeinde Wien zu arbeiten und möchten auch nicht in Gespräche treten. Man wird sehen, wie das weitergeht. Aber der wichtige Punkt, den Sie hier angesprochen haben, ist: Abfallberatung hat immer stattgefunden und wird immer stattfinden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber nun zu meiner eigentlichen Wortmeldung: Frau VBgmin Brauner und auch andere Vorrednerinnen und -redner haben das heute hier schon deutlich angesprochen: Wien ist eine Stadt, die in ihrer Gesamtheit und in ihrer Vielfalt in der Welt bemerkt wird, und zwar positiv bemerkt wird und positiv auffällt. Aber noch viel mehr als das: Wien wird ausgezeichnet, und das nicht nur von irgendwelchen Unternehmungen, sondern, wie heute schon erwähnt wurde, einerseits von UN-Habitat: Diesfalls wurden größtenteils wirtschaftliche Maßstäbe, aber natürlich auch die daraus resultierenden Lebensumstände, Lebensräume und die Infrastruktur der Stadt und die Lebensqualität der Wiener Bevölkerung bewertet, und Wien wurde an den 1. Platz gestellt.

Aber auch bei der Bewertung von Mercer sind wir mittlerweile das dritte Mal in Folge, nämlich 2009, 2010 und 2011, an die 1. Stelle von 221 Städten gereiht worden, und das ist nicht irgendetwas. Das ist eine Menge wert, und das sagt eine Menge über diese Stadt, unser Wien, aus. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Somit erklärt sich natürlich auch die gewisse Erheitung von Journalisten, wenn Herr Strache, wenn er im letzten Wiener Wahlkampf von Journalisten gefragt worden, was er denn in Wien gerne verändern würde, gesagt hat: Ich möchte Wien lebenswerter machen. – Ich kann verstehen, dass die Journalisten darüber amüsiert waren! Er setzt sich nämlich offenbar nicht damit auseinander, was Wien ausmacht. Wir hier tun das hingegen sehr wohl!

Wien ist bekanntlich kein Dorf, wo man mit einer erfolgreichen Blumenschau im Tourismus durchaus punkten kann, sondern Wien ist eine Metropole mit mittlerweile fast zwei Millionen Einwohnern, und den daraus entstehenden Herausforderungen kommt Wien in beispielhafter Art und Weise nach. In den vielen Bereichen, für die das Umweltressort verantwortlich zeichnet, leisten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oft unter auch körperlich sehr schwierigen Bedingungen wie zum Beispiel bei der Straßenreinigung oder der Müllabfuhr, aber auch in der Forstwirtschaft hervorragende Arbeit. Ich möchte mich an dieser Stelle sehr, sehr herzlich bei all diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wir haben in Wien eine klaglos funktionierende Müll-

beseitigung mit Schwerpunkten in der Mülltrennung. So bekommen etwa alle von der Stadt Wien landwirtschaftlich geführten Betriebe Naturdünger aus der Biotonne.

Wie wir aus den Medien und aus eigenen Auslandserlebnissen wissen, funktioniert die Müllbeseitigung nicht in allen europäischen Ländern. Dort ist das einwandfreie Funktionieren dieser Einrichtung nicht immer selbstverständlich, für die Wienerinnen und Wiener hingegen ist das selbstverständlich.

Wir haben in Wien bestes Hochquellwasser, schützen unsere Quellgebiete und sorgen durch die Sanierung der Aquädukte und durch entsprechende Behälter dafür, dass die Qualität des Wassers einwandfrei ist. Auch das ist nicht überall selbstverständlich, für uns Wienerinnen und Wiener ist es das aber.

Außerdem stehen viele Metropolen still, wenn der Wintereinbruch völlig überraschend stattfindet. In Wien haben wir dafür Sorge getragen, dass auch für die schlimmsten winterlichen Verhältnisse Streugut vorrätig ist, und wir werden uns in Wien nicht erpressbar machen, nur weil Firmen aus gesteigerter Nachfrage vermehrten Profit schlagen wollen. Wie gesagt: In manchen europäischen Städten – so wie etwa voriges Jahr in Deutschland – ist Schneeräumung in allen Straßen nicht selbstverständlich, für uns Wienerinnen und Wiener ist es das aber.

Dafür, dass man sich wohlfühlt, sind viele Punkte in einer Stadt ausschlaggebend. Dazu zählen vorrangig die Arbeitssituation, der Wohnraum, die gesundheitliche Versorgung, Bildung, aber auch Freizeitmöglichkeiten. In Wien ist die Magistratsabteilung 42 verantwortlich für über 850 Parkanlagen, 650 Ballspielplätze und knapp 300 Kleinkinderspielplätze. Wir haben 118 000 einzelne Bäume in den Parkanlagen zu betreuen, und in den Alleen sind es 92 600 Bäume.

Im Jahr 2013 werden in Wien zahlreiche Parks auch auf Basis von Bürgerbeteiligungsverfahren umgestaltet und neu errichtet werden. Kollege Maresch hat einige davon schon angeführt. Es sind dies etwa das Rosarium und die Rasenterrasse im Donaupark, der Wildganspark im 3. Bezirk, der Neubaugürtelpark im 7. Bezirk, und im 15. und 17. Bezirk werden ebenfalls Parks umgestaltet. Mit den Stadterweiterungsprojekten werden wir in Wien nächstes Jahr insgesamt 112 500 m² Parkanlagen umgestalten und neu errichten. – Da kann uns niemand vorwerfen, dass wir uns nicht in einer sehr ausführlichen und sorgsamem Art mit der Umwelt beschäftigen!

Diese Stadterweiterungsprojekte beinhalten den Jugendpark zwischen Nordbahnstraße und ÖBB-Trasse mit einer Fläche von 6 200 m², einen Park von 11 000 m² im 3. Bezirk am ehemaligen Aspang-Bahnhof und den Helmut-Zilk-Park am neuen Hauptbahnhof mit 67 000 m² Parkfläche. Außerdem werden wir im kommenden Jahr 14 Millionen EUR für die Betreuung der Wald- und Grünflächen zur Erhaltung der Erholungsfunktionen aufwenden. Sieben Wiener Gemeindebezirke sind Bestandteil des Biosphärenparks Wienerwald. Es ist dies das letzte große, zusammenhängende Buchenwaldgebiet Mitteleuropas, und eine besonders nachhaltige sowie natur- und umweltschonende Entwicklung unter Einbindung der

Bevölkerung ist uns in diesem Zusammenhang wichtig.

Aber über all diese Bereiche, die heute nur sehr ansatzweise zur Sprache kommen, hinaus ist eine politische Stellungnahme für uns alle in Wien und Umgebung Lebenden von eminenter Bedeutung, nämlich der politische Zugang zur Atomenergie. Die Stadt Wien und in ihrem Ressort federführend Frau StRin Sima setzen sich seit Langem aktiv im Kampf gegen grenznahe Atomwerke und im Besonderen gegen Mochovce, das von Wien nur 160 km entfernt ist, ein. Im Zuge dessen wurde eine Klage bei der EU-Kommission eingebracht, die zwar wegen Formalfehlern abgelehnt wurde, es wurde aber Berufung erhoben. Und in Brüssel wird mit EU-Abgeordneten und Kommissionsvertretern Lobbying für ein atomfreies Europa betrieben.

Die Wiener Umweltschutzorganisation hat im September im Europäischen Parlament eine Ausstellung über die dramatischen Auswirkungen von Uranabbau und die zusätzlich daraus resultierenden massiven CO₂-Ausstößen gezeigt. Das hatte Resonanz, und diese aufrüttelnde Ausstellung wird nun als Wanderausstellung an interessierte Städte verliehen und soll ebenfalls in unseren Schulen gezeigt werden.

Eine internationale Vernetzung gegen die Ausbaupläne der Atomlobby ist unerlässlich, denn nicht erst seit den Stresstests ist klar, dass der Zustand der grenznahen Atomwerke besorgniserregend ist. Kein einziges Kraftwerk wurde als sicher eingestuft. Daher wurde ein Städtenetzwerk ins Leben gerufen, dessen Ziel es ist, mit vielen Partnerstädten gegen die Atomlobby vorzugehen und Alternativen zur Nuklearindustrie auf EU-Ebene zu forcieren. Konkret wird Wien in diesem Anliegen bereits von Antwerpen, Frankfurt, Köln, Manchester, München und Nikosia unterstützt, und andere Städte wie Genua oder Zürich sind an einer gemeinsamen Vorgangsweise interessiert. Die Stadt Wien kämpft auf allen Ebenen weiter für die Schließung unsicherer Kraftwerke in unseren Nachbarstaaten und gegen den Ausbau der Kernenergie und sucht weiterhin nach Verbündeten für den europäischen Atomausstieg.

Ich möchte schließen mit einer Information des aktuellen Kontrollamtsberichtes zu Wien Energie: Der Energieherkunftsnachweis bestätigt, dass die Wien Energie zu 100 Prozent atomfrei ist, und das ist ein positives Zeugnis für die Umweltpolitik in Wien. – Danke (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Flicker. Ich erteile es ihm. Die Redezeit ist auf 10 Minuten eingestellt.

GR Martin **Flicker** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf heute die Möglichkeit nützen, mich im Rahmen des Umweltressorts speziell der Landwirtschaft in der Stadt Wien zu widmen. Die Stadtlandwirtschaft ist von großer Bedeutung für Wien. Sie versorgt die Wiener mit Lebensmitteln höchster Qualität. Es werden rund 6 000 Hektar bewirtschaftet. Gartenbau, Obstbau, Weinbau und Ackerbau sichern die Nahversorgung mit fri-

schen Lebensmitteln aus regionaler Herkunft. Von rund 700 Betrieben werden Obst, Gemüse, Blumen und Wein direkt für die Wienerinnen und Wiener produziert. In Zahlen sind das zirka 110 000 Tonnen Lebensmittel, davon zirka 60 000 Tonnen Gemüse und etwa 1 500 Tonnen Obst.

Durch kurze Transportwege wird die Umwelt geschont, und die Produkte sind frischer und schneller bei der Wiener Bevölkerung. Allerdings wird den Landwirten immer wieder vorgeworfen, sich an Förderungen zu bereichern. Vor allem die Arbeiterkammer schürt diesbezüglich immer wieder eine Neiddebatte. Dennoch sind die Maßnahmen wichtig für die Sicherung der regionalen Produktion.

Hiezu darf ich einige Fakten und Zahlen vorbringen: Das Agrarbudget für die Wiener Landwirtschaft beträgt insgesamt rund 3 Millionen EUR. Davon gehen rund 150 000 EUR in Bildung, Beratung und Service der Wiener Landwirtschaftskammer. Die restlichen Gelder sind aufgestaffelt und werden wie folgt aufgeteilt: Erstens in kofinanzierte Mittel durch EU, Bund und Land, zweitens in kofinanzierte Mittel durch Bund und Land und drittens in Landesmaßnahmen.

Ich darf auch diese Punkte wieder mit einigen Zahlen untermauern: Die Kofinanzierung durch EU, Bund und Land teilt sich in 50 Prozent EU-Mittel, 30 Prozent Bundes- und 20 Prozent Landesmittel. Das sind ungefähr 900 000 EUR Landesmittel, die durch den Bund auf 1,3 Millionen und durch die EU auf 2,2 Millionen EUR ergänzt werden. Darin enthalten sind ÖPUL-Maßnahmen, nämlich Abgeltungen für umweltgerechtere Wirtschaftsmaßnahmen.

Außerdem sind darin Investitionsförderungen enthalten, die gesichert werden und so die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe sichern und die Produktion in Wien aufrechterhalten. Weiters ist darin die Wertschöpfung von vor- und nachgelagerten Betriebsbereichen in der Region enthalten. Somit können Arbeitsplätze gesichert und Betriebsschließungen vermieden werden. Schließlich wird auch in betriebliche Aus- und Weiterbildung investiert.

Die national kofinanzierten Maßnahmen von Land und Bund beinhalten die Förderungen zur Markterschließung und Vermarktung von Gemüse, Obst und Wein. Die Sicherung der Agrarinvestitionskredite und die Zuschüsse zur Hagelversicherung ermöglichen ein verbessertes Risikomanagement im Hinblick auf immer extremere Wetterkapriolen. Die reinen Landesmaßnahmen in Höhe von 810 000 EUR umfassen zum Beispiel eine Sturm- und Mehrgefahrenversicherung. Durch Prämienzuschüsse oder durch die Aufstockung von Investitionen in Energiesparmaßnahmen oder qualitätsfördernde Maßnahmen ergeben sich die sogenannten Top-ups.

All diese Maßnahmen sichern die Wiener Landwirtschaft, und dadurch wird auch die Wiener Bevölkerung ständig profitieren. Die Stadtlandwirtschaft fördert zudem die Lebensqualität durch den Erhalt der Kulturlandschaft. Dadurch finden die Wienerinnen und Wiener entsprechenden Raum für Naherholung. Die Landwirtschaft in Wien steht für Nahversorgung, Lebensmittelsicherheit,

Beschäftigungssicherheit, Umweltleistungen, Naherholung und dadurch für Lebensqualität in unserer Stadt. – Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Unger. Ich erteile es ihm, wobei ich vermerke, dass 10 Minuten eingeloggt sind.

GR Christian **Unger** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadtrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe ZuseherInnen auch im Internet!

Ganz kurz nur zu den Vorrednern: Frau Kollegin! Ich sehe sie gerade nicht, sage aber trotzdem: Sie haben schon recht, dass wir gewisse Berichte nicht zustimmend zur Kenntnis nehmen. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis, aber das kleine Wörtchen zustimmend fehlt, denn wenn ich einen Antrag stelle und eine gegenläufige Antwort bekomme, dann kann ich ja nicht zustimmend zustimmen!

Wir diskutieren hier das Umweltkapitel des Wiener Budgets, und wie sich immer wieder herausstellt, sind viele Kritikpunkte der letzten Jahre noch immer existent. Es fehlen Innovationen, und es fehlen ganz massiv Weichenstellungen für die Zukunft.

Umweltpolitik sollte meines Erachtens gerade bei einer rot-grünen Regierung bedeuten, dass der öffentliche Verkehr finanziell forciert wird. Das würde sich die Bevölkerung von einer sogenannten Ökokoalition wahrscheinlich überhaupt erwarten. Aber die Wienerinnen und Wiener haben sich getäuscht, beziehungsweise sie wurden – wie ich jetzt ganz bewusst sage – getäuscht. Das wichtigste Schnellverkehrsmittel in Wien ist unbestritten die U-Bahn, und trotz der Steigerung des Budgetdefizits von – wie wir heute schon gehört haben – über 400 Millionen sind die Investitionen in den U-Bahnausbau 2012 wieder um 37 Millionen EUR und seit dem Amtsantritt dieser rot-grünen Regierung im Jahr 2010 um insgesamt 113 Millionen EUR gesunken. Und das, obwohl die Wiener seit den bekannten neuen Inkassoaktionen gegen die Autofahrer regelrecht gezwungen werden, das Auto stehen zu lassen, und zwar dort stehen zu lassen, wo die wenigen Parkplätze – wie man wirklich sagen muss – zu einem Raubrittergut verkommen sind. Man darf dabei auch nicht vergessen – es wurde heute erwähnt, aber man sollte das immer wieder in die Diskussion einbringen –, dass es durch die Erweiterung der Inkassoflächen der Kurzparkzonen fast eine Verdoppelung der Einnahmen der Parkometersteuer gegeben hat, nämlich von 72 auf 139 Millionen EUR. Das ist eine Erhöhung von 66,7 Prozent, und wir stehen zu unserer Meinung, dass diesen Inkassomaßnahmen kein Lenkungseffekt entgegensteht.

Meine Damen und Herren! Bemerkenswert ist im vorliegenden Budget, dass es einen Überschuss bei der Müllsteuer von 48,3 Millionen EUR und bei der Wasserabgabe, die wir, wie Sie wissen, laut Rechnungshof als Steuer bezeichnen dürfen, einen Überschuss 85,5 Millionen EUR gibt.

Negative Zahlen gibt es aber bei anderen umweltrelevanten Themen. Sie haben richtig gesagt, dass die kommunalen Investitionen im Budget für 2013 gestiegen

sind. Seit Amtsantritt dieser Regierung sind sie allerdings nur um 7 Millionen EUR gestiegen, das heißt, seit 2010 ist die städtische Investitionsquote um genau 1 Prozent gesunken, und das ist nicht unbedingt etwas, worauf man stolz sein soll!

Darauf sollte man wirklich nicht stolz sein, überhaupt wenn man sich anschaut, dass die gesamte Wirtschaftsförderung der Stadt Wien seit 2010 um 34 Millionen EUR gesunken ist. Besonders davon betroffen sind, wie üblich, die Klein- und Mittelbetriebe, in diesem Bereich gab es eine Senkung um 6 Millionen EUR. Sie erwarten von der Wirtschaft, dass sie umweltrelevante Akzente setzt, sind aber nicht bereit, dies in irgendeiner Art und Weise zu honorieren und zu unterstützen. In Anbetracht dessen frage ich mich: Wie wollen Sie die Wirtschaft zu solchen Dingen zwingen? (*Beifall bei der FPÖ.*) Danke.

Ganz kurz zur Umweltpolitik. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Wirklich kurz!*) Vielleicht auch ein bisschen länger! – Im Zusammenhang mit Umweltpolitik der Stadt Wien wurde heute schon der Antiatomgipfel in Wien angesprochen. Die Forderung, dass EU-Gelder keinesfalls in Laufzeitverlängerungen von Atomanlagen fließen dürfen, ist richtig. Euratom-Gelder dürfen nur für konkrete AKW-Stilllegungen verwendet werden: Stimmt! Österreich soll in den jeweiligen Gremien gegen die geplante Kreditvergabe stimmen: Stimmt! (*Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.*) Ich darf wohl auch einmal etwas Positives sagen!

Keinesfalls soll das Euroatom-Forschungsbudget, wie geplant, um 15 Prozent erhöht werden. Diesen Punkt möchte ich kurz herausheben. Wir hatten nämlich diesbezüglich Erfolg in den Verhandlungen, dieser Punkt war vorher nicht darin enthalten. (*Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.*) Wir haben heute um 9 Uhr in der Früh keinen Resolutionsentwurf bekommen. Würde man uns die Unterlagen früher zuschicken, dann könnten wir uns auch ein bisschen mehr einbringen!

Darüber hinaus, meine Damen und Herren, fordern die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Wiener Antiatomgipfel ein klares Signal des EU-Energieministeriums, dass Atomkraft nicht in den Energiemix der Zukunft gehört und die geplante Förderung der Kernenergie eine unerlaubte Subvention darstellt.

Dazu möchte ich bemerken: Es gibt nun schon seit drei Jahren jährlich einen Antiatomgipfel. Das ist eine gute Sache. Es erhebt sich allerdings die Frage: Was hat das gebracht? – Es hat nicht viel gebracht! Wirklich etwas gebracht hätte es dann, wenn Sie, über Ihren Schatten springend, die Forderung der Freiheitlichen betreffend einen bedingungslosen Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag unterstützt hätten, anstatt in Vereinigung vor der Atomlobby jedes Jahr ein Gipfelchen zu veranstalten, obwohl im Endeffekt noch immer die Schrottmüller an der Grenze stehen.

Zur Feinstaubproblematik: Feinstaub ist fraglos ein wichtiges Thema. Dieses wurde immer wieder angesprochen, es gibt aber noch immer keine Erfolgsmeldung. (*Zwischenruf von GRin Dr Jennifer Kickert.*) Das ist ein wichtiges Thema, Frau Kollegin, vielleicht hören Sie mir kurz zu! Es gibt noch immer keine Förderung für die

Anschaffung von LKW der Schadstoffklasse 6 für Unternehmer. Internationale Studien zeigen, dass die Euro-6-Norm für LKW ein wichtiges Instrument zur Reduzierung von Feinstaub und Stickoxiden ist und damit naturgemäß zur Verbesserung der Luftqualität beiträgt, was in den kommenden Tagen, wenn wieder gestreut werden wird, wahrscheinlich wieder ein sehr wichtiger Punkt sein wird.

Sie aber haben andere Interessen. Sie haben andere Möglichkeiten, wie man in Wien die Umweltpolitik verbessert. Sie erhöhen, wie wir schon gehört haben. (*Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.*) Ja. Ich mosere jetzt auch. Sie erhöhen die Müllgebühren um 6 Prozent, ebenso die Kanalgebühren. Sie erhöhen den Gaspreis um 16 Prozent, den Fernwärmetarif um 17 Prozent, die Wassergebühren um 33 Prozent. Das haben wir heute schon gehört. Aber trotz dieses Griiffs ins Börsel steigt das Defizit der Stadt Wien um 480 Millionen EUR. Gesamtschuldenstand seit Beginn dieser Koalition: 1,7 Milliarden EUR. Und Sie sagen zu allem einen Ihrer lustigen oder nicht lustigen Sprüche, und irgendwie passt es schon.

Durchschnittliche Familien werden – wie wir heute schon gehört haben – mit umgerechnet 548 EUR pro Jahr belastet, dividiert durch 12 sind das 46 EUR. Da vergisst man dann schon schnell, dass die U-Bahn ein bisschen – und gar nicht so viel – billiger geworden ist, wie Sie es versprochen haben. Und man vergisst natürlich nicht, dass die U1 im Sommer streckenweise nicht gefahren ist und dass die U4 bald auch wieder ein paar Monate nicht auf der Strecke fahren wird. Und das trotz der Erhöhung des Einzeltarifes! Das verschleiern Sie ja immer wieder gerne.

Nun zu einem meiner Lieblingsthemen. Man darf auch nicht ganz vergessen, dass die Hundesteuer um 65 Prozent und für jeden zweiten Hund um 60,6 Prozent erhöht wurde. Das war wieder ein Anschlag auf die Bürger, und diesfalls vor allem auf die Mindestpensionistinnen und Mindestpensionisten. Hunde sind oft die einzigen Freunde im Leben, die diese Menschen noch haben, und dieser Trost wird ihnen durch Ihre Gebührenerhöhung vergällt. Aber wir haben natürlich wie üblich schnell einen Slogan zur Hand: Nimm ein Sackerl für dein Gackerl, so lange du es dir noch leisten kannst!

Nicht gespart wird hingegen – das haben meine Kolleginnen und Kollegen schon angeführt – bei Werbekampagnen: Hochglanzpapier, bestes Licht für die amtsführenden Stadträtinnen und Stadträte, und es gibt nicht nur im Umweltbereich, sondern in vielen anderen auch unendlich viele Awards, Auszeichnungen et cetera. Ich glaube, manche sind nur dafür geschaffen worden, dass sich die Stadträte in gutem Licht verkaufen lassen können.

Abschließend möchte ich noch etwas sagen, und man soll ja immer mit etwas Positivem aufhören: Sie fragen sich, wie Steuergeld unserer Meinung nach sinnvoll verwendet werden könnte. – Ich verstehe, dass Sie das nicht wissen, daher nenne ich Ihnen jetzt ein paar Vorschläge aus unserem Konjunkturpaket. Wir schlagen zum Beispiel eine Senkung des Gaspreises um 20 Prozent vor. Wir schlagen eine Senkung des Strompreises

um 10 Prozent vor. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Und wer zahlt das?*) Indem man andere Posten halt reduziert!

Wir fordern eine Senkung der Wasser-, Kanal- und Müllgebühren um 15 Prozent. Wir fordern eine Beschleunigung des U-Bahn-Ausbauprogrammes. Wir fordern eine Investitionsoffensive bei den Wienern Spitälern. Wir fordern einen Finanzplan, damit man weiß, wie man es zahlt. (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) Wir fordern einen Finanzplan für die Sanierung des Wiener Budgets.

Sie erfreuen sich an Ihrer unsozialen Politik. Sie wollen noch einmal Kasse machen bei den Armen dieser Stadt und beim Mittelstand, bevor Sie zu Recht abgewählt werden. So sieht Ihre Politik aus! Sie sollten sagen: Entschuldigung! Wir können es nicht besser!, anstatt zu sagen: Passt schon!

Wir werden diesem Budget nicht zustimmen. – Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Schubert. Ich erteile es ihr, wobei ich festhalte, dass auch für sie 10 Minuten Redezeit eingestellt sind.

GRin Ingrid **Schubert** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Ich möchte nur kurz zu meinen beiden Vorrednern ein Statement abgeben und dann gleich zum eigentlichen Thema übergehen.

Kollege Flicker von der ÖVP hat einen landwirtschaftlichen Bericht abgegeben, den wir so zur Kenntnis nehmen.

Kollege Unger von den Freiheitlichen hat wie immer quer durch die Geschäftsgruppe alles kritisiert und versucht, alles schlechtzureden. Ich denke, das zu kommentieren oder zu diskutieren, wäre vergeudete Zeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Zuge der Budgetdebatte möchte ich im Sinne des Natur- und Umweltschutzes die Thematik am Beispiel Trinkwasser, Gewässerschutz und Abfallbeseitigung beleuchten.

Wie wir wissen, ist Wasser und im Speziellen Trinkwasser weltweit eine der wichtigsten Ressourcen für alle Menschen. Wir in Österreich und speziell in Wien sind geographisch klar gegenüber vielen Ländern bevorzugt. Dieses mittlerweile fast selbstverständlich vorhandene Gut weist in Wien eine fast weltweit einzigartige Qualität auf. Die Stadt Wien hat als erste Stadt der Welt das weiße Gold unter Verfassungsschutz gestellt, und nicht umsonst ist Wien die lebenswerteste Stadt der Welt, und auf Grund des Bevölkerungswachstums in Wien wird regelmäßig darauf geachtet, dass dies auch so bleibt.

Die Erste und Zweite Wiener Hochquellenwasserleitung mit Ursprung in den steirisch-niederösterreichischen Alpen versorgen derzeit mit 130 Aquädukten, 30 Wasserbehältern mit insgesamt 1,65 Millionen Kubikmetern Vorratsvolumen sowie 24 Pumpwerken zirka 1,7 Millionen Menschen in Wien mit zirka 380 Millionen Liter Wasser pro Tag. Alle Wiener Haushalte sind an das öffentliche Wasserversorgungsnetz über ein Rohrnetz mit einer Länge von 3 300 km angeschlossen. Regelmäßige In-

standhaltungen und zielgerichtete Investitionen sind daher ein Muss, um mindestens diese Qualität für alle Bürgerinnen und Bürger zu erhalten.

Die notwendige Erhöhung der Wassergebühr mit 1. Jänner 2012 im Rahmen des Valorisierungsgesetzes erfolgte fast ausschließlich für Investitionen in die erforderliche Rohrnetzerzeugung auf Grund des steigenden Bevölkerungswachstums in der Stadt. Für das Jahr 2013 sind für Investitionen und Erhaltungsarbeiten 59 Millionen EUR projektiert. Notwendige Projektierungen beziehungsweise Vorhaben im Rahmen der Qualitätssicherung sind derzeit die Erneuerung der Transportleitungen im Bereich Grinzinger Allee, die Erneuerung der Transport- und Versorgungsleitungen im Bereich des Gürtels, im 8., 9, und 17. Bezirk, und der wichtigen Versorgungsleitung für den 21. und 22. Bezirk. Weiters wird auch eine Erneuerung der Querung des Donaukanals neben der Erdberger Brücke vorgenommen, ebenso eine Erneuerung der Versorgungs- und Transportleitung im Bereich der Anton-Baumgartner-Straße und Altmannsdorfer Straße in teilweise grabungsarmer Bauweise.

Als weitere Tätigkeiten sind neue Rohrverlegungen beziehungsweise Restaufschließungen, die Herstellung der Wasserleitungen im Bereich des Bahnhofs Wien – Europa Mitte, die Neuerrichtung des Behälters auf dem Kahlenberg und die Sanierung der Aquädukte in Baden zu nennen.

Die grundsätzliche Konzeption der Rohrnetzerzeugung wird in einem Sechs-Säulen-Modell als Basis der Baustellenplanung durchgeführt, basierend auf der Weiterentwicklung des Netzinformationssystems NIS, laufender Leckortung, innovativen grabenlosen Bauverfahren, Synergieeffekten. Mit akkordierten Baumaßnahmen sowie Prioritätenreihungen nach Hauptverkehrsstraßen werden die aktuellen, wichtigsten Erneuerungsabschnitte festgelegt.

Auch wird mit den Hochquellwasserleitungen Energie mittels Kraftwerken beziehungsweise Kleinkraftwerken entlang der Strecke erzeugt. In diesem Zusammenhang ist ebenfalls die Erweiterung der Energiegewinnung geplant. Diesbezüglich wird die Erweiterung der Kraftwerke Nasswald und Wienerberg projektiert beziehungsweise umgesetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht nur die Qualität des Trinkwassers, sondern auch die Qualität unserer Gewässer in Wien sind im Rahmen des Natur- und Umweltschutzes ein wichtiges Thema. Auch im Bereich des nationalen Gewässerschutzes kann sich Wien sehen lassen. Die nationalen Vorgaben durch den Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplan, kurz NGP, werden in Wien jedenfalls strategisch und sinnvoll umgesetzt. Konkrete Maßnahmen sind unter anderem die Beseitigung von Wanderhindernissen für Fische und die Verbesserung der lokalen Gewässerstruktur sowie spezielle Planungsleistungen für das Projekt Renaturierung des Wienflusses vom Abschnitt Nikolaisteig bis zur Mündung Halterbach.

Damit stark verbunden ist der lokale Hochwasserschutz in Wien. Speziell im Programm Hafenumschließung Albern und Aufhöhung des Alberner Hauptdammes

werden im Rahmen des Hochwasserschutzes Maßnahmen im nächsten Jahr gesetzt werden. Die derzeit laufende Sanierung des Hochwasserschutzes im Bereich des Wienflusses zwischen der Bahnstraße und der Alois-Czedik-Gasse beinhaltet auch Maßnahmen, mit welchen dafür Sorge getragen wird, Fischwanderstrecken, die bisher nicht möglich waren, wieder „fischpassierbar“ zu machen.

In Kooperation mit den Wiener Linien und dem Bund wird gerade auch die Sanierung der Standfestigkeit der rechten Wienflussmauer durchgeführt. So werden auch in diesem Bereich stets nachhaltig die Qualität und der Hochwasserschutz unserer Gewässer in Wien optimiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Genauso wichtig wie das Wasser, das Trinkwasser und der Hochwasserschutz, ist auch die Abfallbewirtschaftung. Auch im Bereich der Abfallbewirtschaftung wurden zukunftsorientierte Maßnahmen durch die Gemeinde Wien gesetzt. Derzeit befindet sich das Abfalllogistikzentrum Pfaffenau in Bau. Die Errichtung des Abfalllogistikzentrums ist eine Maßnahme, mit der die langfristige umweltfreundliche und zuverlässige Behandlung aller anfallenden Abfälle sichergestellt werden kann. Die Fertigstellung dieser Anlage ist für das nächste Jahr geplant.

Mit der Aktion „Wien räumt auf – mach mit!“ wurde in einer groß angelegten Putzaktion, an der zirka 15 000 Wienerinnen und Wiener sowie prominente Unterstützer teilgenommen haben, versucht, die Thematik des Umweltbewusstseins im Bewusstsein unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger zu stärken. Insgesamt wurden bei dieser Aktion rund 34 Tonnen Mist gesammelt und gemeinsam mit der MA 48 anschließend fachgerecht entsorgt. Diese erfolgreiche Aktion wird auch im Jahr 2013 wieder stattfinden.

Auch die Aktion „Saubere Stadt“, die im Jahr 2007 ins Leben gerufen wurde, wird jährlich durch die Stadt Wien weitergeführt. Damit konnte bereits ein umfangreiches Maßnahmenpaket für mehr Sauberkeit in der Stadt umgesetzt werden. Die Maßnahmen dieser Aktion umfassen die Bereitstellung ausreichender Papierkörbe, die Ausweitung des Einsatzes von Aschenrohren und Unterflurpapierkörben sowie die Bereitstellung von Hundekotsackerlspendern.

Auch die ins Leben gerufenen Waste Watcher verrichteten ihren bedeutenden Dienst im Namen der Sauberkeit und Umwelt für unsere Stadt.

All diese Maßnahmen sind ein wesentlicher Beitrag zur Reduktion des Mülls in unserer Stadt beziehungsweise auf unseren Wiener Straßen.

Weiters kann man im Bereich des Winterdienstes der Stadt auf die Umsetzung umweltfreundlicher und nachhaltiger Ziele zurückschauen. Auf die immer größer werdende Feinstaubbelastung, die auf Grund der immer größer werdenden Verkehrsbelastung auftritt, haben wir umweltbewusst reagiert. Zum Ersatz des herkömmlichen Streusplitts wird nun im Rahmen des Winterdienstes immer mehr auf Feuchtsole umgestellt, und diese Maßnahme wird auch im Jahre 2013 vorangetrieben.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (*unterbrechend*): Bitte zum Schlusssatz zu kommen!

GRin Ingrid **Schubert** (*fortsetzend*): All diese notwendigen umwelttechnischen Maßnahmen machen unsere Stadt im internationalen Vergleich zur lebenswertesten Stadt der Welt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte an dieser Stelle nicht verabsäumen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsgruppe Umwelt für ihre hervorragende Arbeit Dank zu sagen. – Danke schön. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich mitteilen, dass GR Nepp von 16 bis 18 Uhr und GR Strobl von 18 bis 20 Uhr entschuldigt sind.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Walter. Ich erteile es ihm. Für ihn ist die vorgemerkte Redezeit mit 5 Minuten angegeben.

GR Norbert **Walter**, MAS (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Wenn Kollege Maresch davon spricht, dass ihm Kollegin Holdhaus den Kopf gewaschen hat, dann mag er vielleicht nicht ganz unrecht haben. Wenn man sich nämlich seine Reden anschaut, die er als Oppositionspolitiker gehalten hat, dann kann man tatsächlich feststellen, dass er damals beileibe etwas frecher und aufmüpfiger war, als er es jetzt als Regierungsmitglied in Sachen Umwelt ist. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Jetzt bin ich sachlicher!*) Ich weiß nicht, ob das sachlicher ist! Das kann ich jetzt nicht unbedingt behaupten. (*Weiterer Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.*)

Herr Kollege Maresch! Ich meine, das Parkpickerl als Umweltschutzmaßnahme zu bezeichnen, ist schon eine kleine Chuzpe, oder? (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) Ganz ehrlich: Außer dass ihr dort Geld kassiert, geschieht wirklich nicht viel! In Wahrheit hast du meinen Spruch, den ich damals schon einmal in diesem Hause geprägt habe, bestätigt. Ich habe gesagt, Grün sein muss man sich leisten können. Das heißt: Wenn ich einen Parkplatz will – Umweltschutzmaßnahme laut Maresch – dann brauche ich viel Geld, denn sonst kann ich ihn mir nicht leisten. Und im Übrigen kostet ein Parkplatz mehr als die berühmten 7 EUR, die eure Vizebürgermeisterin vorgeschlagen hat. Wie wir wissen, kostet der Parkplatz in Summe etwa 40 EUR pro Quadratmeter, und umgekehrt ist das Wohnen dann trotzdem noch eine Spur billiger, nur um das einmal zu sagen. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Das habe ich eh immer gesagt!*)

Ich habe es übrigens auch putzig gefunden, wie du mit der Frau Stadträtin bezüglich der Gemeinschaftsgärten posiert hast. Das Hefflerl, das ihr da verschickt habt, hat mir nämlich auch nicht schlecht gefallen. (*Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.*) Das denke ich mir, dass euch das gut gefallen hat! Trotzdem hätte ich es fair gefunden ... (*Weiterer Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.*) Nein, nein, danke! Ich stehe nämlich für diejenigen, die tagtäglich in dieser Stadt zur Erhaltung der Kulturlandschaft und dazu, dass Wien die lebenswerteste Stadt ist, beitragen, nämlich die Winzer, Gärtner und Ackerbauer in dieser Stadt. (*GR Mag Rüdiger Ma-*

resch: Vergiss die Jäger nicht!)

Ich glaube, es wäre auch einmal der Mühe wert, sich bei ihnen zu bedanken, ebenso wie ich mich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken möchte, weil man in diesem Ressort tatsächlich zu allen kommen kann, wenn es ein Problem oder Anliegen gibt, und man Gehör findet, wenn es auch letztlich nicht immer so ausgeht, wie man es gerne hätte; aber man kann zumindest mit den Damen und Herren reden.

Zur Geschichte Lebensmittelverschwendung: Herr Kollege Maresch! Der Bauernbund hat – falls du das nicht mitbekommen hast – mehrere Aktionen zu diesem Thema in Wien gesetzt. Im Übrigen ist unser Prinzip immer das: Teller, Trog, Tank. Und damit ist auch klar, wohin die Reise geht. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Hoffentlich habt ihr das Impressum bekannt gegeben!*) Das brauchen wir nicht bekannt geben, weil die Leute eh wissen, wofür wir stehen und was wir tun.

Ein paar Punkte, die mir aufgefallen sind, möchte ich aber trotzdem noch kurz anreißen, weil sie so irgendwie nicht zusammenpassen. Wir haben in Wien ein Jagdgesetz, ein Naturschutzgesetz und natürlich Umweltschutzgesetze. Wenn heute ein Winzer einen jungen Weingarten einrichtet und zum Schutze einen Zaun baut, was ihm das Jagdgesetz eigentlich vorschreiben würde, weil er alles tun muss, um Wild abzuwehren, dann zwickt sich dort wieder das Naturschutzgesetz in den Hintern, indem es besagt: Zäune sind verboten, die wollen wir eigentlich nicht. – Diese Widersprüche sollte man irgendwann einmal auflösen, denn sonst funktioniert das nicht wirklich.

Dass wir ein Pflanzenschutzgesetz beschlossen haben, ist, glaube ich, in diesem Hause bekannt. Ich halte es aber für nicht gerade sehr professionell, dass man dann auf der Homepage die falsche Version veröffentlicht und mit einem Sternderl darunter schreibt: „Wir garantieren nicht für den Inhalt dieser Veröffentlichung.“ Auch darum sollte man sich einmal kümmern.

Dass wir an der Grenze zu Niederösterreich Weinbau betreiben, ist, glaube ich, auch nicht unbekannt. Tatsache ist, dass dort auf der anderen Seite zehn Meter weiter schadhaftes oder befallenes Rebholz – primär geht es um SK-Stöcke – verbrannt werden darf und bei uns nicht. Wenn dann argumentiert wird, dass es dann vielleicht wieder einen Tag geben könnte, an dem die Feinstaubbelastung höher ist und wir damit in die Breidouille kommen, dann sage ich, dieses Argument ist auch nicht ganz logisch, ich habe nämlich noch nicht erkannt, dass es da irgendwo auch eine Luftgrenze gäbe!

Ich kann mich nicht erinnern, dass das 1 000-Dächer-Programm im Zusammenhang mit Solartechnologie und Fotovoltaik schon zum Abschluss gebracht worden ist, sondern dieses dürfte noch in den Kinderschuhen stecken, die vielleicht zu klein oder zu groß sind, sodass deswegen gejamert wird.

Vorletzter Punkt: An der Villa am Bisamberg im 21. Bezirk sind wir auch schon länger dran, aber deren Zukunft ist nach wie vor offen.

Mein letzter Punkt ist ein Wunsch. Es gab bisher in

Wien zwei sehr erfolgreiche Gartenbauausstellungen, mit der sich die Stadt Wien wirklich einen Namen gemacht hat. Ich meine, es gäbe durchaus auch Anreize, wieder einmal darüber nachzudenken, eine dritte zu veranstalten. Es gäbe dafür genügend Platz, und ich glaube, das würde wieder einmal zum guten Image dieser Stadt beitragen und positive Effekte bewirken. – Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Hofbauer. Ich erteile es ihm und weise darauf hin, dass er sich maximal 10 Minuten Redezeit vorgenommen hat.

GR Manfred **Hofbauer**, MAS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates!

Ich bin überzeugt davon, dass wir uns alle in diesem Hause einig sind, dass das Thema Umwelt und vor allem auch der Bereich Umweltschutz sehr sensibel, aber auch sehr wichtig für unsere Stadt sind.

Entscheidungen, und zwar auch politische Entscheidungen, die in diesem Bereich heute getroffen werden, haben in den meisten Fällen langfristige Auswirkungen auf unsere Stadt und auf unsere Bürger. Deswegen ist es umso wichtiger, dass diese zukunftsweisenden Entscheidungen, die heute getroffen werden, wichtig sind, damit wir unsere Umwelt für uns und für unsere zukünftigen Generationen erhalten und verbessern.

Meine Damen und Herren! Ein riesiger Schritt zu einer besseren Umwelt wäre eine massive Forcierung der Anwendung sogenannter erneuerbarer Energien. Darüber haben wir heute noch wenig gehört, deswegen möchte ich auf dieses Thema auch etwas näher eingehen.

Unter erneuerbarer Energie verstehe ich zum Beispiel Biomassekraftwerke beziehungsweise Biomasseanlagen, Windenergie, Erdwärme, Solarthermie, Fotovoltaik und so weiter und so weiter. Es gäbe da sicherlich noch einige andere aufzuzählen.

Meine Damen und Herren! Mir ist bewusst, dass die Stadt beziehungsweise die Gemeinde Wien in diesem Bereich schon einiges getan hat und auch noch einiges plant und noch einiges tun wird. Ich möchte jetzt zwei, drei positive Dinge hervorheben, die mir ganz gut gefallen haben. So gefällt mir zum Beispiel das Projekt ÖkoBusinessPlan besonders gut, bei dem im Bereich der Umwelt innovative Firmen alljährlich mit einem Umweltpreis ausgezeichnet werden. Was mir als Simmeringer aber ganz besonders gut gefällt, ist, dass die Hauptkläranlage Simmering jetzt noch ausgebaut wird. Das ist meiner Überzeugung nach wirklich ein innovativer Betrieb, auf den die Stadt Wien stolz sein kann und den man auch als Vorzeigeprojekt vorweisen kann.

Ganz besonders wichtig und ein Anliegen im Bereich der Umwelt ist mir, dass nicht nur große Unternehmen und große Betriebe die Wichtigkeit des Umweltgedankens erkannt haben, sondern dass jeder Haushalt und jeder Bürger dieser Stadt sich mit Umweltmaßnahmen und Umweltgedanken identifiziert. Gerade bei der Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit der Wiener Bevölkerung

in Sachen Energieeffizienz, erneuerbare Energie, rationeller und sparsamer Umgang mit Energie, Schonung von Umwelt und Ressourcen muss in dieser Stadt meiner Überzeugung nach noch viel mehr geschehen. Ich bin mir nämlich ziemlich sicher, dass dieser Umweltgedanke bei vielen Haushalten noch gar nicht richtig angekommen ist, weil sich die Menschen in unserer Stadt derzeit viel mehr Gedanken darüber machen müssen, wie sie die finanziellen Belastungen, die in den letzten Jahren auf die Haushalte durch dieses rot-grüne Belastungspaket zugekommen sind, bewältigen können.

Für Aufklärungsarbeit zum Thema Energiesparen und Umweltschutz sollten die nicht unerheblichen Werbemittel, die dieser Stadt zur Verfügung stehen, massiv umgeschichtet und eingesetzt werden. Das wäre auf jeden Fall sinnvoller und wichtiger, als wenn hunderttausende Euro jährlich für – sagen wir es einmal so – hinterfragenswürdige Plakataktionen verwendet werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Mit einer Aufklärungskampagne der Wiener Haushalte im Hinblick auf den Einsatz von LED-Energiesparlampen, eine Reduktion des Standby-Verbrauchs bei technischen Geräten, eine bewusste Raumtemperaturabsenkung, den Einsatz von Wasserspararmaturen – um hier nur einige Möglichkeiten aufzuzählen – könnte extrem viel für unsere Umwelt getan werden, es könnten auf diese Weise aber auch die privaten Haushaltskassen geschont und finanziell entlastet werden. Um aber dieses Umdenken bei den Haushalten einzuleiten, wäre es meiner Überzeugung nach ganz wichtig, entsprechende Informationskampagnen zu starten. Es wäre aber auch wichtig, dass man von Seiten der Stadt über gute Anreizsysteme für die Haushalte in Richtung Energieeffizienz nachdenkt. Ich bin nämlich überzeugt davon, dass sich der Bürger nur dann, wenn er sich mit seinen Energieproblemen nicht allein gelassen fühlt, auf notwendige Investitionen, welche der Umwelt und dem Naturschutz dienlich sind, auch wirklich einlassen wird.

Die Politik kann und muss durch Lenkungsmaßnahmen den Startschuss zu einer Energiewende geben. Es ist mir allerdings auch völlig klar, dass es schwer möglich ist, ein Umdenken in Richtung erneuerbarer Energieträger in den Köpfen der Menschen in wenigen Jahren zu bewerkstelligen. Es soll aber auch klar sein: Wer heute nicht handelt, wird schon bald einen sehr hohen Preis für Untätigkeit und Nichthandeln zu bezahlen haben.

Eine weitere schwerpunktmäßige Thematik, die im Umweltressort angesiedelt ist, nämlich das Thema Tiererschutz, möchte ich jetzt noch ansprechen und mich besonders auf das Thema Hundehaltung in Wien konzentrieren. Die Wiener FPÖ sieht ein konfliktfreies Zusammenleben von Mensch und Tier in der Großstadt als wichtig an. Es wurde heute schon einige Male gesagt, dass sich ältere Leute einen Hund oder eine Katze gleichsam als Bezugsperson nehmen und dass das wirklich sehr wichtig ist. Natürlich gibt es im Zusammenhang mit der Hundehaltung in einer Großstadt auch Probleme, das ist unbestritten und auch bewiesen.

Dass beim Thema Hundehaltung oft die Emotionen

hochgehen, zeigt ein erst vor wenigen Wochen in den Printmedien hochgespieltes Thema. Ich möchte den Fall kurz erläutern. Es geht in diesem Fall um eine Person, welche im Herderpark bei mir in Simmering unerlaubterweise – das sei hervorgehoben – mit einem Hund durch den Park gegangen ist, dann angehalten und zu einer Geldstrafe von über 1 000 EUR verurteilt wurde. – Ich kenne die Gegend, wie gesagt, sehr gut und weiß nach einem Gespräch mit der Frau Stadträtin, dass der soeben erwähnte Fall in den Medien hochgespielt, aber auch – das muss ich ausdrücklich erwähnen – falsch dargestellt wurde.

Ich wollte mit diesem Beispiel jetzt ansprechen, dass das Thema Hundehaltung ein sehr emotionales Thema ist, das die Leute beschäftigt und auch aufregt, und zwar nicht nur wegen der meiner Meinung nach unsozialen Hundesteuererhöhung auf 65 EUR. Vielmehr bewegt dieses Thema die Menschen ganz generell und sorgt für Aufregung. Wir Freiheitliche haben einen Standpunkt: Wir sind dafür, dass alle Menschen, welche sich in Wien einen Hund anschaffen, eine entsprechende Schulung zur richtigen Tierhaltung erhalten sollen. Das wurde von unserer Seite schon mehrmals gefordert. Es ist auf jeden Fall im Zusammenhang mit Hundehaltung besser, mit positiven Anreizen für eine generelle Schulung für alle Hundehalter zu sorgen, als nur eine bestimmte Gruppe, nämlich die Gruppe der Kampfhundehalter, herauszunehmen und mehr oder weniger anzuprangern. Dass nur die Kampfhundehalter zur einer Schulung verpflichtet werden, ist unserer Überzeugung nach der falsche Weg.

Das Umweltressort ist aber leider auch – wie schon mehrmals in der Budgetdebatte angesprochen – für die überbezahlte und unsoziale Erhöhung der Wasser-, Kanal- und Müllgebühren verantwortlich. Leider sind diese Gebühren nur ein kleiner Teil der Gebühren, mit denen sich die Wiener und Wienerinnen beschäftigen und auseinandersetzen müssen. Es ist dies aber ein umfangreicher Faktor.

Diese Gebühren sind – wie wir heute schon mehrmals gehört haben und immer wieder hören werden – in der Zwischenzeit wirklich Steuern geworden und sind keine Abgaben mehr, auch wenn von SPÖ-Seite immer wieder erklärt wird, dass unsere Zahlen und unsere Behauptungen falsch sind. Bei Wasser, Müll und Kanal handelt es sich nunmehr um Steuern. Es wird ein Überschuss erwirtschaftet. Das haben nicht wir erfunden, sondern diese Aussage stammt vom Rechnungshof, der uns das bestätigt hat. Wir sind der Meinung, dass diese Steuern, die ungerechtfertigt eingehoben werden, dem Bürger zurückgegeben werden müssen, sei es durch Gebührensenkungen oder über andere Wege. – Allein schon aus diesem Grund werden wir diesem Budget unsere Zustimmung nicht erteilen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Maresch. Seine Restzeit würde maximal 17 Minuten betragen.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Es ist interessant, wenn man am Schluss noch ein-

mal resümieren kann, was die Kolleginnen und Kollegen gesagt haben.

Zu Kollegen Guggenbichler möchte ich noch sagen: Ja. Das mit den AbfallberaterInnen ist ein Problem, gar keine Frage! Diesbezüglich wurden aber Verhandlungen aufgenommen, und ich glaube, es ist wichtig, dass beide Seiten, nachdem die Stadt ein Angebot gemacht hat, sich der Thematik zuwenden und dafür eine vernünftige Lösung finden sollen. Das ist selbstverständlich möglich.

Zu den Müllauflegern und deren schwerer Arbeit: Ich finde es interessant, wenn zum Beispiel Frau Kollegin Holdhaus eine Lanze für die Firma Saubermacher bricht. Schauen wir uns einmal an, wie die Firma Saubermacher mit einem Müllauto umgeht: Dafür gibt es den Fahrer, und in den Städten gibt es auch einen Aufleger, nur einen! Die MA 48 hat einen Fahrer und zwei bis drei Aufleger. Jetzt frage ich mich ganz ernsthaft: Wer von den beiden – Saubermacher privat oder Magistratsabteilung 48 – hat die schwerere Arbeit zu verrichten? – Möglicherweise sind es schon diejenigen von der Firma Saubermacher, welche uns von Frau Kollegin Holdhaus angegliedert wird!

Noch einmal: Saubermacher kommt mit weitaus weniger Personal aus als die MA 48. Das kann man vom ökonomischen Standpunkt aus gut finden, vom arbeitsrechtlichen Standpunkt ist das eine Katastrophe! Auf diese Art und Weise kann die Firma Saubermacher natürlich immer besser oder billiger anbieten. Ich halte es da aber mit der MA 48, keine Frage: Das Müllauflegen ist eine schwere Arbeit und führt natürlich auch immer wieder zur Arbeitsunfällen, deren Zahl zu minimieren ist. Aber grundsätzlich besteht zwischen privat und kommunal ein gewaltiger Unterschied.

Der Flötzersteig ist sozusagen ein alter Klient der GRÜNEN. Ich bin über den Flötzersteig nicht wahnsinnig glücklich, sondern ich bin nach wie vor der Meinung, dass man ihn, wenn möglich, vielleicht einmal sperren sollte. Darum ist es Ihnen aber gar nicht gegangen. Das war die klassische Vorgangsweise. Am Schluss des Tages eine Herummoserei mit irgendwelche Zahlen. Warum gehen Sie nicht hinaus und sagen, dass der Flötzersteig zugesperrt werden soll? Das trauen Sie sich offensichtlich nicht! – Wir haben betreffend Flötzersteig verhandelt und sind zu keinem Ergebnis gekommen. Wir glauben, dass man den Flötzersteig früher oder später zusperren können wird.

Ein letzter Punkt von Ihnen, der mich noch interessiert hat, war der Artenschutz am Marchfeldkanal: Sie haben vor Monaten ein Tier hier vorgestellt, das ausschaut wie ein Ziesel, aber die Eigenschaften des Bibers hat, nämlich dass er in der Donau schwimmen kann. – Ich weiß schon, man kann immer dazulernen! Erinnern wir uns doch: Sie haben ursprünglich gesagt: Fangen wir die Ziesel ein und bringen wir sie in die Lobau, damit sie dort schwimmen lernen. – Den letzten Nebensatz habe ich jetzt hinzugefügt, das haben Sie nicht gesagt. Aber man kann dazulernen. Richtig! Ich weiß, ehrlich gesagt, nicht, ob die Ziesel schwimmen können. Faktum ist aber: Das war damals Ihr Vorschlag. Das hat bei den Artenschützern am Marchfeldkanal blankes Entsetzen hervor-

gerufen. Sie mussten sich dann wochenlang mit irgendwelchen Geldern andienen, damit Sie überhaupt wieder einmal erhört werden können.

Noch einmal: Die Artenschützer der Initiative Marchfeld haben mir einen Kalender geschenkt. Ich finde den Kalender schön. Jeder kann mit einem Kalender tun, was er will. Ich finde es nett, dass Sie offensichtlich auch einen Kalender bekommen haben. Aber Kalenderpolitik ist eben in Wirklichkeit eine Kalendergeschichte. Faktum ist jedoch: Sie sollten sich einmal überlegen, was Sie dort draußen wollen: Wollen Sie die Ziesel abziehen, oder wollen Sie die Ziesel dort haben? Wollen Sie die BI unterstützen, oder wollen Sie dort nur groß reden? – Sie haben sich offensichtlich für Letzteres entschieden!

Jetzt komm ich zu Kollegen Unger, der jetzt die Öffi-Debatte oder die Verkehrsdebatte von morgen ein bisschen vorgezogen beziehungsweise antizipiert hat. – Ich sage noch einmal: Das schnellste öffentliche Verkehrsmittel in Wien ist nicht die U-Bahn, sondern die Schnellbahn. Das sollten Sie sich jetzt einmal endlich merken! Es ist so. Wenn Sie nämlich in Leopoldau in die U1 einsteigen und – von mir aus – mit der Schnellbahn um die Wette fahren, dann würden Sie sich wundern, welches der beiden Verkehrsmittel zum Beispiel früher auf dem Südtiroler Platz ist! Der Punkt ist: Die Schnellbahn wird immer wieder vergessen, diese ist aber in Wirklichkeit wichtig.

Sie reden auch die ganze Zeit von Inkassoeffekten und sagen, dass Rot-Grün Inkassoflächen – oder was auch immer – betreibt und es keinen Lenkungseffekt gibt. – Dazu sage ich: O ja. Der Lenkungseffekt besteht darin, dass zum Beispiel im 17. Bezirk, wenn Menschen dort einen Parkplatz suchen, jetzt auch sofort einen finden und nicht eine Stunde herumfahren müssen. Wie erklären Sie sich, wenn es keinen Lenkungseffekt gibt, dass es zum Beispiel im 16. und 17. Bezirk Unterschriftenaktionen mit der Bitte gegeben hat, das Parkpickerl einzuführen? So etwas hat es aber offensichtlich Ihrer Meinung nach nicht gegeben!

Das Problem ist, dass sich FPÖ und ÖVP einfach an der Geschichte festgefressen haben und den Leuten im 17., im 16., im 14., im 12. Bezirk und auch im 15. Bezirk sagen, wir wollen das Parkpickerl wieder abschaffen. – Damit werden die Leute aber keine Freude haben, weil sie jetzt sehen, dass das Parkpickerl in Wirklichkeit wirkt! Es wirkt so, dass es in Wirklichkeit nicht die Stadtkassen füllt, sondern den Menschen ein besseres Leben und mehr Lebensqualität gibt. Darüber können Sie jetzt weiter reden, wie Sie wollen! Fragen Sie doch die Hernalser, die das Parkpickerl bekommen haben! – Ja. Es ist besser als vorher. Und Sie werden in Wirklichkeit dort keinen Blumentopf gewinnen, wenn Sie glauben, dass das nicht so ist. – Das ist einmal das Erste.

Die Effekte sind sehr wohl messbar. Erstens gibt es mehrere Tausend Anmeldungen von Menschen, die Zweitwohnsitzer in Wien waren und sich jetzt wieder in Wien zurückmelden. Niederösterreichische Gemeinden ächzen schon darunter, weil Sie die Hauptwohnsitzer jetzt wieder an die Wiener verlieren. Und es gibt laut Herrn Kern, dem Chef der ÖBB, ein Plus von 7 Prozent

Passagieren bei den Schnellbahnen, die in die Stadt fahren. Diese sind in Wirklichkeit nicht herbeigezaubert worden, sondern das war der Effekt des Parkpickerls. – Es gibt also einen klaren Lenkungseffekt, Herr Kollege Unger!

Jetzt noch einmal zum Atomgipfel: Sie reden davon, dass es da „immer ein paar so kleine Gipferln“ gibt. – Wie ich mich erinnern kann, war es beim ersten Atomgipfel so, dass die FPÖ den Raum nicht gefunden hat. Beim zweiten und auch beim dritten Gipfel war der Kollege anwesend, und diese Resolution wurde gemeinsam verabschiedet. Im Hinblick darauf finde ich es interessant, wenn man das jetzt im Nachhinein kleinredet! Wenn man Kritik an diesen Atommeilern und dergleichen üben will, dann würde ich mir wünschen, dass diese Kritik direkt beim Atomgipfel geübt wird und nicht hinterher hier irgendwelche großen Sprüche geführt werden!

Jetzt noch zum Schluss: Zum Feinstaub ist Ihnen nichts anderes eingefallen, als Kritik an der Stadt Wien zu üben, warum keine Euro-6-LKW gefördert werden. – Ich glaube, es ist in Wirklichkeit die bessere Möglichkeit, an der Ursache beziehungsweise an der Wurzel ansetzen, nämlich weniger Feinstaub zu produzieren, und nicht Geld auszugeben für eine Förderung von Euro-6-LKW.

Interessant finde ich auch, dass am Schluss des Tages der Satz aus Ihrem Mund herausfällt: Es gibt keinen Finanzplan. – Wenn man beginnt zu lizitieren und sagt, Gas soll um 50 Prozent billiger sein, Strom um 80 Prozent billiger und Wasser um 100 Prozent billiger, dann muss man sich fragen, woher das Geld kommt. Woher kommt das Geld bei Ihnen? – Aus der Druckerpresse! Wir sagen: Das Geld muss in Österreich aus der Vermögenssteuer kommen. Das ist eine wichtige Quelle. Dagegen sind Sie aber und haben auch das letzte Mal einen entsprechenden Antrag gestellt.

Jetzt zur ÖVP: Da orte ich irgendwie eine differenzierte Herangehensweise. Frau Kollegin Holdhaus! Ich habe zuerst nicht recht gewusst, wie das Tier heißt, mit welchem es dieses nette kleine Spiel gibt, in dem man es immer abschießt. (*GRin Dr Jennifer Kickert: Moorhuhn!*) Genau: Moorhuhn! Danke! – Bei den Baumfällungen wäre es wahrscheinlich so, dass da ein Grüner rennt und einen virtuellen Baum am Ring oder in der Wiedner Hauptstraße in Arbeit hat. – Dazu sage ich: Nein, es ist nicht so!

Ich wundere mich zum Beispiel auch, Frau Holdhaus, warum Sie im Umweltausschuss immer für den Quartalsbericht stimmen und hier immer dagegen reden. Wie gibt es so etwas? – Entweder dort keine Ahnung gehabt oder da vergessen. Die zwei Möglichkeiten gibt es. (*Zwischenruf bei den GRÜNEN.*) Nicht aufgepasst: Ja, das kann auch sein!

Jetzt zum Kollegen Walter: Er geht die Sache meiner Meinung nach weitaus differenzierter an. Nachdem Kollege Flicker uns erzählt hat, was die Wiener Landwirtschaft alles kann, habe ich mich ein bisschen an eine Bauernbundversammlung erinnert gefühlt. – Aber nein, es ist ja der Wiener Gemeinderat, aber auch da kann man darüber reden! Und es war wirklich alles richtig, was er

gesagt hat. Dagegen war nichts zu sagen. Auch dass der Bauernbund schon eine Aktion durchgeführt hat, dass man Lebensmittel nicht vergeudet, glaube ich. Man kann auch darüber reden, wie die Landwirtschaft in Österreich funktioniert. Norbert, du kennst ihn ja: John Deere. Das ist ein ganz großer Traktor, der die Regenwürmer richtig zergatscht, wenn er darüberfährt. Der kann schon etwas!

Wer aber vertreibt die John Deere-Traktoren in Österreich? – Das Lagerhaus Raiffeisen! Also alles nur Show, Kollege Flicker! So ein richtig fetter John Deere-Traktor bringt schon etwas her, der ruiniert die Gegend! Ein bisschen Chemie, dass alles scheppert, und dann sterben die Bienen. – Das kennen wir. Das muss man sich als Bauernbub auch überlegen.

Jetzt zu Norbert Walters Widerspruch zwischen Naturschutzgesetz und Zäunen: Norbert! Man kann immer darüber streiten, wie zum Beispiel Wildverbiss an Rebstöcken verhindert wird, gar keine Frage! Ich glaube, dass wir alle hier der Meinung sind, dass man betreffend Schwarzwild Regelungen einführen muss. Das ist so. Andernfalls wird es nämlich massive Schädigungen in der Landwirtschaft geben. Dabei rede ich jetzt nicht von irgendwelchen Trophäenjagden. Es gibt hier keine Raubtiere, daher muss der Mensch das erledigen und die Schwarzwildzahl dezimieren. Gar keine Frage!

Ich habe mir das im Landschaftsschutzgebiet, im Biosphärenpark angeschaut: Auch die Stadt Wien hat Zäune in der Landschaft. Ich meine, das ist wirklich keine gute Lösung. Nein, wirklich nicht! Im Moment ist aber möglicherweise keine andere Lösung möglich.

Weinbau bis zur Grenze und schadhaftes Rebholz: Norbert, du weißt ganz genau, dass es leider Gottes noch immer Ausnahmegenehmigungen gibt und folglich auf dem Land oft Felder und Rebstöcke abbrennen. Daher ist das in Wirklichkeit über weite Strecken verboten. Früher haben die Bauern in Niederösterreich, im Burgenland und wahrscheinlich auch in Wien die Felder abgebrannt. Das ist in Wien Gott sei Dank wegen Feinstaub verboten. (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Kollege Jung! Sie wissen ausnahmsweise auch einmal etwas? Das finde ich aber echt nett!

Aber noch einmal zurück zu der Geschichte: Felderabbrennen ist in Wirklichkeit gar nicht so günstig und gar nicht so gescheit. Es ist vernünftiger, eine andere Landwirtschaft zu betreiben. Aber ich glaube, da sind wir beide nicht so weit auseinander.

Betreffend Gartenbauausstellung meine ich, dass man nachdenken muss. Danke schön. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Ing Guggenbichler. Seine Redezeit beträgt maximal 2 Minuten.

GR Ing Udo **Guggenbichler** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Nur noch ganz kurz: Frau GRin Karner-Kremser! Wir werden uns von Ihnen nicht vorschreiben lassen, Akten zuzustimmen, wenn Sie nicht einmal fähig sind, die Geschäftsordnung einzuhalten! Wir werden keinen Akten zustimmen, die geschäftsordnungswidrig eingebracht worden sind. Und dass Sie sich jetzt hierher stellen und sagen, dass wir nur dagegen sind, das finde

ich ein bisschen lachhaft und lächerlich!

So war es zum Beispiel auch beim Helmut-Zilk-Park: Auch diesfalls hatten Sie geschäftsordnungswidrig die Akten nicht vollständig dabei. Wie kann ich aber als Oppositionspartei, ohne sämtliche Information zu bekommen, einem Akt zustimmen? – Das ist unmöglich! Daher finde ich es ein bisschen lächerlich, dass Sie jetzt so etwas sagen. Erledigen Sie Ihre Arbeit ordentlich! Dann werden Sie nämlich nach Prüfung auch unsere Zustimmung bekommen, wenn es etwas Vernünftiges ist! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zu Herrn Maresch einen kurzen Refresher: Sie sind seit zwei Jahren in der Umweltpolitik nicht mehr präsent! Ziesel können nicht schwimmen. Deshalb haben Sie jetzt offenbar gerade geschaut, ob sie über die Brücke am Marchfeldkanal gehen. Es hat einen Antrag aller Oppositionsparteien im 21. Bezirk gegeben, diese Absiedelung der Zieselpopulation zu stoppen. Dabei haben auch die GRÜNEN mitgestimmt, und ich hoffe, dass Sie auch im Gemeinderat in Zukunft eine andere Haltung einnehmen!

Zum Thema Kaufen: Das ist eine lustige Geschichte! Hier stimmt ihr dagegen? Ich finde das toll! Ihr habt in diesem Haus gegen den Baustopp gestimmt. Das weiß ich. Die Bürgerinitiative unterstützt ihr aber, und das finde ich gut. Ihr haben ihnen eine Mikrofonanlage zur Verfügung gestellt und wolltet sogar noch eine Beachflag der Wiener GRÜNEN dorthin stellen, was allerdings sogar der Bürgerinitiative zu blöd war. – Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Mag Holdhaus. Ich erteile es ihr und weise darauf hin, dass ihre Restredezeit mit 13 Minuten maximal begrenzt ist.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ein direktes Feedback ist immer das Beste, was man haben kann, und in diesem Sinne danke ich für Ihr direktes Feedback, Herr Maresch! Offensichtlich habe ich Ihr Stillschweigen gebrochen und eine Sprechlust ausgelöst, was mich sehr freut. Wenn das ein bisschen sachlicher wäre, dann wäre es natürlich besser. Das Problem ist halt immer wieder das Zuhören. Ich weiß, dass viele gerne sprechen, aber um sprechen zu können, sollte man auch zuhören. Insofern wäre es gut gewesen, wenn Sie mir zugehört hätten, denn dann wäre Ihr inhaltliches Feedback auch entsprechend besser gewesen.

Es geht mir zum Beispiel bei der Geschichte mit dem Andienungsgesetz darum, wie ich heute ausgeführt habe, dass hier die Privatwirtschaft zurückgedrängt wird, und daher ist es egal, ob das ein Herr Saubermacher oder jemand anderer ist. Es geht auch nicht um die Qualität der Leistung der MA 48, die ja nicht in Frage gestellt wird, sondern es geht darum, dass man auch der Privatwirtschaft einen Platz einräumen muss und nicht alles 100-prozentig rekommunalisieren soll, wo kein Bedarf dafür besteht.

Ganz kurz zum Antiatomgipfel: Wir haben auch bei den zwei Atomgipfeln, die ich bisher erleben konnte, immer wieder betont, dass das gut und wichtig ist, und ich möchte – weil das auch hier diskutiert und vorgewor-

fen wurde – Sie, Frau Stadträtin, einladen, dafür zu sorgen, dass wir in Zukunft die Informationen möglicherweise früher bekommen, denn dann kann man sich ein bisschen vorbereiten und sich daher auch besser einbringen, als wenn man unmittelbar während des Gipfels Resolutionen und Tagesordnungen und Sonstiges bekommt.

Zu den Quartalsberichten wollte ich sagen: Ich glaube im Sinne des Konstruktivismus, dass es ganz gut ist, wenn man Quartalsberichte zur Kenntnis nimmt. Ich glaube, einen Bericht kann man zur Kenntnis nehmen, um am Ende dann über ein Gesamtjahr zu reflektieren und zuzustimmen oder nicht. Wenn Ihnen das nicht gefällt, dann können wir gern wieder zur alten Methode zurückkehren und einfach ablehnen, nichts zur Kenntnis nehmen und fertig. Wenn Ihnen das lieber ist, dann können wir das gerne machen. – Danke. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Kein Applaus?)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Valentin. Seine Restredezeit würde 11 Minuten betragen.

GR Erich **Valentin** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Keine Sorge, ich werde meine Redezeit nicht ausschöpfen! Ich möchte nur zwei Dinge auseinanderhalten, die mir bei der heutigen Debatte in der Tat auseinanderhaltungswert erscheinen.

Es mögen politische Parteien unterschiedliche Meinung haben. Sie mögen uns die Frage der Gebühren und Ähnliches jedes Mal als Kalauer präsentieren: Sei's drum! Das ist Ihre Redezeit, das müssen Sie sich ausmachen.

Sie mögen uns auch Geschichten erzählen, dass Studentenjobs vollwertige Arbeitsplätze sind, nur weil sich die Leute das jetzt einbilden. Wir als Stadt Wien haben uns immer gedacht, dass es gescheit ist, Studenten in Bereichen einzusetzen, die etwas mit ihrem Studium zu tun haben, und man wird sich überlegen müssen, ob man sich das als Stadt Wien in Zukunft leisten können wird.

Das ist die eine Sache. Das ist das Inhaltliche. Da mögen Sie mehr oder weniger lernfähig und mehr oder weniger unseren Argumenten zugänglich sein oder auch nicht. Wenn man aber dann, wenn einem, Kollege Guggenbichler, alle Argumente ausgehen und man sozusagen intellektuell schon vor der Wand steht, nur noch sagt, dass wir nicht einmal fähig sind, Akten ordnungsgemäß einzubringen, dann ist das schon eine Facette, meine Damen und Herren, im Hinblick auf welche ich meine, dass der Spaß ein Ende hat! Als Ausschussvorsitzender, Kollege Guggenbichler, verwahre ich mich nämlich ganz entschieden dagegen, dass unter meiner Vorsitzführung unregelmäßig oder nicht korrekt Akten eingebracht oder verhandelt werden.

Kollege Guggenbichler! Ich werde mir das, was in den letzten Sitzungen teilweise vorgefallen ist, wobei ich Ihnen als Oppositionspartei weit über die Usance entgegengekommen bin, in meiner Verantwortung als Vorsitzführender der Geschäftsgruppe Umwelt in der Tat über-

legen! (GR Mag Dietbert Kowarik: *Es gibt keine Usancen, es gibt eine Geschäftsordnung!*)

Sie werden mir sicherlich betreffend die gesamten Jahre – und die Kolleginnen und Kollegen Ihrer Fraktion auch betreffend die Jahre der Legislaturperiode davor – nie nachweisen können, dass ich nicht alles getan hätte, um einer breiten demokratischen Diskussion gerade im Ausschuss gerecht zu werden. Wenn Sie das tatsächlich in Frage stellen, dann nehme das zur Kenntnis. Aber Sie werden auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass ich dann für meine weitere Vorgangsweise in Zukunft durchaus auch Konsequenzen ziehen werde. – Danke schön. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Amtsf StRin Mag Sima. Ich erteile ihr das Wort und weise auf die 15 Minuten maximale Redezeit hin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zunächst möchte ich, wie jedes Jahr, die Gelegenheit nutzen und mich sehr, sehr herzlich bei allen Abteilungsleitern und Abteilungsleiterinnen, Geschäftsführern, Direktoren und Generaldirektoren der Geschäftsgruppe Umwelt für den unermüdlichen Einsatz für die Umwelt das ganze Jahr über bedanken. Ich glaube, dass ich diesen Dank im Namen des gesamten Gemeinderats aussprechen kann.

Weiters möchte ich natürlich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Büros sehr herzlich danken, die mich bei dieser Arbeit das ganze Jahr über auch sehr unermüdlich unterstützen. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.) Danke schön.

Viele Punkte wurden jetzt schon recht erschöpfend von den Vorrednern und Vorrednerinnen angesprochen. Erlauben Sie mir, dass ich auf ein paar Dinge eingehe, die mir in der Debatte aufgefallen sind.

Anfangen möchte ich mit dieser ominösen ÖVP-Liste, die hier heute öfters zitiert worden ist: Bei genauerer Durchsicht kann ich, ehrlich gesagt, nur darauf schließen, dass diese irgendein Praktikant oder irgendeine Praktikantin auf Grundlage von – ich weiß nicht – Überschriften von Kontrollamtsberichten der letzten 15 Jahre oder Presseaussendungen erstellt haben muss. Ich kann es nicht genau sagen. Einem Reality-Check ist diese Liste aber offensichtlich nicht unterzogen worden, denn sonst würden sich manche Punkte vermutlich nicht mehr drauf finden. – Ich greife jetzt wahllos zwei Punkte heraus, die meinen Bereich betreffen.

Waagner-Biro: War das denn wirklich so ein unglaublicher Skandal? Die Gemeinde Wien hat ein Grundstück gekauft und hat es dann unglaublicherweise wieder weiterverkauft! – Ich konnte, ehrlich gesagt, nicht ganz genau nachvollziehen, wo der Skandal ist, und es gibt auch keine genauere Erklärung dazu, außer dass da steht, dass es ein Skandal ist.

Zweites Beispiel: Liesingbach. Auch dazu kann ich nur sagen: Der Antrag wurde im Ausschuss einstimmig beschlossen, und die ÖVP hat bei diesem Antrag mitgestimmt, also kann es damals noch nicht ein so großer Skandal gewesen sein, denn sonst hätte man dem wahr-

scheinlich keine Zustimmung erteilt. Aber ich bin mir sicher, dass ich darüber noch aufgeklärt werde! Oder man stellt vielleicht so etwas wie eine Recherche an und schaut sich vielleicht einen oder zwei Punkte einmal getrennt davon an, um herauszufinden, was da wirklich dahintersteckt.

Zu den Ringbäumen muss ich sagen, dass es mittlerweile relativ schwierig ist, herauszufinden, was jetzt die Meinung innerhalb der ÖVP zu diesem Thema ist, weil jeder etwas anderes sagt. Die Frau Bezirksvorsteherin sagte etwas anderes als die Frau Gemeinderätin, und diese sagt etwas anderes als die ÖVP-Bezirkspartei des 1. Bezirks.

Ich glaube, die MA 42 und Kollege Weisgram haben sich diesbezüglich wirklich sehr unermüdlich bemüht und versucht, die verschiedenen Meinungen zu einer einzigen Handlungsweise zusammenzubringen, und ich glaube, das ist jetzt auch gelungen. Ich kann Ihnen nur sagen, ich habe mir den Antrag, den Sie eingebracht haben, sehr genau angeschaut, und wir werden das den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der MA 42, der Wiener Stadtgärten, gerne zur Kenntnis bringen, wie Sie deren Arbeit einschätzen und dass Sie ihnen offensichtlich nicht zutrauen, dass sie selbstständig in der Lage sind, Bäume ordnungsgemäß zu pflegen. Das steht nämlich in diesem Antrag!

Nun noch eine kleine Randbemerkung: Vielleicht machen Sie sich auch einmal ein bisschen mit der Dezentralisierung vertraut, denn das Bewässerungssystem, das Sie in diesem Antrag beantragen, ist ganz klar dezentralisiert und eine Aufgabe der Bezirke. Das heißt, wenn der 1. Bezirk sich ein solches System wünscht – und das ist kein Problem –, dann kann er das im Rahmen der Dezentralisierung mit einem einfachen Beschluss in der Bezirksvorsteherung anschaffen. Dafür brauchen Sie nicht hier einen Antrag einzubringen. Gehen Sie doch zur Frau Bezirksvorsteherin Stenzel, dann wird das, wie ich meine, innerfraktionell vermutlich kein Problem mehr sein!

Zum Kollegen Guggenbichler nur eine kurze Bemerkung: Im Zusammenhang mit dem Abfallwirtschaftsgesetz waren Ihnen, wie ich mich erinnern kann, die Müllabfuhr und die MA 48 nicht ein so großes Anliegen wie heute. Ich werte es eigentlich als Zeichen der Verzweiflung, dass für Sie die einzige Quelle im Hinblick auf die MA 48, die Sie jetzt schon seit fünf Monaten zitieren, ein anonymes Brief ist, den weiß Gott wer geschrieben hat. Ich weiß es nicht, weil er bekanntlich anonym ist. Das ist das Einzige, was Sie über die MA 48 wissen. – Man kann also zusammenfassend sagen: Sie wissen eigentlich gar nichts über die MA 48, wenn Sie aus solchen „verlässlichen“ Quellen permanent zitieren!

Ich meine, Ihre ganze Rede war gespickt von irgendwelchen Phantasiegeschichten, gemischt mit haltlosen Unterstellungen, und es wird immer nach dem Motto agiert: Wir schmeißen halt mit Dreck, irgendetwas wird schon hängen bleiben. – Das ist vermutlich Ihre Art, Sie tun das jetzt immer wieder, und die Geschichten werden immer länger. Es werden nämlich die Phantasiegeschichten aus den vorhergehenden Monaten jeweils aneinandergehängt, bis sie dann immer länger werden.

Und es wird immer der gleiche Brief zitiert. Vielleicht schaffen Sie es einmal, ein anderes Zitat aus der MA 48 aufzutreiben! Vielleicht würde das Ganze dann zumindest auf einer etwas breiteren Basis stehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich natürlich, dass wir im Jahr 2013 viele gute Umweltprojekte gemeinsam umsetzen werden. Ich möchte hier wirklich nur stellvertretend ein paar der wichtigsten nennen, weil das sonst den Rahmen sprengen würde.

Wir werden in Simmering im Zuge des Regenwassermanagements ein sehr großes Speicherbecken bauen. Es wird etliche Kanalbauprojekte im 22. Bezirk geben. Wir werden eine neue Pflanzenkläranlage eröffnen können. Wir werden im Bereich der Wasserrohrenewerung die Gürteloffensive fortsetzen. Das ist ein sehr finanzintensives, aber trotzdem sehr wichtiges Projekt, weil das eine der Hauptschlagadern der Wasserversorgung der Stadt ist. Es wird etliche neue große Parkprojekte geben, der Helmut-Zilk-Park am Hauptbahnhof wird angegangen, ebenso der Leon-Zelman-Park am Eurogate und viele mehr.

Wir werden die Gewässervernetzung Neue Donau – Lobau einen entscheidenden Schritt weiter vorantreiben können. Wir werden unser Altstofflogistikzentrum eröffnen. Es wird der Spatenstich für unser neues Tierquartier im nächsten Jahr über die Bühne gehen. Wir werden Lärmschutzmaßnahmen entlang der Schiene setzen und, und, und.

Wie immer möchte ich an dieser Stelle natürlich auch unsere jährliche Statistik präsentieren, die besagt, dass wir immerhin 72 Prozent aller Akten im Ausschuss einstimmig beschlossen haben, und wie immer kann ich nur den Schluss daraus ziehen, dass es um die Umweltpolitik der Stadt doch nicht so schlecht bestellt sein kann, denn sonst wäre diese Quote nicht so hoch! – Herzlichen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Damit kann ich die Beratung der Geschäftsgruppe Umwelt schließen.

Wir kommen zur Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung. Ich schlage vor, die Debatte zu dieser Geschäftsgruppe mit Postnummer 6, das ist der Wirtschaftsplan der Unternehmung Stadt Wien – Wiener Wohnen für das Jahr 2013 gemeinsam durchzuführen, die Abstimmung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien und den Wirtschaftsplan Stadt Wien – Wiener Wohnen jedoch getrennt vorzunehmen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? – Dies ist nicht der Fall. Ich darf daher die Damen und Herren des Gemeinderats ersuchen, so vorzugehen. Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Walter. Ich erteile es ihm. Seine selbstgewählte maximale Redezeit beträgt 12 Minuten, diese wird eingeloggt.

GR Norbert **Walter**, MAS (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Es wurde heute schon einiges zu diesem Thema gesprochen, sowohl in der Spezialdebatte zu Wirtschaft

und Finanzen als auch hier dazwischen. Sogar bei der Umwelt hat Kollege Maresch über die Parkplätze geredet, was ja im Endeffekt auch zum Wohnen gehört.

Die Frau Vizebürgermeisterin hat etwas gesagt, wovon ich mir gedacht habe, dass es eigentlich ganz gut zum Thema Wohnen passt, nämlich dass Hetzen kontraproduktiv und schädlich ist. – Und dann kommt jetzt von einer Seite ein Vorschlag zu einer Mietzinsobergrenze, wobei ich nicht ganz genau weiß, wieso wir als Politiker hier eine Mietzinsobergrenze beschließen sollen, weil das erstens ein Bundesgesetz ist und es sich zweitens um einen privaten Wohnungsbau handelt.

Dann denke ich mir: Da war doch etwas! Es gab in dem 120-seitigen rot-grünen Koalitionsabkommen und unter anderem auch zum Thema Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung einige Kapitel, in Summe sind es sieben.

Ich stehe nicht an, zu sagen, dass in einigen Kapiteln sehr viel Gutes steht. In Kapitel 7, Punkt 7.1, Wohnen und Mieten, ist von einer Informations- und Aufklärungskampagne der Stadt Wien zu überhöhten Mieten und Betriebskosten die Rede. – Da denkt man sich: Was heißt das jetzt? Bezieht sich das auf die Stadt und auf den Gemeindebau? Oder wofür ist das gut?

Es wäre ein Schelm, der Böses denkt: Die Leute werden über Betriebskosten, ob Strom, Gas, Wasser, Müll, aber auch Fernwärme, ausgesackt, egal, wie viel sie verdienen oder nicht verdienen, es ist immer dasselbe. In diesem Sinne hatte wahrscheinlich Thomas von Aquin recht, wenn er gesagt hat: „Steuern“ – oder in diesem Fall Gebühren – „sind ein erlaubter Fall von Raub.“ – So sehe ich das auch! Ich meine, dass es – mit Verlaub gesagt – nicht zusammenpasst, wenn auf der einen Seite Mietzinsobergrenzen verlangt werden und auf der anderen Seite über dieses Valorisierungsgesetz jährlich automatisch die Gebühren angehoben werden, die jeden treffen, egal, ob es private Wohnungshaushalte oder sonstige Haushalte sind, aber auch natürlich die Wirtschaft.

Mein Kollege Alexander Neuhuber hat heute schon einmal gesagt: 7 EUR?! Bauen wir neue Wohnungen! – Ich kenne keine Wohnbaufirma, weder eine gemeinnützige noch sonstige, die das in Wien mit 7 EUR zustande bringt. Das geht sich nicht aus. Das kann sich nicht ausgeben! Er hat es auch vorgerechnet. Insofern finde ich es bemerkenswert, wenn man dann – und ich glaube, es gab Konsens hier in diesem Haus – sagt, die Privaten sollen maximal 7 EUR verlangen dürfen, egal, wo die Wohnung ist, egal, welchen Standard sie hat.

Wenn ich mir dann ansehe, dass die Stadt Wien einen Wohnbau-Call in Aspern auslobt und dort der Mietpreis 7,30 EUR beträgt, dann weiß ich nicht, wie das zusammengehen soll: Warum soll der Private weniger verlangen dürfen, während die Kommune mit Partnern gedeckelt im Hinblick auf 7,30 EUR auf 10 Jahre baut? Im Übrigen hat Herr Prof Vonkilch vor Kurzem ein Gutachten fertiggestellt und hat festgestellt, dass dieser Wohnbau-Call eine Förderung im Sinne dessen ist, dass die Mieterinnen und Mieter nach zehn Jahren das Objekt dann auch ins Eigentum übernehmen dürfen.

Ich frage und bitte Sie, ganz ehrlich zu sagen: Was ist mit dem Thema Durchmischung, worüber es Konsens gäbe? Was ist mit dem Thema Fehlbelag? Wir wissen ganz genau, dass in vielen privaten Wohnhäusern Mieterinnen und Mieter über Generationen leben und fast ein und denselben Mietpreis zahlen, Neumieter, die in leere Wohnungen einziehen, jedoch immer die teureren Mieten bezahlen müssen und es sich hinten und vorne im Haus nicht ausgeht. Und jetzt soll man das auch noch einmal deckeln?

Was ist mit den berühmten Umweltmaßnahmen, die gerade die Grüne Fraktion immer wieder so gepusht hat? – Ich garantiere Ihnen: Das wird sich keiner mehr leisten können, weil sich das hinten und vorne nicht ausgeht! Ich weiß, wovon ich spreche. Ich habe das selber gemacht. Das ist zwar nachhaltig und gut, aber es kostet mindestens um ein Drittel mehr als jede herkömmliche Investition.

Aber was könnten wir denn tun? – Es gibt sogar einen Bauträger in Wien, der sagt: Ich gehe gar nicht zur Förderstelle, denn bis ich dort meine Förderungszusicherung habe, dauert das mindestens zwei Jahre. Inzwischen habe ich meinen Bau fertig und bin gleich teuer, als wenn die Wohnung gefördert wäre. – Möglicherweise liegt auch da der Hund begraben! Was ist mit der bürokratischen Entlastung der Wohnungsbauer? Was ist mit all den Sanierungszusicherungen? Wie lange liegen die Akten? Ich denke jetzt allein an den Stau vom letzten Jahr! Und wenn man sich die Zahlen ansieht, wie wenig Neubauten vergangenes Jahr errichtet wurden, dann stellt man fest, dass wir weit von den 7 000 Wohnungen entfernt sind. In Wahrheit werden aber auch die 7 000 Wohnungen nicht ausreichen, sondern wir werden 10 000 brauchen.

Der Herr Bundeskanzler, der einmal Wohnbaustadtrat in Wien war, hat das ja über Jahre ganz gut gemacht. Denn was war denn der Effekt vom sogenannten zu viel Bauen? – Man hatte erstens genug Wohnungen auf dem Markt, und die Preise waren auch dementsprechend leistbar.

Wenn man sagt, dass die Grundstückspreise ständig in die Höhe schnellen, dann ist das wahr. Aber wenn ich mir allein die Grundstücksreserven des Wohnfonds mit über 1,2 Millionen Quadratmetern ansehe und wenn ich mir die Grundstücksreserven von diversen ausgelagerten Firmen ansehe, dann glaube ich, dass wir allein in der Stadt genug Grundstücksreserven haben.

Ich stehe jetzt nicht an, zu sagen, dass wir alle verkaufen müssen. Nein! Ein Baurecht, um günstiges, leistbares Wohnen zu ermöglichen, ist allemal möglich. Dazu brauchen wir nicht großartig in die Freiheit des Privaten eingreifen, sondern das können wir hier in der Stadt tun, ohne dass man mit dem Finger auf den anderen zeigen muss.

Vielleicht passt da eine Feststellung Milton Friedmans ganz gut dazu, der einmal gesagt hat: „Eine sozialistische Gesellschaft kann nicht zugleich demokratisch sein, jedenfalls nicht in dem Sinne, dass sie persönliche Freiheit garantiert.“ – So ähnlich kommt mir das auch vor!

Wissen Sie, was für mich die 7 EUR bedeuten? – Das sind für mich die sieben W der GRÜNEN: Sie bedeuten weniger Sanierungen und Verbesserungen, sie bedeuten weniger Aufträge an die Wirtschaft, sie bedeuten weniger Beschäftigte im Bau- und Baunebengewerbe, sie bedeuten weniger Steuereinnahmen, sie bedeuten weniger Sozialversicherungsbeiträge, sie bedeuten weniger Standard für die Mieter und Mieterinnen, sie bedeuten weniger Wert für das Liegenschaftsvermögen mit einer geringeren Haftung bei den Hypothekendarlehen. – Vielleicht sollte man sich einmal vor Augen führen, was diese sieben W der GRÜNEN für die Gesellschaft, für die Wirtschaft und für die Menschen in der Stadt bedeuten! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich kann Ihnen jedenfalls versprechen, dass ich sicherlich nicht dazu stehe und auch meine Fraktion nicht. Bei diesen 7 EUR werden wir auf keinen Fall mitmachen, wir wollen und können dabei nicht mitmachen, denn wir wollen die Wirtschaftsunternehmen nicht in den Konkurs schicken.

Vielleicht wollte man aber auch nur davon ablenken, dass etwas in dieser Stadt passiert ist. – Herr Kollege Maresch hat das beim Thema Umwelt auch angezogen. Dass das eine Umweltschutzmaßnahme ist, ist mir eigentlich noch nicht aufgefallen. Es stimmt, dass ein Auto weniger Auspuffgase verbraucht, wenn es parkt, aber hinfahren und wegfahren muss man trotzdem. – Da denke ich mir: Ablenkung ist schön!

Wenn Herr Kollege Ellensohn gesagt hat, dass die Vermieter die Leute abzocken und er das abstellen möchte, dann mag vielleicht die eine oder andere Ausnahme stimmen. Das wird es immer geben, bei allem, was wir hier tun oder nicht tun. Wenn er aber den Vermietern unterstellt, dass sie die Menschen nur abzocken, dann hat er entweder noch nie einen ehrlichen Hausbesitzer getroffen, oder er hat selber noch nie auf dem freien Wohnungsmarkt als mündiger Bürger einen Mietvertrag unterschrieben. (*GR David Ellensohn: Ein Dutzend!*)

Dann solltest du als mündiger Bürger den Vertrag aber lesen können, und wenn du ihn unterschreibst, dann bist du ja auch einverstanden. (*GR David Ellensohn: Für einen jungen Studenten mit 22 ist das nicht so leicht!*) Es verpflichtet dich ja keiner, einen Mietvertrag zu unterschreiben! (*GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Es ist schon zynisch, wie Sie das jetzt darstellen! Wenn jemand Wohnraum braucht, muss er das wohl tun, er kann ja nicht unter der Brücke schlafen!*)

Dass du, Herr Kollege, als Vorarlberger einen Mietvertrag unterschreibst, mit dem du gar nicht einverstanden bist, das ist auch eine Kunst! (*Zwischenruf von GR Dipl.-Ing Rudi Schicker.*) Herr Kollege Schicker! Sie tun gerade so, als ob es in Wien keine Gemeindewohnungen und keinen geförderten gemeinnützigen Wohnbau gäbe! Wir haben in Summe fast 500 000 Wohnungen von 800 000. Es sind 300 000 auf dem privaten Wohnungsmarkt.

Wo ist da das Problem? Haben wir so viel arme Menschen in Wien, dass wir ohnedies 500 000 geförderte Wohnungen haben und der Rest sich das nicht mehr

leisten kann? Wollen Sie, dass die Reichen ... (GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: *Es ist doch Zynismus, dass man, wenn man eine Wohnung gefunden hat, den Vertrag dann nicht unterschreibt!*)

Das ist weder zynisch noch sonst irgendetwas. Ich unterschreibe auch einen Vertrag nicht, wenn er mir nicht passt! Das hätte ich auch nicht getan, sondern halt weitergesucht. (GR Mag Klaus Werner-Lobo: *Und was ist, wenn man unbedingt schnell eine Wohnung braucht? Man kann doch nicht unter der Brücke schlafen!*) Entschuldigung! Selbst das funktioniert in dieser Stadt, mit Verlaub gesagt, und zwar immer noch. Das wäre ja dasselbe, wenn jemand in den Supermarkt geht, schnell etwas zum Essen braucht und zufällig kein Geld hat: Was tut er denn dann?

Ich würde sagen: So kommen wir nicht weiter. Aber vielleicht passt das ganz gut dazu. (Zwischenruf von GR Mag Klaus Werner-Lobo.) Nein, mir hat es ganz sicher nicht die Sprache verschlagen! (GR Mag Klaus Werner-Lobo: *Aber mir hat es die Sprache verschlagen!*). Okay. Passt. In Ordnung. (Weiterer Zwischenruf von GR Mag Klaus Werner-Lobo.) Das mag sein! Das weiß ich nicht. Ich verpflichte ja die Leute nicht dazu.

Aber das ist halt das System, das ihr gerne hättet und zu dem ihr jeden Privaten irgendwie zwingen wollt! – Vielleicht passt da dieses polnische Sprichwort dazu. „Im Sozialismus lebt man wie in einem fliegenden Flugzeug: Man hat eine herrliche Sicht, sitzt unbequem und kommt nicht raus.“ – Das würde ich mir doch ein bisschen zu Herzen nehmen! (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Kollege Walter hat insgesamt 14 Minuten und 30 Sekunden gesprochen. Nur zur Information: Das heißt, Sie waren 2 Minuten und 30 Sekunden über der Vorgabezeit. Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Kollege Mag Chorherr. Ich erteile ihm das Wort: 12 Minuten.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat!

Seit einer guten Woche gibt es eine große österreichweite Diskussion über die Frage: Ist Wohnen in Wien noch leistbar? Wir sind am Beginn und nicht am Ende dieser wichtigen Diskussion, und ich möchte nur zwei Medien hier zitieren, die, wie ich glaube, mit sehr viel Sensibilität zeigen, worum es in der Debatte geht.

Wenn ich jetzt aus den „Salzburger Nachrichten“ zitiere, zeige ich ein bisschen in Richtung ÖVP: „Wohnen wird für viele Österreicher zum Luxus.“ Unten im Leitartikel steht dann interessanterweise: „Wohnen ist keine Ware, sondern ein Grundrecht.“ – Das schreiben die „Salzburger Nachrichten“.

Und das ist kein österreichisches Spezifikum! Der „Spiegel“ titelt – und ich werde jetzt nicht über die CIA reden, sondern über das Eckerl da oben: „Mieten außer Kontrolle, Luxus Wohnen.“ – Zahlreiche europäischen Städte stehen vor derselben enormen Herausforderung, auf die es keine einfache Antwort gibt, insbesondere Städte wie Wien, die dramatisch an Bevölkerung gewinnen, weil so viele Menschen daran interessiert sind, nach Wien zu kommen.

Ich nenne noch einmal die Zahl: Allein im letzten vergangenen Jahr ist die Einwohnerzahl um 24 255 Personen gestiegen. Diesen Menschen leistbares Wohnen bereitzustellen, ist eine zentrale Aufgabe, und Wien ist zu Recht in den vergangenen Jahrzehnten eine Stadt gewesen, in welche man aus der ganzen Welt kommt, um zu schauen, wie das geht.

Über das eine Thema, bei dem Wien Tradition hat, möchte ich deswegen wenig Worte verlieren. Wir hoffen, dass das weitergeht. Ich glaube, dass der soziale Wohnbau, so wie wir ihn kennen, fortgesetzt wird. Wir haben im Rahmen des knappen Budgets für das nächste Jahr dafür wieder mehr Spielraum. Natürlich ist geförderter Wohnraum anzubieten, und die Mieten sind gedeckelt, was eine der wichtigsten Voraussetzungen ist, um den gesamten Wohnungsmarkt zu beruhigen. Dass Wien im Verhältnis zu sehr vielen europäischen und außereuropäischen Städten noch immer deutlich günstiger ist – und das bei all den Problemen, die wir mit steigenden Wohnungsmieten haben –, ist auch auf die Errungenschaft Wiens, den geförderten Wohnbau, zurückzuführen.

Es geht aber nicht nur um die Situation jetzt, sondern es geht auch darum, wie es weitergeht. Wir müssen uns darauf einrichten, dass Wien weiter deutlich wächst. Wir sind in der Europäischen Union, Wien ist eine Universitätsstadt, Wien ist attraktiv. Wir können auch nicht daran interessiert sein, dass Menschen gezwungen werden, ins Umland zu ziehen, weil sie sich das Wohnen in Wien nicht mehr leisten können. – Weil das Thema komplex ist und ich meine zwölf Minuten einhalten will, will ich nur über zwei Vorschläge nachdenken, es müssen aber sehr viele diskutiert werden.

Natürlich ist der Schlüssel das Angebot. Nur wenn wir ausreichend günstigen Wohnraum bereitstellen, kann man einen gewissen Deckel darauf lassen. Diesbezüglich ist Wien im letzten Jahr schon einen richtigen Weg gegangen. Ich glaube, darüber sollten wir weiter nachdenken!

Der Titel für eine längere Rede, die ich nicht halten kann, wäre: Was kann der Wiener Wohnbau von Heini Staudinger und vom Bürgersolarkraftwerk lernen? – Sie alle werden wissen, was der Schuhfabrikant Heini Staudinger versucht hat: Er hat versucht, bei der Bank Geld zu bekommen. Die Bank hat ihm gesagt: Haben wir nicht! Wollen wir nicht! Daraufhin ist er zu jenen, die ihn unterstützen, gegangen, und es wurde ihm sehr günstig Kapital bereitgestellt, das es ihm ermöglicht hat, zu expandieren und eine große Solaranlage zu errichten. – Ich spare mir jetzt, über die Diskussion mit der Finanzmarktaufsicht zu berichten.

Zweiter Teil, bevor ich die Schlüsse ziehe: Was ist das Bürgersolarkraftwerk? – Wir haben gesagt: Wienerinnen und Wiener! Investiert in ein Solarkraftwerk, in euer Solarkraftwerk! Investiert euer Geld nicht auf einem internationalen Kapitalmarkt, wo ihr nicht wisst, was damit passiert, sondern kauft eine Solaranlage, die Wien Energie installiert sie mit einer Verzinsung von 3,1 Prozent. Die erste war in weniger als 12 Stunden ausverkauft, die zweite war innerhalb von 24 Stunden ausver-

kauft. Wir sind jetzt schon beim vierten ausverkauften Kraftwerk, und das fünfte ist derzeit da.

Was können wir daraus lernen? – Daraus können wir lernen, dass die Menschen nicht zuletzt auf Grund der Finanzkrise sensibel geworden und bereit sind, in eine der sichersten Anlageformen – und dahin geht jetzt mein Vorschlag –, in Immobilien, also in Häuser, zu investieren.

Ich bitte jetzt jene, die über Ökonomie ein bisschen Bescheid wissen, darüber nachzudenken, was der Hauptkostenfaktor von Wohnungsneubau ist. – Es sind dies die Kapitalkosten. Je günstiger man Geld bekommt, um desto billigere Mieten kann man Wohnraum bereitstellen. Dafür gibt es bereits einige Modelle. Und ich meine, dass es neben dem sozialen Wohnbau, der ausgedehnt und abgesichert werden muss, eine zweite Schiene geben muss, und zwar: Die Stadt Wien bemüht sich, Grundstücke bereitzustellen, und regt über eine Form, über die es vertieft zu diskutieren gilt, an, dass Wienerinnen und Wiener oder Leute aus Niederösterreich sagen: Wir stecken unser Geld in unseren Wohnbau, und das etwa in der Größenordnung eines Sparbuchs oder leicht darüber. Wir gehen vielleicht einen Weg nicht unmittelbar über die Bankenlandschaft, sondern direkt. – Und wenn es uns gelingt, billiges Kapital zu bekommen, und wenn es uns über den Wohnfonds oder über andere Initiativen, auch über die Widmung, gelingt, günstige Grundkosten bereitzustellen, dann garantiere ich Ihnen, dass die 7 EUR plus/minus auch im Neubau möglich sind.

Das heißt: Große Schiene ist der geförderter Wohnbau. Dabei darf man nicht nur in Schwarz oder Weiß denken, also einerseits geförderter Wohnbau, gedeckelt, sozial, und andererseits frei finanziert, vollkommen offen, sondern auch eine dritte Schiene ermöglichen.

Der Herr Stadtrat ist diesen Weg richtigerweise mit der Wohnbauoffensive gegangen. Und ich glaube, wir sollten nachdenken, ob es nicht sehr viel – wie ich es nennen möchte – Bürger- und Bürgerinnengeld gibt und die Leute sagen, bevor wir unser Geld irgendwohin legen, finanzieren wir unsere eigene soziale Wohnbauinfrastruktur. – Darüber sollten wir nachdenken! Ich glaube, dass das möglich ist! Ich glaube, dass sehr viel Geld damit lukrierbar wäre.

Ich habe mir ein bisschen angeschaut, welchen Weg das Land Salzburg mit einem sozialdemokratischen Wohnlandesrat gegangen ist: Dort hat es einen Preis der Europäischen Union dafür gegeben, dass ein ähnlicher Weg gegangen wurde: Es wurde Wohnbaugeld zu rund 1,5 Prozent zur Verfügung gestellt, wobei es Rückflüsse gibt und insofern Wohnraum sehr günstig geschaffen werden kann.

Ich habe extra mit den Wohnbauträgern telefoniert: Es gibt da nämlich einen riesigen Unterschied, ob man einen Zehnjahreszins über die Banken über ungefähr 3,8 Prozent bekommt. 3,8 Prozent sind nämlich ziemlich viel mehr als 2,5 Prozent. Da gibt es wesentliche Unterschiede, die wir im Neubau lukrieren können. – Ich glaube, das ist ein Punkt, den wir intensiv diskutieren müssen.

Ich habe noch vier Minuten und komme jetzt zu einem zweiten Punkt: Ich muss jetzt mit fünf Rufzeichen sagen, dass das nicht Regierungslinie ist und auch nicht im Regierungsübereinkommen steht. Ich glaube aber, dass wir angesichts dieser Situation, die dramatischer wird, über alles offen diskutieren müssen, auch wenn es eine schwierige Diskussion ist.

In der Tat geht es darum, dass die soziale Frage nicht primär mit dem Neubau, sondern mit dem Bestand gelöst werden muss. Wenn Häuser quasi abgeschrieben sind und günstig zur Verfügung stehen, dann müssen wir verstärkt die Frage stellen: Wie können wir den Wohnungsbestand sozial einsetzen? Und es ist eine große Errungenschaft der Gemeindebauten, dass sie von allen Wohnungen die günstigsten Wohnungen sind und dass etwa, obwohl Lagezuschlag verrechnet werden könnte, dies nicht geschieht.

Ich möchte den Gedanken in die Diskussion mitgeben, ob das gegenwärtige sehr offene Weitergaberecht aus sozialen Gründen wirklich langfristig beibehalten werden kann. Ich verstehe, dass viele Gemeindebaumieten sagen, wir wollen diese Wohnung einmal unserem Neffen oder irgendwem geben. – Ich möchte in Frage stellen, ob das angesichts einer wirklich drängenden sozialen Frage aufrechterhalten bleiben kann, die im Grunde die Wiener Bevölkerung in zwei große Gruppen teilt, nämlich in jene, die eine Wohnung haben, und jene, die eine Wohnung suchen. Diese Kluft wird immer größer. Gleichgültig, ob man jetzt aus Niederösterreich oder aus Deutschland kommt oder in Wien geboren ist: Wer heute eine Wohnung sucht, ist signifikant schlechter gestellt als jemand, der schon eine Wohnung hat. Und je länger jemand eine Wohnung hat, desto günstiger ist sie.

Vor diesem Hintergrund sollten wir meiner Meinung nach sensibel, vorsichtig, mit der notwendigen Zurückhaltung, aber mit einer klaren sozialen Haltung diskutieren. Die 220 000 Gemeindewohnungen sind, wenn sie frei werden, die günstigste Form von Sozialwohnungen. Dabei dürfen wir nicht in Frage stellen, dass wir die Durchmischung in Gemeindebauten aufrechterhalten wollen, dass wir nicht wollen, dass sich dort ausschließlich enge soziale Gruppen aufhalten und damit darüber hinaus Probleme schaffen. Wir müssen auch die Vergabe des sozialen Wohnungsbestands entsprechend gestalten. – Das ist mein zweiter Vorschlag.

Ich schließe eine Minute vor Ablauf meiner Redezeit. Es gibt noch einige wesentliche andere Punkte im Bereich des Wohnbaus zu diskutieren, aber glücklicherweise stehen wir am Beginn der Diskussion und nicht am Ende! Ich möchte jetzt ausdrücklich sowohl dem Herrn Wohnbaustadtrat, aber auch unserer Frau Vizebürgermeisterin danken, die das wesentliche soziale, wirtschaftliche und kulturelle Thema Wohnen an die Spitze der österreichischen Agenda gesetzt haben. Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau GRin Frank. Vorgabe 15 Minuten.

GRin Henriette **Frank** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine sehr ge-

ehrten Damen und Herren!

Ich möchte zuerst ganz kurz noch auf die Umweltdebatte eingehen, weil das auch ein Thema ist, das uns im Wohnbau betrifft.

Herr Maresch – er ist jetzt leider nicht da – hat gemeint, dass die Zweckbindung der Parkgebühr auf Grund der Ausweitung des Parkpickerls jetzt zwingend notwendig ist, weil man damit neue Parkplätze und so weiter schafft. – Erstens hat auch schon das Kontrollamt festgestellt, dass die Zweckwidmung gar nicht entsprechend ausgeführt wird: Wir haben äußerst desolate Parkgaragen, von denen schon vor x Jahren festgestellt wurde, dass sie für Leib und Leben schädlich sind. Das einmal nur am Rande.

Aber warum haben wir denn unter anderem eine so große Parkplatznot? – Diesbezüglich sind auch Sie in die Pflicht zu nehmen, Herr Stadtrat. Es werden halt jetzt auch immer mehr Projekte gebaut, wo man keine Parkplätze mehr braucht, weil sowieso angeblich jeder mit dem Rad fährt. Wir wissen aber ganz genau, dass auch diese Leute ein oder zwei Autos haben! Und die stellen sie dann eben irgendwohin, weil die Häuser keine Parkplätze bieten. Bei vielen Häusern werden die Parkplätze auch einfach abgelöst. Oder es gibt eine Flächenwidmung, gemäß welcher ein Hotel entstehen wird und Parkplätze im Verhältnis eins zu sieben vorhanden sind. Letztlich wird das dann aber – hurra! – ein Appartementhaus, bei welchen man Parkplätze im Verhältnis eins zu eins brauchen würde. Diese sind dann aber nicht vorhanden, weil nichts vorgesehen war. – Ich möchte also betonen, dass diesbezüglich auch der Wohnbaustadtrat gefordert ist, dafür zu sorgen, dass man nicht immer ablöst oder eben nicht baut. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Herr Ellensohn hat dann noch gemeint, dass es Abzocke ist, wenn die Mieten über 7 EUR gehen. – Jetzt sage ich einmal, was ich auch als Abzocke empfinde: Wenn zum Beispiel jeder Mieter dieser Stadt im sozialen Wohnbau, wo viele ohnedies schon genug zahlen, noch für jede Betriebskostenabrechnung, die er in Papierform oder als CD haben will, zahlen muss. Wenn es Schäden gibt oder er einen Waschküchentermin will, dann muss er zahlen. Weiters muss er für Wasser und damit auch fürs Abwasser zahlen – ich komme dann noch bei den Betriebskosten darauf zu reden –, egal ob er es braucht oder nicht, es genügt die Wohnungsfläche. Das heißt, er zahlt auch für viele Leistungen, die nicht erbracht werden oder schon in der Miete enthalten sein müssten. Ich glaube nämlich, dass man darüber, ob ein Recht darauf besteht, zu wissen, wie Betriebskosten abgerechnet werden, nicht diskutieren und noch separat Kosten verrechnen sollte!

Jetzt zum eigentlichen Thema. Betreffend Wohnbauförderung, Herr Stadtrat, läuft es halt immer so: Stehen Wahlen ins Haus, dann steigt sie, stehen keine Wahlen ins Haus, dann ist sie sehr moderat. Und es macht ja auch einen wesentlichen Teil dieser Wohnbauförderung aus, dass die Genossenschaften die Mittel immer dann zurückfließen lassen, wenn sie bei der Bank billigere Zinsen bekommen, als Sie bieten. Das heißt, es kommt

immer wieder Geld auch von den Genossenschaften zurück, und die Stadt selber leistet gar nicht die gesamte Wohnbauförderung.

Wer aber die Wohnbauförderung leistet – und das habe ich mir auch einmal aufgeschrieben – ist zweifelsohne der Bürger mit der Lohnabgabe. Er gibt das weiter an die Genossenschaften, die oft beziehungsweise sogar sehr häufig wirklich ein bisschen zu teure Wohnungen bauen. Aber auch das muss noch einmal der Bürger zahlen, obwohl er eh schon für die Wohnbauförderung zahlt. Und weil die Zinsen der Stadt relativ hoch sind, müsste er indirekt auch dafür zahlen. Es gehen jetzt aber die Genossenschaften zu den Banken, zahlen bei der Stadt Wien zurück und bekommen billigere Kredite bei den Banken. Dann gehen aber die Banken pleite, und es zahlt wieder der Bürger.

Das heißt: Es ist völlig wurscht, was in dieser Stadt geschieht. Es gibt nur einen Verlierer, und das sind die Mieter oder Mieterinnen beziehungsweise die Bürger dieser Stadt. Dazu muss ich sagen: Das ist wirklich sehr schade, und das kann so nicht weitergehen, vor allem in Anbetracht dessen, dass die Genossenschaften derzeit Rücklagen in Höhe von 8 Milliarden EUR haben! Da ist eine große Summe! Dafür kann man sehr wohl sozialen Wohnbau in einer verträglichen Form errichten.

Sie haben ja auch die Baurechtszinse ins Uferlose steigen lassen. Es redet ja niemand darüber, dass man im Jahr 67 EUR für ein Baurechtsgrundstück zahlen muss, wenn man selbst ein Haus daraufstellt. Aber es kann auch nicht sein, dass das dann bis 4 000 EUR und höher hinaufgeht! Auch dafür muss man eine Regelung finden, die sozial verträglich ist.

Meine Kollegen Klubobmann Gudenus und Landtagspräsident Herzog werden gemeinsam mit mir jetzt einen Antrag einbringen, in welchem wir Sie bitten, dass die Stadt Wien Maßnahmen ergreift, dass bei den Genossenschaften dann, wenn die Kosten für die Errichtung des Baus und die Darlehensrückzahlungen abbezahlt sind, die Mieten entsprechend zurückgefahren werden. Wir haben nämlich schon Beispiele, dass die Mieter durchschnittlich um 200 EUR im Monat weniger zahlen, die Genossenschaften aber nur 70 EUR hergeben. Man kann doch nicht ein Leben lang für eine Wohnung zahlen, die schon abbezahlt ist! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es war bei der gestrigen Diskussion „Im Zentrum“ schon sehr interessant, als jemand sagte, man bekomme im Altbau oft nur 1 EUR pro Quadratmeter Miete, und Ihr Herr Niedermühlbichler von der Mietervereinigung darauf antwortete, die seien ja auch schon längst abbezahlt. – Ja, das kann man so sehen. Aber Genossenschaftsbauten sind auch schon längst abbezahlt, und die Kosten werden dennoch nicht weniger. Hier brauchen wir keine Deckelung von 7 Prozent, sondern man fährt dann, wenn das einmal ausbezahlt ist, die Miete zurück. Sie hätten hier sicher auch einmal eingegriffen, denn es ist ja nicht so, dass Sie über keine Genossenschaften verfügen. – Ich glaube, da sollte man dann schon einmal etwas machen.

Das mit den Baurechtsverträgen habe ich ja schon anklingen lassen. Ich möchte hier noch etwas zu den

GRÜNEN sagen. (*GR Kurt Wagner: Die Genossenschaften gehören den Genossenschaften und nicht dem Herrn Stadtrat!*) – Ich habe ja nur gesagt, dass es auch rote Genossenschaften gibt. Meine Güte, arbeiten Sie mit denen nicht zusammen, erstellen die keine Projekte, sind die nicht Nutznießer einer Wohnbauförderung? Herr Wagner, ich glaube, Sie sind für Gesundheit zuständig. Bleiben Sie dabei! Das ist gescheiter, wirklich. (*Beifall bei der FPÖ. – GR Kurt Wagner: Nein, ich bleibe nicht dabei! Das ist Unsinn, was Sie da sagen!*)

Noch einmal zu diesen Baurechtsverträgen: Was ich sehr bedaure, Herr Stadtrat, ist, dass ich den Eindruck habe, dass Ihnen jetzt die GRÜNEN sagen, was Sie zu tun haben. Die Baurechtsverträge waren den GRÜNEN schon immer ein Dorn im Auge, daher ist das jetzt auch so gestiegen. Ich sage Ihnen ehrlich, es kommt nicht von ungefähr, dass die Farbe für Neid Grün ist. Denn, was die da aufführen und glauben, dass jeder, der sich ein Häuschen schafft – und die Leute haben sich die Häuser selber draufgestellt –, jetzt reich ist und abgezockt werden muss, und zwar so, dass man sich dann den Verbleib nicht mehr leisten kann, das kann nicht gehen. Da muss man jetzt einmal Vorsorge treffen, dass, wenn man von sozial spricht und wenn man über Mieten spricht – und zu denen komme ich jetzt –, man dann auch alle einbezieht und nicht sagt, der hat ein Haus, den zocke ich ab, und der wohnt in der Sozialwohnung.

Denn über eines müssen wir uns schon klar sein: Die Stadt Wien würde viele Wohnungen haben, wenn sie nur und ausschließlich ihren Kriterien einmal treu bliebe, dass man in Wien zwei Jahre an ein und derselben Stelle gemeldet sein muss und dass die Drittstaatenregelung ... (*Amtsfr StR Dr Michael Ludwig: Ja, ist so!*) – Nein, nicht Ja sagen! Es stimmt schon, die Regeln sind da, aber es hält sich niemand daran. Die Leute kommen herein und bekommen sofort Wohnungen! (*Amtsfr StR Dr Michael Ludwig: Wer sagt das?*) – Herr Stadtrat, sagen Sie nicht immer Nein, Sie wissen ja nicht, was abgeht. Wenn man schon einmal bei Wiener Wohnen so unverfroren sagt, das ist ein Integrationsbau, da kriegen Sie sowieso keine Wohnung ... (*Amtsfr StR Dr Michael Ludwig: Dann sagen Sie mir einen Fall!*) – Nicht Nein sagen, das sagt nicht einer, Herr Stadtrat, das sind viele. Da kommen viele, aus 23 Bezirken, die regen sich nicht auf und sagen, wir legen die Frank. So geht es nicht! Es kann auch nicht sein, dass Beamte von der Wohnungskommission bereits im Vorfeld entscheiden, ob jemand eine Wohnung kriegt oder nicht, und das kommt dann nicht in die Wohnungskommission. Das darf es doch nicht geben! Da werden ja gar keine Akte mehr angelegt: Sie kriegen eh keine Wohnung!, heißt es, und draußen ist er bei der Tür. Das ist die Realität, die muss man einmal zur Kenntnis nehmen. (*Amtsfr StR Dr Michael Ludwig: Dann sagen Sie mir einen Fall!*) Sie bekommen von mir Fälle, das kann ich, das brauche ich nicht schuldig zu bleiben.

Aber jetzt kommen wir noch einmal zu diesen Mieten, die ja ein wesentliches Thema sind und sich vor allem auch auf das Budget auswirken, denn ganz so, dass es Ihnen nicht zu Gute kommen würde, wäre es jetzt plötz-

lich mit 7 EUR gedeckelt, ist es nicht. Es stimmt, was der Herr Walter gesagt hat, mit 7,50 EUR. Wenn man aber jetzt bedenkt, dass der Kategoriemietzins von 2004 bis 2011 um 17 Prozent gestiegen ist, der Richtwert hingegen von 2004 bis Frühling 2011, wo die Anpassung war, um 31 Prozent, und parallel dazu der Durchschnittsverdienst um 15,6 Prozent, dann kann man sich vorstellen, dass sich die Leute Richtwertmieten nicht mehr leisten können. Und wenn wir jetzt schon bei 5,16 EUR sind und dann kommen die Zuschläge dazu, dann sind, auch wenn sie dann gesetzlich geregelt sind – aber der eine hat einen Balkon, der andere hat eine super Lage, der hat vielleicht einen Südhang und so weiter – 7 EUR schnell erreicht. Und wenn ich dann eine Sanierung mache, und die Leute zahlen das Doppelte oder Dreifache, dann ist es halt ein Unterschied, ob ich das Doppelte oder Dreifache von 8 EUR pro Quadratmeter beim Kategoriemietzins zahle oder 14 EUR beim Richtwertmietzins. Das ist ja eine ganze Menge, da können wir nicht reden.

Und wenn jemand nur 773 EUR Mindestsicherung hat, und dann soll er nach der Frau StRin Vassilakou für eine Kleinwohnung 500 EUR zahlen, das geht nicht. 500 EUR! (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Maximal!*) – Sie können ja nicht für eine 100-m²-Wohnung maximal 500 EUR verlangen. Wo leben Sie denn? Sie haben ja keine Ahnung mehr! (*GRin Birgit Hebein: Sie haben das nicht verstanden!*) Das ist ja unmöglich. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Auch im Baukulturreport steht das von der sozialen Nachhaltigkeit. Und sozial nachhaltig ist es sicher nicht, wenn die Mieten permanent in unvertretbarem Ausmaß steigen und jetzt auch noch die Deckelung mit 7 EUR kommt. Ich rede vom sozialen Wohnbau, für den stehen wir hier.

Und jetzt machen sich auf einmal die GRÜNEN so für den sozialen Wohnbau stark. Bei der vorletzten Gemeinderatssitzung hat uns der Chorherr erklärt, es sei super, dass wir das Areal in der Semmelweisklinik verscherbeln, dass darauf Luxuswohnungen gebaut werden, denn Luxuswohnungen braucht die Stadt.

Jawohl, Luxuswohnungen braucht die Stadt. Aber warum stellen Sie das kostengünstige Grundstück zur Verfügung, wenn wir es auf der anderen Seite für den sozialen Wohnbau brauchen würden? Warum haben Sie dort dann nicht zumindest die volle Länge verlangt, damit etwas ins Budget kommt. Auch das machen Sie nicht. Man kennt sich ja nicht aus, was Sie wollen. Sie wollen sozial sein und Sie wollen Luxuswohnungen. Sie wollen eine Deckelung, die nicht sozial ist, weil sie eh niemand zahlen kann, und die Beihilfen steigen. Ich kenne mich wirklich nicht aus: Der eine sagt, 7 EUR, Sie sagen, 7,50. Wie sollen sich, wenn uns wir alle nicht auskennen, die wir uns mit der Materie beschäftigen, dann die Bürger auskennen? Das muss man auch sagen.

Und wenn für 90 000 Projekte – von dieser Zahl war gestern die Rede – Grundstücke zur Verfügung stehen, dann werden ja wohl noch ein paar zur Förderung des sozialen Wohnbaus dabei sein. Das muss ich auch sagen, denn es kann nicht die Aufgabe der Kommune sein, die Grundstücke zu horten und zu warten, bis der Preis

entsprechend hoch ist, und dann zu sagen, das wollen wir.

Und beim Bauen könnten wir auch – und das täte dem Budget gut – ein bisschen sparen, auch wenn Sie noch so die Wärmedämmung preisen. Der Herr Chorherr hält ja Vorträge über Polystyrol, wie schädlich es ist, wenn ich für einen Kubikmeter Polystyrol 30 Liter Erdöl verbrauche. Wollen wir jetzt Energie sparen oder nicht? Dann kann ich es ja nicht in das Polystyrol hineinschmeißen und alles zukleben. Auch da könnten wir ein bisschen zurückfahren. Ich sage ja nicht, dass nichts geschehen soll. Sie kennen unsere Forderungen bei den Geschoßdecken, aber hinausschmeißen auf unnötige Art muss man es auch nicht.

Und dann möchte ich noch auf das Wasser eingehen, denn dazu bringe ich ja auch einen Antrag ein. Hierzu steht bei der Statistik Austria vom Oktober 2012: Die Ausgabengruppe „Wohnen, Wasser und Energie“ war erneut stärkster Preistreiber. Die Ausgabengruppe „Wohnen, Wasser und Energie“ erwies sich als stärkster Preistreiber im Jahresvergleich. Die Instandhaltung von Wohnungen und so weiter steht dann auch noch.

Wir haben schon mehrmals einen Antrag eingebracht, dass wir, so wie bei der Waschküche, Wasser und damit verbunden das Abwasser nach dem tatsächlichen Verbrauch verrechnet haben wollen und nicht nach den Quadratmetern. Denn wenn jemand eine 50-m²-Wohnung hat und den ganzen Tag in der Arbeit steht, wird er einen anderen Wasserverbrauch haben, als wenn vielleicht eine vierköpfige Familie zu Hause ist. Und das sollen wir auch einmal bedenken. Deshalb bringen wir hier einen Antrag ein, dass hier verbrauchergerechte Abrechnungen erfolgen sollen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich bringe diesen Antrag deshalb schon zum dritten oder vierten Mal ein, weil es sich in der Vergangenheit supergut bewährt hat, dass, wenn wir etwas des Öfteren eingebracht haben, dies dann auch eines Tages umgesetzt wird. Denn eines möchte ich schon sagen: Wir haben Anträge für leistbare Wohnungen Sonderzahl eingebracht, und jetzt wird es umgesetzt. Daher denke mir, wenn ich jetzt zehn Mal so einen Antrag über das Wasser einbringe, wird er vielleicht auch eines Tages umgesetzt. Natürlich werden sich das die GRÜNEN oder die SPÖ an die Fahnen heften. Aber wir haben es eingebracht, wir wissen das, und die Leute draußen wissen es auch. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr GR Mag Chorherr gemeldet. Sie haben 3 Minuten.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Die Frau Kollegin Frank hat hier behauptet, ich hätte gesagt, bei der Semmelweisklinik sei mir der soziale Wohnbau völlig egal, und wir verscherbeln das für freifinanzierten Wohnbau.

Was ich hier argumentiert habe und wozu ich nach wie vor stehe, ist, dass der mit Abstand größte Teil des Semmelweis-Areals für eine Schule verwendet wird. Das ist nicht der freifinanzierte Wohnbau, und daher ist es völlig falsch, was Sie hier gesagt haben. Uns ist und war der soziale Wohnbau immer schon ein großes Anliegen,

wird es auch weiter bleiben, und wir werden alles dafür verwenden. Das war eine falsche Aussage, Frau Kollegin Frank. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau GRin Frank gemeldet. Sie haben 3 Minuten.

GRin Henriette **Frank** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): *(GR Mag Christoph Chorherr: Sie haben sich schon gemeldet, bevor ich zu reden angefangen habe! Prophetin!)* – Herr Chorherr, ich habe drei Minuten, wenn Sie das bitte respektieren! Danke!

Es ist Folgendes: So, wie Sie das jetzt gesagt haben, wäre es sehr wohl falsch gewesen. Aber ich habe gesagt, dass Sie sich bei der Semmelweisklinik hergestellt und Luxuswohnungen verteidigt und gesagt haben, die Stadt brauche Luxuswohnungen. Und dann habe ich das Wort an den Herrn StR Ludwig gerichtet und habe gesagt, da war es Ihnen ganz egal und da haben Sie das Grundstück verscherbelt. – Hätten Sie nicht zufällig zu diesem Zeitpunkt mit dem Herrn Ellensohn getratscht, hätten Sie dem genauer folgen können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Wir gehen in der Rednerliste weiter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Vettermann. Ich erteile es ihm. 15 Minuten Vorgabe.

GR Heinz **Vettermann** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Liebe Damen und Herren!

Zur Kollegin Frank gesagt: Es ist hie und da natürlich schon auch entscheidend, wen man anschaut, aber natürlich auch, was man sagt. Und da Sie gesagt haben, Sie hätten auch schon leistbares Wohnen gefordert und Anträge eingebracht: Ja, das stimmt, glaube ich, sogar, dass es solche Anträge gegeben hat. Nur, der Realitäts-Check schaut so aus, dass gerade heute etwa wieder die Kollegin Kappel gesagt hat, Sie seien für die totale Freigabe, Sie seien gegen jede Kontrolle, und Realität ist auch, dass Sie x-fach den Verkauf von Gemeindewohnungen gefordert haben. Das ist historisch schon länger her, aber heute hat sich ja die Kollegin Kappel wieder ganz klar für die totale Freigabe ausgesprochen. Es wird sich auch jeder seinen Reim darauf machen können, dass A nicht zu B passt.

Dann dürften Sie ja ganz spezielle – ich will gar nicht Zuträger sagen, aber – Mythenbildner kennen. Denn dass jemand sagt, es ist alles ganz egal, die kommen, kriegen gleich eine Gemeindewohnung, es ist ganz wurscht, man muss gar nicht zwei Jahre da sein und das mit den Drittstaaten stimmt nicht.

Ich habe in meinen Sprechstunden auch viele Menschen, die eine Wohnung suchen, das kann man sich ja vorstellen. Ich höre das nie, ganz im Gegenteil. Da wird immer sehr hart geprüft, entsprechend gibt es dann auch die Wartezeiten. Das sind die Geschichten, die ich höre, alles andere habe ich persönlich noch nie gehört. Daher qualifiziere ich das eigentlich als blaue Mythenbildung im Sinne der Sage. Die aber nicht besser wird, indem man sie ständig und dauerhaft wiederholt. Denn es stimmt

einfach nicht, dass Wiener Wohnen die eigenen Richtlinien nicht ernst nimmt. Ich kenne keinen einzigen dokumentierten Fall und möchte das auch endlich einmal zurückweisen. Es ständig zu wiederholen, dient eben nur dem Zweck, diese, ich nenne es einmal Lüge, auch entsprechend zu verankern.

Zur zweiten Geschichte, die Sie gebracht haben, die mit dem Baurechtszins, muss man sagen, prozentuell ist es ein bisschen hinaufgegangen, das stimmt. (*GRin Henriette Frank: Ein bisschen?!)* Aber absolut ist es doch immer noch äußerst moderat, wenn Sie weiterhin 2,60 pro Quadratmeter haben, bei Neuvermietung ein bisschen über 8 EUR. Damals, als man die G'stätten praktisch urbar gemacht hat – das, was Sie da so super finden –, wäre es 10 EUR wert gewesen. Das ist immer noch billiger als damals, wenn Sie es neu nehmen. Und wo haben Sie diese Möglichkeit um dieses Geld in Wien? Nirgendwo! Sich also darüber aufzuregen, zeigt nicht von sozialem Engagement, sondern nur davon, dass man versucht, sich bei irgendeiner Unzufriedenheit anzuhängen und das dann noch durch eigene Mythenbildung voranzubringen.

Wir sind d'accord, dass die Genossenschaften keine Bank sind und ihre Rücklagen auch für den Wohnbau einsetzen sollen. Das passt schon.

Zum Thema Betriebskosten bei Wohnen, Wasser, Energie: Hier gibt es Preissteigerungen, hier sind schon Mieten gestiegen, aber die entsprechenden Treiber befinden sich vor allem im privaten Bereich. Das geht ja ganz klar aus dem hervor. Und das Wasser wird nirgendwo pro Quadratmeter abgerechnet. Ich wohne in einem Altbau in der Josefstadt. Ich wohne dort alleine, daneben gibt es Familien, und trotzdem zahle ich nach entsprechender Abrechnung. (*GRin Henriette Frank: Das ist nicht so!*) Daher sollte man auch da einfach die Kirche im Dorf lassen und nicht Forderungen stellen, die letztendlich nichts bringen. Ich glaube auch nicht, dass es eine gute Idee ist, das sechs Mal zu fordern, aber es sei Ihnen unbenommen.

Zum Kollegen Walter: Zugegeben, bei den Förderzusagen hat man die eine oder andere Wartezeit, aber das zeigt ja nur, dass die Förderung funktioniert – ich komme dann auch noch zu den Zahlen – und dass es soundso viele Leute gibt, die sie sich eben abholen. Und dass gerade die thermische Sanierung auch beim Kleingewerbe entsprechende positive Effekte für den Arbeitsmarkt hat, ist, glaube ich, unbestritten. Das ist eine der Maßnahmen, die auch Arbeitsplätze in unserer Stadt sichern.

Da gesagt wurde, dass wir im Koalitionsabkommen festgehalten haben, dass wir hier entsprechend informieren wollen: Ja, das haben wir hineingeschrieben und das tun wir auch. Es gibt den Mietzinsrechner, wo jeder nachschauen kann, ob seine Miete auch richtig ist. Das wird sehr oft angeschaut, und entsprechend kommen auch viele Leute darauf. Und weil gefragt wurde: Und was kommt dann raus? Da muss man ja nur die Schlichtungsstelle anschauen. Es ist ja nicht so, dass die dort gar nichts arbeiten. Ganz im Gegenteil! Mehrere Tausend Menschen suchen sie jedes Jahr auf, und viele

davon, natürlich nicht alle, bekommen recht.

Laut Kollegen Niedermühlbichler von der Mietervereinigung hat seine Organisation in diesem Jahr allein bis jetzt – es ist ja noch nicht aus, das heißt, die Summe wird ja noch steigen – 800 000 EUR zurückbekommen. Und weil gesagt wurde, wie man auf die Idee kommen kann, dass jemals zu viel verlangt wurde: Die Praxis macht einen leider sicher. Es ist eine traurige Gewissheit, dass jedes Jahr so und so viel mehr bezahlt wird. Daher sollte man nicht so tun, als wäre das hier eine kuriose Idee, die den Weg ins Koalitionsabkommen gefunden hat.

Überhaupt will ich dazu sagen, natürlich sind es immer die, die sich entsprechend zu dieser Mietendiskussion äußern, die jetzt etwas mieten müssen und daher jetzt auch suchen. Und sicher haben es die gut, die in die Gemeindeförderung kommen, und die, die in die Genossenschaft können – denn dort gibt es entsprechend niedrigere Mieten –, und auch alle, die einen Mietvertrag haben. Denn es ist ja so, dass dadurch, dass sehr viele Menschen die Flucht ins sogenannte Betongold angetreten haben und dort das Geld veranlagen wollen, die Preise entsprechend gestiegen sind. Aber mehr vom Eigentum her. Für die 25 Prozent, die eine Eigentumswohnung haben, ändert sich gar nichts, da sie zwar weiter ihre Betriebskosten haben, ihre Wohnung aber potenziell im Wert steigt. Es wirkt sich auch nicht bei den geförderten Wohnungen aus, die 21 Prozent aller Wohnungen ausmachen, denn hier liegt die Nettomiete bei 4,73 pro Quadratmeter. Und die mit der Superförderung liegen mit 4,43 deutlich unter allen Werten, die wir jetzt diskutieren. Die günstigste Form ist 4,19 EUR für die Gemeindeförderung, die in diesem Sinn hier auch außerhalb jeder Diskussion liegen.

Die freien Mieten für die inzwischen neugebauten Wohnungen betreffen nur 5 Prozent aller Wohnungen. Aber 26 Prozent sind sogenannte Altbauten, die eben schon abbezahlt sind, die ja zu einem großen Teil vor dem Ersten Weltkrieg gebaut worden sind. Die haben deshalb jetzt den Richtwert, weil man sich damals, um 1920, als es ja mit dem Friedenszins aus Hausherrnsicht eine noch viel schlechtere Regelung gab, gefragt hat, wo man die Menschen unterbringen kann, und daher gesetzlich eingegriffen hat.

Da gibt es eben in der historischen Entwicklung die Richtwerte. Diese Altbauten liegen aber derzeit bei der Neuvermietung bei 7,73 EUR, und das ist deshalb unverständlich, weil an sich der Richtwert ja 5,16 EUR betragen würde, und dann kommt eben Zuschlag um Zuschlag dazu. Da gibt es die Forderung auch der Mietervereinigung, auch der SPÖ, die ja auch StR Ludwig unterstützt, dass wir auch diese Zuschläge entsprechend deckeln, dass man maximal 25 Prozent dazuschlagen kann, außerdem wird taxativ aufzählt, wofür man einen Zuschlag verlangen darf, zum Beispiel auch keinen generellen Lagezuschlag, egal, wo man sich befindet. Denn gerade als Josefstädter kann ich Ihnen sagen, es gibt überhaupt keine Wohnung in der Josefstadt ohne Lagezuschlag, sei es in der Blindengasse oder jetzt sogar am Gürtel. Die letzte Begründung beim

Brunnenmarkt ist neu: Das ist ein In-Viertel. Gleichgültig, wo das Haus steht, es gibt einen Lagezuschlag, so schlecht und abgelegen innerhalb des Achten kann es gar nicht sein. Es gibt natürlich einen Zuschlag ganz oben, ist klar, ganz unten, weil behindertengerecht, und in der Mitte ist es sowieso super, weil oben und unten geheizt wird. (*Lebhafte Heiterkeit und Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

In diesem Sinn gibt es dort einen gewissen Wildwuchs, der aus Mietersicht beschrieben und taxativ aufgezählt gehört, und da gibt es auch einen Handlungsbedarf. Wenn man zu den 5,16 EUR die 25 Prozent dazurechnet, ist man sogar etwas unter den 7 EUR, da wären also sogar 30 Prozent drinnen.

Aber bleiben wir zunächst bei der Forderung der Mietervereinigung, die aus meiner Sicht richtig ist und sich vor allem auf das bestehende System bezieht. Nur nebenbei sei gesagt, dass die Gemeinde hier, neben dem Mietrecht, auch über die Gebietsbetreuung und die Wohnpartner entsprechende Informationen gibt, denn da ist es schon notwendig, auch entsprechend zu informieren.

Fünf Minuten habe ich noch: Dann sage ich Ihnen einmal, wo Wien investiert, denn das sollte man doch kurz erwähnen.

Vielleicht vorher noch: Wohnbauförderung brauchen wir schon, auch politisch inhaltlich, denn wir verwenden sie in Wien ja auch hauptsächlich fürs Wohnen, allerdings in allen drei Sparten, nämlich in der Sanierung, im Neubau und bei den Wohnbeihilfen. Es wurde ja schon gesagt, dass wir in diesem Budget für den Neubau 292 Millionen vorgesehen haben, die 5 500 Wohneinheiten zusätzlich bringen sollen. Ein Drittel davon sollen sogenannte Smart-Wohnungen sein – sollte ich dazukommen, sage ich zu denen noch etwas, wenn nicht, macht es die Kollegin Graf –, die ein besonders kostengünstiges Segment darstellen und von denen wir 2 000 Wohnungen errichten wollen und auch werden.

Die Wiener Wohnbauinitiative umfasst insgesamt 1,4 Milliarden, die Empfehlungen des Qualitätsbeirates sind durch. Es gibt 17 Projekte mit 2 960 Wohneinheiten, 1 500 werden 2013 auf Schiene gesetzt. Das bedeutet, dass wir eben auch weiterbauen.

Für die Sanierung werden 211 Millionen eingesetzt, davon werden 13 000 Wohneinheiten betroffen sein beziehungsweise wird es, wie ich schon gesagt habe, besonders um Förderungszusagen für Projekte gehen, die nicht nur ökologisch gut sind, sondern auch Beschäftigung schaffen.

Bei den Wohnbeihilfen geben wir insgesamt 110 Millionen aus. Hier sind Subjektförderungen und Ersatzdarlehen zusammengenommen, die natürlich auch das Wohnen sichern. Die Subjektförderung ist jene Förderung, die den Verbleib absichern kann, gerade wenn es jemandem einmal schlechter geht oder die Miethöhe steigt. Und dafür verwenden wir das Geld.

Man muss schon sagen, dass wir, abgesehen von dem, was wir da in Zukunft vor haben, natürlich durchaus auch kreative Ideen haben. Eine Forderung von StR Ludwig finde ich besonders förderungs- und unterstüt-

zungswürdig, nämlich dass wir auch die Kasernen als Wohnpotenzial, als Möglichkeit, zu innerstädtischen Gunstflächen zu kommen, auf denen ein entsprechender Wohnbau erfolgen kann, nicht aus den Augen verlieren und daher versuchen sollten, zu diesen Flächen zu kommen und sie auch entsprechend für den Wohnbau zu nutzen. Denn das sind innerstädtische Erweiterungsgebiete.

Zu Wiener Wohnen, das hier bei unserer Generaldebatte gleich mitdiskutiert wird, möchte ich nur sagen: Wiener Wohnen verwaltet nicht nur gut, sondern investiert natürlich auch. Und zwar im kommenden Jahr 360 Millionen EUR für die Sanierung von Gemeindebauten, für die gesamten Bauten, aber natürlich auch für die Brauchbarmachung und die Aufkategorisierung von Wohnungen.

Bei den Smart-Wohnungen habe ich schon erwähnt, dass es hier darum geht, besonders kostengünstige Wohnungen zu schaffen. Wir wollen 2 000 solcher kompletten, kompakten und kostengünstigen Wohnungen errichten. Das bedeutet, dass wir uns bei der Miethöhe an den Gemeindebauten orientieren werden. So würden zum Beispiel 40 m² maximal 300 EUR Bruttomiete und Eigenmittel von 2 400 EUR bedeuten, denn 60 EUR beträgt der vorgesehene Deckel für die Eigenmittel. Man sieht also, dass das eine durchaus leistbare Wohnung sein wird.

Jetzt habe ich nur mehr eineinhalb Minuten, daher in aller Schnelligkeit: Wir fördern mit dem Geld – und ich finde, man sollte das erwähnen – ja nicht nur hartes Bauen und die harte Sanierung, sondern auch gemeinsame Aktivität und Unterstützung durch die Wohnpartner, durch die Gebietsbetreuung. Das ist ein Thema, das mich sehr interessiert. Die Gebietsbetreuungen sind auf 17 Stützpunkte aufgeteilt, wo sie versuchen, stadtplanerisch und mit Aktivitäten auch das Wohnumfeld entsprechend positiv zu gestalten, woran auch die „Wohnpartner unterwegs“ einen entsprechenden Anteil haben.

Auch die Wohnpartner machen natürlich einiges, nicht nur an Information, sondern auch an Aktivitäten im Gemeindebau selbst. Von Schach, von „Gemeinsam schlau im Gemeindebau“, wo man gemeinsam lernt, bis zum „Urlaub im Gemeindebau“ und so weiter. – 25 Sekunden habe ich noch. – Das heißt, es geschieht auch viel für die Sicherung der Qualität des Wohnumfeldes. Und wir werden das Geld auch dafür einsetzen, dass man hier auch weiterhin gut wohnen kann.

Man kann man sagen, wir stehen immer auf den Schultern der Vorgänger, denn sie haben uns da im Sinne der Gemeindebauten recht viel hinterlassen. Wir haben es aber auch deshalb gut erhalten, weil wir jeder Verlockung, jedem Aufruf, das zu verkaufen, widerstanden und das gut bewahrt haben. Heute geht es darum, einerseits die Spekulation zu bekämpfen, aber vor allem den geförderten Wohnbau voranzutreiben.

Wien ist und bleibt eine wunderbare Stadt zum Wohnen. – Vielen Dank. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Flicker. Vorgegebene Redezeit 10

Minuten. Sie haben allerdings noch 15 Minuten und 15 Sekunden Fraktionsredezeit.

GR Martin **Flicker** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Auch ich darf mich zum Voranschlag der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung zu Wort melden. In dem uns vorliegenden Budget sind 216 Millionen EUR für Wohnhaussanierung enthalten. Aus unserer Sicht ein zentraler Punkt, um den Wienerinnen und Wienern auch im innerstädtischen Bereich wieder mehr attraktiven und leistbaren Wohnraum zu bieten. Es geht nicht nur um den Neubau auf der grünen Wiese, sondern auch um die Sanierung und die Dachausbauten. Hier gibt es noch ein enormes Potenzial, neue leistbare Wohnbereiche für die Wienerinnen und Wiener zu schaffen.

Die meiste Entwicklungsmöglichkeit gibt es allerdings im 21. und im 22. Bezirk. Ich erlaube mir deshalb einen Schwenk über die Donau. Die Donaustadt ist flächenmäßig der größte Bezirk Wiens und wird einwohnermäßig wohl auch sehr bald Favoriten übertreffen. Auch das größte Stadtentwicklungsgebiet Europas, die Seestadt, die im Entstehen ist, liegt in der Donaustadt. Hier gilt es, den bestmöglichen Mix aus Wohnbau, Wirtschaft, Bildung, Nahversorgung und Freizeitgestaltung zu finden. Hier gilt es, das Ideal Wohnen und Arbeit auf kürzester Distanz positiv zu fördern. Im Masterplan sind diese Faktoren alle berücksichtigt. Es gilt also, diese auch so umzusetzen. Nur die verkehrstechnischen Anbindungen sind noch nicht ganz gesichert. Der erste Schritt durch den Bau der U2 wurde zwar sehr richtig getan, aber ich kann Ihnen die Kritik nicht ersparen, dass man diese Linie bis zur Stadtgrenze führen hätte müssen, um auch die alten Ortskerne von Eßling und Aspern zu entlasten. Die öffentlichen Zubringer zur U-Bahn und die Querverbindungen sind auch dringend notwendig. Hier darf ich nicht nur die Seestadt erwähnen, sondern den gesamten Bezirk. Durch die Größe ist es teilweise auch fast unmöglich, von einem Bezirksteil zum anderen zu gelangen, ohne dass man weniger als eine Stunde braucht. Wohlgermerkt: innerhalb eines Bezirkes! Wie soll also jemand Anreiz finden, ein öffentliches Verkehrsmittel zu nutzen, wenn ich auf einer Strecke, für die ich mit dem Auto fünf Minuten brauche, drei Mal umsteigen muss?

Das Sekundärnetz in der Donaustadt wäre daher dringend zu überarbeiten und zu verbessern. Das betrifft leider auch manchmal Schulwege. Hier auf Kosten der Schulkinder zu sparen, finde ich nicht sehr positiv.

Noch größere Sorgen bereitet mir der Individualverkehr in der Donaustadt, und hier auch die Anbindung der Seestadt, wo noch große Straßenbauvorhaben zu tätigen sind. Die S1 und die A23 sind immer noch nicht gesichert. Besonders bedenklich ist auch, dass die Donauquerung durch die S1 noch immer in weiter Ferne liegt. Die Donaustadt erstickt im Verkehr, und es gibt immer noch keine konkreten Lösungen. Und für ein gesamtes positives Konzept ist hier auch die zeitgerechte Errichtung einer leistbaren Park-and-ride-Anlage entlang

der U2, ich denke an Aspern Nord, die vorletzte Station, dringend notwendig.

Ich darf abschließend noch einmal konkret auf die Geschäftsgruppe Wohnen und Wohnbau zurückkommen. Es ist heute beziehungsweise öfter schon erwähnt worden: Wir leben in einer wachsenden Stadt. Deshalb ist es besonders wichtig, den Wohnbau auch in Zukunft als wichtiges Leitinstrument einzusetzen. Wohnbau und Stadtentwicklung sind eindeutig ein wichtiges Zukunftressort, auch in Hinblick auf das Wohlbefinden der Wienerinnen und Wiener.

Zum Schluss kann ich nur sagen: Nicht nur die Landwirtschaft schafft Lebensqualität in Wien. – Danke sehr. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Hebein. Vorgabe 12 Minuten, Restredezeit der Fraktion 16 Minuten.

GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werter Herr Vorsitzender! Werte Kollegen und Kolleginnen!

Wir haben in den letzten Tagen und auch heute viel über das Thema Wohnen diskutiert. Ich würde es gerne kurz auf den Punkt bringen: Das eine heißt: Rot-Grün möchte Wohnen leistbar machen. Und das andere heißt: Schwarz-Blau möchte Wohnen nicht leistbar machen! (*StR Mag Manfred Juraczka: Sie haben alles verstanden! – Anhaltende Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.*)

So könnte man das eigentlich ganz kurz zusammenfassen. Anders ist es nicht zu erklären, dass wir einerseits als Stadt Wien viel in den geförderten Wohnbau investieren und gleichzeitig merken, dass die Preise am Privatmarkt einfach explodieren. (*GR Johann Herzog: Toller Sager!*) Wir wollen schlichtweg, dass jeder und jede in dieser Stadt leistbar wohnen können. (*Beifall bei den GRÜNEN.*) Und natürlich müssen wir uns dazu etwas überlegen. Und dazu gehören ganz einfach Mietzinsobergrenzen und Richtwertbegrenzungen. (*GR Johann Herzog: Der Richtwert ist begrenzt! Was erzählen Sie da?*) Aber was macht Schwarz-Blau? Sie sagen dazu einfach schlichtweg Nein, anders ist es nicht zu interpretieren. Offensichtlich genügt es Ihnen, wenn einige wenige super wohnen. Uns genügt es nicht. Und ich kann Ihnen auch nicht ersparen, Ihnen zu sagen, dass die Gefahr sehr groß ist, Ihre Überlegungen mit einfließen zu lassen. Was herauskommt, haben wir ja gemerkt, als Sie die ganzen gemeinnützigen Wohnungen der BUWOG verscherbelt haben.

Unsere wichtige Diskussion für die Stadt, dass die Menschen leistbar wohnen müssen, tun Sie als Kommunismus ab. (*StR Mag Manfred Juraczka: Ist es!*) Sie haben gar nichts verstanden. Das heißt, Rot-Grün geht natürlich her und sagt, okay, vor welchen Herausforderungen stehen wir? Und dazu gehört, ob Sie es wollen oder nicht, eine Diskussion über ein neues Mietrecht. Diese Forderung müssen wir aufstellen, selbstverständlich. Da gehören nicht nur Richtwertbegrenzungen dazu (*GR Mag Alexander Neuhuber: Das sind zwei Modelle: Wirtschaftsplanung und Planwirtschaft!*), sondern auch, dass wir den Betriebskostenkatalog durchforsten beziehungsweise auch die Instandhaltungsverpflichtungen klarstellen. Einfach fair und transparent.

Was sind Sie denn so aufgeregt, das ist, wenn man es nüchtern betrachtet, schlichtweg ein normaler Schritt in Richtung, den privaten Markt zu regulieren. (*GR Dipl.-Ing Roman Stifftner: Ein Blödsinn!*) Ich weiß, dass Sie das köstlich amüsiert, wahrscheinlich amüsiert es Sie auch, dass sich die Preise bei den Zinshäusern in den letzten Jahren verdreifacht haben. Was wollen Sie denn? Verfünffachen sollen sie sich, oder nein, verzehnfachen. Leistung muss sich bei Ihnen ja auszahlen (*Zwischenruf von GR Mag Alexander Neuhuber.*), nämlich die Leistungen der Immobilieninvestoren. Das ist es auf den Punkt gebracht. Sie (*in Richtung GR Mag Alexander Neuhuber*) können sich gerne hier herausstellen und konkrete Vorschläge machen, wie wir es schaffen, dass Wohnen wieder leistbar ist in der Stadt. Machen Sie konkrete Vorschläge, es war nichts von Ihnen zu hören.

Man darf nicht ungerecht sein, wenn man da dem ehemaligen FPÖ-Finanzreferenten zugehört hat bei „Im Zentrum“. – Haben Sie sich das angehört? Herzerfrischend! – Die einzige Forderung, das Einzige, was Thema war für diese Herrn, ist seine eigene Rendite. Es war fast weinerlich. Man hat das Gefühl gehabt, jetzt muss man gleich Spenden sammeln gehen. Ich glaube, der Kollege Niedermühlbacher hat das eh dann gesagt. Aber das Einzige, was Thema war, ist die Rendite.

Das heißt, wir von Rot-Grün sagen natürlich ganz klar, wir brauchen nicht nur faire Mieten, sondern auch einen fairen Zugang. Und, Kollege Walter, ich schätze Sie sehr, aber das, was Sie hier machen, ist Themenverfehlung. Es geht nicht darum, dass wir 500 000 Menschen in Wien haben, die gemeinnützige Wohnungen haben, und 300 000 Menschen arm sind. Das ist ja nicht das Thema. Es geht darum, dass die Menschen, die normal verdienen oder die weniger verdienen, abrutschen. Es besteht die Gefahr, dass sie abrutschen und sich die Wohnungen nicht mehr leisten können. 50 Prozent vom Einkommen für Wohnungen auszugeben, ist inakzeptabel, schlichtweg inakzeptabel. Das geht nicht. Es geht um eine große Masse, um Tausende von Menschen, die leistbare Wohnungen brauchen. Und machen Sie daraus keine Armutsdebatte! – Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt, der natürlich auch heikel ist, ist die Frage: Wie schaffen wir den Zugang? – Viele – und da wir müssen sicherlich genauer hinsehen – können sich den Eigenerlag bei den Genossenschaften nicht mehr leisten. So ist es einfach. Das Durchschnittseinkommen 1 300 EUR, Familieneinkommen 2 500 EUR, ist natürlich eine Herausforderung. Und ich finde es richtig, dass hier unser Stadtrat in die Richtung geht, auch kompakt und billig zu bauen, wie zum Beispiel bei den Smart-Wohnungen. Selbstverständlich sind das wichtige Schritte, die hier in der Stadt gesetzt werden. Trotzdem müssen wir uns überlegen, wie wir noch mehr und verstärkt einen Zugang für Durchschnittsfamilien in dieser Stadt schaffen.

Es gibt auch Bauträger, mit denen man extrem gut reden kann. Die sind nicht auf Gewinnmaximierung aus. Selbstverständlich sagen die, ja, wir schaffen auch leistbare Wohnungen, ja, das ist es uns wert, ja, es geht

letztlich auch um einen sozialen Frieden in der Stadt. Wenn die Menschen nicht mehr wohnen können, ist das sozialer Sprengstoff. Was aber Schwarz-Blau macht, ist: Hände verschränken, geht mich nichts an, das überlassen wir dem freien Markt. Und die Spitze war wirklich, wenn Sie bei „Im Zentrum“ dem Vertreter der Wirtschaftskammer zugehört haben, wie er ganz zum Schluss so nebenbei gesagt hat, na ja, wenn sich die Menschen unsere Wohnungen leisten wollen, müssen sie mehr arbeiten.

Leute, das ist purer Zynismus! Das ist unglaublich! Zu wissen, dass in den letzten Jahren die Löhne nur um 23 Prozent gestiegen sind, die privaten Mietpreise um 55 Prozent, zu wissen, dass immer mehr Menschen von ihrer Arbeit nicht mehr leben können, obwohl es Doppelverdiener gibt in den Familien, sich dann hinzustellen und zu sagen, hackelt's halt mehr!, das, finde ich, ist wirklich Zynismus pur, verdeutlicht aber die Diskussion, die hier dahintersteckt. Das verdeutlicht, warum wir als Rot-Grün sagen, wir schaffen mehr leistbaren Wohnraum für alle, mit allen Alternativen und Möglichkeiten, denn es ist auch eine Frage von Freiheit und Freiraum, wie man wohnen will.

Und natürlich werden wir uns auch über Alternativmodelle unterhalten. Das heißt Zukunft für die Menschen in der Stadt. (*StR Mag Manfred Juraczka: Das ist Chuzpe! Planwirtschaft ist nicht Freiheit!*) Ihnen aber, kann man nur sagen, ist das offensichtlich völlig egal. Das Einzige, was Sie interessiert, sind die Spekulanten, das Einzige, was Sie interessiert, sind die Immobilieninvestoren. Sie haben keinen sinnvollen sozialen Vorschlag für die Zukunft gemacht.

Wir stehen vor großen Herausforderungen. Der Herr StR Ludwig geht in die richtige Richtung. Und ich finde es wichtig, dass wir hier auch ressortübergreifend kooperieren, mit der Stadtentwicklung, mit dem Sozialbereich, damit die Menschen nicht abrutschen in die Obdachlosigkeit oder in die Delogierung. Auch hier arbeiten wir verstärkt miteinander. Und das heißt Zukunft! – Vielen Dank. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Kasal. Vorgabe 5 Minuten.

GR Mag Günter **Kasal** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Ich möchte nur ganz kurz auf die Vorrednerin eingehen. Die Rede war sehr provokant, in Feindbildern gehalten. Eigentlich erschreckend und eigentlich auch eine Fortsetzung dessen, was Sie den Wienern und Wienerinnen bei der Parkraumbewirtschaftung zumuten, wo man die Leute einfach nur gegeneinander aufbringt.

Aber Sie haben nach konkreten Vorschlägen gefragt. Ich sage Ihnen nur, die Freiheitliche Partei fordert seit vielen, vielen Jahren die Neuerrichtung von 5 000 Gemeindewohnungen jährlich. Auch das wäre mittlerweile zu wenig. Die Erfüllung dieser Forderung ist auch im nächsten Budget nicht wirklich zu erkennen, das wird auch nicht passieren.

Das Nächste, wofür Sie die Verantwortung tragen:

Die Wohnbauförderung ist seit 2010, als die GRÜNEN in die Regierung eingetreten sind, um 23 Millionen EUR gestiegen. Das ist weniger als die Inflationsrate, ist also auch nicht wirklich berauschend.

Ich möchte aber jetzt kurz auf einen anderen Punkt des Regierungsübereinkommens eingehen, denn so viel Zeit habe ich nicht. Im Kapitel Wiener Wohnen heißt es: „1.10. Stärkung der unabhängigen Mieterbeiräte.“

Es gibt plus/minus 220 000 Mietobjekte, und wir haben in Wien knapp plus/minus 500 Mieterbeiräte. Wenn es mehr gibt, freue ich mich. (*Amtsf StR Dr Michael Ludwig: Doppelt so viele!*) – Doppelt so viel. Auch erfreulich, aber für die Anzahl von Mietobjekten ist auch das noch viel zu wenig.

Die Vereinigung der Wiener Mieterbeiräte veröffentlicht auf der Homepage ein supertolles Beispiel für die Vorteile, die das Mietermitbestimmungsstatut bietet, das ja eigentlich jetzt evaluiert und gestärkt werden sollte. Unter § 21 „Unterstützungspflicht der Stadt Wien – Wiener Wohnen“ heißt es – ich darf da ganz kurz den Absatz vorlesen: „Die Stadt Wien – Wiener Wohnen ist verpflichtet, die Tätigkeit des Mieterbeirats zu unterstützen, insbesondere Anfragen in angemessener Frist zu beantworten. Die benötigten Drucksorten für die Wahl des Mieterbeirates sind zur Verfügung zu stellen. Die Stadt Wien – Wiener Wohnen hat Anschlagtafeln in genügender Zahl an geeigneten Stellen anzubringen sowie nach Möglichkeit einen Raum in der Wohnhausanlage für die Tätigkeiten im Rahmen der Mitbestimmung zur Verfügung zu stellen.“

Also wenn das die Errungenschaft der Unterstützungspflicht der Mieterbeiräte ist, dann ist das sehr dünn. Die Rechte des Mieterbeirates gehören gestärkt. Sie werden aus der Mietergemeinschaft gewählt und brauchen eine Stärkung, und zwar in vielerlei Hinsicht.

Ich möchte aber noch einige Überlegungen zu einem Punkt anstellen, der mir besonders am Herzen liegt: Wiener Wohnen vergibt die Gartengestaltung. Da werden Bäume gepflanzt, Rasen gemäht et cetera, et cetera. Jetzt wird an einem bestimmten Ort ein Baum gepflanzt, der geht ein, es wird im nächsten Jahr ein neuer gepflanzt, der Baum geht wieder ein, es wird wieder ein neuer gepflanzt. Das heißt, an einem Standort, wo offensichtlich auf Grund des Schattens kein Baum wächst – ich habe mir das angesehen –, wird alljährlich ein Baum gepflanzt. Und das findet man dann in den Betriebskosten wieder.

Wer bezahlt es? – Die Mieter. – Wo kann sich der Mieter hinwenden? – 05 75 75 75. Da wird er dann angehört, es wird Verständnis gezeigt. Es sind geschulte Mitarbeiter, sie sind wirklich immer sehr höflich. Aber das war's dann.

Ein anderes Beispiel ist die Waschküche. Wien-weit wurden seit einigen Jahren – ich glaube, zwei oder drei – die Token für die Waschküchen eingeführt. Wissen Sie, was das Problem dabei ist? – Die haben ein Ablaufdatum von der Uhrzeit her. Und zwar geht das von 6 bis 13 Uhr oder von 13 bis 20 Uhr. Der Neustart ist aber nur bis 12.10 Uhr möglich. Wo kann sich der Mieter beschweren oder eine Änderung herbeiführen? Wo kann er anru-

fen? – 05 75 75 75. Was passiert? Es dauert sehr lange. Bis jetzt ist nichts passiert.

Drittes Beispiel – Mistkübel: In 30 m Entfernung steht im öffentlichen Raum, auf der Straße, ein kleiner Mistkübel, 30 m entfernt ist ein Müllsammelplatz, wo alle Mistkübel für den ganzen Gemeindebau stehen. Genau zwischen diesen zwei Mistkübeln wird von Wiener Wohnen ein neuer aufgestellt. Was kann man machen? Gar nichts! – Es war zufällig die Wohnhausanlage, wo ich wohne. – Sie rufen 05 75 75 75, hören dann, dass Sie weitervermittelt werden. Sie werden dann auch zurückgerufen von einem Werkmeister. Der hat mir vor drei oder vier Wochen gesagt, er ruft mich zurück und schaut sich das an. – Gar nichts ist passiert bis heute. Das macht mir keine Freude. Was mache ich, wo kann ich hingehen? 05 75 75 75 ist keine wirkliche Lösung.

Wenn ich mir dann die zur Verfügung gestellten Daten ansehe, und zwar Kundenbetreuung, Callcenter für Wiener Wohnen, Anzahl der eingelangten Anrufe, dann ist eines ganz klar zu erkennen: Die Anrufe sind im Steigen begriffen. Wann ruft man an? Nicht auf Grund großer Zufriedenheit oder um zu loben, sondern wenn man irgendeine Frage oder ein Problem hat. Vor allem bei Problemen – das ist dann in der nächsten Zeile erkennbar, wo dann die Mieter an Wiener Wohnen direkt weitergeleitet werden – ist die Anzahl um 5 Prozent gestiegen.

Bemerkenswert an der Tabelle ist auch, dass, obwohl es immer weniger Hausbesorger gibt, die Anrufe bei der Hausbesorger-Hotline um 10 Prozent gestiegen sind. Aber das ist ein anderes Detail.

Die an Wiener Wohnen weitergeleiteten Anrufe sind von 138 000 auf 157 000 gestiegen. (*Zwischenruf von GR Heinz Vettermann.*) – Wir haben genug Redezeit zur Verfügung, lieber Kollege, danke, dass Sie sich sorgen. – Da gibt es einen Zuwachs von 14 Prozent.

Was will ich damit sagen? – Bei strukturellen Problemen haben Sie in jedem großen Unternehmen, jede Bank in Wien hat so etwas, eine Ombudsstelle, wo sich der Kunde oder in unserem Fall der Mieter beschweren kann, und die Ombudsstelle dann diese Dinge, die strukturell oder dort falsch laufen, überprüfen kann.

Meine Frage lautet: Warum gibt es in Wien nicht schon längst eine Ombudsstelle, in der dann der Ombudsmann oder die Ombudsfrau – wie Sie es halt haben möchten – versucht, auf Augenhöhe mit Wiener Wohnen die Probleme zu bewältigen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Herr Kollege Kasal, Sie haben in Bezug auf Ihre gewählte Redezeit um 2 Minuten überzogen, das heißt, ich trage 7 Minuten ein. Die Restredezeit der Freiheitlichen beträgt damit 9 Minuten und 30 Sekunden. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau GRin Graf. Sie hat 15 Minuten Vorgabe.

GRin Ilse **Graf** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es wurde heute schon mehrfach erwähnt, ich sage

es noch einmal, weil es so schön ist: Wien ist die lebenswerteste Stadt der Welt. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Wien auch eine hohe Attraktivität für Zuwanderinnen und Zuwanderer aus den Bundesländern und auch aus EU-Ländern hat. Was folgt daraus? Die Stadt wächst, der Wohnraumbedarf steigt. Zusätzlich sind wir mit gesellschaftlichen Veränderungen konfrontiert, es gibt eine deutliche Zunahme an Singlehaushalten, unterschiedliche individuelle Ansprüche der Menschen stehen einem stagnierenden Haushaltseinkommen gegenüber.

Daraus ergeben sich besondere Herausforderungen für die Wiener Wohnungspolitik. Wien stellt sich diesen Herausforderungen, und zwar einerseits durch den verstärkten Einsatz bewährter Instrumente, so ermöglicht zum Beispiel die Superförderung die Vergabe von nahezu eigenmittelfreien Wohnungen für junge Familien. Andererseits sorgt die Vergabe von Bauplätzen im Baurecht dafür, dass leistbarer Wohnraum geschaffen werden kann.

Wien entwickelt aber auch innovative Modelle und Lösungen zur Erhöhung der Neubauleistung. Davon möchte ich heute zwei vorstellen.

Erstens: die Wiener Wohnbauinitiative. Hier handelt es sich um ein Neubauprogramm, das den geförderten Wohnbau ergänzen soll. Es ist eine besondere Variante des freifinanzierten Wohnbaus, wo durch günstige Darlehen der Stadt Wien ähnlich günstige Konditionen wie im geförderten Wohnbau erreicht werden können. In dieser Wiener Wohnbauinitiative sollen insgesamt 6 250 Wohnungen errichtet werden, wobei es verpflichtende Eigenmittel- und Mietzinsobergrenzen gibt. Weiters werden die Wohnbauträger verpflichtet, anspruchsvolle Qualitätskriterien einzuhalten und auch hohen ökologischen Anforderungen zu entsprechen.

Damit wird ein hochwertiges Wohnungsangebot geschaffen, das unterschiedlichsten Wohnwünschen gerecht wird. Es werden Wohnungen für Familien, für Singles errichtet, vorgesehen sind aber auch Generationen-Wohnen, betreutes Wohnen beziehungsweise Wohngemeinschaften. Auch von meinem Vorredner wurde schon erwähnt, dass Wohnen und Arbeiten durch kurze Wege verbunden werden sollen, für sogenannte Ein-Personen-Unternehmen aber auch innerhalb des Wohnraums ein Arbeitsplatz geschaffen werden kann.

Dieses Programm der Wiener Wohnbauinitiative umfasst ein Gesamtinvestitionsvolumen von 1,04 Milliarden EUR. Diesen Betrag muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, in Zeiten, in denen es wirtschaftlich wirklich nicht einfach ist. Und ein ganz wichtiger Aspekt: 6 000 Arbeitsplätze werden gesichert. Nicht zu vergessen ist die Wirkung auf den freien Wohnungsmarkt. Das heißt, die Preise auf dem freien Wohnungsmarkt werden durch die verstärkte Wohnbautätigkeit der Stadt insgesamt gedämpft. – Und das nennen wir soziale Verantwortung im Wohnbau.

Ein weiteres innovatives Modell sind die Smart-Wohnungen, die heute auch schon mehrfach erwähnt worden sind. Bis 2014 sollen 2 000 Wohneinheiten errichtet werden. Die ersten Smart-Wohnungen sind be-

reits im Sonnwendviertel in Bau und sind auch der Presse schon vorgestellt worden.

Smart-Wohnungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie kompakt, flexibel und günstig sind. Mit intelligenten Grundrissen soll eine hohe Alltagstauglichkeit erreicht werden. Geringe Eigenmittel und günstige Mieten sorgen dafür, dass diese Wohnungen für junge Leute, für Alleinerziehende, aber auch für ältere Personen erschwinglich sind. Gemeinschafts- und Freiräume sowie allgemeine Nutzräume ergänzen das attraktive Angebot. Ein Beispiel: Für eine 55-m²-Wohnung ist mit Eigenmitteln von 3 300 EUR und einer monatliche Miete inklusive Steuern und Betriebskosten von 409 EUR zu rechnen.

Die Vergabe der Smart-Wohnungen erfolgt über das Wohnservice Wien. Es werden ähnliche Vergabekriterien wie für Gemeindewohnungen angewandt, und es ist vorgesehen, dass VormerkscheinbesitzerInnen bei der Vergabe bevorzugt werden.

Der dritte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist das Stadtentwicklungsgebiet der Seestadt Aspern. Hier entsteht auf einer Gesamtfläche von rund 240 Hektar ein neuer Stadtteil in der Donaustadt. Es ist das größte städtebauliche Vorhaben Wiens und auch eines der größten Stadtentwicklungsprojekte Europas. Hier werden insgesamt 8 500 Wohnungen entstehen, zirka 20 000 zukünftige BewohnerInnen werden in diesem Stadtteil ansässig sein.

Die erste Etappe wurde bereits begonnen. In der ersten Etappe werden bis 2016 2 800 Wohnungen gebaut. Ein Drittel aller geplanten Wohnungen des gesamten Projektes wird bereits in der ersten Etappe errichtet. 1 600 Wohnungen von diesem Kontingent werden im Rahmen der Wiener Wohnbauinitiative errichtet und sollen bereits 2014, 2015 bezugsfertig sein. Auch 760 geförderte Wohnungen sowie 300 StudentInnenplätze und 150 Wohnungen im Rahmen von Baugruppenprojekten sind geplant.

Zusammenfassend möchte ich betonen, dass die Stadt Wien mit ihrer vorausschauenden und verantwortungsvollen Wohnungspolitik leistbaren Wohnraum schafft. Sie sichert damit Arbeitsplätze, sie leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutzprogramm und zur Lebensqualität der Wienerinnen und Wiener, und sie sorgt für soziale Gerechtigkeit in Wien. – Vielen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Der Nächste auf der Rednerliste ist jetzt Kollege GR Neuhuber von der ÖVP. Ihre Fraktion hat 11 Minuten Restredezeit. – Bitte schön.

GR Mag Alexander **Neuhuber** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Ich kann leider nicht anders. Das ist zwar nicht meine Geschäftsgruppe, aber nach dem Beitrag von der Kollegin Hebein ist mir die Galle hochgekommen, wenn ich es einmal so theatralisch ausdrücken darf.

Frau Kollegin Hebein, ich finde es eine unglaubliche Arroganz, anderen in diesem Haus, in diesem Fall uns, immer das soziale Gewissen abzusprechen. Ich sage Ihnen, eine Partei, die auf den Grundlagen der christli-

chen Soziallehre, der katholischen Soziallehre steht, muss sich das von Ihnen nicht sagen lassen. Sie haben die soziale Verantwortung nicht erfunden, Frau Kollegin. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Ausdruck Gewinnmaximierung ist ein Terminus technicus aus der Ökonomie, aus der Marktwirtschaft, das kann Ihnen der Kollege Van der Bellen erklären. Weder das Wort Gewinnmaximierung noch Gewinn als solches ist etwas Schlechtes. Ganz im Gegenteil! Gäbe es nämlich keine Unternehmen, die auch noch Gewinn machen, Frau Kollegin, dann gäbe es keine Löhne mehr. Im Gegensatz zu Ihrer Denke wachsen die Löhne nämlich nicht am Baum, die müssen zuerst einmal erwirtschaftet werden, meine Damen und Herren, und dafür brauche ich einen Gewinn. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Aber ich bin auch sehr dankbar für diese Debatte – und das meine ich jetzt ohne Häme, das meine ich ganz ernst –, die die Frau Kollegin Vassilakou mit der 7-EUR-Diskussion losgetreten hat. Denn jetzt wird nämlich sogar dem letzten bürgerlichen Grün-Wähler klar, wo die tatsächlichen Unterschiede bestehen. Sie sind nichts anderes als Kommunisten, sage ich in aller Härte, Sie wollen Planwirtschaft. *(Ironische Heiterkeit bei GR Mag Christoph Chorherr. – Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Ja, Frau Hebein, was Sie wollen, ist Planwirtschaft, und Planwirtschaft ist Kommunismus. Und dass dieses Modell gescheitert ist, das können Sie sich heute noch in Teilen Ostberlins, Ostdeutschlands im Ein-zu-eins-Modell anschauen. Denn dort hat man nämlich genauso versucht, Wohnungswirtschaft planwirtschaftlich zu gestalten und aufzubauen.

Ich bin also dankbar für diese Diskussion, und jetzt auch noch ein letzter sachlicher Satz dazu: Wenn Sie mit mir in eine Diskussion über Immobilienpreise eintreten und hier behaupten, die Zinshauspreise hätten sich in Wien verdreifacht, dann bitte ich um Angabe der Quelle. *(GRin Birgit Hebein: Die Arbeiterkammer!)* Zeigen Sie mir das einmal, in welchem Zeitraum das war. Wahrscheinlich in den letzten 100 Jahren. *(GRin Birgit Hebein: 2011!)* Eine Verdreifachung der Zinshauspreise! Ich komme aus der Branche. Als Nächstes erklären Sie mir, dass zu einer Weihnachtssitzung das Christkind hier persönlich auftritt. Tut mir leid, das glaube ich Ihnen nicht.

Meine Damen und Herren! Es bleibt nichts anderes übrig, als mehr zu bauen. Das Problem eines Wohnungsmangels lösen Sie nicht auf dem Rücken der Privatwirtschaft. Wir müssen mehr bauen, und dazu müssen wir uns etwas überlegen. Das habe ich heute schon gesagt.

Und das zweite Thema ist der Fehlbelag. Ob es Ihnen passt oder nicht: Wir haben genügend leistbaren Wohnraum in dieser Stadt, er ist nur seit Jahrzehnten falsch verteilt.

Und einen letzten Satz gestatten Sie mir auch noch, wenn diese Diskussion jetzt schon aufkommt: Die Sozialdemokratie ist seit 1918 - mit kleinen Unterbrechungen - federführend in dieser Stadt. *(GR Siegi Lindenmayr: Was waren die kleinen Unterbrechungen?)* Wenn Sie es in diesen fast 100 Jahren nicht geschafft haben, das

Wohnungsproblem zu lösen, wer soll Ihnen von Rot-Grün denn dann glauben, dass Sie es jemals noch lösen werden, meine Damen und Herren? *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Hofbauer. Die Restredezeit der Fraktion ist 9 Minuten 30 Sekunden. – Bitte.

GR Manfred **Hofbauer**, MAS *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates!

Die Frau Vizebürgermeisterin war in den letzten Wochen mehrmals in den Schlagzeilen der österreichischen Medien – nein, nicht wie zu vermuten, mit dem Parkpickerl, sondern mit einer Headline, die da lautet: „Wohnen in Wien muss wieder leistbar werden!“ – Ja, Kompliment, das ist ja schön, dass die Frau Vizebürgermeisterin in diesem Bereich Handlungsbedarf erkannt hat, der meiner Überzeugung nach auch tatsächlich besteht.

Allerdings war interessant zu lesen - und das ist auch heute schon ein paar Mal angesprochen worden -, dass sie zur Umsetzung dieses Schlagwortes auch einen Vorschlag in den Zeitungen publik gemacht hat, nämlich eben diese berühmte und viel zitierte Mietzinsobergrenze von 7 EUR pro Quadratmeter in Wien einzuführen. Es ist auch heute über diese Lösung schon ein paar Mal diskutiert worden. Ob dieser Vorschlag für den privaten Wohnbereich - und das betrifft wirklich nur den privaten Wohnbau - sinnvoll ist, darüber streiten sich die Geister, wie man auch heute hier im Plenum feststellen konnte. Wir von der FPÖ lehnen auf jeden Fall - um dieses vielstrapazierte Wort nochmals in den Mund zu nehmen - so einen planwirtschaftlichen Eingriff, nämlich die Einziehung einer Mietzinsobergrenze von 7 EUR pro Quadratmeter im privaten Wohnbau, strikt ab. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir haben zu dem Thema „Wien muss wieder leistbare Wohnungen zur Verfügung stellen“ einen ganz anderen Lösungsansatz. Diesen haben wir auch schon ein paar Mal kundgetan, mit diversen Anträgen und so weiter. Unserer Meinung nach wäre es viel sinnvoller, eine erhöhte Förderungstätigkeit im Wohnbau zu initiieren, sprich, die Schaffung von mehr gefördertem Wohnbau zu forcieren, was wiederum auf der anderen Seite den Druck vom Wohnungsmarkt nehmen würde und damit automatisch auch die Mieten im privaten Sektor billiger machen würde.

Sehr wohl nehmen wir auch zur Kenntnis, dass Wohnbaustadtrat Ludwig sich ebenfalls massiv dafür ausspricht, leistbare Wohnungen in Wien zu schaffen. Das ist lobenswert. Er hat das Projekt der Smart-Wohnungen - auch das wurde schon mehrmals erwähnt - angekündigt und auch schon teilweise umgesetzt. Ich kann mich erinnern: Bis 2014 sollen 2 000 Wohnungen geschaffen werden. Das ist löblich und ganz toll, leistbare Wohnungen in Richtung Smart-Wohnungen für junge Leute, für Alleinerzieher, aber auch für ältere Personen, die sich ein anderes Wohnen nicht leisten können, zu

schaffen. Wenn man sich allerdings anschaut, dass es in Wien schon derzeit 14 000 Jungwienervormerkungen gibt, dann sind die angekündigten 2 000 Wohnungen bis 2014 nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Ein durchaus positiver Lösungsansatz von Wohnbaustadtrat Ludwig ist die auch schon angesprochene Deckelung auf den derzeitigen Lagezuschlagdschungel. Auch das ist durchaus zu befürworten und zu unterstützen. Wenn man sich allerdings die Mieten in Wien tatsächlich anschaut, dann muss man leider feststellen, dass sich die Mieten in Wien in kontinuierlichem Aufschwung befinden. Nicht umsonst, meine Damen und Herren, sind leider immer mehr Menschen in unserer Stadt auf die Wohnbeihilfe angewiesen. Und ich glaube, das spricht schon für sich, dass die Mieten steigen und das Wohnen in Wien damit nicht mehr so leicht leistbar ist.

Was ist der größte Belastungsfaktor für diese nicht mehr leistbaren Mieten in Wien? - Ein riesiger Belastungsfaktor ist die schon oft zitierte Betriebskostengeschichte. Man schaue sich nur an, was allein durch das rot-grüne Belastungspaket an Mehrbelastung auf die Wiener zugekommen ist – das ist heute auch schon oft gesagt worden, ich möchte es nur kurz noch einmal auflisten -: Gaspreis um 16 Prozent erhöht, Wasserpreis um 33 Prozent, Kanalgebühr um 6 Prozent, Müllgebühren um 6 Prozent, Kategoriemietzins um plus 5,5 Prozent – das sind immerhin 548 EUR pro Jahr und Haushalt.

Ein wenig möchte ich noch Zeit investieren in die sich auch auf die Betriebskosten niederschlagenden Gas- und Strompreise in Wien. Da ist etwas Interessantes zu bemerken. Wenn man sich nämlich anschaut, was ein durchschnittlicher Haushalt in Wien bei Strom an Energieaufwendungen tätigen muss, so sind das ungefähr 1 669 EUR pro Jahr und Haushalt. Das Interessante an dem Ganzen ist, dass ein anderer Anbieter in Österreich, nämlich die Vorarlberger Kraftwerke AG, für die gleiche Menge an Strom nur 1 516 EUR verlangt. Das würde bedeuten, dass ein Wechsel zu einem günstigeren Anbieter einem Haushalt im Jahr 153 EUR ersparen würde.

Wenn man sich das bei Gas anschaut, dann sieht das auch nicht viel anders aus: Die Wien Energie verrechnet einem durchschnittlichen Wiener Haushalt 1 742 EUR. Die Anbieter goldgas verrechnen für denselben Gasverbrauch 1 556 EUR. Also auch hier würde sich ein durchschnittlicher Haushalt zwischen 148 und 186 EUR ersparen.

Jetzt kann man sich natürlich fragen, wieso die Gemeinde Wien beziehungsweise die Stadt Wien, die ja immer von sich behauptet, dass sie so sozial ist, diese in der heutigen Zeit leichten Anbieterwechsellmöglichkeiten nicht viel mehr bewirbt und viel mehr aufzeigt. Wir von der FPÖ, meine Damen und Herren, bieten auf jeden Fall für die Bürger dieser Stadt eine Energie-Hotline an, wo wir die Bürger kompetent über Telefon beraten und dadurch den Bürgern auch die Chance geben, ganz ordentliche Einsparungen, eben bei Gas und Strom zum Beispiel, in ihrem Haushaltsbudget herbeizuführen. - Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort ge-

meldet ist Frau GRin Frank. - Sie haben noch 4 Minuten. - Bitte.

GRin Henriette **Frank** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch mich hat Frau Hebein dazu angeregt, doch noch ein paar Worte zu sagen. Sie hat gemeint, hohe Mieten sind verpönt. Andererseits meint Herr Chorherr, er hätte schon Leute, die in den Wohnbau investieren wollen, aber die Mieten müssen eben gedeckelt bleiben.

Jetzt erinnere ich mich an ein Land, das sehr viele Wohnbauten errichtet hat. Dann konnten vielleicht die Mieten nicht mehr bezahlt werden. Und auf Grund dessen, dass die Mieten nicht gezahlt wurden, weil sie zu hoch waren, konnten auch die Rückzahlungen an die Banken nicht erfolgen, und eine ganze Blase ist geplatzt. Ich denke, wir sollten schon, wenn ein Privater investiert, diesem auch die Chance geben, dass er dann solche Projekte durchzieht und dass wir dann nicht überall diese Bauleichen stehen haben, weil es sowieso niemand mehr zahlen kann - weil einfach die Rückzahlraten nicht mehr finanzierbar sind, wenn keine Mieten eingehoben werden dürfen.

Dann hat uns Frau Hebein vorgeworfen, es kommen von uns keine Vorschläge. Wir wiederholen es hier zum ich weiß nicht wievielten Mal, aber unsere Sache von Leistbarkeit heißt Kategoriemietzins. Und viele Menschen, die jetzt delogiert werden, werden nicht auf Grund des Richtwertmietzins delogiert, sondern auf Grund des Kategoriemietzins. Das heißt, es sind ja schon viele gar nicht mehr in der Lage, das zu bezahlen - und Sie gehen jetzt über den Kategoriemietzins, über den Richtwertmietzins auf die 7 EUR. Und wohlgemerkt: Immer rede ich hier vom sozialen Wohnbau. Und daher ist es auch wichtig, dass die Stadt Wien wieder Gemeindegewohnungen baut.

Was hier Frau StRin Vassilakou abzieht, das ist purer Populismus. Es ist ein Bundesgesetz - sie kann daher von Wien aus darüber überhaupt keine Volksabstimmung durchführen, und sie sagt den Leuten etwas, was überhaupt nicht stimmt.

Und dann noch ganz kurz dazu: „Freiheit, wie man wohnen will.“, das sagt jetzt Frau Hebein. – Ja, aber dann muss es auch zulässig sein, dass jemand goldene Armaturen oder Marmor oder Granit in seiner Wohnung hat, und dann muss man eben mehr als 7 EUR zahlen. - Das ist Freiheit, wenn ich es mir aussuchen kann! Aber ich kann doch nicht sagen, Freiheit ist: Was ich Ihnen gebe, das müssen Sie nehmen, um 7 EUR! - Ich verstehe den Begriff Freiheit überhaupt nicht. *(Ruf: Das glaub ich!)*

Nicht sagen, das glaub ich! Wenn für Sie Freiheit darin besteht, dass ich jedem restriktiv sage, was er zu tun und zu lassen hat, so ist das Sache der Sozialdemokratie, aber nicht der Freiheitlichen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Frau Graf hat hier noch eine sehr interessante Aussage gemacht: Die Stadt wächst, und der Wohnraumbedarf steigt. – Entschuldigung, die Freiheitlichen wissen das nicht erst seit der heutigen Budgetdebatte. Spätestens seit dem Jahr 2004, seit der Fassmann-Studie war uns klar, dass etwas geschehen muss, und wir haben es

immer gefordert. Aber die Wohnbautätigkeit ist nicht so wesentlich mehr gestiegen, wir haben jedoch 30 000 Vorgemerkte von Wiener Wohnen, so viele wie nie zuvor. Das muss man auch sagen. Sie haben alles verschlafen - die Entwicklung war ja absehbar.

Und dann war noch der Umstand, dass die Anzahl der Singlehaushalte steigt. Auch das wissen wir seit vielen Jahren - wir haben es ja laufend gefordert, darauf zu reagieren -, weil immer mehr ältere Menschen alleine sind, aber auch sonst immer mehr Personen in Singlehaushalten leben.

Zum Schluss noch kurz ein Wort zum Thema der Obdachlosen, denn dazu ist überhaupt nichts erwähnt worden. Ich finde nicht, dass jeder Obdachlose automatisch ins sozial betreute Wohnen aufgenommen werden muss. (*GRin Birgit Hebein: Sondern?*) Oftmals sind es ja Menschen, die nur auf Grund von Scheidungen die Wohnung verlieren oder so. (*Neuerlicher Zwischenruf von GRin Birgit Hebein.*) Aber hier wird gar nichts gemacht. (*Weitere Zwischenrufe von GRin Birgit Hebein.*) Gestern war das ja von diesem Herrn Reiter ein zentrales Anliegen, aber dazu habe ich heute von Ihnen auch nichts gehört - und wenn Sie jetzt noch so sehr hereinkneipeln. (*Beifall bei der FPÖ. - GRin Birgit Hebein: Dann müssen Sie zuhören!*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr Amtsf StR Dr Ludwig. - Bitte. Sie haben 15 Minuten Redezeit.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Hoher Gemeinderat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zum Thema Miethöhen würde ich mir eine vielleicht noch sachlichere Diskussion wünschen und eine Diskussion, die vielleicht noch stärker differenziert, worum es eigentlich geht. Denn wenn gesagt wird, Wohnen muss wieder leistbar sein, oder, die Mieten steigen permanent! (*GR Johann Herzog: Ums Dreifache, sagt Ihr Koalitionspartner!*), und das mit Wien in Verbindung gebracht wird, so bezieht sich das ja nur auf ein kleines Segment der Wiener Wohnungen. Manchmal entsteht jetzt nämlich in der Bevölkerung so der Eindruck, es steigen alle Mieten in unserer Stadt. Wir sprechen ja zum einen nur von Neuvermietungen und zum Zweiten von jenem Segment im gesamten Wohnungsmarkt, das im privaten Wohnhausbereich vergeben wird.

Diese Äußerung gilt also nicht für den geförderten Wohnhausbereich. Dort haben wir uns das sehr genau angesehen und festgestellt: In den letzten zehn Jahren war die Mietpreisentwicklung in etwa mit der Inflationsrate identisch. Bei den Gemeindewohnungen war sie sogar unter der Inflationsrate. Immerhin leben mehr als 60 Prozent aller Wienerinnen und Wiener in einer geförderten Wohnung in unserer Stadt. Damit liegen wir im internationalen Spitzenfeld, und das ist nicht nur gut für jene Mieterinnen und Mieter, die eine solche Wohnung haben, sondern ist insgesamt auch ein ganz wichtiges preisdämpfendes Element am Wohnungsmarkt.

Daher ersuche ich, hier von Panikmache Abstand zu nehmen. Erfreulicherweise sind die Mieten in Wien im Vergleich zu allen anderen europäischen Großstädten,

auch zu allen anderen Städten im internationalen Vergleich als durchaus moderat anzusehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber es gibt in der Tat ein Segment, wo man sich genau anschauen muss, welche Maßnahmen man setzt. Es hat erst vor zwei Wochen eine Wohnrechtstagung gegeben, die versucht hat, mit vielen handelnden Personen und Organisationen gemeinsam Lösungsansätze zu finden. Es war eine Veranstaltung der Mietervereinigung gemeinsam mit dem Mieterbund, mit Vertretern der Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer genauso wie jenen der gemeinnützigen Bauträger, und es ist der Versuch unternommen worden, auch fernab eingefahrener Bahnen Lösungen zu finden, inwieweit es möglich ist, auf der einen Seite Häuser entsprechend zu erhalten und gleichzeitig aber Miethöhen zu garantieren, die für einen großen Teil der Wiener Bevölkerung auch leistbar sind.

Und hier ist auch eines herausgekommen: Ein ganz wichtiges Instrument ist hier die Wohnbauförderung - auch etwas, worum uns im internationalen Vergleich viele Länder beneiden, etwas, was wir uns unbedingt auch erhalten sollten. Aber ich möchte auch nicht unkritisch einräumen, dass auch die Bundesländer die Verantwortung haben, diese finanziellen Mittel auch für den Wohnbau auszugeben. Das geschieht nicht in allen Bundesländern, wie wir wissen - in Wien schon: Wir haben schon aus dem Finanzausgleich alle Mittel, die wir bekommen haben, für Wohnbau ausgegeben und haben noch zusätzlich im Schnitt 100 bis 150 Millionen EUR draufgelegt.

Jetzt gibt es den Finanzausgleich, die Wohnbauförderung, die zweckgebunden war, in dieser Form derzeit nicht mehr, aber es gibt gemeinsame Ertragsanteile aus Steuerleistung, die für den Wohnbau vorgesehen werden, und auch hier sehe ich natürlich die Verantwortung auch der Stadt Wien und des Bundeslandes Wien, diese Mittel auch für den Wohnbau auszugeben. Ich glaube, das ist auch über die Parteigrenzen hinweg akzeptiert. Und wir sollten uns da auch ganz besonders darum bemühen, dass wir in den zwei Hauptfeldern der Objektförderung, im Neubau, aber auch in der Sanierung, entsprechende Maßnahmen setzen.

Dass es in Wien zu keiner Blase kommt, wie das in anderen Städten und auch in anderen Ländern der Fall ist, hat meiner Meinung nach mehrere Gründe. Ein Hauptgrund ist sicher, dass wir in Wien einen sehr starken Mietenmarkt haben. Wir haben also deutlich weniger Eigentumswohnungen, als es beispielsweise in den USA oder in Spanien der Fall war. Daher eignet sich Wien nicht sehr für die Entwicklung einer Blase, einer Immobilien-, einer Grundstücks- oder auch einer Wohnungsblase, wie wir sie aus anderen europäischen Städten kennen. Richtig ist auch, dass die Renditen in Wien in den letzten Jahren deutlich geringer waren als in anderen Städten. Also Geschäft machen konnte man mit Wohnungen in Wien deutlich weniger als in anderen europäischen Städten. Aber es hat auch nicht diese Einbrüche gegeben - und ich beneide nicht jene Investoren, die in Spanien oder auch in manchen bundesdeutschen Großstädten investiert haben und jetzt zum Teil sehen, wenn

die Nachfrage nachlässt, was das auch für Auswirkungen auf ihre Investitionen hat.

Daher glaube ich, dass unser System der gemischten Förderung, der Objekt- und der Subjektförderung, mit einer sehr starken Betonung des geförderten Wohnungssegments und auch einer sehr starken Abstimmung zwischen allen Beteiligten, den Sozialpartnern, durchaus ermöglicht, einen zwar ruhigen - auch was die Renditeerwartung betrifft, ruhigen - Immobilienmarkt zu haben, aber dafür einen sehr zuverlässigen. Das ist, glaube ich, gut für die Investoren und ist natürlich noch besser für die Mieterinnen und Mieter.

Daher sollten wir auch nicht versuchen, Schreckensszenarien aus anderen Städten und Ländern zu importieren - wie sie zum Beispiel in Spanien, Italien, Frankreich und zum Teil auch in der Bundesrepublik Deutschland Realität sind, wo die Menschen zu Recht wegen der Wohnungsfrage demonstrieren, auf die Straße gehen, weil es dort täglich tausende Menschen gibt, die delogiert werden, weil sie sich die Wohnung nicht mehr leisten können. Das ist Gott sei Dank in Wien nicht der Fall. Daher sollten wir auch nicht aus wahltaktischen Überlegungen versuchen, der Bevölkerung das zu vermitteln und einzureden, denn ein Blick in die „ZIB 1“ genügt, um feststellen zu können, dass wir hier in einer ganz anderen Situation leben - Gott sei Dank.

Aber wir haben auch die Verantwortung, überall dort, wo es Entwicklungen gibt, wo man den Eindruck hat, hier gibt es überproportional starke Steigerung, entgegenzuwirken. Ich habe deshalb vor wenigen Wochen auch eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht, die ich in einem Transparenzpaket zusammengefasst habe. Denn ich denke, auch diese zum Teil rasante Entwicklung im privaten Wohnhausbereich kann dadurch eingedämmt werden, dass Mieterinnen und Mieter die Möglichkeit haben, noch stärker nachzuvollziehen, inwieweit beispielsweise Zuschläge bei den Richtwertmieten gerechtfertigt sind, inwieweit es möglich ist, die entsprechenden Zuschläge auch zu beeinspruchen. Und wir sehen, wenn Mieterinnen und Mieter sich an die Schiedsgerichte oder an die Gerichte wenden, dass sie in 90 Prozent der Fälle recht bekommen, wenn sie die Höhe ihrer Miete beeinspruchen.

Wir haben deshalb auch einen Mietzinsrechner zur Verfügung gestellt, wo alle Mieterinnen und Mieter kostenlos ihre Miete überprüfen lassen können. Dieser gilt im Übrigen für alle Wohnformen, nicht nur für den privaten Wohnbereich. Das halte ich auch für wichtig, dass hier alle Mieterinnen und Mieter gleiche Rechte haben, dass das unabhängig von der rechtlichen Situation des Hauseigentümers zur Verfügung gestellt wird und dass man hier die Möglichkeit hat, sehr transparent nachzuvollziehen, welche Höhe die eigene Miete haben darf.

Ein Punkt ist von allen Fraktionen richtigerweise eingebracht worden: Wenn wir als Stadt auf den Wohnungsmarkt Einfluss nehmen wollen, dann ist es sicher richtig, auch mehr zu bauen. Das tun wir auch, besonders motiviert auch seit der Wirtschaftskrise, wo wir versucht haben, gemeinsam mit der Wiener Wirtschaft

Akzente zu setzen, gemeinsam mit vielen auch gemeinnützigen Bauträgern Akzente zu setzen. Wir haben damit nicht nur Klein- und Mittelbetriebe in unserer Stadt unterstützt, sondern auch den Arbeitsmarkt stabilisiert, denn wir wissen, dass im Neubau und noch viel stärker in der Sanierung hochqualifizierte Fachkräfte erforderlich sind, Handwerksbetriebe, Gewerbebetriebe, die hier besonders gefordert sind.

Daher war es richtig, dass wir in diesen Jahren auch Projekte vorgezogen haben und auch überlegt haben, wie wir noch stärker auch die verschiedensten Eigentümerinnen und Eigentümer, auch Private, einbeziehen können. Und gerade durch die Sanierungsverordnung, die wir hier in diesem Haus 2008 beschlossen haben, mit Wirkung 2009, haben wir den Bezieherkreis jener, die finanzielle Unterstützung von Seiten der Stadt Wien bekommen, deutlich ausgeweitet. Wir haben bis zum Jahr 2008 pro Jahr in etwa 10 000 Wohneinheiten gefördert saniert, nach der Sanierungsverordnung war ein Anwachsen auf 17 000 zu verzeichnen.

Und wir versuchen jetzt, möglichst viele vor allem private Wohnhauseigentümer mit einzubeziehen, auch mit einer sogenannten Deltaförderung, wo es nicht nur darum geht, bestimmte Grenzwerte im Bereich des ökologischen Sanierens zu erreichen. Das ist manchen nicht möglich gewesen, denn in Gründerzeithäusern gibt es bestimmte Beschränkungen, wenn man das Stadtbild erhalten möchte. Und daher haben wir mit der Deltaförderung eine Möglichkeit geschaffen, dass man zwar vielleicht nicht die Gesamtsumme bekommt, aber doch zumindest einen Betrag, mit dem man auch das Haus renovieren konnte.

Daher wollen wir diesen erfolgreichen Weg auch weiter beschreiten. Wir haben im Jahr 2011 676 Millionen EUR im Bau, in der Sanierung gehabt, und wir konnten das im heurigen Jahr noch auf 727 Millionen steigern. Das heißt, wir sanieren so viel wie überhaupt noch nie. Und ich denke, dass das ein, wie gesagt, ganz wichtiger Impuls für die Wiener Wirtschaft und für den Wiener Arbeitsmarkt ist. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Nicht zuletzt ist das auch im internationalen Vergleich nicht unbemerkt geblieben. Wir haben vor wenigen Monaten die höchste Auszeichnung der UNO, von der UN-Habitat bekommen, den sogenannten Scroll of Honour Award, den ich stellvertretend für die Stadt Wien entgegennehmen konnte, und zwar für unsere Leistungen im Bereich der Stadterneuerung. Dabei geht es nicht so sehr um den Bereich der technischen Stadterneuerung - denn das machen andere Städte auch gut, also man soll nicht glauben, wir seien die Einzigen, die Häuser renovieren -, sondern wir haben diese Auszeichnung vor allem bekommen für unsere soziale Einstellung im Bereich der sanften Stadterneuerung, wo wir ganz bewusst unsere finanziellen Mittel an die Verpflichtung knüpfen, dass private Hauseigentümer, die von uns ja bei der Sanierung sehr umfassend finanziell gefördert werden, sich verpflichten, 15 Jahre hindurch die Miete auf Grund der Sanierung nicht zu erhöhen. Das heißt, das Problem der Gentrifizierung, das heißt, des Austausches der Bevölkerung auf Grund einer Sanierung, ist bei uns in

Wien in einem deutlich geringeren Ausmaß vorhanden - ich will nicht sagen, dass es das überhaupt nicht gibt, aber doch in einem deutlich geringeren Ausmaß als in anderen europäischen Städten. Das ist deshalb der Fall, weil wir eben diese Instrumente der sanften Stadterneuerung haben, der Gebietsbetreuung, der Blocksanierungsgebiete, wo wir gemeinsam, im Wohnfonds beispielsweise - wo ja auch im Beirat alle Vertreterinnen und Vertreter der politischen Parteien die Möglichkeit haben, sich einzubringen -, versuchen, auch genau zu überlegen, wo wir als Stadt auch intervenieren müssen, um bestimmte Gebiete in unserer schönen Heimatstadt Wien neu zu beleben und auch mit Investitionen zu versorgen.

Abschließend vielleicht noch zum Punkt des Neubaus. Dieser wurde ja schon mehrfach erwähnt, und ich kann mich da ganz kurz fassen, weil von allen Fraktionen sehr viel Richtiges gesagt worden ist. Im Neubau haben wir neue Akzente gesetzt, vor allem auch unter dem Gesichtspunkt, dass wir das Angebot noch stärker ausdifferenzieren wollen. Es soll ein Wohnungsangebot geben für jene, die sich mehr leisten können, aber es soll auch verstärkt Angebote geben für Menschen, die in ihrer Lebensbiographie, in ihrer wirtschaftlichen Situation beschränkt sind auf ein gewisses Haushaltsbudget. Und wir haben auf der einen Seite mit der Wohnbauinitiative, wo wir frei finanzierte Wohnungen an die Auflagen des geförderten Wohnbaus geknüpft haben - hier ist es mir politisch auch gelungen, mit den Investoren zu vereinbaren, dass die Mieten nicht höher sein dürfen als im geförderten Wohnbau, dass sie aber trotzdem ohne Einkommensgrenzen frei finanzierte Wohnungen sind -, 6 250 Einheiten, die wir jetzt schon zu realisieren beginnen und die in den nächsten 2 Jahren zur Verfügung stehen sollen, und auf der anderen Seite Smart-Wohnungen, die sehr kompakt, vielleicht etwas kleiner als andere Wohnungen, vor allem für jene zur Verfügung stehen sollen, die über ein beschränktes Haushaltsbudget verfügen.

Zur Wohnungsgröße vielleicht nur eine Anmerkung: Es haben sich in den letzten Jahren auch die Anforderungen, was die Qualität von Wohnungen betrifft, sehr stark hinaufentwickelt. Wir haben ja fast keinen Bestand mehr im Bereich der Substandardwohnungen - das war noch vor 30 Jahren anders; da waren es rund 40 Prozent, heute sind es in etwa 4 Prozent. Da hat sich ja durch unsere gemeinsamen Anstrengungen sehr, sehr viel geändert. Auf der anderen Seite bestehen, wie gesagt, mit dem Smart-Angebot jetzt Möglichkeiten, dass jene, die vielleicht früher in diesem Wohnungssegment untergekommen sind, ein Angebot finden. Oder man denke nur daran, dass es immer mehr Singlehaushalte gibt. Wir haben fast so viele Singlehaushalte in unserer Stadt wie Haushalte, die mehrere Personen abdecken.

Also von daher gibt es unterschiedliche Bedürfnisse in der Bevölkerung, die wir auch mit unterschiedlichen Angeboten auf dem Wohnungsmarkt abdecken wollen. Das gilt für den Bereich der privaten Wohnhäuser und natürlich auch für den geförderten Bereich.

Ich möchte abschließend noch zu den Themenberei-

chen des Gemeindebaus Stellung nehmen. Ja, es ist richtig, man kann alles verbessern, das ist überhaupt keine Frage, man kann auch das Serviceangebot bei Wiener Wohnen verbessern. Man kann manches schneller behandeln, auch das ist richtig. Ich sage nur: Bei mehr als einer Million Anrufen, die an das Callcenter von Wiener Wohnen ergehen, wird es immer die eine oder andere Anfrage geben, die vielleicht nicht zeitgerecht behandelt wird.

Aber ich möchte im Umkehrschluss schon auch fragen: Welche andere Hausverwaltung außer Wiener Wohnen ist 365 Tage im Jahr 24 Stunden am Tag erreichbar? Und allein schon die Frage, wenn man etwa sagt: Ja, ich musste 3 Tage auf etwas warten!

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** (*unterbrechend*): Ich darf dann bitten, zum Ende zu kommen.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig** (*fortsetzend*): Gerne! - Das beinhaltet ja in Wirklichkeit oft, wenn man so will, ein sehr, sehr hohes Anforderungsniveau an die Hausverwaltung Wiener Wohnen. Ich scheue da nicht den Vergleich mit vielen anderen, auch privaten Hausverwaltungen, und man könnte das sicher auch im Ausschuss einmal ein bisschen intensiver und länger diskutieren.

Ganz zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich natürlich noch die Gelegenheit nützen, um mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ressorts zu bedanken, die gerade auch im vergangenen Jahr hervorragende Arbeit geleistet haben. Aber ich möchte auch allen Mitgliedern des Wohnbauausschusses danken - wir haben, glaube ich, bewiesen, dass wir auch über die Fraktionsgrenzen hinweg in der Lage sind, für das Wohl unserer Stadt und der Wiener Bevölkerung zu arbeiten. Dafür möchte ich mich bedanken, weil es keine Selbstverständlichkeit ist, und ich würde mich sehr freuen, wenn wir diesen gemeinsamen erfolgreichen Weg auch in Zukunft weiter beschreiten. - Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei SPÖ, GRÜNEN, ÖVP und von GR Mag Wolfgang Jung.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zur Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung und zum Wirtschaftsplan der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenchutz und Personal. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Feldmann. Ich erteile es ihr. - Frau Feldmann, Ihre frei gewählte Redezeit ist 12 Minuten.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Wir haben heute ausreichend vernommen, wie ein Budget mit einem Defizit von 3,4 Milliarden EUR bejubelt wird, ausreichend Rechtfertigungen gehört, warum Defizite seit Neuestem erstrebenswert sind, oder noch besser, wir haben sogar gehört, dass der Anstieg dieser Verschuldung ein Plan war, das heißt quasi, dass vorsätzlich eine Verdreifachung der Schulden Wiens innerhalb von 4 Jahren stattgefunden hat - inklusive Wiener Wohnen 6,9 Milliarden EUR per Ende 2012. Und dass Sie das alles selber nicht erschreckt, das ist ja in Wahr-

heit das wirklich Erschreckende. Das heißt, wenn man nichts anderes als Vision hat, als Verschuldung zu erhöhen, und einem nicht einfällt, wie man wirtschaftet, erwirtschaftet oder wie man den Boden für Wachstum schafft, dann ist das für die Nachkommen, für die nächste Generation eine Tragödie.

Wir haben mit 9 Prozent die höchste Arbeitslosigkeit im Bundesländervergleich und noch dazu 150 000 Mindestsicherungsempfänger - das sind 10 Mal so viele wie in Niederösterreich.

Wir haben ein Ausbildungsproblem: Der Lesetest sagt, dass jedes vierte Kind nach Abschluss der Volksschule nicht oder kaum lesen kann. - Dazu möchte ich sagen: Sie geben vor, Bildungsspezialisten zu sein, und empfehlen die Gesamtschule. Die Volksschule ist eine Gesamtschule, sie ist als Pflichtschule noch dazu in der Landeskompetenz. Sie hätten hier ohne Weiteres zeigen können, wie eine solche Gesamtschule funktioniert, ausbildungsmäßig, aber auch nachmittagsbetreuungs-mäßig. Denn nur ein Drittel der Pflichtschulen in Wien hat Nachmittagsbetreuung - im Gegensatz zu den Bundesschulen, die zu 100 Prozent Nachmittagsbetreuung haben.

Mich hat besonders erschüttert, dass das Budget der Geschäftsgruppe für Frauen von 8,7 auf 7,9 Millionen EUR gekürzt worden ist, das heißt, um satte 10 Prozent. Und dabei hat die MA 57 nicht einmal 1 Prozent des Gesamtbudgets zur Verfügung gehabt.

Das ist besonders enttäuschend, weil wir hier einen dringenden Budgetbedarf, einen dringenden Nachholbedarf haben. Ich habe zwar von Frau Finanzstadträtin Brauner vernommen, dass bei den wichtigen Themen wie zum Beispiel beim Müll nicht eingespart wird - ich kann daraus eigentlich ableiten, dass die Frauenthemen in Wien zu den nicht wichtigen Themen gehören, also Frauenpolitik in dieser Stadt ein Randthema geworden ist.

Wo wir daher die Mittel für Gleichstellungsmaßnahmen hernehmen sollen, bleibt ein Rätsel. Das Budget für den PID ist wieder erhöht worden, um 1 Million. Ich sehe das so: Den Frauen ist das Geld weggenommen worden, und dieses Geld ist dem PID zur Bejubelung und für Werbemaßnahmen zur Verfügung gestellt worden, obwohl er schon sechs Mal so hoch dotiert ist wie das Budget der MA 57.

Sie haben, und das ist ebenfalls dramatisch, die Wirtschaftsförderung in den letzten 3 Jahren halbiert, fast halbiert, von 167 Millionen auf 108 Millionen, und gleichzeitig die Mindestsicherung verdoppelt, von 290 auf 470 Millionen. Jetzt frage ich Sie: Alle sagen Sie, wie wichtig Wachstum ist. Was ist daran Wachstum? - Außer Schuldenwachstum natürlich. Ich meine, Wirtschaftswachstum oder die Grundlagen für Wirtschaftswachstum kann man hier wirklich nicht erkennen.

Was mich besonders stört: Es gibt keinen Willen zur Einsparung. Und ich hätte als Vorschlag einmal einen sinnvollen Beauftragten, nämlich einen Einsparbeauftragten. Nicht nur, dass der sich selber rechnen würde, er würde unter Umständen dem Defizit gut tun. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Sie lassen keinerlei Initiative für Kostenoptimierungsprogramme und ausgabenseitige Einsparungsmaßnahmen erkennen, obwohl - ich möchte das jetzt nicht alles vorlesen, wir haben das schon gehört - es genug Potenzial dazu gäbe.

Die Arbeitslosenquote ist hoch, sie ist die höchste auch bei Frauen. Bei Frauen liegt sie bei 8,2 Prozent - im Vergleich dazu Oberösterreich: 4,2 Prozent. Die Armutsgefährdung in Wien liegt im Schnitt bei 18,2 Prozent, aber bei Ein-Eltern-Familien mit Kindern unter 19 Jahren bei 35 Prozent. Das ist ein unfassbarer Prozentsatz!

Wir haben schon viele Anträge eingebracht, ich habe auch viele Anträge eingebracht bezüglich Verbesserung der Situation von Frauen in Wien. Ich versuche es noch einmal mit zwei weiteren Anträgen.

Der eine betrifft Förderung von Frauen in Führungspositionen. Wir wissen, dass fast alle Studien der letzten Jahre gezeigt haben, dass Frauen in Führungspositionen nach wie vor unterrepräsentiert sind. Wir wissen auch, dass das nicht auf das Bildungsniveau zurückzuführen ist, denn Frauen stehen den männlichen Kollegen in nichts nach. Es gibt schlechter bezahlte Frauenberufe als Männerberufe, aber auch wenn man diesen Umstand im Hinblick auf die Vergleichbarkeit ausschaltet, ist es trotzdem noch so, dass die Einkommensschere zwar etwas gesunken ist, aber noch immer viel zu hoch ist. Für mich lässt das den Schluss zu, dass im Bereich der gesamtgesellschaftlichen Bewusstseinsbildung ein Nachholbedarf besteht, und auch bei den zielgerichteten Förderungen.

Sie haben in Wien die Möglichkeit, nicht nur im eigenen Bereich, bei der Wien Holding zum Beispiel, Maßnahmen zu setzen, sondern auch wirtschaftspolitische Anreize in der Privatwirtschaft zu bieten. Wir wissen, dass Frauen als Entscheidungsträgerinnen einen positiven Einfluss auf die Unternehmenskultur und auf den Unternehmenserfolg haben. Das heißt, dass eine entsprechende Repräsentanz von Frauen auf allen Ebenen des Managements wesentlich ist für den wirtschaftlichen Erfolg und dass ein wirtschaftlicher Erfolg auch unmöglich ist, wenn auf Dauer auf 50 Prozent der Talente verzichtet wird. Daher mein Beschlussantrag:

„Die amtsführende Stadträtin möge ein Programm konzipieren, durch das mittels eines Informations- und Anreizsystems die Präsenz von Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft gesteigert beziehungsweise gefördert wird.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein weiterer Antrag - er betrifft eine Frauenoffensive. Ich gehe davon aus, dass das 21. Jahrhundert davon gekennzeichnet ist, dass die Frauenbewegung nicht mehr nur durch Frauen bewegt wird, sondern dass das ein gesamtgesellschaftliches Thema ist. Ich spreche hier von einer emanzipierten Frau, aber auch von einem emanzipierten oder aufgeklärten Mann. Und es ist ja hoffentlich so, dass mittlerweile allen bewusst ist oder bewusst sein sollte, dass eine Gleichstellung nicht ein Geschlechterkampf ist, sondern eine Intelligenzfrage. Es zeigen immer mehr Forschungsergebnisse, dass eine

gerechte und demokratische Gesellschaft auf einem ausgeglichenen Macht- und Einflussverhältnis zwischen den Geschlechtern gründet. Und Staaten oder Gesellschaften, die das nicht machen, laufen Gefahr, ihr Bevölkerungswachstum zu hemmen, die Bevölkerungsalterung zu beschleunigen und auf lange Sicht das Wirtschaftswachstum zu bremsen.

Jetzt haben aber sämtliche oder viele gesetzliche Initiativen den Erfolg für Veränderungen nicht gebracht, weder bei der Einkommenssituation noch bei der Berufssituation noch bei der Armutsverhinderung oder bei der Vereinbarkeit. Daher, glaube ich, muss man daran arbeiten, dass die Doppelrolle der Frau als Mutter und Ernährerin politisch anerkannt wird. Die Formen des Zusammenlebens haben sich verändert, darauf muss eingegangen werden, und dazu brauchen die Frauen ganz einfach in ihrer Doppelrolle die geeigneten Rahmenbedingungen, die von der Politik geschaffen werden müssen, zum Beispiel:

Die Schaffung hochqualitativer Arbeitsplätze für Frauen durch Quotenempfehlungen an Wiens Unternehmungen wäre zum Beispiel eine Initiative, indem man die volkswirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Bedeutung der Gleichstellung in einer entwickelten Gesellschaft - zu der wir uns ja hoffentlich zählen - vermittelt, etwa mittels Informationsbroschüre, die an Wiens Unternehmen verteilt wird.

Weiters: beispielgebende Quoten in Wien-nahen Unternehmen wie zum Beispiel der Wien Holding, Maßnahmen zur verbesserten sozialen und gesellschaftlichen Absicherung von Frauen, Schließung der Einkommensschere. - Ich möchte nur sagen, dass all diese Maßnahmen und diese Rahmenbedingungen in Schweden zu einer Einkommensschere von nur noch 9 Prozent geführt haben. Also es ist möglich, etwas drastisch zu verändern, und nicht nur so winzig klein, dass wir vielleicht noch im 25. Jahrhundert bei 10 Prozent sind.

Weitere Maßnahme: Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch einen bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen. Ganz wichtig sind flexible Kinderbetreuungseinrichtungen. Wir brauchen für manche Berufsgruppen einen 24-Stunden-Kindergarten, wir brauchen eine hochqualitative Betreuung im Bereich der öffentlichen Pflichtschulen und, was auch Grundvoraussetzung ist, noch effizientere Maßnahmenpläne gegen Gewalt, die im speziellen Frauen betrifft.

Im Zusammenhang mit den beschriebenen Maßnahmen und den dafür erforderlichen Ressourcen werden die zuständigen Stellen der Stadt Wien aufgefordert, budgetär entsprechend Vorsorge zu treffen. - In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte jetzt noch zusammenfassend zum Budget sagen: Nein, es ist aus Sicht der Wiener Volkspartei nicht toll, Schulden zu machen. Und nein, es ist unserer Meinung nach auch nicht toll, 150 000 Mindestsicherungsempfänger zu haben. Es ist auch nicht toll, dass die Wiener Pflichtschulen nur zu einem Drittel mit Nachmittagsbetreuung ausgestattet sind, und es ist auch nicht toll, die höchste Arbeitslosigkeit im Bundesländerver-

gleich zu haben. Und es ist auch überhaupt nicht toll, wenn einem in der Wirtschaftspolitik nichts Besseres einfällt als Reichen-Bashing oder Schuldenpolitik.

Und was ich in meiner Funktion als Frauensprecherin ganz und gar nicht toll finde, ist, dass das Budget der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenenschutz und Personal nicht erhöht worden ist, obwohl Österreich den zweitschlechtesten Rang nach Estland in sämtlichen Frauenfragen einnimmt.

Wir stimmen dem Budget nicht zu, weil wir der Auffassung sind, dass Wien die Budgetmittel nicht dorthin lenkt, wo sie gebraucht werden, weil überhaupt kein Wille zur Einsparung erkennbar ist, auch keine Verwaltungsreformen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Vana. Die selbstgewählte Redezeit ist 11 Minuten. - Bitte.

GRin Dr Monika **Vana** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Auch ich möchte mich in meinem Beitrag vor allem der Frauenpolitik widmen - ich vertrete in dieser Funktion meine Kollegin Martina Wurzer, die heute nicht anwesend sein kann - und dann natürlich noch einen kleinen Schwenk zum Personalbereich machen. Ich möchte am Anfang, weil es mich doch immer reizt, auf meine Kollegin Barbara Feldmann eingehen.

Jetzt - das wissen Sie - schätze ich Sie ja sehr, Frau Kollegin, wir haben schon sehr interessante Diskussionen geführt, auch letzte Woche in Brüssel, über Frauenquoten und anderes, aber mit Verlaub: Jedes Mal, wenn Sie hier herauskommen und Anträge im Frauenbereich stellen, die so das glatte und komplette Gegenteil von dem sind, was Ihre Partei in der Bundespolitik seit Jahren macht, dann kann ich das nicht mehr ernst nehmen. Ich frage mich wirklich - es sind ja einige ganz interessante Aspekte dabei, wirklich (*GRin Nurten Yilmaz: Sehr sympathisch!*); also was Sie heute ausgeführt haben über die Quoten, über die Gleichstellung von Frauen und Männern, zum Beispiel dass Gleichstellung eine Intelligenzfrage ist, hat mir ganz besonders gut gefallen -: Was machen Sie dann in dieser Partei? Was machen Sie dann in der Partei, in der Sie sind, Frau Kollegin? *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Haben Sie für das, was Sie hier fordern, überhaupt die Rückendeckung Ihrer Partei, frage ich mich.

Ich kann ja in weiten Bereichen dem, was Sie fordern, zustimmen. Abgesehen davon, dass das meiste im rot-grünen Wien ohnedies schon passiert und dass das, was Sie fordern, auch überhaupt keine budgetäre Rückendeckung oder irgendwas hat, möchte ich mich einem besonders schmunzelnd widmen, und das sind 24-Stunden-Kinderbetreuungseinrichtungen. Ich halte das wirklich für einen ganz interessanten feministischen Vorschlag. Ich sage Ihnen, Frau Kollegin, ich habe diesen Vorschlag, als ich Frauensprecherin meiner Partei war, nicht einmal in meiner eigenen Partei, bei den GRÜNEN, durchgebracht. Und wenn ich jetzt da so hinschaue, dann weiß ich nicht, wenn ich mir den David

Ellensohn oder andere anschauen, ob wir da bei den GRÜNEN Konsens hätten. Und wir sind sicher eine Partei, die jetzt seit Jahren, mittlerweile können wir schon sagen, Jahrzehnten - jetzt gibt es uns doch auch schon Jahrzehnte - für feministische Politik und vor allem für Kinderbetreuungseinrichtungen, die auch entsprechende Öffnungszeiten haben, kämpft, aber die 24 Stunden gehen schon noch über das hinaus, was wir an dieser Stelle diskutiert haben. Ich finde das ja vollkommen in Ordnung. Vor allem für Frauen im Tourismus, im Gesundheitswesen, im Handel, in der Gastronomie wäre das doch ein Beitrag und eine Möglichkeit, einer Beschäftigung, einer Vollzeitbeschäftigung nachzugehen. Aber mit Verlaub, Frau Kollegin, ich kann das wirklich in dem Sinn, wie Sie es hier als Frauenoffensive in den Raum stellen, überhaupt nicht ernst nehmen, und wir werden Ihre Anträge auch in dem Sinn wieder ablehnen.

Das Gleiche, was Frauen in Führungspositionen betrifft. Welchen Standpunkt vertritt Ihre Partei bei jeder Quotendiskussion, sei das im Nationalrat, sei das auf europäischer Ebene? Viviane Reding ist ja eigentlich eine konservative, eine christdemokratische Politikerin und hat jetzt den Vorstoß gewagt: die 40-Prozent-Frauenquote bis 2014. Sie hat aber wesentlich mehr Applaus von der grünen und sozialdemokratischen Seite im Europaparlament und auch in der Kommission - dort von der sozialdemokratischen Seite; in der Kommission gibt es die GRÜNEN nicht, nur im Europaparlament - bekommen als von ihrer eigenen Partei.

Also, wo sind Ihre Vorstöße für all diese Politik, die Sie hier fordern, in der Bundespolitik, wo Ihre Partei regiert? Dort sehe ich die offensive Frauenpolitik und die Frauenoffensive auf Seiten Ihrer Partei nicht. Dort interpretiert die ÖVP Frauenpolitik entweder als Familienpolitik - da sind wir jetzt bei der gemeinsamen Obsorgeregelung -, oder sie schiebt überhaupt Frauenpolitik oder Gleichstellungspolitik auf die Wirtschaft ab. Mitterlehner: Wirtschaftskammer soll Frauenpolitik machen.

Und Sie sagen ja zum Beispiel auch in Ihrem Antrag hier ganz, ganz klar: Die Wiener Volkspartei sieht das Problem der Gleichbehandlung von Frauen im Berufsleben als ein gesamtgesellschaftliches an. - Das ist noch korrekt. Sie schreiben aber sofort: Darüber hinaus kann nur eine konkurrenzfähige, florierende Wirtschaft die entsprechende Grundlage für Verbesserungen schaffen.

Also, widersprüchlicher geht es ja nicht mehr, Frau Kollegin! Und ich wünsche mir dieselben Vorstöße, die Sie hier in diesem Haus für eine aktive und offensive Frauenpolitik machen, auch von Ihrer Partei im Bund, denn dort sind wir sehr, sehr weit davon entfernt. Ich brauche jetzt nicht wieder dieselben Beispiele zu nennen, wie Vermögensbesteuerung, Mindestlohn, Entkopplung der Notstandshilfe vom PartnerInneneinkommen, eigenständiger Aufenthaltstitel für Migrantinnen, und, und, und - es ist die ÖVP im Bund, es ist Ihre Partei die Blockierpartei in der Frauenpolitik.

Und es ist die Stadt Wien, die frauenpolitisch seit Jahren in die Offensive geht. Und die hohe Lebensqualität, die uns die UNO bescheinigt - also seit Rot-Grün die Stadt mit der höchsten Lebensqualität zu sein -, gilt na-

türlich auch für Frauen in dieser Stadt.

Und es ist auch einiges weitergegangen im letzten Jahr, möchte ich einmal sagen, in dieser Stadt. Ich möchte nur ein paar Dinge exemplarisch aufzählen, was alles weitergegangen ist - und es ist nicht nur immer eine Frage des Budgets, des Gesamtbudgets; wie Sie ja wissen, gibt es nicht nur das Budget der MA 57, sondern dank des Gender Budgeting gibt es frauenpolitische Aktivitäten in fast allen Geschäftsgruppen und in mehreren Bereichen; das gehört auch einmal gesagt -:

Dreijahresförderverträge für Frauenvereine, damit eine Planungssicherheit existiert, sind etwas, was Rot-Grün auf sichere Beine stellt. Oder: Die Präsentation der Wiener Werbe-Watchgroup gegen Sexismus, die sehr, sehr gut arbeitet, die auch sehr positiv angenommen wird, die, denke ich, viel beiträgt auch zu einer inhaltlichen Bewusstseins-schaffung und die mittlerweile auch eine gute Vernetzung hat mit dem Werberat der Werbebranche und anderen Watchgroups, die es in diesem Bereich gibt.

Schwerpunkt dieser Regierung in der Frauenpolitik ist einmal mehr die Verteilungsfrage. Wir haben heute schon einiges über den Wiener Arbeitsmarkt, über die Frauenpolitik des WAFF gehört. Frau VBgmin Brauner hat es angesprochen: 60 Prozent der Mittel des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds kommen Frauen zu Gute. Der WAFF war auch führend in der Entwicklung des sogenannten Gender-Mainstreaming-Index - ein sehr wichtiges Messinstrument, eine Messmethode, um Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt zu messen. Wir haben anlässlich des Internationalen Frauentages eine Enquete zur Verteilungsgerechtigkeit gemacht und werden diesen Schwerpunkt auch fortsetzen, unter anderem mit etwas, was, glaube ich, ein Meilenstein hier in dieser Stadt ist und im Oktober präsentiert wurde, nämlich dem ersten Wiener Einkommenstransparenzbericht, auf den wir, glaube ich, wirklich stolz sein können, auch weil er weit über das, was im Bund vorgelegt wurde, hinausgeht - nicht weil Ministerin Heinisch-Hosek hier nicht wesentlich weiter hätte gehen wollen, sondern auch da war es wieder einmal die ÖVP, die hier eine gute Lösung verhindert hat. Es werden in Wien auch entsprechende Maßnahmen entwickelt, sodass dieser Bericht auch in etwas mündet, nämlich in die Analyse durch die Gleichstellungsbeauftragte und in Maßnahmen, die auch ein Ziel haben, nämlich die Einkommensdifferenzen im öffentlichen Dienst zu verringern.

Also hierauf, denke ich, können wir in Wien stolz sein. Wir werden das auch weiterentwickeln. Es wird für 2013 Maßnahmen geben gegen die sogenannte Teilzeitfalle, die es natürlich nicht nur auf dem privaten Arbeitsmarkt, sondern zum Teil auch im öffentlichen Dienst gibt, und das wollen wir nicht. Wir wollen hier diesen Einkommenstransparenzbericht auch dazu nützen, wirkliche Gleichstellung bei den Einkommen der Voll- und Teilzeitbeschäftigten zu schaffen.

Wir haben ja doch - ich meine, es fanden sich ja sehr interessante Ergebnisse in diesem Einkommenstransparenzbericht - zirka 10 bis 11 Prozent Einkommensunterschiede im öffentlichen Dienst zwischen Frauen und

Männern. Das ist natürlich wesentlich geringer als in der Privatwirtschaft, aber doch sehr, sehr ernst zu nehmen und für uns ein großer Handlungsauftrag. Und manche Dinge sind ja wirklich nicht erklärbar, zum Beispiel - wir haben uns ein paar Zahlen angeschaut - die Einkommensunterschiede von 20 Prozent bei Sanitätsdiensten, Portierdiensten, wo wir ja auch das Alter verglichen haben. Das ist ja auch eine der Grundlagen dieses Berichtes, dass man sich auch die Altersstruktur der Beschäftigten gut anschaut, um hier wirklich vergleichen zu können.

Eine Frage, die wir uns nächstes Jahr sehr, sehr verstärkt auch im Zuge der Besoldungsreform stellen werden, ist die Frage der Arbeitsbewertung. Es ist auch hier in Wien zu sehen, dass typische Frauenbereiche - nennen wir es einmal so - wesentlich schlechter bewertet sind als Bereiche, wo ein höherer Männeranteil vorherrscht - ich nenne Kindergartenpädagoginnen oder Raumpflegerinnen, um die gängigsten Beispiele zu nennen, aber es gibt auch andere -, und hier müssen wir wirklich genau hinschauen. Ich denke, die Frage der Arbeitsbewertung wäre auch bundesweit eine sehr, sehr spannende, aber wir gehen nächstes Jahr mit der Besoldungsreform hier in Wien einmal einen guten und wichtigen Schritt in diese Richtung.

Es ist auch wichtig, immer wieder zu erwähnen, dass Wien Vorreiter in der Koppelung der Auftragsvergabe an Frauenförderung ist. Ich habe es heute in einer Europarede schon gesagt: Das war nicht so einfach, das europarechtlich so abzuklopfen, dass das auch hält. Sie wissen, ich bin ja sehr viel europaweit unterwegs, und es ist wirklich ein Modell, das sich sehen lassen kann, auf das wir wirklich stolz sein können, weil es keine andere Stadt in der Form hat, wie Wien es hat. Darum danke ich, das ist wirklich ein gutes Modell, das wir auch ausrollen, ausweiten wollen auf andere Bereiche. Es gibt ja seit heuer auch - das habe ich auch schon erwähnt - zum Beispiel die Koppelung der Bauaufträge an Lehrlingsförderung. Und ich denke, diesen Weg, Auftragsvergabe wirklich aktiv zu nützen, um beschäftigungspolitische, frauenpolitische, sozialpolitische Kriterien umzusetzen, das ist ein guter Weg.

Ein Letztes noch: Es wurde im Oktober eine beachtliche Kampagne gestartet, nämlich „4Wände 4Hände“. Das passt auch zu unserem Verteilungsschwerpunkt, denn auch die Arbeitsverteilung im sogenannten Familienbereich ist ein gesamtgesellschaftliches Anliegen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist kein Anliegen ausschließlich der Frauen und soll auch nicht ausschließlich von der MA 57 und vom Frauenbereich bezahlt werden. Das sagen wir GRÜNEN auch schon seit Jahren, dass einerseits Gewaltschutz und andererseits das Thema Umverteilung von Arbeit nicht ausschließlich ein Frauenthema ist, sondern ein gesamtgesellschaftliches.

Und mit dieser Kampagne „4Wände 4Hände“, die mit der Arbeiterkammer gemeinsam präsentiert wurde, die eine sehr niederschwellige, zum Teil auch augenzwinkernde, ein bisschen unterhaltsame Kampagne ist, soll ein öffentlicher Diskurs über die Ungleichverteilung der

Arbeit zwischen den Geschlechtern, die immer noch vorherrscht, gestartet werden. Ich habe mir die Zahlen angeschaut: In 50 Prozent der Haushalte mit Kindern sagen die Frauen, sie leisten 100 Prozent der gesamten Familienarbeit. 100 Prozent - also das ist eine Zahl, da können wir einfach nicht wegschauen. Das hat auch etwas mit dem Arbeitsmarkt zu tun. Das hat auch etwas damit zu tun, dass Wien vorbildlicherweise, auch international vorbildlicherweise 630 Millionen EUR pro Jahr für Kinderbetreuung ausgibt - das ist uns wichtig -, und zwar für Kinderbetreuung, die Vollzeitarbeit ermöglicht - Stichwort Öffnungszeiten -, dass wir auch auf starke soziale Dienste setzen; auch das hat wirtschaftliche, soziale und auch beschäftigungspolitische Kriterien. Diese Umverteilungsdebatte wird uns also im nächsten Jahr noch weiter begleiten.

Ich denke, zusammenfassend können wir sagen, Rot-Grün nützt im Frauenbereich die Handlungsspielräume, die wir haben. Wir setzen auf eine feministische Frauenpolitik, in der Frauen und Mädchen in dieser Stadt selbstbewusst leben können. Wir fördern Frauen in Politik und Verwaltung. - Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau GRin Mag Feldmann zu Wort gemeldet. - Bitte schön.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Dr Vana, ich darf Sie beruhigen, ich habe absolute Rückendeckung meiner Partei.

Und zusätzlich kann ich Ihnen auch beantworten, warum ich bei dieser Gruppe bin: weil ich erstens Intelligenz schätze und zweitens Menschen, die Leistung unterstützen.

Zur Quotenempfehlung: Ich habe keine Quoten verlangt, sondern die Abgabe einer Quotenempfehlung an Wiens Unternehmen und Aufklärung, warum eine Quote wesentlich ist. Denn im Gegensatz zu einer Zwangsbeglückung und Zwangspolitik, wie sie zum Beispiel auch die GRÜNEN unterstützen, sind wir für Wählen, Freiwilligkeit und Aufklärung.

Zur Familienpolitik: Ich habe nicht gesagt, dass Familienpolitik nicht wichtig ist. Die ist sehr wichtig! Aber es gibt den zweiten Bereich, nämlich geänderte Lebensformen mit sehr vielen Alleinerzieherinnen und Alleinerziehern, und auf die muss man in der heutigen Zeit ebenfalls eingehen.

Und: Die Logik, etwas nur deshalb nicht zuzustimmen oder es nur deshalb abzulehnen, weil im Bund Ihrer Meinung nach eine andere Meinung herrscht, das ist ein auffällig schwaches Argument, und, ehrlich gesagt, das passt auch nicht zu Ihnen. - Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Jung. Ich erteile es ihm. 13 Minuten Redezeit.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

In diese interne Auseinandersetzung werde ich mich nicht einmischen. Ich lege Ihnen aber noch einmal, gerade den Sozialdemokraten, dieses Buch ans Herz. *(Der Redner hält ein Exemplar des Buches mit dem Titel*

„Neukölln ist überall“ von Heinz Buschkowsky in die Höhe.) Lesen Sie es! Es ist mit Zahlen untermauert. Es ist ein Mensch, der seinen Bezirk liebt, der aber die Erfahrung umgesetzt hat. (GR Karlheinz Hora: *Kennen Sie ihn persönlich? – Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Lesen Sie es! - Ich kenne ihn nicht persönlich, ich kenne ihn nur aus seinen Diskussionen. - Und jetzt gehen wir weiter. Denn Sie wollen ja nicht, dass wir heute zu lange diskutieren. Sie sind ja gegen zu viel Diskussion hier herinnen, deswegen haben wir ja Redezeitbeschränkungen.

Er begründet, warum er dieses Buch geschrieben hat, aus seinen Gesprächen, seinen unzähligen Gesprächen mit Bürgern. Und da sagt er: „Es trat“ darin „der ganze Frust zu Tage über die alltäglichen Erlebnisse in Bus und Bahn und über die Anpöbeleien auf der Straße, die - anders als von der Politik dargestellt – alles andere als die viel zitierte kulturelle Bereicherung sind.“ „Das eine“, sagt er, „ist die schöne, heile Welt des alles Verstehens, des alles Entschuldigens, der Nachsicht, des Laisser-faire bis zur Selbstverleugnung. Entschuldigung, dass wir bisher auch Werte und Normen hatten“ - sagt er - „die aber natürlich so minderwertig sind, dass man sie Einwanderern nicht zumuten kann. Nur nichts verlangen, nur nichts fordern.“ Und dann schreibt er: „Ich selbst stellte schnell ein Phänomen fest“ – und das haben viele von uns festgestellt –: „Je öfter ich Dinge aus- und ansprach, die jeder Mensch mit normalem Augenlicht sehen konnte, desto flinker verfestigte sich“ - bei den anderen – „meine Bösewichtrolle. Recht bald merkte ich“ - aber – „dann, dass Ungnade der bestimmenden Kaste auch Zuneigung bei den normalen Menschen auslösen kann. Ich begann, damit zu leben.“ (GR Ernst Nevrivy: *Lesen Sie uns jetzt ein Büchl vor?*) – So weit ein sehr erfahrener Politiker, der mehrfach wiedergewählt wurde, meine Damen und Herren. (Zwischenruf von GR Karlheinz Hora.) – Ja, ja, regen Sie sich nur auf.

Und jetzt kommen wir zur Budgetdebatte Integration (Weitere Zwischenrufe von GR Karlheinz Hora.) - beruhigen Sie sich -, ein sehr, sehr breites Gebiet, auf das ich gar nicht zur Gänze eingehen kann. Ich will nicht über Klientelpolitik, Subventionsvergabe, den Personalbereich reden, wo man sich wirklich fragt, ob die Bediensteten der Stadt Wien von oben her so gemobbt werden, dass sie 38 Krankentage im Jahr haben - da muss ja irgendetwas nicht stimmen -, oder auch nicht über die grünen Versorgungsprojekte für Ex-Mandatare, -Mitarbeiter, Mitläufer mit großzügigen Verträgen – nach dem Motto: Wie viele Beauftragte kriegen wir noch?, und so weiter. Das sind anscheinend Ihre zentralen Sorgen.

Und noch eines, nämlich die ganze Problematik der extremen, nämlich wirklich der extremen Minderheiten der Bürger dieser Stadt, mit Binnen-I und Unterstrich, seit Neuestem auch manchmal mit Sternchen, Gender, Transgender, Crossgender und was weiß ich, was noch alles. - Familien? - Die Familien kommen fast nicht vor; und Männer, meine Damen und Herren, bei Ihnen höchstens als Feindbild.

Und da habe ich mich, echt gesagt, wirklich geärgert – und ich kann mir vorstellen, auch wenn sie es nicht

zugeben dürfen, auch der eine oder andere der Männer in der SPÖ -: Ich schlage die Zeitung „wien.at“ auf, und da ist ein Kind abgebildet, das sagt: „Die Mama putzt, der Papa schläft.“ (GRin Nurten Yilmaz: *Richtig!*)

Liebe Frau Kollegin! Jetzt sage ich Ihnen etwas: Sie müssen mit sehr seltsamen Männern verheiratet sein oder zusammenleben, wenn Sie dieses Bild von den Männern haben. (GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: *Geh!*) Unsere Frauen haben es nicht! Und ich sage Ihnen auch eines: Ich bin mir nicht sicher, wer zum Beispiel öfter kocht, die Frau Stadträtin oder ich. Und die Waschmaschine kann ich sicher genauso gut bedienen wie sie. Und ich lasse mir das von Ihnen nicht gefallen und nicht sagen! (Beifall bei der FPÖ.)

Das ist eine schlichte Unverschämtheit, mich für mein eigenes Geld - denn ich zahle das ja mit - von irgendjemandem mit so abstrusen Ideen beschimpfen lassen zu müssen.

Und noch etwas sage ich Ihnen: Sehr viele – und das habe ich gelernt - von diesen Damen, die hier massiv für Emanzipation eintreten, sind genau die, die zu Hause nicht kochen und die nicht auf die Kinder schauen, und sind die, die die meiste Zeit in ihrem Beruf verbringen - und dann schimpfen sie auf die anderen los. Bitte, die Frauen, die sich dauernd um die Kinder kümmern, sind im seltensten Fall - klarerweise - hier herinnen. (Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.) - Und jetzt dürfen Sie schimpfen, aber ich gehe nicht weiter darauf ein.

Und jetzt komme ich zum Hauptproblem, nämlich zur fehlgeschlagenen Zuwanderung. Das ist eines der Hauptprobleme in unserer Stadt und auch unseres Landes. Wir haben diese Probleme überall - Sie finden sie da, Sie finden sie versteckt auch im Integrationsbericht, zumindest was die Zahlen betrifft -: Zusammenleben im Wohnbereich - Sie kennen alle die Klagen -; der Verfall des Bildungswesens, die Schulabbrecher ohne Abschluss - über ein Drittel, bei den BMS 53 Prozent der Burschen ohne Abschluss nach der 9. Schulstufe, in Wien ist der Anteil noch höher! Spitzenreiter: Personen mit Migrationshintergrund. – AMS-Statistik, nicht Wolfgang Jung.

Weiters: Überproportional hoher Anteil an den Arbeitslosen, wobei Wien Spitzenreiter ist. Beschäftigungsanteil in Wien: insgesamt 31,8 Prozent; arbeitslos: 48 Prozent. Weit abgeschlagen als Nächstes Vorarlberg mit nur 40 Prozent.

Unverhältnismäßig hohe Gesundheitskosten - auch das ist dokumentiert: Menschen mit Wurzeln in Ex-Jugoslawien oder in der Türkei leiden im Vergleich zu den Einheimischen wesentlich öfter an chronischen Krankheit wie Diabetes, Bluthochdruck, Depressionen und so weiter. Und viele - das muss man auch sagen -, vor allem Asylbewerber, nützen das massiv aus: Die Zähne werden repariert, ein Panoramaröntgen kann man machen - aber wenn es bei den Jugendlichen um die Altersfeststellung geht, ist das Handwurzelröntgen plötzlich unzumutbar und menschenrechtswidrig. - Das ist alles doppelbödig, meine Damen und Herren, und Sie wissen es auch.

Wir haben eine besonders hohe Zahl der Sozialhil-

febezieher in diesen Bereichen.

Was die Kriminalität betrifft, sind ganze Bereiche von bestimmten Ethnien dominiert - das können Sie den Statistiken entnehmen, das kann nicht bestritten werden. Und letztlich auch die Folge des Ganzen: In den Strafanstalten stammen 50 Prozent - oder jetzt sogar schon mehr - der Sträflinge aus diesem Bereich.

All das wird weggeleugnet und schön geredet, meine Damen und Herren. Was tun Sie dagegen? Diese Maßnahmen mit „Mama lernt Deutsch“, Kaffee und Kuchen mit Kinderaufsicht, parliert wird meist auf Türkisch, ist kein Ausweg. Verpflichtendes Kindergartenjahr, das der Häuptling versprochen hat, wo er gesagt hat: „Im Herbst geht niemand mehr in die Schule, der nicht Deutsch kann.“ – ja, wir sehen, wie die Realität aussieht. Der Bürgermeister sagt vielleicht: „Mir wurscht“, aber das kann es nicht sein.

Nicht wurscht ist es den KindergärtnerInnen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich bringe hier einen Auszug aus einem Interview mit einer Kindergärtnerin aus den „Salzburger Nachrichten“ vor wenigen Wochen. Die sagt dann: „Es besteht ein großes Problem mit den Deutschkenntnissen und da ist ein Zusammenhang mit dem Migrationshintergrund.“ Daraufhin fragen die Nachrichten: „Was wünschen Sie sich von den Eltern?“ Sie sagt: „Seit das letzte Kindergartenjahr gratis ist, hat man das Gefühl, viele wissen das Angebot nicht mehr zu schätzen. Es ist wahnsinnig schwer geworden, Leute zu finden, die sich, weil sich die Eltern nicht mehr drum kümmern, auf Dauer diesen Job antun wollen.“ Daraufhin wieder die Frage: „Viele Kinder verstehen kein Wort Deutsch, wenn sie in den Kindergarten kommen?“ Und sie sagt: „Das bleibt jetzt alles am Kindergarten hängen und wir PädagogInnen sind dann schuld, wenn das Kind am Schulanfang noch immer keine vollständigen deutschen Sätze sagen kann.“ Und sie sagt auch, dass sie Gruppen hat, wo nur noch ein Kind oder zwei Deutsch können. Und auf die Frage: „Was bleibt dann auf der Strecke?“ Und jetzt könnten Sie zuhören: „Alle anderen Inhalte. Ich kann nicht einfach das Thema Herbst durchführen, denn wenn ich den Kindern sage, sie sollen aus dem Fenster schauen, dann machen das nur ein paar. Der Rest sieht mich an und ich weiß, die haben keine Ahnung, wovon ich überhaupt rede. Alles, was kognitiv ist, kann ich mit den Kindern kaum machen, nicht einmal ein Puzzle zusammensetzen. Und wie soll ich die Sicherheit der Kinder garantieren? Viele kennen nicht einmal das Wort Nein. Genau das alles stellt sich die Politik sehr einfach vor. Ich habe nur drei Kinder ohne Migrationshintergrund in der Gruppe. Für die Kinder ist da schon der Kindergarteneintritt eine regelrechte Qual.“ Der Kindergarteneintritt, sagt die Fachfrau, ist eine regelrechte Qual! Und sie begründet es: Sie empfindet das als wirklich schlimm, weil man die Kinder in ein Umfeld schickt, wo sie niemandem vertrauen können, weil sie nicht verstehen, was von ihnen gewollt ist. Und dann sagt sie, und das führen sie sich zu Gemüte: „Mir blutet das Herz, wenn die Kinder in ihrer Muttersprache heulend nach ihren Eltern schreien und ich kann sie nicht beruhigen, nicht einmal verstehen.“ Das ist das Ergebnis

Ihrer Politik, meine Damen und Herren! Das ist das Ergebnis Ihrer Politik! (*GRin Nurten Yilmaz: Entschuldigung, ist das ein Wiener Kindergarten?*) Bitte, das ist ein Salzburger Kindergarten. Die Wiener sagen genau das Gleiche! Ach geh, hören Sie doch auf! Glauben Sie, dass das in Wien anders ist? In Wien ist das noch viel schlimmer, es ist noch viel schlimmer! Nur, die Wiener KindergärtnerInnen trauen sich nicht herauszugehen, weil sie sonst von Ihnen den Druck von oben kriegen. Das ist die Situation! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Dann bringe ich Ihnen wieder den Herrn Buschkowsky, auch wenn Sie sich über dieses Buch ärgern. Es wurde ihm vorgeworfen, er hätte ein rassistisches Buch geschrieben. Er beschreibt genau die gleichen Probleme wie die Kindergärtnerin. Er sagt: „Das Buch beschreibt das reale Leben, wie es jeder sehen und erleben kann. Die Wirklichkeit ist nicht rassistisch, aber man kann sie auch nicht ignorieren.“ Und das tun Sie, Sie ignorieren die Realität und Sie ignorieren die Wirklichkeit. Der „Standard“ wirft ihm dann vor und zitiert eine Passage, in der sie schreiben: „Mit den Afrikanern ist noch mehr Brutalität, Drogen- und Alkoholmissbrauch eingezogen.“ Darauf sagt er: „Die Passage mit den Schwarzafrikanern gibt den Bericht einer Kindergartenleiterin darüber wieder, welche Auswirkungen die Bevölkerungsveränderungen in ihrem Wohngebiet hatten. Was ist daran rassistisch?“ Daraufhin sagt der „Standard“: „Ich war nie in Neukölln. Wie würden Sie Ihren Bezirk beschreiben?“ Und er sagt: „Wir haben einen Aufwuchs und das können Sie auf Wien übertragen. Bildungsferne Einwanderermilieus. Der Sprachstand in der dritten und vierten Generation der Einwanderer wird nicht besser, sondern schlechter. Bei den letzten Einschülern sprachen 40 Prozent kein oder nur ein rudimentäres Deutsch. Das sind die Kinder von Eltern, die hier geboren und aufgewachsen sind. Das ist die reale Situation.“ Und zum Schluss sagt er, und das können Sie sich auch merken, er kommt aus einer Arbeiterfamilie mit 11 Geschwistern: „Unsere Werte von heute sind über Jahrhunderte entstanden und hart erkämpft worden. Reformation, Aufklärung, Menschenrechte, die Unverletzlichkeit der Würde der Einzelnen, die Ächtung von Gewalt. Alles das dürfen wir nicht auf dem Altar der Beliebigkeit opfern, meine Damen und Herren.“ Das sollten Sie sich merken. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und was tun Sie dagegen? Sie sind hilflos! Der Herr Staatssekretär Kurz hat da neuerlich ein Integrationsglossar für Journalisten herausgegeben von A wie Abwanderung bis Z wie Zuwanderung. Das war ein sehr, sehr seltsamer Versuch, Einfluss auf die Berichterstattung der Journalisten zu nehmen. Da gibt es dann den Wanderungsgewinn. Das ist die Differenz zwischen den Wegziehenden und den Zugewanderten. Muttersprache - ein Wort, das nicht vorkommt. Er will die Erstsprache haben. Oder wir erfahren, dass die Aufnahmegesellschaft dem Begriff Mehrheitsgesellschaft vorzuziehen ist, zumal letztere, nämlich die Mehrheitsgesellschaft, eine zahlenmäßige Überlegenheit der aufnehmenden Gesellschaft attestiert, die kulturelle Normen prägt. Ich frage: Will der Herr Kurz nicht mehr, dass unsere kulturellen

Normen bei uns Geltung haben? Sehr seltsam!

Aber gehen wir weg zu denen in der Stadt. Zuwandererknigge für Österreicher. Sie kennen vielleicht das Magazin „biber“, von Gemeinde und Bund finanziert, das eine Hausordnung für Inländer herausgegeben hat mit den Verhaltensregeln von „Ehre den Türken“ bis „Einfach nicht deppert sein“, wie Sie es uns sagen, meine Damen und Herren. Hier schreiben Sie uns vor, was wir zu tun hätten. Ich sage denen nur: Gehen Sie dorthin, wo der Biber wächst, meine Damen und Herren, weil das ist ja wirklich die Höhe, dass wir uns auf unsere Kosten und mit unserem Geld auch noch beschimpfen lassen müssen! Oder die Ausländergruppe „Performance“ - wie ausländerfeindlich bin ich -, die dann ambulante Beschneidungen und Ähnliches mehr angeboten haben. Das beschreibt der „Falter“ sehr, sehr gut, meine Damen und Herren.

So kann es nicht gehen! Die Zuwanderung ist kein Privileg, sie muss durch Integrationsbereitschaft verdient werden. Erst Deutsch, dann Schule muss ein Grundsatz sein. Null Toleranz fordert er auch gegenüber Schulschwänzern. Beschleunigte Asylverfahren und der Abschub von Kriminellen. Und vor allem eines, meine Damen und Herren, das merken Sie sich: Zuwanderung muss mit Blick auf Bedarf und Qualität vor allem auch nach österreichischen Bedürfnissen geregelt sein. Wir müssen uns aussuchen, wer kommen darf! Ich rede jetzt nicht von den Asylanten. Jetzt aber wird vor allem von Scheinasylanten ausgesucht, welches Land die meisten Sozialleistungen bietet und deswegen kommen sie zu uns. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Yilmaz. Die selbstgewählte Redezeit ist 15 Minuten.

GRin Nurten **Yilmaz** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Puh, nicht schlecht, gell. *(Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.)* Aber zumindest weiß die Mehrheit in diesem Haus, wo wir leben und wie es wirklich aussieht. Die Realität des Herrn Jung werden wir nicht wirklich beeinflussen können. Ich werde Sie auch nicht umstimmen, das weiß ich. Aber glauben Sie mir, Wien ist anders. Und die Aufgabe dieser einen Pädagogin, die sich da ausweint, „die weinenden Kinder“ – ja, sie ist die Pädagogin. Da muss sie schon was tun. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wenn das Kind sie nicht einmal versteht, Frau Kollegin! Was tun Sie dann?)* Reden und verstehen, reden ... *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* Ja, Pädagogik. Sie hat die Ausbildung. *(Aufregung bei der FPÖ.)*

Auf der anderen Seite, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vorsitzender, Frau Stadträtin, haben wir von der FPÖ einen Antrag vorliegen betreffend Sozialleistungen, die ausschließlich österreichischen Staatsbürgerinnen und -bürgern und EU-StaatsbürgerInnen zukommen sollen. Das ist einmal nichts Neues. Im kommenden Jahr feiern wir übrigens ein sehr trauriges Jubiläum, 20 Jahre Volksbegehren „Österreich zuerst“, in dem nämlich die FPÖ genau das Gleiche wie heute gefordert hat. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wir sind wenigstens konsequent!)* Die Amerikaner

nennen das Single-Trick-Pony, also ein Pony, das nur einen einzigen Trick beherrscht. Der FPÖ reicht eine einzige Antwort auf alle Herausforderungen, alle Politiker und Zuwanderer zu sekkieren, und das schon seit Generationen. Die Gudenusse kommen, die Gudenusse gehen, als Erbe bleibt „Zuwanderer ärgern“. Das geht schon länger als die „Lindenstraße“, sehr geehrte Damen und Herren! *(Heiterkeit und Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Experten nennen das übrigens „psychischen Tunnelblick“. Und wenn man ehrlich ist, ist es ja etwas, was einem das Leben erleichtert. Wenn an allem Schlechten die Zuwanderer schuld sind, macht es das Leben leichter, gerade in so unsicheren Zeiten. Leider rekrutiert die FPÖ sehr viele dieser Tunnelblicker. Heilung werden Sie in diesem Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren, nicht finden, aber wenigstens Widerstand in Form von Vernunft und Verantwortung.

Eigentlich bringt der Sozialleistungsantrag der FPÖ nur einen Punkt: Keine Sozialleistung für Türken. Sonst steht da nichts drinnen, es ist alles blabla. Türkei-Bashing, Türken-Bashing erleben wir seit geraumer Zeit, werden das wahrscheinlich nach wie vor erleben und werden natürlich auch dagegen eintreten. Wir lassen uns die Gesellschaft mit solchen Anträgen nicht aufhetzen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Der zweite Antrag, der noch nicht gestellt ist, und ich nehme an, er wird morgen beim Herrn StR Oxonitsch seiner Geschäftsgruppe gestellt werden, ist die verpflichtende Sonderlernklasse für Schüler mit mangelnden Deutschkenntnissen. Sehr geehrte Damen und Herren, eines ist fix, mit Integration und Deutschlernen hat das alles nichts zu tun. Es gibt Leute, die sich im Gegensatz zur FPÖ und zu den Antragstellern wirklich in der Pädagogik auskennen und die sagen alle unisono: Kinder lernen ganz anders als Erwachsene, nämlich integriert unter Kindern spielend. Es bringt nichts, Migrantenkindern unter sich durch Frontalunterricht Deutsch zu vermitteln. Stattdessen brauchen sie gleichaltrige Kinder mit Deutsch als Muttersprache, um von ihnen zu lernen. Und, sehr geehrte Damen und Herren, Integration kommt nicht von selbst. In erster Linie ist sie ein Werk der Zuwanderinnen und Zuwanderer und der eingesessenen Wienerinnen und Wiener. Aber ohne Rahmen, Richtlinien und Hilfeleistungen der Stadt bleibt Integration das, was es formal ist, nämlich ein Fremdwort. In Wien haben wir ein sehr deutliches Beispiel dafür. Zu Hunderttausenden sind vor 100 Jahren tschechische Ziegelarbeiter samt ihren Familien nach Wien gekommen und es hat bis zur Zweiten Republik gedauert, bis sie als Wienerinnen und Wiener anerkannt worden sind. Das wollen wir nicht, diese völlig planlose, hilflose und mit großen Vorurteilen versehene langwierige Akzeptanz. *(GR Johann Herzog: Sie hatten aber die gleiche Kultur und die gleiche Religion, Frau Kollegin!)* Daher setzt die Stadt seit vielen Jahren auf Maßnahmen, Hilfestellungen, Information und gezielte Maßnahmen, die die Menschen dort abholen, wo sie stehen. Man kann es nicht oft genug betonen: Wien hat ein gut funktionierendes Konzept in der Integrations- und Diversitätspolitik und *(GR Mag Wolfgang Jung: Na, das sehen wir, wie es funktioniert:*

Steigende Kriminalität! Das funktioniert gut!) eine Reihe von erfolgreichen Projekten, die österreichweit einzigartig sind und auch international prämiert werden, zum Beispiel „Start Wien“, ein umfangreiches Programm zur Integrationsbegleitung neuer Zuwanderer, Start-Coaching in mehr als 20 Sprachen (*GR Mag Wolfgang Jung: Aber es klappt nicht!*), Info-Module zu Arbeit, Bildung, Gesundheit und Vermittlung von passenden Deutschkursen, die auch leistbar sind, alles zielgruppenadäquat. „Mama lernt Deutsch“, Kurse für Kinder und Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren. Und wir schauen uns das ganz genau noch mal an, welche Maßnahmen wirken und wo wir nachjustieren müssen. Das notwendige Instrument dafür ist das Integrations- und Diversitätsmonitoring. Es wurde im Oktober vorgestellt. Es bietet uns einen umfangreichen und vor allem unabhängigen Blick auf die Situation der Integration in Wien und für die Umsetzung von Diversitätspolitik in der Verwaltung, und das merken auch immer mehr Teile der Stadtverwaltung. Am aktuellen Monitoring haben sich 38 Abteilungen und Einrichtungen der Stadt Wien beteiligt. Und weil man immer etwas besser machen kann, fördern wir den strukturierten Dialog mit Expertinnen und Experten, und zwar durch das „forum.wien. welt offen“.

Unsere Schwerpunkte für 2013 sind: Wir wollen Deutschkurse verstärkt fördern, aber auch die Mehrsprachigkeit. Die sprachliche und kulturelle Breite Wiens ist ein Schatz, den wir uns zu Nutze machen müssen. Die Wiener Wirtschaft benötigt zum Beispiel Mitarbeiter, die die Kultur ihrer Vertragspartner verstehen und beherrschen. Statt mühsam als Studierende eine fremde Sprache zu lernen, ist es besser, als Kind die Sprache der Eltern zu beherrschen. Wir wollen die Wiener Charta nachbearbeiten und verbreitern und die vielen guten Ideen und die vielen Lösungs- und Verbesserungsvorschläge abtesten. Wir wollen Wien zu einer Menschenrechtsstadt machen. Rassismus und Diskriminierung sollen bei uns keinen Platz haben (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*) Und Basisbildung wird zum „to do“ der Stadt.

Meine liebe Kollegin Vana hat zur Frauenpolitik nahezu eins zu eins alles gesagt, was ich auch sagen wollte. Es macht wenig Sinn, das zu wiederholen, aber trotzdem, ich tu' es. Die Frauen sind nämlich wirklich die einzige Minderheit, die eine Mehrheit sind. Trotz großartiger Erfolge in den letzten Jahren und Jahrzehnten gibt es immer wieder nach wie vor sehr vieles für die Frauen zu tun. Da bin ich mit Ihnen, Frau Kollegin, einer Meinung. Bei der Definition der Situation der Frauen und bei der Analyse sind wir uns einig. Es fällt mir aber wirklich auch schwer, dass Sie nur hier das behaupten (*GR Anton Mahdalik: Gleiche Bezahlung zum Beispiel!*) und vor allem, was Sie tun, das war auch eine Zeit lang gang und gäbe, das hat einmal aufgehört, dass Sie Sachen fordern, die es in Wien schon gibt. „Gleichstellung als Erfolgsformel für Unternehmer 2008.“ Seit vier Jahren gibt's das, was die Frau Gemeinderätin heute als Antrag gestellt hat. Ich werde dafür sorgen, entweder Sie laden sich das von der Homepage runter oder wir werden das im nächsten Ausschuss allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung stellen, alles, was es an Frauenförderungs-

maßnahmen und Hilfestellungen sowohl für die Privatwirtschaft als auch für die eigenen Betriebe gibt. Wir werden das zusammenstellen, damit wir nach vier Jahren nicht noch einmal alles diskutieren.

Gewaltschutz. Ja, wir haben durch das neue Frauenhaus eine bessere Ausstattung, mehr Plätze. Es ist zwar sehr bitter, dass Frauenhäuser notwendig sind, aber es ist gut und immens wertvoll, dass die Stadt ihren Auftrag hier erfüllt. Wie Sie wissen, gibt es ja wirklich Abgeordnete, zum Beispiel von der FPÖ, die Frauenhäuser dafür verantwortlich machen, dass Ehen scheitern. Nicht der schlagende Mann ist schuld, sondern die Kommune, die Frauen und Kindern die Möglichkeit geben, geschützt vor der Gewalt des Mannes leben zu können. Die Kommunen sind schuld, dass es Gewalt gibt! Diese absurde Logik hat jedenfalls in der rot-grün-regierten Wienerstadt keinen Platz.

Aber zurück zur Frauenpolitik. Die Kampagne „4Wände 4Hände“ macht deutlich, wie gut diese Kampagne eigentlich ist, allein von der Reaktion des Kollegen Jung. Er ist echt betroffen. (*Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.*) Er ist betroffen und mehr wollten wir nicht! Und die Kollegin sagte es bereits, in 50 Prozent der Haushalte mit Kind machen die Frauen die 100-prozentige Arbeit. Ja, es soll in dieser Stadt Betroffenheit schaffen, Empörung schaffen und reden wir drüber. Es soll jeder sagen, wer was tun soll und ich gratuliere der Frauenabteilung zu dieser Kampagne! Sie hat voll eingeschlagen (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*), auf jeden Fall dort, wo es sein sollte.

Sehr geehrte Damen und Herren, es gibt viele Betriebe, und ich behaupte, das sind die meisten, in denen Angestellte nicht wissen, wie viel die KollegInnen eigentlich verdienen und umgekehrt. Und das hat zur strukturellen Benachteiligung von Frauen geführt. Einkommenstransparenz schafft hier endlich einen Durchblick. Nicht dass jeder nachsehen kann, wer wie viel verdient, sondern es wird deutlich, ob und wie viel Frauen im Durchschnitt weniger verdienen. Das ist ein sehr, sehr wichtiger Schritt in Richtung Einkommensgerechtigkeit, denn für Transparenz bei den Einkommen zu sorgen bedeutet, Benachteiligung sichtbar zu machen. Die Stadt Wien hat sich daher freiwillig dazu verpflichtet, jährlich einen Einkommensbericht zu veröffentlichen und außerdem das Pilotprojekt „Auftragsvergabe an Maßnahmen zur Frauenförderung“ ins Leben gerufen.

Auch gut, ich wiederhole es, es ist nämlich wirklich sehr gut. Und was noch schöner ist, sehr rasch war das ein Vorbild. 2011 wurde das Modell von den Städten Graz und Linz übernommen und heuer im März hat dann der Bund mit den Aufträgen des Bundeskanzleramtes nachgezogen. Außerdem beweist die Stadt in der Verteilung der Führungspositionen, dass die Quote als Förderungsmaßnahme wirklich wirkt. Und dass wir eine Unterstützerin in der ÖVP gefunden haben, freut mich natürlich auch. Frauenförderung wirkt durch Frauenquote, Punkt. Wenn sie es nicht anders verstehen, wird es das geben. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Sie bitten und Ihnen empfehlen, diesem Budget zuzustimmen,

alle übrigens. Sie werden Ihr Gewissen erleichtern und leichter schlafen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Heiterkeit und Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Anger-Koch. Du hast dir selbst 10 Minuten Redezeit gewählt.

GRin Mag Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Danke. Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Eigentlich wollte ich zu dem Frauenthema nichts sagen, weil das meine Kollegin Frau Feldmann abdeckt, aber es sind doch einige Sachen gefallen, die ich hier schon einmal kurz anreißen möchte. Das Erste ist, Frau Kollegin Vana, Sie haben gemeint, in der ÖVP im Bund gibt es keine Frauen, die Politik machen. Ich glaube schon, dass wir zwei haben und die sitzen in sehr guten Positionen und in zwei Ministerien, die für Österreich sehr relevant sind. Das eine ist das Finanzministerium, ich möchte Sie nur daran erinnern, und das andere ist das Innenministerium. Wenn ich das jetzt spiegle, dann hat die SPÖ genauso viele Frauen in der Regierung sitzen und zwar im Unterrichtsministerium und im Infrastruktur- und Verkehrsministerium. Also ich glaube, es ist ziemlich ausgeglichen. Zu sagen, dass die ÖVP keine Frauen in der Politik hat und diese nicht fördert, ist hier jetzt nicht angebracht.

Das Zweite ist, dass ich immer das Gefühl habe, dass wir hier eine extrem zwangsbeglückende Emanzendiskussion haben. Ich glaube nicht, dass wir Frauen uns in eine Ecke treiben lassen, wo es um Emanzipation und Emanzen geht. Das haben wir hinter uns gebracht. Wir Frauen wollen nicht die besseren Männer sein, sondern es soll eine Gleichstellung sein. Ich bin selber eine Frau und ich bin gerne Frau und das will ich eigentlich nicht verlieren. In der Wirtschaft ist oft die Thematik, dass wir Frauen uns fördern sollen und uns gegenseitig helfen müssen, doch in Wahrheit ist es schon so, dass Frauen untereinander eher stutenbissig sind, wenn es um Karriere geht, und es nicht gerne zulassen, anderen Frauen zu Führungspositionen zu verhelfen. Das tun Männer schon eher.

Bei Frau Kollegin Krottsch möchte ich mich bedanken, dass sie uns die Tätigkeit der Werbe-Watchgroup gezeigt hat. Das ist eine sehr interessante Group und ich finde es auch toll. Aber ich möchte trotzdem erwähnen, was wir auch in der Gruppe erwähnt haben, dass sich auch sehr viele Männer melden, die sich sexistisch angegriffen fühlen, und nicht nur Frauen. Deswegen finde ich es auch sehr gut, dass es diese Plattform gibt, wo sich auch Männer melden dürfen und können. Danke vielmals.

Jetzt zur Integration. Wir haben heute schon gehört, dass wir eine Krise haben, dass der Schuldenberg wächst und eigentlich sollte diese Budgetdebatte ja auch eine Anregung sein, dass jedes Ressort den Stift ansetzt und zeigt und sagt, wo eingespart werden kann. Das sehen wir leider nicht und deswegen haben wir heute auch schon des Öfteren gesagt, dass wir dem Budget nicht zustimmen können. Sie haben, und wir haben es unterstützt, die Charta ins Leben gerufen und im No-

vember werden jetzt die Ergebnisse präsentiert, auf die wir sehr gespannt sind. Ich denke doch, dass vielleicht auch diese Charta ein Anlass ist, die Integrationspolitik zu überdenken und Ansätze zu bringen, wo man vielleicht doch sparen könnte. Wir haben sehr viele Vereine in Wien, die eigentlich ein und dieselbe Arbeit leisten und wo sehr viel Geld aufgewendet wird. Wir sind eigentlich der Ansicht, dass gerade Sport schon sehr viel zur Integration beiträgt und wir brauchen nicht zusätzliche Vereine, die im Grunde genommen nicht diese Leistung bringen. Das war ja eigentlich auch der Beweggrund, warum Integration immer wieder ein Thema ist, weil sie einfach die Ergebnisse nicht gebracht haben, die man sich für diese Stadt eigentlich gewünscht hat. Deswegen wurde ja auch die Charta ins Leben gerufen, um mit den Menschen zu reden. Sie haben gesagt, dass Sie mit zirka 10 000 Personen Kontakt hatten, teilweise übers Internet, teilweise persönliche Gespräche, und zirka 1 200 Stunden für diese Charta investiert haben. Das ist viel Zeit. Entschuldigung, 13 000, noch mehr Zeit, investiert haben und ich denke, dass die Leute dazu viel zu sagen hatten und haben. Ich glaube, dass wir jetzt hier ansetzen müssen, um die Integrationspolitik in dieser Stadt anzupassen und zu überlegen: Wo können wir hier in diesem Ressort den Sparstift ansetzen? Wir sind nicht in der Lage, weiterhin diese Summen an Vereine zu zahlen, die kaum Kontakte haben. Sie wollen immer Lösungsvorschläge und ich komme jetzt mit einem neuen, wo ich mir denke, auf der einen Seite natürlich die Sportvereine, die ja Integration leben, und sagen, da können wir sie unterstützen. Auf der anderen Seite, und da möchte ich diesbezüglich auch einen Antrag einbringen - den habe ich jetzt, glaube ich, am Platz vergessen, nein, da ist er (*GRin Nurten Yilmaz: Wir haben es!*), ihr habt es eh, gut -, und zwar, dass wir die Mittel vom Zentralbudget auf die Bezirke aufteilen, weil ich glaube, dass die Bezirke mehr Kontakt mit den Menschen haben und somit eher Lösungen zustande bringen können, sich auch öffnen können und wissen, wo die Problematik ist.

Deswegen möchte ich mit meinen KollegInnen Mag Barbara Feldmann, Dr Wolfgang Ulm und Isabella Leeb einen Beschlussantrag einbringen, dass der Wiener Gemeinderat sich dafür ausspricht, budgetäre Mittel aus dem Zentralbudget der MA 17 im Schritt einer Dezentralisierung direkt den Bezirken zur Verwendung zu übermitteln, da dort gezielte Integrationsmaßnahmen gesetzt werden. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Sie werden jetzt lachen, ich komme jetzt noch einmal mit einer Idee, die eigentlich schon vorhanden ist. Wir reden über Wehrpflicht, Bundesheer und Berufsheer und gerade im Bundesheer, so wie es derzeit besteht, passiert Integration. Ich glaube, dass wir diese Dinge, die bereits bestehen, fördern sollen, ausbauen sollen und nicht neue erfinden und andere, die eigentlich keine Ergebnisse erbracht haben, weiter fördern, sondern dass wir uns wirklich ganz genau anschauen, was bringen diese Vereine, was bringen sie für ein Ergebnis, was ist ihre Leistung, um da zu reduzieren, um diese Subventionsgelder, die eingespart werden, woanders zu investie-

ren. Ich danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Akkilic, Sie haben 11 Minuten Redezeit gewählt.

GR Senol **Akkilic** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Stadträtin! Werte Kollegen und Kolleginnen!

Ich möchte eigentlich mit einem Bereich unseres Geschäftsstückes anfangen, der bis jetzt noch nicht zur Sprache gekommen ist, nämlich die Märkte. Wir wissen, dass der Wien-Großmarkt heuer sein 50-jähriges Bestehen gefeiert hat und dass er für unsere Region, nicht nur für unsere Stadt, sondern für die gesamte Region eine sehr wichtige Rolle in der Nahversorgung und darüber hinaus spielt. Der Großmarkt Wien hat eine beeindruckende Geschichte. Diese beeindruckende Geschichte wird heute mit sehr vielen Menschen, Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen aus den unterschiedlichsten Ländern fortgesetzt, und nicht nur der Großmarkt Wien. Sie wissen, dass in Wien sämtliche Märkte eine sehr starke Internationalität aufweisen. Diese Internationalität ist damit gekoppelt, dass die Menschen wirklich hart arbeiten, um 3 Uhr, 4 Uhr in der Früh aufstehen und ihre Leistung in dieser Stadt erbringen. Dafür gilt ein besonderer Dank an die MA 59 und an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der MA 59. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)* Danke.

Diese Märkte sind gleichzeitig ein Spiegelbild unserer Gesellschaft. Was meine ich, wenn ich sage, das ist ein Spiegelbild unserer Gesellschaft? Diese Märkte sind Orte, wo Konflikte stattfinden.

Konflikte in dem Sinn, dass Menschen aneinander geraten, dass sich Menschen missverstehen, dass Menschen aber auch Orte finden, wo es wirklich sehr spannende Momente gibt und wo Menschen Erlebnisse haben. Ich höre oft von sehr vielen Menschen in Wien, die sagen, wenn ich am Brunnenmarkt bin, fühle ich mich wie im Urlaub. Urlaubsgefühle in der Stadt, meine Damen und Herren! In welcher Stadt finden Sie das sonst? Sie brauchen gar nicht weit wegzufahren, Sie brauchen nicht viel Geld auszugeben, Sie brauchen keine Abgase zu produzieren, Sie brauchen nur in die Straßenbahn einzusteigen und zum Brunnenmarkt fahren, dann fühlen Sie sich wie im Urlaub! Genauso am Naschmarkt, aber auch auf etlichen Märkten in dieser Stadt. Diese Märkte sind ein Spiegelbild auch der Interkulturalität unserer Stadt. Da sind mehrere Kulturen in diesen Märkten nebeneinander, stehen nebeneinander und leben miteinander. Wir finden auch eine ganz große Normalität in dieser Stadt, weil hier sehr viele Sprachen auch miteinander gesprochen werden. Die Vielfältigkeit unserer Stadt erleben wir in diesen Märkten, die Sprachenvielfalt. Und diese Vielfältigkeit ist schon längst eine Normalität in unserer Stadt. Sie ist keine Bereicherung, sie ist nicht etwas Fremdes, sie ist nicht etwas Verwerfliches, Sie ist mittlerweile aber auch besonders hervorzuheben, weil wir eine Normalität geworden sind, weil wir hier in unserer Zusammensetzung eine Normalität geworden sind.

Mit Verlaub, Frau Vorsitzende und meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang möchte ich auch

erwähnen, dass diese Normalität hier sehr viele MagistratsmitarbeiterInnen widerspiegeln und vielfältig sprechen. Wenn Sie mir erlauben, würde ich mich zunächst einmal bei allen MitarbeiterInnen, die für einen reibungslosen Ablauf des Gemeinderates hier sorgen, bedanken. Aber um dieser Normalität Ausdruck zu verleihen, würde ich mich mit Ihrer Erlaubnis bei einer Person, beim Herrn Özcan, Stützpunktleiter in diesem Gemeinderat, auf Türkisch bedanken wollen: „Sayin Özcan size belediyemiz adına tesekkür ederim.“ Danke, dass Sie sich das angehört haben.

Kommen wir zum Herrn Jung, zu Neukölln. Herr Jung, die Qualität der Vergleichbarkeit - ich habe Vergleichende Politikwissenschaft studiert - muss auch von ähnlichem Rahmen gegeben sein, damit sie stattfinden kann. Neukölln hat ungefähr 300 000 Einwohner *(GR Mag Wolfgang Jung: 370 000!)* und eine Arbeitslosigkeit von ungefähr 21 Prozent, wobei die Arbeitslosigkeit bei den MigrantInnen bei 27 Prozent liegt. *(GR Mag Wolfgang Jung: Na, dann lesen Sie einmal die Zahlen nach! Da kommen Sie auf 70 bis 80 Prozent!)* Moment einmal. Es gibt ein Nord-Süd-Gefälle in der Stadt und Verschiebungen. Immer mehr Menschen aus dem arabischsprachigen Raum kommen in den Norden herein und verdrängen die Türken und Türkinnen, nicht verdrängen, sondern die Türken und Türkinnen, die aufsteigen, ziehen dann in den reichen Süden. Das ist ein politisch-ökonomischer, sozialer Prozess und nicht ein ethnischer Prozess, wenn man es so sehen will. Das heißt, umso mehr Aufstiegschancen beziehungsweise umso mehr Wege geöffnet werden, desto mehr erhöhen sich auch die Aufstiegschancen der Menschen. Dadurch kommen die Menschen auch in bessere Gegenden. Solche Prozesse zu ethnisieren, ist keine Erklärung für den Umstand. Wir haben in Wien zum Beispiel Unternehmen, die aus fast einem Viertel aus ethnischer Ökonomie bestehen. Ich habe mir jetzt nicht ausgerechnet, wie hoch deren Beitrag zum österreichischen Bruttonutzenprodukt ist. Das habe ich nicht gemacht. Aber wenn Sie von problematischen Migrantinnen und Migranten reden, dann müssen Sie auch von Migrantinnen und Migranten reden, die für unser Wohlergehen sorgen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Die gibt es auch, na sicher! Das sind die Integrierten! Das sind ja nicht die Problemfälle!)* Daher, denke ich mir, macht es wenig Sinn, wenn Sie nur die problematische Seite eines Bildes zeigen. Weil es Nationalsozialisten in Österreich gibt, weil es Rechtsradikale in Österreich gibt, weil es ewig Gestrige in Österreich gibt, sage ich auch nicht, alle Österreicher sind Neonazis, alle Österreicher sind ewig Gestrige. Ein Teil der Österreicherinnen und Österreicher sind ewig Gestrige, das sage ich, und bei den MigrantInnen sage ich auch, ja, da gibt es Problemfelder. Aber ich sage nicht, die MigrantInnen sind das Problem. *(GR Mag Wolfgang Jung: Aber es ist ein unverhältnismäßig hoher Prozentsatz! – Aufregung bei der FPÖ.)* Ich sage nicht, die Österreicher und Österreicherinnen sind das Problem. Dafür reicht meine Analysefähigkeit nicht. Das ist der Unterschied zwischen beiden Fraktionen. Das ist der Unterschied zwischen einer dogmatisch-nationalen Einstellung

und einer progressiven und weltoffenen Einstellung. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Das war die Salzburger Pädagogin, die Sie zitiert haben, oder? *(GR Mag Wolfgang Jung: Richtig!)* Herr Jung, Sie müssen akzeptieren, dass sich die Welt ändert. Die Welt ändert sich und somit müssen sich auch unsere PädagogInnen ändern. Wir müssen in der Ausbildung unserer PädagogInnen immer mehr darauf Rücksicht nehmen *(Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.)*, dass eine interkulturelle Generation heranwächst, dass Kinder heranwachsen, die von vielschichtigen Kulturen beeinflusst sind, dass Kinder in unserer Gesellschaft aufwachsen, die nicht nur aus Sprache bestehen, sondern auch aus sehr vielen sozialen Komponenten. Unsere Pädagogen und Pädagoginnen sollen im Stande sein, dass sie diese Entwicklung verstehen, unter anderem deshalb, weil wir heuer einen Bevölkerungszuwachs von 24 000 Menschen gehabt haben. Diese 24 000 Menschen kommen auf Grund der Mobilität innerhalb der Europäischen Union nach Wien. Die Zuwanderung aus den Drittstaaten ist wesentlich zurückgegangen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das ist auch nicht die Masse der Problemfälle!)* Schauen Sie, Wien ist einerseits zu einem Magnetfeld innerhalb von Europa geworden, weil die Lebensstandards in Wien gut sind, weil wir gut arbeiten und dafür sorgen, dass die Lebensstandards gut bleiben. Diese Mobilität ist für uns gleichzeitig eine Herausforderung, die wir meistern wollen und müssen. Wie können wir das meistern? Indem wir in unserem Bildungssystem und in der Ausbildung unserer Pädagogen und Pädagoginnen für Neuigkeiten sorgen. Ich hätte gerne Pädagogen und Pädagoginnen, die interkulturelle Kompetenzen haben, die die Welt verstehen und die wissen, dass sich die Welt ständig ändert. Hier werden wir in Zukunft in Bezug auf Mehrsprachigkeiten noch mehr investieren. Mehrsprachigkeit wird im nächsten Jahr Schwerpunkt unserer Politik sein. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sehr gut!)*

Ich möchte zu der Zahl von 8 500 Personen bei der Wiener Charta noch etwas sagen. Sowohl im Antrag von der ÖVP als auch die FPÖ haben das einmal thematisiert, dass 8 500 Menschen gar nicht so viele sind. Es gibt internationale Vergleiche in Berlin, in Hamburg, Kanzlerdialog in Deutschland, in Bonn, und so weiter, und sofort. Wenn wir diese Prozesse weiter verfolgen, und das sind zum Teil Online-BürgerInnenbeteiligungsprozesse und zum Teil direkte BürgerInnenbeteiligungsprozesse, und die Wiener Charta „Zukunft gemeinsam leben“, dann lässt sich das hoch ansehen, meine Damen und Herren. Das ist ein ganz wichtiger Prozess. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das haben Sie uns schon erzählt bei der Hausordnung!)* Ich möchte den Ergebnissen des Prozesses nicht vorgreifen, aber, Herr Jung, ein bisschen Dialog in dieser Stadt mit andersdenkenden Menschen würde Ihnen gut tun. Das war auch der Sinn der Wiener Charta. Daher bitte ich Sie alle um Zustimmung für dieses Budget. Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Schütz. Die Restredezeit beträgt 18 Minuten.

GRin Angela **Schütz** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Werte Kolleginnen und Kollegen! Frau Stadträtin! Frau Vorsitzende!

Wir haben auch ewige Kommunisten, das haben Sie vergessen zu erwähnen, und die Welt ändert sich. Ja, das ist richtig. Es fragt sich nur, wie sie sich ändert und wir wollen das im Sinne der Österreicher mitgestalten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir diskutieren heute ein neuerliches Schulden- und Belastungspaket der Stadt Wien. Wer glaubt, dass im Zeichen der Wirtschaftskrise und des zunehmenden Kaufkraftverlustes der Wiener Bevölkerung die Regierung endlich aufgewacht ist und bereit ist, etwas zu tun, der wird spätestens bei Vorlage dieses Budgets aufwachen und feststellen, dass dem nicht so ist. Gespart wird, wie üblich, bei anderen, nicht bei den Ausgaben, nicht bei der Verteilungspolitik der Stadt Wien, sondern das Budgetdefizit wird über Steuer- und Gebührenerhöhungen geschönt. Dabei treffen diese Gebührenbelastungen vermehrt AlleinerzieherInnen, Frauen und Familien mit geringem Einkommen.

Das ist egal, Hauptsache die „Multikulti-Vereine“, Günstlinge und die sogenannten selbsternannten Frauenvereine sowie das Budget für die Eigenwerbung der Stadt Wien werden im Gießkannensystem weiter bedient, weil man sich damit willfähiges Werkzeug schafft. Die Zeche zahlen andere, nämlich die breite Masse von Steuerzahlern über das Deckmäntelchen der Valorisierung, auch wenn der Rechnungshof diese Form der Überzahlung der Gebühren bereits sehr scharf kritisiert hat.

Weitere Verlierer sind die vielen MitarbeiterInnen der Stadt Wien, denen trotz Inflation eine Nulllohnrunde und damit ein Reallohnverlust von 5 Prozent ins Haus stehen. Von den weiteren bevorstehenden Belastungen der Arbeitnehmer und damit der Gefährdung durch Burn-out, der Nichtnachbesetzung und daraus resultierender Pensionierungen von Amtswegen sowie Personalabbau in den nächsten Jahren möchte ich gar nicht erst anfangen zu reden. Wir haben heute schon einmal von meinem Kollegen gehört, dass es Schikanen in dem einen oder anderen Bereich gibt mit Arbeitsplatzrückkehrgesprächen, die dazu dienen, die Leute in schlechtere Positionen zu hieven und einzuschüchtern. Das alles unter dem Deckmäntelchen, wir haben ja ein Auge auf euch und eure Gesundheit und damit verbunden ist die Schlechterstellung finanzieller Natur. Das können wir auch nur anschneiden und nicht wirklich weiter beleuchten.

Der einzige Bereich, in dem großartig aufgestockt wird, das ist der klassische Verwaltungsbereich. Hier erfolgt übrigens interessanterweise auch die einzige Karriereförderung von Frauen, nämlich bei der Versorgung von nicht mehr zum Zug gekommener rot-grüner Günstlinge wie zum Beispiel die gutdotierte KAV-Sprecherin oder die neu geschaffenen Positionen für die persönliche Mitarbeiterin der Patientenanwältin und die Fußgängerbeauftragte. Aber es gibt sicher auch einige andere, die ich jetzt nicht alle erwähnen möchte. Es waren ja nur Beispiele.

Damit bin ich beim Thema angelangt, einen Be-

schlussantrag einzubringen, weil es gerade so passt, von den GRen Wolfgang Seidl und Dominik Nepp betreffend Erhöhung der städtischen Essensgutscheine an die amtsführende Stadträtin für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz sowie an die Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke gerichtet und zwar sind die Essensgutscheine seit 25 Jahren in ihrem Wert nicht mehr angepasst worden. Sie sollen um 2 EUR pro Essensgutschein erhöht werden und die höchste Verwendungsgruppe soll auf Grund hoher Einkommen keinerlei Essensgutscheine erhalten. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vor dem Antrag war ich beim Thema Karriere und Einkommen. Da haben wir hier ja schon einmal den Bericht zur Einkommenstransparenz, diesen wahrlich traurigen, diskutiert, sowie auch über die Führungspositionen, die von Frauen in der Stadt Wien besetzt werden, gesprochen. Alle Lippenbekenntnisse, die Sie da abgeben und sagen: „Ja, wir hätten auch gerne das eine oder andere, aber wir schneiden eh schon ganz gut ab, weil beim Bund sind es 40 Prozent und im restlichen Wien sind es 25 Prozent und in der Stadt Wien sind es eh nur 10 Prozent.“ Das ist uns eigentlich zu wenig und mir reicht das überhaupt nicht, weil eines muss ich schon sagen: Ja, es gibt hier Bereiche, wo Frauen überhaupt nicht vorkommen. Die Stadt Wien sollte Vorbild sein. Und die Roten hätten seit Jahren das, was Sie hier fordern, schon längst umsetzen können als gutes Vorbild. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wobei ich auch noch einmal betonen möchte, eine Quotenregelung lehnen wir ab.

Mittel, die jetzt im Gießkannenprinzip in die Subvention hineinfließen, gehören dringend in Schulungsmaßnahmen, in Karrierepläne und in Gehaltsgleichstellungen sowie Gesundheitsmaßnahmen stark belasteter Mitarbeiter gesteckt. Das wäre ein Gebot der Stunde. Ich will ja nicht sagen, dass das Sparen leicht ist, keine Frage. Aber wenn die eine oder andere Magistratsabteilung ihre Hausübungen gründlich machen würde, statt ihre Aufgaben in Vereine auszulagern, dann würde man das eine oder andere Sparziel schon erreichen. Beratung, Jobsuche, Karriereförderung, Kontrolle, um nur einige zu nennen, das sind Bereiche der Stadt und nicht von diversen Vereinen.

Damit wäre ich auch noch bei dem Punkt Einsparung angelangt. Wir haben heute eh schon erwähnt, Magistratsabteilung 57, die Sensibilisierungskampagne zum Arbeitsschwerpunkt Verteilungsgerechtigkeit, „4Wände 4Hände“. 670 000 EUR Budgetmittel brutto sind aus dem Budget dafür vorgesehen und zusätzlich genehmigt worden. Und wenn man sich so die Homepage der Stadt Wien anschaut oder die „Kronen Zeitung“, dann fragt man sich natürlich zu Recht, ob das Geld diesen Aufwand wert war. Ich bezweifle das, weil ich ehrlich sagen muss, ich weiß nicht, in was für einem Umfeld Sie leben. Aber in meinem Umfeld kenne ich niemanden, wo der Papa schläft, während die Mutter putzt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir wollen freie, selbstbestimmte Familien und kein

verordnetes sozialistisches Weltbild, das über Listen abgearbeitet wird. Eines kann ich Ihnen sicher sagen: Die Personen, die Sie vielleicht glauben, damit ansprechen zu können, nämlich die bildungs- und kulturfernen Zuwanderer, die werden Sie mit dieser Kampagne sicher nicht ansprechen. *(GRin Nurten Yilmaz: Was heißt kulturfern? Definieren Sie kulturfern! – Aufregung bei der SPÖ.)*

Ich könnte hier jetzt noch eine Reihe von Beispielen aufzählen, aber ich muss Ihnen sagen *(Aufregung bei GRin Anica Matzka-Dojder.)*, ich würde mich immer wiederholen und es würde immer zum gleichen Ergebnis führen, nämlich dass wir diesem Belastungspaket nicht zustimmen werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Ekkamp. Die selbstgewählte Redezeit ist 10 Minuten, die Restredezeit der Fraktion 19 Minuten.

GR Franz **Ekkamp** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Frau Vorsitzende! Frau Stadträtin! Geschätzte Damen und Herren!

Es sind ja heute bei diesem ersten Budgettag schon unsere Positionen ausgetauscht worden, auch von unterschiedlichen Standpunkten. Ich möchte dann noch ganz kurz zu zwei Themen, zum Personal, sprechen, insbesondere zu Forderungen der Opposition. Da ist es um Sparen im Großen und die Forderung von Pensionskürzungen gegangen, da kann man ein Budget retten. Und das Zweite, dem ich mich noch widmen will, ist das Thema Gesundheit am Arbeitsplatz. Das ist ein ganz ein zentrales Thema und ein ganz ein wichtiges Thema.

Bevor ich aber dorthin komme, vielleicht noch eine Bemerkung, es ist auch heute schon mehrfach gefallen, nämlich das Thema Lebensqualität in Wien. Keine Angst, ich zitiere jetzt nicht die Mercer-Studie, wo wir weltweit drei Mal als Nummer 1 anerkannt worden sind. Aber was ganz was Schönes ist uns ja gelungen, und zwar in der Studie „State of the Cities“ von den Vereinten Nationen im Oktober 2012, glaube ich, der 1. Platz von 70 bewerteten Städten! Wien ist eine erfolgreiche Stadt und eine florierende Stadt. Genau das, was untersucht worden ist, die Produktivität, die Nachhaltigkeit, die Lebensqualität und die Infrastruktur zeigen eigentlich, welche hohen Stellenwert wir hier in Wien haben. Es gibt keine schönere Auszeichnung als diese und ich glaube, das ist schon ein glitzernder Stern, wenn man eine Bewertung unter den Städten vornimmt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Dafür möchte ich mich bei den Wienerinnen und Wienern bedanken. Die haben genauso mitgewirkt, natürlich bei der Wiener Wirtschaft, und vor allem auch bei den Kolleginnen und Kollegen, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Wien, insgesamt über 73 214, wo auch der Frauenanteil über 58 Prozent beträgt. Und ich glaube, das hat schon einmal einen großen Applaus verdient. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Geschätzte Damen und Herren, vorweg zu den Ruhestandsversetzungen, weil da immer so die vorzeitige Ruhestandsversetzung kommt. Wir kennen die Diskussion aus der Personalkommission, weil da immer geredet wird, die gehen früher. Im Vergleich zum ASVG, Invaliditätspension, gibt es dort im Jahr 2011 einen Durchschnitt

von knapp 52 Jahren und wir hier in der Stadt haben 54 Jahre! Wir wissen aber, dass wir daran arbeiten müssen, dass das Eintrittsalter in die Pension auch bei Invalidität oder in den vorzeitigen Ruhestand höher werden soll, und da gibt es vieles zu tun. Ich sage aber trotzdem, das Ziel der Sozialdemokraten ist, wenn hier so nonchalant die Forderungen aufgestellt werden, 350 Millionen können wir auf einmal einsparen - das stimmt ja so auch nicht -, dass der Ruhestand in Menschenwürde genossen werden kann und man in Menschenwürde leben kann. Der Vertrauensschutz bei Reformen, geschätzte Damen und Herren, hat bei uns einen hohen Stellenwert. Ich weiß, dass es nicht überall so ist, aber bei uns hat er einen hohen Stellenwert.

Es wird auch immer so der Bezug zum Rechnungshof hergestellt. Der Rechnungshof hat das vorgerechnet. Wenn man es aber genau ansieht, werte Kolleginnen und Kollegen, dann muss man schon schauen, wann der Rechnungshofbericht gemacht worden ist: 2007. Und da hat es zum Beispiel noch keine Hacklerregelung im Bund gegeben. Da ist nämlich eine sehr große Ungenauigkeit und eine sehr große Sozialverträglichkeit drinnen, nämlich der ASVG-Bedienstete, ein Mann muss 45 Jahre Beiträge einzahlen, der Bundesbeamte kommt mit 40 Beitragsjahren durch und kann auch mit 60 in den Ruhestand treten. Das geht bei den Wiener Beamtinnen und Beamten nicht und das ist der Unterschied. Daher ist auch der Rechnungshofbericht meines Erachtens nach falsch angelegt und auch falsch zitiert. Nicht erwähnt wird aber bei den Beamten dieser Stadt, dass sie ein geringeres Einstiegsgehalt haben. Ich weiß schon, wir haben bereits eine Besoldungsreform beschlossen, die dem Abhilfe leisten soll. Keine Abfertigung für die Beamten, keine Hacklerregelung, die Zulagen werden lebenslang durchgerechnet und nicht nur die letzten paar Jahre, Pensionsbeiträge müssen geleistet werden, höhere Pensionsbeiträge werden geleistet, ein Solidarbetrag für höhere Pensionen zwischen 5 und 10 Prozent und es gibt auch, wenn man vorher geht und die Jahre nicht zusammenbringt, ein Abschlagssystem, glaube ich, von 3,4 Prozent. Also ein Pensionsparadies, wie manche Oppositionsparteien hier behaupten - das stimmt so nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich glaube, einen zweiten Punkt muss ich auch noch ansprechen, das Thema Gesundheit. Da wird immer geredet, ich weiß, ich kenne die Statistik mit 21 Tagen, das geistert auch in den Medien herum, immer wieder taucht es auf und führt natürlich zu Diskussionen. Aber da wird auch nonchalant gesagt: 200 Millionen EUR können wir einsparen.

Wenn man sich das zum Beispiel gegenüber der Privatwirtschaft genau ansieht, so wird bei der Gemeinde Wien ab dem ersten Tag gerechnet. In der Privatwirtschaft schaut es anders aus. Meistens, wenn man verkühlt ist ... (GR Dr Wolfgang Ulm: Wieso? Wird auch, wird auch!) Wenn man krankgeschrieben wird, wenn man einen Unfall hat. Aber sonst bitte erst ab dem 4. Tag. Ich komme aus der Privatwirtschaft. Das wird so in der Statistik auch gezählt, so ist es, ganz einfach. (GR Dr Wolfgang Ulm: Also wenn er zum Arzt geht, der 1. Tag! –

Aufregung bei GRin Ing Isabella Leeb.) Nein, nein, nein, nein.

Wenn man aber bedenkt, dass es zum Beispiel in der Stadt Wien auch fast keine Pragmatisierung mehr gibt, nur in Ausnahmefällen, dann muss natürlich diese Gruppe der Beschäftigten auch älter werden. Es ist halt so in der Natur, wenn man älter wird, nimmt man öfters einen Arzt in Anspruch. Daher kommen vielleicht auch höhere Tage zustande. Wenn man aber noch die soziale Verantwortung mit hineinrechnet, dass zum Beispiel, wenn man länger als zwei Monate krank ist, nicht den Arbeitsplatz verliert, so wie es nicht immer in der Privatwirtschaft ist, aber sehr oft, das muss man ganz klar und deutlich sagen, das gibt's auch in der Statistik nachzulesen, dann kommen wir mit den Krankenstandstagen viel, viel mehr herunter, und zwar auf knappe 12 Tage. Also der Vergleich hält sicher, ganz, ganz sicher. Es ist natürlich sehr viel zu tun.

Ich verweise aber noch einmal auf die Haftungsfrage. Nehmen wir zum Beispiel an Feuerwehr, Rettung, Wiener Linien. Stellen Sie sich vor, da geht einer arbeiten oder tritt seinen Dienst an und ist krank und es passiert etwas. Na mehr möchte ich mir in der Öffentlichkeit nicht anschauen, was dann hier passiert. Also ich glaube, dass das Ganze eine sehr scheinheilige Diskussion ist, die zu wenig führt, die nur zur Verunsicherung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führt, und das lehnen wir ab, geschätzte Damen und Herren! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Gesundheitsvorsorge, MA 3. Ich verweise noch einmal darauf: Ein sehr engagierter, erfolgreicher Weg, dass man die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter länger gesund im Arbeitsprozess erhalten kann. Umfangreiches Programm, 32 Punkte werden angeboten, Programme: Erhaltung seelischer und körperlicher Gesundheit, 50 plus, Ergonomie, Stress, Burn-out-Prävention, Suchtprävention. Ich kann mich noch erinnern, als Vorsitzender der Personalkommission haben wir zu einer Besichtigung der MA 3 eingeladen, schauen wir uns das einmal an, was können wir noch verbessern, welche Tipps haben wir. Ich muss aber feststellen, bis auf eine Kollegin der Opposition, die sich entschuldigt hat, dass sie verhindert ist, hat sich niemand entschuldigt, von der ÖVP schon gar niemand. Also wenn ich kritisiere, dann muss ich auch den Mut aufbringen und dorthin gehen und muss mir das auch anschauen. Nebenbei soll noch erwähnt sein, in der KFA gibt es das Gesundheits- und Vorsorgezentrum, ein tolles Angebot, Steigerungsrate über 14 Prozent. Na, was glauben Sie, wer im KFA-Vorstand dagegen gestimmt hat, wie man das vor Jahren eingerichtet hat? Nicht die FPÖ, die ÖVP hat dagegen gestimmt! Soll so sein, aber dann kann man sich doch nicht da herausstellen und da alles kritisieren.

Letzter Punkt, den ich noch anführen will, ist das betriebliche Eingliederungsmanagement, meine Damen und Herren, das ab Anfang nächsten Jahres seine Gültigkeit hat und wo es zu wirken beginnt. Ich sage schon, es gibt ja auch vom Gesetz her gewisse Prüfroutinen. Hier geht es um das, dass man die Mitarbeiter noch länger gesund in Beschäftigung erhält. Nachhaltigkeit.

Das wird noch intensiver betrieben, zum Beispiel Früherkennung gesundheitlicher Beeinträchtigung, medizinische und arbeitsrechtliche Unterstützung, Betreuung der Mitarbeiter, dass man sagt, dass man zu einem guten Ergebnis kommt. Verstärkte Rehab-Phase statt vorzeitigen Ruhestand und natürlich auch Dienst erleichterung für ältere Mitarbeiter, weil sich manche schon schwer tun. Umschulung, andere Arbeitsplätze, andere Einsatzgebiete, ich glaube, es ist ein vernünftiger Mix an guten Maßnahmen in beider Interessen. Ich glaube, statt schlechteden setzen wir konkrete Maßnahmen gerade im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und natürlich auch im Namen der Stadt Wien. Reformen ja, mit Augenmaß und sozialer Verantwortung. Den weiteren Ausbau der Gesundheitsförderung habe ich schon gesagt, ganz ein wichtiger Punkt.

Ich ersuche Sie nur höflich, hören Sie bitte auf mit dem Beamten-Bashing! Hören Sie auf damit, sie haben es sich nicht verdient! Ich glaube, sie haben ... (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.) Sie bieten jahrein, jahraus eine hervorragende Arbeit, das sehen wir an den internationalen Bewertungen. Daher möchte ich mit einem nochmaligen Dank an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schließen. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Blind. Die Restredezeit beträgt 11 Minuten.

GR Armin **Blind** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte jetzt nicht das wiederholen, was meine Vorredner eh schon zur Genüge gesagt haben, sondern nur auf meine Vorredner von der GRÜNEN und der Sozialdemokratischen Fraktion eingehen, weil man einige Dinge so nicht im Raum stehen lassen kann oder nicht unkommentiert lassen kann.

Wenn Sie, und ich bin leider genötigt, es noch einmal herzuzeigen, derartige Inserate schalten, die Frau Stadträtin kennt das Inserat ja, Sie werden die Zielgruppe nicht treffen, Herr Kollege und liebe Frau Kollegin. (GR Armin Blind zeigt ein Inserat. – GRin Nurten Yilmaz: Ich glaube, wir haben sie schon!) Nein, Sie haben die Zielgruppe nicht getroffen, Frau Kollegin, weil die Zielgruppe zu treffen, trauen Sie sich nicht, weil dann dieses Kind nicht so ausschauen dürfte. Dann müsste dieses Kind anders aussehen, weil Sie müssten sich einmal anschauen, welche Zielgruppe. Wir haben ja hier den Diversitäts- und Integrationsmonitor. Ich habe ihn mir auch sehr intensiv durchgeschaut. In welcher Bevölkerungsgruppe, Sie werden es als Vorsitzende des Integrationsausschusses vielleicht wissen, sind 31 Prozent der Wohnbevölkerung Hausfrauen? In welcher Bevölkerung sind sie es denn? Sehen die Kinder dieser Wohnbevölkerung so aus? Heißen die Susi? Nein, sie heißen Aische, meine Damen und Herren! 31 Prozent der Wohnbevölkerung ... (Beifall bei der FPÖ.) 31 Prozent der türkischen Frauen sind laut diesem Bericht, den Sie herausgegeben haben, Hausfrauen. Also nichts davon, dass die österreichische Frau putzt, während der Mann schläft. Nein, beide sind arbeiten und beide regeln den

Haushalt. Ich würde mich genieren, wenn ich so ein Inserat bräuchte, um mit meiner Freundin gleichbehandelt zu sein. Bitte, welches Weltbild haben Sie? Schließen Sie nicht von sich auf andere. Schließen Sie nicht davon, wie es bei Ihnen zu Hause zugeht, auf andere. Wir haben aufgeklärte Frauen, wir haben selbstständige Frauen. (Heiterkeit bei GRin Mag (FH) Tanja Wehsely.) Frau Kollegin, Sie lachen. Das ist das Lachen der Verzweiflung, mutmaßlicherweise.

Frau Kollegin Wehsely, emanzipieren Sie sich, aber schließen Sie nicht die Wiener Bevölkerung in ihre Geiselhaft ein und schalten Sie so etwas und verbreiten in Wien ein Männerbild auf Kosten der Steuerzahler, das ungeheuerlich ist und das wahre Zielpublikum, wie es auch der Integrationsmonitor wirklich anschaulich beweist, nicht trifft! (GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Es ist gut, dass wir das jetzt im Protokoll haben!) Frau Kollegin, Sie trauen es sich einfach nicht! (GR Prof Harry Kopietz: Das ist eine Ungeheuerlichkeit!) Haben Sie den Mut, die Probleme wirklich anzusprechen und betreiben Sie hier kein Bashing auf der falschen Seite.

Das Zweite ist etwas, was ich zur Frau Kollegin Yilmaz, aber auch zum Kollegen Akkilic, der gerade nicht da ist, sagen möchte. (GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Das ist nach dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung“!) - Nein! Wahrheit ist immer das Klügste, weil Lügen haben kurze Beine, Frau Kollegin! Wir haben eben eine langfristige Politik und lassen uns nicht wie Sie nach jeder Wahl ertappen! (Beifall bei der FPÖ. - GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Das ist sehr gut!)

Weil die Uhr geradezu tickt und die Anzahl ungeheurerlicher Behauptungen relativ hoch war, darf ich das jetzt quasi in einer Art Liste abarbeiten.

Herr Kollege Akkilic, Sie sind jetzt wenigstens wieder da. Ihr Problem und auch das Problem, und deswegen werden wir auch im Ausschuss diesen Integrationsmonitor hinkünftig wesentlich kritischer hinterfragen müssen, ist, dass Sie von politischen Zielvorstellungen ausgehen und sie als Fakten hinstellen. Die Frage einer politischen Zielvorstellung von Ihnen ist nämlich, Wien ist eine Einwanderungsstadt, Österreich ist ein Einwanderungsland. So steht es im Integrationsbericht. So haben wir uns damit abzufinden. Es steht aber leider im Integrationsbericht nicht einmal, was eine Einwanderungsstadt ist, was ein Einwanderungsland ist. Ist das ein Land, das sich darüber definiert, dass eingewandert wird? Das sind die USA sicher, Österreich meines Erachtens nach nicht. Ist es eine Stadt, in die Einwanderung stattfindet? Das findet in jede Stadt in einem gewissen Maße statt. Es findet aber genauso gut auch Abwanderung statt. Insofern wäre auch dieser Begriff vollkommen sinnlos. Das heißt, Sie bauen einmal auf Paradigmen auf, die Sie selbst nicht definieren, weil Sie sie nicht definieren können und auch nicht definieren wollen, meine Damen und Herren.

Erst auf Grundlage dieser eigentlich fehlenden Definition wird von Ihnen berichtet, wird von Ihnen geplant und wird von Ihnen verhandelt. Das ist meines Erachtens nach höchst manipulativ. Dieser gesamte Bericht erscheint mir auch höchst manipulativ. Er hat aber im Kern, wie man immer sagt, auch einen Funken Wahrheit, weil

Sie sind gar nicht mehr in der Lage, vor lauter Problemen den wahren Kern des Problems wegzuretuschieren und wegzutuschen. Man findet hier, wie ich gerade gesagt habe, mit den 31 Prozent durchaus hilfreiche Zahlen, Zahlen, die bedauerlich sind, dass sie in einer derartigen Art und Weise vorhanden sind. Das zeigt nämlich diese patriarchalen Strukturen durchaus auf, für die ich sicher nicht stehe und meine Fraktion auch nicht steht (*GRin Nurten Yilmaz: Das ist ein Auftrag an uns!*), aber hier offensichtlich einen großen Teil Akzeptanz findet, weil gesagt wird, selbstverständlich müssen wir uns, wir haben es heute auch gehört, mit dieser Art und Weise der Kultur abfinden, müssen wir uns anfreunden. Ich sage Ihnen, wir finden uns damit nicht ab, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Wir werden eben nicht zulassen, dass der Kollege Akkilic als Moralapostel hier herauskommt und die alleinige Wahrheit verkündet. Wir werden nicht zulassen, dass Sie die Situation, die Sie uns eingebrockt haben und die Sie in dieser Stadt leben, zum Beispiel mit der Situation der Tschechen vor 100 Jahren, der vorigen Jahrhundertwende vergleichen. Das ist, meine Damen und Herren, nicht vergleichbar. Die Tschechen sind eine verwandte Kultur. Sie haben die gleiche Religion. Sie haben eine ähnliche Kultur. (*GR Senol Akkilic: Kulturrassismus!*) - Das ist kein Rassismus. (*GR Senol Akkilic: Kulturrassismus!*) Kulturrassismus? Herr Kollege, ich sage Ihnen, wenn Sie, Herr Kollege Akkilic, sprechen, nein, ich glaube, die Frau Kollegin Yilmaz war es, von einer Menschenrechtsstadt, dann sage ich Ihnen, auch das Recht auf Heimat ist ein Menschenrecht und dieses Recht lassen wir uns von Ihnen nicht nehmen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Die Tschechen sind natürlich nach Wien eingewandert, genauso wie Österreicher nach Ungarn ausgewandert sind, in die Tschechische Republik, damals in das Herzogtum Böhmen ausgewandert sind. Aber das hat im Grunde genommen die Tschechen nicht verändert. Das hat im Grunde genommen die Österreicher nicht verändert. Es hat einen kulturellen Austausch gegeben, der durchaus bereichernd war. Genauso wenn Sie jetzt mit dem Mailänder Schnitzel et cetera kommen. (*GRin Nurten Yilmaz: Sie glauben doch nicht, dass man sich gegenseitig verändert? Das ist eine Bereicherung, eine neue Art!*) - Nein, Frau Kollegin! Es hat natürlich eine Bereicherung gegeben, selbstverständlich eine Bereicherung, aber der Unterschied zwischen einer kulturellen Bereicherung durch eine Kultur, die uns nahe ist und einer kompletten Ummodelung innerhalb einer Generation eines gesamten Landes, einer gesamten Stadt, Frau Kollegin, ist etwas anderes. Das ist eine vollkommene Ethnomorphose. Das, meine Damen und Herren, lassen wir hier sicher nicht zu! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir wissen genau und haben aus der Geschichte gelernt, meine Damen und Herren, was passiert, wenn Kulturen zu stark zusammenprallen und zwangsweise zusammengehalten werden. Wir haben es in Jugoslawien gesehen. Wir haben es zwischen Tschechen und Slowaken gesehen. Das ist alles nicht gut ausgegangen.

Und Sie wollen diese Experimente des 20. Jahrhunderts auf den Rücken der Wiener wiederholen. Dagegen wehren wir uns, weil wir zum Schutz der Wiener eintreten! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das, was Sie hier versuchen zu propagieren (*GRin Nurten Yilmaz: Das machen nur Sie!*), ist nämlich nicht eine Vielfalt und ein kultureller Austausch, sondern es handelt sich hierbei um eine neue Monokultur, die sich das Recht herausnehmen will, andere Kulturen zu diktieren, meine Damen und Herren! (*GRin Nurten Yilmaz: Mehr Selbstbewusstsein!*) Dagegen steht die FPÖ mit jeder Faser ihres Körpers! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Mit jeder Faser unseres Körpers stehen wir hier (*GR Mag Rüdiger Maresch: Das ist ein Unsinn!*) und werden, Herr Kollege, diesen Vorhaben entgegnetreten! Wir wissen uns im Recht, weil wir jede Wahl gewinnen (*GR Mag Rüdiger Maresch: Nicht jede!*), weil wir bei jeder Wahl stärker werden, weil die Wiener Angst haben (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Ihr habt Angst!*), nicht mehr Herr in der eigenen Stadt, überhaupt nicht mehr in der eigenen Stadt zu sein. Fahren Sie einmal mit der Wiener U-Bahn und fragen Sie einen Angehörigen eines anderen Landes, in welcher Stadt er sich befindet. Außer bei der Durchsage wird er es nicht mehr merken! (*GR Christoph Peschek: Ein Wiener ist ein Schweindl, oder was?*) - Nein, Herr Kollege Peschek! Seien Sie jetzt ein bisschen brav hinten und kommen Sie heraus, wenn Sie dran sind! Ein bisschen brav muss er auch sein! Ich meine, das geht sonst nicht.

Noch ganz kurz, weil mir noch eineinhalb Minuten bleiben, zu den Vorhaben eines integrierten Lernens zum Beispiel. Sagen Sie mir, was an dem Vorschlag der Freiheitlichen schlecht sein soll (*GR Senol Akkilic: Sagen Sie mir, was daran gut sein soll!*), einer Klasse, in der in kurzer Zeit Deutsch gelernt wird - das ist nämlich machbar, wenn man will - und das Kind dann in den Regelunterricht eingeführt wird. Sagen Sie mir, was daran schlecht sein soll, Herr Kollege Akkilic! Sie wissen ganz genau, dass es nicht schlecht ist. (*GR Mag Dietbert Kowarik: Er weiß gar nichts!*) Wo ist integriertes Lernen denn möglich in einer Klasse, wo von 20 Schülern einer Deutsch spricht? Glauben Sie, dass sich dann die 19 Schüler an den einen anpassen werden? Glauben Sie das ernsthaft? Oder glauben Sie nicht vielmehr, dass der Sprachverfall bei dem einen Schüler noch zunehmen wird und der in seiner psychischen Befindlichkeit vielleicht gestört sein wird, in seiner kulturellen Identität gestört sein wird, wie Sie es immer für sich reklamieren? Das heißt, jammern Sie nicht die ganze Zeit! Das Jammern ist nämlich auch eines dieser Propagandamittel. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Sie jammern doch!*) - Nein, ich jammere nicht! Ich vertrete hier die Meinung der Mehrheitsbevölkerung! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren, es ist keine Jammerei, wenn ein Vertreter einer Partei, die eine erkleckliche Anzahl an Wählern hinter sich weiß, ungefähr ein bisschen mehr als doppelt so viel wie Sie, Herr Kollege (*GR Mag Rüdiger Maresch: Das könnten bei Ihnen in der nächsten Zeit weniger werden!*), und -innen, einfordert, dass sich eben diejenigen an die Leitkultur anpassen

müssen, weil sie sind alle freiwillig da, außer den Flüchtlingen, aber sonst sind alle freiwillig da, und sicher nicht hinnehmen wird, dass aus dieser Stadt irgendwann einmal eine Stadt wird, in der sich unsere Wähler nicht mehr zu Hause fühlen! – Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Die Redezeit der FPÖ für diese Geschäftsgruppe ist somit abgelaufen. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Akkilic. Die Restredezeit beträgt 5 Minuten.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Frau Vorsitzende! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Wie Sie wissen, komme ich aus der Türkei, aus der sogenannten kurdischen Region. Ich habe eine Tante, von der man nicht glaubt, dass sie zur Familie gehört. Warum? Weil sie blonde Haare, blaue Augen hat (*GR Mag Dietbert Kowarik: Sie sind ein Rassist!*), unter sehr vielen Kurden und Kurdinnen. Es gibt in der Schwarzmeerregion die sogenannten Lasen. Diese haben auch blonde Haare und blaue Augen. (*GR Mag Dietbert Kowarik: Sie werfen uns vor, was Sie selbst machen!*) Warum sage ich das? (*GR Armin Blind: Das weiß ich nicht! Das wissen Sie auch nicht!*) Weil Sie, indem Sie dieses Bild hergehalten haben, an einem Punkt der Debatte angelangt sind, den ich als „biologischen Rassismus“ bezeichne.

Wenn man von Patriarchalismus in der Familie spricht, und das ist bei den Türken drinnen, die automatische Schlussfolgerung, Türken haben schwarze Haare. Was hat ein blondes Kind hier verloren? Das ist biologischer Rassismus, meine Damen und Herren! Das müssen Sie sich gefallen lassen, weil Ihre Denkweise nicht anders funktioniert.

Ich korrigiere meine Rede von heute Vormittag. Ich habe mich geirrt. Sie müssen immer wieder zurück zu Ihren Ursprüngen, sonst können Sie nicht anders. (*GR Johann Herzog: Das muss jeder! Das soll auch jeder!*) Sie können gar nicht anders argumentieren. Diese Ursprünge wiederholen sich, indem Sie sagen, Kultur ist unsere Kultur, ihre Kultur. (*GR Mag Dietbert Kowarik: Geschichte, Herr Kollege!*) Glauben Sie mir, es gibt keine statische Kultur. Es gibt auch keine Monokultur. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Es gibt einen Akkilic auch!*) Für mich sind Sie nicht die österreichische Kultur. Sie nicht! Sie sind nicht die deutsche Kultur. Sie sind eine rechte Kultur, eine nationalistische Kultur, die nicht den Anspruch erheben kann, für Österreich zu sprechen! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Ich, im Gegensatz zu Ihnen, meine Damen und Herren, nehme mir den Anspruch und das Recht, über Österreich zu sprechen. (*GR Mag Wolfgang Jung: In Österreich dürfen Sie es!*) Ich lebe in Österreich. Ich habe in Österreich eine Familie. Ich habe eine Geschichte in Österreich. Ich habe sehr viele Freundinnen und Freunde in Österreich, die nicht darauf schauen, woher ich komme, welcher Kultur ich zuzuordnen bin, sondern sie unterhalten sich gerne mit mir, ich fühle mich bei ihnen aufgehoben, ich bin auch gerne mit ihnen zusammen, feiere, lebe und arbeite auch gerne mit ihnen. Mit Ihnen nicht, meine Damen und Herren! Mit Ihnen genauso nicht wie mit jenen Menschen, die aus anderen Nationalitäten

kommen, die genauso eine konservative Einstellung zum Leben haben, genauso eine nationalistische Einstellung zum Leben haben, die Türken, von denen Sie sagen, deren Frauen sind zu Hause und dürfen nicht arbeiten, unabhängig davon, ob sie nämlich laut Gesetz - das ist etwas anderes - arbeiten dürfen oder nicht. Es gibt solche Menschen aus der Türkei. Es gibt solche Kurden. Es gibt solche Serben. Es gibt solche Albaner. Es gibt solche Spanier. Diese gibt es. Das sind Ihre Gesinnungsgenossen, meine Damen und Herren! Sie halten genauso an Homophobie fest! Sie halten genauso an Frauenfeindlichkeit fest! Sie halten genauso wenig von Kinderrechten, meine Damen und Herren! (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ein Wahnsinn! Das ist unglaublich!*) Ich habe das einmal gesagt, bitte, zwingen Sie mich nicht dazu, das noch einmal zu sagen, die Grauen Wölfe aus der Türkei sind Ihre Brüder und Schwestern, meine Damen und Herren! (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist ein kompletter Schwachsinn!*)

Weil die Sache zur Sprache kommt, wäre es vielleicht nicht schlecht, hier ein bisschen Lebenserfahrung zu schildern. Sie reden immer von Deutsch, Deutsch, Deutsch, Pausensprache Deutsch, Lebenssprache Deutsch, Arbeitsweltsprache Deutsch. Wissen Sie, was die nationalistischen Türken mit den Kurden, die Sie so sehr lieben, gemacht haben? Wenn kurdische Kinder in die Schule gegangen sind, hat der Lehrer gesagt: „Streck einmal deine Zunge heraus.“ Das Kind hat die Zunge hinausgestreckt. Der Lehrer hat ihm eine heruntergehaut und hat gesagt: „Du hast gestern zu Hause Kurdisch gesprochen. Du darfst nicht Kurdisch sprechen.“ Wenn Sie so weitergehen, meine Damen und Herren, werden Sie uns noch verbieten, dass wir zu Hause miteinander Türkisch reden! Das lasse ich mir überhaupt nicht von Ihnen, meine Damen und Herren Nationalisten, gefallen! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - GR Mag Wolfgang Jung: Weil Sie so verfolgt sind, kommen Sie zu uns!)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Die Redezeit der Grünen Fraktion bei dieser Geschäftsgruppe ist somit ausgeschöpft. Zum Wort gemeldet ist GR Florianschütz. Er hat noch 9 Minuten.

GR Peter **Florianschütz** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist allgemein bekannt, dass ich mich gelegentlich mit mathematischen Problemen befasse. (*GR Armin Blind: Dann rechnen Sie das einmal aus!*) - Ihnen nicht! - Heute stellt sich ein Grenzfall desselben dar, das sogenannte Abgrenzungsproblem. Es ist auch bekannt, dass ich persönlich auf die Kenntnis der deutschen Sprache, das Bekenntnis zur Heimat, wie Wien das für mich persönlich ist, übrigens auch das Waldviertel, die traditionelle gewachsene Kultur, die Werte der Aufklärung und so weiter sehr viel Wert lege (*GR Mag Wolfgang Jung applaudiert: Der Anfang ist einmal gut!*) und in Wirklichkeit auch - das ist in Favoriten nicht unnötig - in einem hohen Ausmaß dafür bin, dass Menschen Regeln einhalten.

Dann werde ich gelegentlich gefragt: „Was unter-

scheidet Sie denn eigentlich von der FPÖ?“ Darauf sage ich dann immer: „Das ist einfach. Ich bin kein Rassist. Das ist der Unterschied.“ *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Johann Herzog: Wir haben gesagt, dass die Beschimpfungen in diesem Haus aufhören sollen! Frau Vorsitzende!)*

Man kann Probleme, wie sie heute beschrieben worden sind, auf zwei unterschiedliche Seiten angehen, indem man ehrlich und lauter versucht, Problemlösungen zu betreiben oder ob man das wahr macht, was der Philosoph Walter Benjamin prophezeit hat: „Faschismus ist die Transformation der Politik in die Ästhetik. Das ist eine inhaltsleere, nur auf Effekt gerichtete, dem Konflikt dienende Ideologie.“ - Das beweisen Sie heute. *(Beifall bei der SPÖ. - GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das haben sie schön gesagt!)*

Meine Damen und Herren, ohne die Lyrik und Dramatik zu bedienen, gibt es dieses schöne Theaterstück „Biedermann und die Brandstifter“. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Das müssen Sie gut durchlesen!)* Ihre Rolle ist völlig klar. Sie sind halt die Brandstifter. Aber wir sind nicht Biedermann. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie sind die Spießler!)* Wir sind nicht Biedermann. *(GR Mag Wolfgang Jung: Da haben Sie recht!)* Wir verstehen schon, was Sie hier machen. Sie versuchen, mit Gewalt zu trennen! Sie versuchen, mit Gewalt auseinanderzudividieren! *(GR Johann Herzog: Was machen Sie?)* Ich unterstelle das! Mit verbaler Gewalt, und auch verbale Gewalt ist Gewalt! Das tun Sie! Sie verunglimpfen Menschen! *(GR Johann Herzog: Sie spalten gerade die Wiener Bevölkerung mit Ihrer Wortmeldung!)* - Nein, Herr Herzog! *(GR Johann Herzog: Sie beschimpfen uns alle und haben nicht die geringste Hemmung!)* Ich teile mich von Ihnen ab und das finde ich auch in Ordnung! *(Beifall bei der SPÖ. - GR Johann Herzog: Wir haben uns in diesem Haus vorgenommen, keine Beschimpfungen! Das ist sehr bedauerlich! Ich würde das als Präsident im Wiener Landtag nicht dulden!)*

Aber der Tumult in den Reihen der Freiheitlichen bekräftigt mich darin, zu meinen, dass ich recht habe. Sie genießen sich halt nicht leise, sondern laut, in Form von Geschrei. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie sind aber lieb!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Frage, wie man mit unterschiedlichen Kulturen und unterschiedlichen Herangehensweisen umgeht, ist different. Richtig ist, das beklage ich auch, dass beispielsweise ein übergroßer Teil, ein zu großer Teil, zugewanderter türkischer Frauen nicht im Erwerbsleben steht. Das bedauere ich. Mir wäre lieber, es wäre anders. Darum setze ich mich auf den Hosenboden, gemeinsam mit meiner Fraktion und allen guten Kräften dieses Hauses und überlege, wie wir diesen Umstand ändern. Sie ändern nichts! Sie verwenden Engstirnigkeit als Kronzeugen für einen Zustand, den Sie gar nicht ändern wollen, weil Ihr Erfolgsrezept dann weg wäre! *(GR Mag Wolfgang Jung: Wir haben ein Erfolgsrezept, haben Sie gerade gesagt!)* Stellen wir uns eine Minute lang vor, es gäbe das Problem nicht. Was würden Sie dann machen? *(GR Mag Dietbert Kowarik: Was täten Sie?)* Erklären Sie mir das! Was täten Sie

eigentlich, wenn es das Problem nicht gäbe? *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das gibt es aber!)* Und was ist Ihr Lösungsansatz? *(GR Mag Dietbert Kowarik: Was würden Sie machen?)* - Wenn es das Problem nicht gäbe, wäre ich glücklich und würde weiter an einer besseren Welt arbeiten. Das ist der Unterschied, wissen Sie! *(GR Mag Wolfgang Jung: Sie wollen eine schwarz-blaue Regierung!)*

Geben wir den Freiheitlichen die Möglichkeit, ihren Zorn auszuleben. Tun Sie es! *(GR Mag Wolfgang Jung: Was täten Sie ohne Mercer-Studie?)* - Ich brauche die Mercer-Studie nicht, ich bin auch so glücklich in Wien. *(GR Johann Herzog: Sie zitieren sie dauernd!)* Das ist nicht mein Problem. *(GR Mag Wolfgang Jung: Was täten Sie bloß ohne die Studie?)*

Meine Damen und Herren, ich habe Walter Benjamin zitiert. Noch einmal: „Der Faschismus ist die Transformation der Politik in die Ästhetik.“ - Das erlebe ich da mit. Ich würde mich nicht erfreuen zu behaupten, dass Vertreter der Freiheitlichen Partei Faschisten wären. Das stimmt so sicher nicht. Es gibt ein Wort, das es besser beschreibt, das Wort faschistoid. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Gehen Sie das nächste Mal zur Selbsthilfe!)* Das Wort faschistoid beschreibt ungefähr die Herangehensweise, sich mit Mechanismen dieser Ideologie an der Grenze entlanghangelnd, Politik zu machen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das sind diejenigen, die Flaschen werfen, die auf Polizisten losgehen!)* Das unterstelle ich Ihnen nicht, sondern das erkenne ich in der Art und Weise, wie Sie hier agieren!

Wissen Sie, was das Problem ist? *(GR Mag Wolfgang Jung: Das ist Ihre Jugend! Das sind die Faschistoiden!)* - Herr Jung, hören Sie mir einmal zu! *(GR Mag Wolfgang Jung: Ihre Jugend ist das!)* Herr Brigadier! *(GR Johann Herzog: Gewalt geht nur von Links aus! Das seid ihr!)* Sagen wir einmal, 50 Prozent der Kritik, die Sie hier äußern und 50 Prozent der Probleme, die Sie hier beschreiben, erkennen sie richtig als Probleme und werden für mich genau als diese Probleme erkannt und werden von Ihnen auch zu Recht kritisiert. Durch die Art und Weise, wie Sie diese Probleme hier angehen und durch die Art und Weise, wie Sie sich politisch verhalten, verunmöglichen Sie aber die Gemeinsamkeit der Problemlösung. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Nennen sie die Probleme! Nennen Sie auch nur eines, Herr Kollege!)*

Das werfe ich Ihnen vor, dass Sie sich in Wirklichkeit auf eine Art und Weise aufführen, dass eine gemeinsame Herangehensweise mit Ihnen völlig unmöglich ist! Das halte ich in Wirklichkeit erstens für unverfroren und zweitens für eine politische Taktik, die in jeder Art und Weise versucht, Probleme nicht zu lösen! Das ist Ihr scheinbares Erfolgsrezept! Ich sage Ihnen ganz offen, das wird auf Dauer nicht gehen! Auf Dauer wird das nicht Ihr Erfolgsrezept sein! Brüsten und rühmen Sie sich nur, dass Sie Wahlen gewinnen! *(GR Mag Wolfgang Jung: Wir tun es auch!)* Schauen wir einmal, wie lange noch! *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Bis die Bäume in den Himmel wachsen!)* Schauen wir einmal, ob sich das Rezept, das Sie haben, Ihre menschenverachtende Politik, sich nicht abnützt! Ich gehe gesichert davon aus!

So gesehen freue ich mich auf die nächste Wahl! (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Wir auch!) - Danke, meine Damen und Herren. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Die Restredezeit für die SPÖ beträgt noch 3 Minuten. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner. Seine Redezeit beträgt 5 Minuten 30 Sekunden.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (Klubungebundener Mandatar): Frau Vorsitzende! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Meine Nachmeldung hat eigentlich die Ursache nur in den Wortmeldungen im Laufe der Debatte. Ich finde es eigentlich schon ein bisschen skurril, wenn es um die Geschäftsgruppe Integration, Frauen, Personal und so weiter geht, dass auf der einen Seite Familienbilder toleriert, geduldet und teilweise gefördert werden, die mit moderner Frauenpolitik überhaupt nichts zu tun haben. (GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Wer macht denn das?) Das muss man den GRÜNEN wirklich lassen. Das muss man einmal zusammenbringen. (Beifall bei der FPÖ.)

Wie viele Lehrerinnen gibt es, die sich von Buben, von Vätern sagen lassen müssen: „Wir nix reden mit Frau Lehrerin. Wir nur reden mit Herrn Direktor oder Herrn Lehrer und besser als mit der Frau Lehrerin mit dem Herrn Schulwart.“ (GR Senol Akkilic: Dann hören Sie genau zu!) - Das ist das Gesellschaftsbild, das bei uns fröhliche Urstände feiert! (Beifall bei der FPÖ.)

Wo Frauen unters Kopftuch gezwungen werden, zwangsverheiratet werden und so weiter (GR Mag Dietbert Kowarik: Dagegen sollte der Staat einmal etwas machen!), in den Ferien nach Anatolien geschickt werden, dass die nächste Großfamilie nachkommt, das ist moderne Frauenpolitik. Davor stellen Sie sich hin! Da muss man wirklich sagen, es ist unglaublich! (Beifall bei der FPÖ. - GR Senol Akkilic: Ich habe gesagt, dass die Leute genauso wie Sie denken!)

Das unterstützen Sie unter allen möglichen Toleranz- und sonstigen Scheinwelten. (GR Senol Akkilic: Sie sind ein Lehrer?) - Ich bin hier nicht als Lehrer, ich bin hier als Politiker! Das darf ich Ihnen sagen! Aber ich habe eine Ahnung, was sich in der Realität abspielt! (Beifall bei der FPÖ. - GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Das ist Schizophrenie!)

Nein, das ist überhaupt nicht schizophren! Davon können nur Leute reden, die außer der Politik keinen Beruf ausüben! Diese können gar nicht schizophren sein! (Beifall bei FPÖ und ÖVP.)

Wenn man vom Ausgrenzen redet, dann muss man hinterfragen, was für ein demokratischer Geist dahintersteckt, wenn sich eine gewählte Mandatarin geniert, mit anderen gewählten Mandataren in einem Raum zu sitzen! Das hat mit Demokratie überhaupt nichts zu tun! (Beifall bei FPÖ und ÖVP.)

Wer Politiker und Mandatare ausgrenzt, grenzt gleich die Wähler aus. Es sitzt ja keiner umsonst hier, sondern weil er gewählt worden ist. (GR Karlheinz Hora: Herr Aigner, Sie sind nicht gewählt worden! Sie sind nie gewählt worden! Die ÖVP ist gewählt worden, aber nicht der Dr Aigner!) - Ich bin ein frei gewählter Mandatar! Schauen Sie in die Bundesverfassung! (Beifall bei der

FPÖ. - GR Karlheinz Hora: Sie haben nie persönlich kandidiert!)

Ich vertrete die gleichen christlich-demokratischen Positionen. (GR Karlheinz Hora: Sie sind auf einer Liste der ÖVP gestanden!) Sie werden mir nicht ein einziges Mal irgendeinen Widerspruch zu meiner bisherigen Haltung nachsagen können. (Beifall bei der FPÖ. - GR Karlheinz Hora: Sie sind nicht persönlich gewählt worden!)

Dann machen Sie ein richtiges Persönlichkeitswahlrecht! Dann habe ich überhaupt kein Problem, gewählt zu werden, wenn ich aufgestellt werde. Aber ein echtes und nicht ein falsches! Aber mir können Sie nicht nachsagen, dass ich hier nicht christlich-demokratische Positionen vertrete! (GR Mag Klaus Werner-Lobo: Dass Sie was?) Das lasse ich mir nicht nachsagen!

Das darf ich Ihnen auch sagen, Herr Kollege Akkilic, dort, wo es keine Kultur gibt, hat auch Interkulturalität keinen Raum. Und Menschen, die das Alphabet nicht können, haben keine Kultur! (Beifall bei der FPÖ. - GR Senol Akkilic: Sie haben eine Kultur! - GR Christoph Peschek: Das ist ja unglaublich!)

Mir ist das überhaupt nicht peinlich. Wenn Ihnen fad ist, dann gehen Sie illegal in die Türkei, nach Serbien, Pakistan, Afghanistan! Sorgen Sie sich nicht um Visa, internationale Gesetze, Immigrationsregeln oder ähnliche lächerliche Vorschriften! Wenn Sie dort angekommen sind, fordern Sie umgehend von der lokalen Behörde eine kostenlose medizinische Versorgung für sich und Ihre ganze Familie! Bestehen Sie darauf, dass alle Mitarbeiter bei der Krankenkasse Deutsch sprechen und dass die Kliniken Ihr Essen nur so vorbereiten, wie Sie es in Deutschland und Österreich gewohnt sind! Bestehen Sie darauf, dass alle Formulare, Anfragen, Dokumente in Ihre Sprache übersetzt werden! Weisen Sie Kritik an Ihrem Verhalten empört zurück, indem Sie ausdrücklich betonen, das hat mit Ihrer Kultur und Religion nichts zu tun, da verstehen Sie nichts! Behalten Sie unbedingt Ihre ursprüngliche Identität, hängen Sie eine Fahne von ihrem westlichen Land ans Fenster, am Auto geht es auch! Sprechen Sie wohl zu Hause als auch anderswo nur Deutsch und sorgen Sie dafür, dass sich auch Ihre Kinder ähnlich verhalten! Fordern Sie unbedingt, dass an Musikschulen westliche Kultur unterrichtet wird! (GRin Birgit Hebein: Es reicht!) Verlangen Sie sofort und bedingungslos einen Führerschein, eine Aufenthaltsgenehmigung und was Ihnen sonst noch einfallen könnte! (GRin Birgit Hebein: Es reicht! Aus!) Lassen Sie sich nicht diskriminieren, bestehen Sie auf Ihr gutes Recht, verlangen Sie Kindergeld! Betrachten Sie den Besitz dieser Dokumente als Rechtfertigung Ihrer illegalen Präsenz in den genannten Ländern! (GRin Birgit Hebein: Stopp!) Fahren Sie ohne Autoversicherung, die ist nur für die Einheimischen erforderlich! Organisieren Sie Protestzüge gegen Ihr Gastland und dessen Einwohner! (GRin Birgit Hebein: Hören Sie endlich auf!) Unterstützen Sie ausnahmslos Gewalt gegen die dort ansässige Bevölkerung! Und verlangen Sie, dass Ihre Frau sich nicht ver mummen lassen und keine Burka tragen muss! (GRin Birgit Hebein: Geht es noch tiefer?) Wenn Sie das wollen, machen Sie es! Gehen Sie dort

hin! Probieren Sie, ob es den Menschen anderswo auch so gut geht wie bei uns! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Stürzenbecher. Die Restredezeit beträgt 3 Minuten. Ich ersuche um Ruhe im Saal.

GR Dr Kurt **Stürzenbecher** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Stadträtin! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Demokratie lebt davon, dass man verschiedene Meinungen hat. Ich habe es heute verstanden, als der Kollege Neuhuber gesagt hat, als Christlich-Sozialer lässt er sich nicht unterstellen, dass er kein soziales Gewissen habe. Seine Bemerkung war richtig. Wir haben verschiedene Meinungen, aber wir, zumindest drei Parteien im Haus, haben einen gemeinsamen Grundkonsens. Einer, der auf der christdemokratischen Liste gewählt wurde, hat aber, und das hat man am Applausverhalten der christlich-sozialen Partei gesehen, nichts mehr mit diesem Gedankengut gemeinsam, sondern er ist jetzt dort, wo er wirklich hingehört, bei den Freiheitlichen! Er ist kein Demokrat, kein Christdemokrat und kein Christlich-Sozialer! Das sei einmal ganz deutlich gesagt! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Zum Kollegen Blind ist einfach nur zu sagen, er hat einen Begriff verwendet, der seinerzeit dem Bundesrat Mölzer immerhin das Bundesratsmandat gekostet hat. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Stürzenbecher beurteilt den Demokraten! Das ist unerhört!)* Da hat sogar Jörg Haider verlangt, dass er das aufgibt, weil er den Begriff Umvolkung verwendet hat, der skandalös ist! *(GR Mag Wolfgang Jung: Was ist skandalös? Was Ihnen nicht gefällt, ist skandalös!)* Ethnomorphose ist im Wesentlichen nur der griechische Ausdruck davon. Deshalb ist es skandalös, dass das hier gefallen ist! Das weisen wir auf das Schärfste zurück! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wenn die Kollegin Schütz sagt, die Zuwanderer, und zwar generell, seien kulturfern, dann ist das ein Skandal und eine Unterstellung, wie es sie in diesem Hause jemals kaum noch gegeben hat! Von allen Demokraten sollte das zurückgewiesen werden! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Regen Sie sich wieder ab!)*

Ebenso, Kollege Aigner, dass sozusagen die Kenntnis des Alphabets das einzige Kriterium für Kultur sei und dass alle anderen kulturlos wären, ist so absurd, dass man sich wirklich nur an den Kopf greifen kann! *(GR Mag Dietbert Kowarik: Sie wissen alles besser! Das ist sehr demokratisch, Herr Kollege!)*

Da ich wenig Zeit habe, sage ich nur, wir sind hier wirklich differente Diskussionen gewöhnt, aber das, was die FPÖ heute geliefert hat, ist außerhalb jedes demokratischen Grundkonsenses *(GR Johann Herzog: Das ist nur eure Darstellung!)*, ist gegen unsere Grundfesten, die wir an Werten haben, und ist auf das Schärfste zurückzuweisen! Das muss Konsequenzen haben! - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Johann Herzog: Sie haben uns beschimpft!)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung zum Wort gemeldet hat sich Herr

Klubobmann Gudenus. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist vorhin in der Diskussion das Wort gefallen, wir seien Nationalisten. Das ist unwahr. Wir sind keine Nationalisten. Wir sind eigentlich das, was jeder Politiker in diesem Saal sein sollte, aber leider die Mehrheit nicht. Wir sind Patrioten. Wir lieben unsere Heimat. Wir lieben unsere Heimatstadt. Wir lieben die Wienerinnen und die Wiener und die Österreicher. Das sind wir, Patrioten, nicht solche, die tagtäglich sogar ihre eigenen Wähler auf dem Altar der Multikulturalität verraten! Das sind wir sicherlich nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana** *(unterbrechend)*: Ich ersuche Sie wirklich um eine tatsächliche Berichtigung zu einem vorher Gesagten.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS *(fortsetzend)*: Das ist eine tatsächliche Berichtigung. Der Herr Kollege Florianschütz hat gesagt, wir seien faschistoid. *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Das ist ja richtig!)* Nein! Ich stelle richtig, wir sind nicht faschistoid! *(Beifall bei der FPÖ. - GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Da können wir den Wahrheitsbeweis antreten, Herr Gudenus! Das war faschistoid, was der Herr Blind gesagt hat und was die Frau Schütz gesagt hat! Das war faschistoid!)*

Herr Kollege Schicker, als Präsidiumsmitglied des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes dürfen Sie hier gar nichts anderes sagen, aber es hat Sie gerade ziemlich demaskiert! Es tut mir schrecklich leid! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich bleibe bei meiner tatsächlichen Berichtigung. Nicht wir sind faschistoid, sondern ich halte es ganz nach Ignazio Silone, der gesagt hat: „Der Faschismus von heute sagt nicht, ich bin der Faschismus, sondern er sagt, ich bin der Antifaschismus.“ - Danke sehr. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Damit ist die RednerInnenliste dieser Geschäftsgruppe ausgeschöpft. Das Schlusswort hat Frau Amtsf StRin Frauenberger. - Bitte.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das zur gelebten Demokratie. Zum Glück sind die Scheinwerfer aus. *(GR Johann Herzog: Schade!)* Denn ich glaube, diese Debatte leistet in keiner Art und Weise einen Beitrag dazu, die großen Herausforderungen in unserer Gesellschaft tatsächlich zu bewältigen. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Ihre Politik auch nicht!)* Sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir in einer Stadt mit über 1,8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern leben und von diesen mittlerweile 800 000 Menschen Migrationserfahrung haben, dann brauchen wir nicht mehr darüber zu diskutieren, was Sie hier diskutieren, dann geht es darum, diesen sozialen Wandel zu gestalten! Da ist polemisches Halali nicht angebracht! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Mag Wolfgang Jung: Und Sie wollen uns vorschreiben, worüber wir diskutieren?)*

Da geht es darum, Herausforderungen in dieser Ge-

sellschaft zu bewältigen und da geht es längst nicht mehr um örtliche Herkunft, es geht um soziale Herkunft und es geht eben darum, dass wir das gut hinkriegen! (GR Mag Wolfgang Jung: *Tun Sie nicht nur reden!*) Das müssen wir versachlicht tun, meine sehr geehrten Damen und Herren. Genau der Monitor hat einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass wir eine versachlichte Debatte führen, auf der wir aufbauen können, auf der wir das Wiener Integrationskonzept, das ein sehr erfolgreiches Integrationskonzept ist, auch entsprechend ausbauen und weiter vorantreiben können. (GR Mag Wolfgang Jung: *Warum haben wir dann Probleme, wenn Sie so erfolgreich sind?*)

Eines sei Ihnen in ihr Klischeestammbuch geschrieben: 60 Prozent aller Menschen mit Migrationshintergrund, die in dieser Stadt leben, sind ausgesprochen gut qualifiziert, und damit meine ich, über Maturaniveau qualifiziert. Wir haben den stärksten Bildungsaufstieg bei der Gruppe, die Ihnen am meisten Gedanken macht, nämlich bei der Gruppe der Türkinnen und Türken. (GR Johann Herzog: *Was?*) Wir haben eine sehr hohe Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen. Dort, wo wir sie nicht haben, haben wir sie nicht deshalb, weil sie aus sogenannten patriarchalen Strukturen herauskommen, sondern dort, wo wir sie nicht haben, haben wir sie deshalb, weil sie doppelt diskriminiert sind, als Frau und als Migrantin. Dazu komme ich nachher auch noch bei unseren „4Wänden 4Händen“. Mittlerweile haben wir bewiesen, dass Migrantinnen und Migranten 1,5 Milliarden EUR mehr ins Sozialsystem hineinflanzieren, als Sie sich herausnehmen! Das sei Ihnen bei Ihrem Antrag ins Stammbuch geschrieben! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Mag Wolfgang Jung: *Das ist doch ein Werbeschmäh!*)

90 Prozent der Zuwanderinnen und Zuwanderer in unserer Stadt nehmen teil an den Programmen zur Integration. Hören Sie mit Ihren Klischees auf! (GR Mag Dietbert Kowarik: *Das sind Ihre Klischees, Frau Kollegin!*) Hören Sie damit auf! Das verunsichert die Menschen! Und das ist in Wirklichkeit der ganz üble Ton, der in diesem Haus herrscht! Den müssen wir massiv zurückweisen, alle, die hier auf die Demokratie setzen! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Johann Herzog: *Sie verbreiten genau das Klischee!*)

Zur Sprache: 250 Sprachen werden in dieser Stadt gesprochen. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Wer aber lernt noch gescheit Deutsch?*) - Dazu komme ich schon noch. - 250 Sprachen werden in dieser Stadt gesprochen. Menschen mit Migrationshintergrund sprechen im Durchschnitt drei Sprachen. (GR Johann Herzog: *Wo denn?*) Wenn das kein Potenzial ist, dann weiß ich nicht. Es geht hier nicht darum, in Frage zu stellen, ob Deutsch der Schlüssel zur Integration ist. Das sage ich da auch schon bei jeder Rede. No na, da sind wir uns alle einig. Aber es geht auch nicht um ein Entweder/Oder, sondern es geht um ein Sowohl/Als-auch. Das müssen Sie einmal begreifen! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Genau aus dem Grund investieren wir in diesem Bereich.

Jetzt zum Thema Verteilungsgerechtigkeit: Verteilungsgerechtigkeit zwischen Frauen und Männern gibt es im Jahr 2012 tatsächlich nicht. (GR Mag Dietbert Kowarik: *Das ist Ihre Politik!*) Es gibt nicht die gleichen Karrierechancen. Es gibt nicht das gleiche Einkommen. (GR Mag Wolfgang Jung: *Nach 16 Jahren SPÖ in der Regierung!*) Es ist immer noch eine ungerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit vorhanden. (GR Mag Wolfgang Jung: *Fragen Sie Ihren Kanzler!*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana** (unterbrechend): Die Frau Stadträtin ist am Wort. Ich bitte schön.

Amts StRin Sandra **Frauenberger** (fortsetzend): 56 Prozent aller Haushalte sind nach wie vor so bewirtschaftet, dass die Frauen die gesamte unbezahlte Arbeit leisten. (GR Armin Blind: *Wozu haben wir eine Frauenministerin?*) Ich denke mir, da sind wir dann ganz richtig unterwegs mit unserer Kampagne. Alleine die Debatte, die heute hier ausgelöst wurde, zeigt uns einmal mehr, es ist nicht eine private Aushandlungssache, wie bezahlte und unbezahlte Arbeit verteilt ist, sondern das ist eine hochpolitische Frage. (GR Mag Dietbert Kowarik: *Bei Ihnen zu Hause vielleicht! Schließen Sie nicht von sich auf andere!*) Wir gestalten diese Politik. Wir gestalten die Verteilungsgerechtigkeit, weil es darum geht, Rollenbilder aufzubrechen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie tatsächlich zu gewährleisten, weil es darum geht, einmal mehr Frauenförderung in die Betriebe zu bringen und weil es darum geht, mit Maßnahmen wie der Quote et cetera Maßnahmen zu setzen.

Aber ich sage Ihnen, trotzdem gibt es eine Einkommensschere. Warum gibt es diese? (GR Johann Herzog: *Weil ihr sie nicht geändert habt!*) Weil sich ein bestimmter Prozentsatz ausschließlich daraus argumentiert, Frau zu sein. Die Kampagne ist ganz richtig, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Mag Wolfgang Jung: *Und wer regiert denn die meiste Zeit?*)

Ganz kurz noch zu unserem Besoldungssystem: Wir haben ein Besoldungssystem, das mittlerweile ein sehr historisch gewachsenes Besoldungssystem ist. Wir haben als Dienstgeberin mit absolut sozialem Gewissen vor, dieses Besoldungssystem zu verändern, gemeinsam zu verändern, sozialpartnerschaftlich zu verändern. (GR Mag Wolfgang Jung: *Das versprechen Sie seit Jahrzehnten!*) Da handeln wir nicht zu unserem Selbstzweck, sondern da geht es einfach darum, ganz genau darauf hinzuschauen, wie es denn ausschaut mit unserem Senioritätsprinzip, wie es denn ausschaut mit der Arbeitsbewertung, um wiederum an dieser Kampagne anzuschließen. Und es geht darum, natürlich das Reformpotenzial, das die Stadt hat, wahrzunehmen.

An dieser Stelle möchte ich auch sagen, wir sind auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dieser Stadt sehr stolz. Ich hoffe, da spreche ich jetzt einmal für alle. Aber lassen Sie das die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dieser Stadt auch einmal spüren, dass Sie stolz auf sie sind. Weil was machen Sie denn hier? Sie reden die MitarbeiterInnen permanent krank! (GR Mag Wolfgang Jung: *Sie sind krank! 35 Tage im Jahr! Weil Sie sie schlecht behandeln!*) Sie reden permanent davon, dass

die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer zu früh in die Pension gehen! Das sind Vorurteile, die sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht verdient haben, denn sie leisten ganz Enormes! *(GR Mag Wolfgang Jung: Und weil die Mitarbeiter so brav sind, erhalten Sie keine Erhöhung! So schaut es aus!)* Sie haben in ihrem täglichen Einsatz dafür gesorgt, dass unsere Kranken gepflegt sind. Sie sorgen dafür, dass unsere Straßenbahnen fahren. Sie sorgen dafür, dass unsere Amtswege gut erfüllt werden können. Sie sorgen dafür, dass unsere Kinder in den Kindergartengruppen, wurscht, woher sie kommen, gut betreut sind und letztendlich sozusagen auch die Wiener Bedingungen gut erfüllen können, die Sprache erleben können und dass sie einen sozialen Aufstieg in dieser Stadt schaffen. Das alles machen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Reden Sie sie nicht schlecht! *(GR Mag Wolfgang Jung: Wir reden nicht*

die Mitarbeiter schlecht!) Sie sind ganz toll! Sie leisten einen enormen Beitrag dazu, dass Wien eine so wunderschöne Stadt ist! *(GR Mag Wolfgang Jung: Zitieren Sie die Mercer-Studie!)* Hören Sie auf, die Stadt schlechtzureden und hören Sie auf, die MitarbeiterInnen schlechtzureden! Ich möchte an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich danken! - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zur Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnen-schutz und Personal liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir unterbrechen nun die Sitzung und setzen sie morgen mit der Beratung der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport um 9 Uhr fort.

Einen schönen Abend.

(Unterbrechung der Sitzung um 20.39 Uhr.)